Die approbierte Originalversion dieser Diplom-/Masterarbeit ist in der Hauptbibliothek der Technischen Universität Wien aufgestellt und zugänglich.
http://www.ub.tuwien.ac.at

The approved original version of this diploma or master thesis is available at the main library of the Vienna University of Technology.
http://www.ub.tuwien.ac.at/eng

TECHNISCHE UNIVERSITÄT WIEN
Vienna | Austria

DIPLOMARBEIT

Lebensqualität als Schlüssel für die europäische Integration?

Ein Ansatz einer Begriffsdefinition für die LEADER-Lebensqualität in der EU-Förderphase 2007-2013

ausgeführt zum Zwecke der Erlangung des akademischen Grades einer Diplom-Ingenieurin

unter der Leitung von

DI Dr. Andreas Dillinger
Wirtschaftskammer Wien,
Abteilung Stadtplanung und Verkehrspolitik

eingereicht an der Technischen Universität Wien
Fakultät für Architektur und Raumplanung
von

Theresia Lechner
00640470
Hustergasse 1A, 1140 Wien

Wien, am 16. Februar 2018

Zusammenfassung

Der Begriff „Lebensqualität“ ist aus unserer Gesellschaft heute nicht mehr wegzudenken: Die Idee eines erfüllten und glücklichen Lebens beeinflusst das tägliche Handeln und Denken der Menschen; der Ausdruck schleicht sich in diversen Kontexten in unsere Konversationen, er prononciert Werbeslogans oder ziert Plakate im Zusammenhang mit den unterschiedlichsten Themen. Auch die politischen Institutionen jeder territorialen Ebene (global bis lokal) haben den Terminus als Zielpriorität für sich entdeckt. In wissenschaftlichen Diskursen, allen voran in jenen der Sozialwissenschaften, wird der Begriff in seiner Funktion als politische Zieldimension jedoch immer wieder in Frage gestellt: Zu offen seien die Interpretationsmöglichkeiten, zu vielfältig die dokumentierten Konzeptansätze. Zu wenig oft würde der Ausdruck angesichts dieser Tatsachen definiert und ein einheitliches sowie nachvollziehbares Verständnis dazu garantiert werden. Missverständnisse würden damit begünstigt und Vergleichsmöglichkeiten mit anderen Zielsetzungen, Programmen und Politikfeldern eingeschränkt werden.

Auf der europäischen Ebene ist das Bestreben, die Lebensqualität der BürgerInnen der Union zu verbessern, seit der Gründung der Gemeinschaft ein wesentlicher Bestandteil und wichtiger Beweggrund für die Intensivierung des europäischen Integrationsprozesses. Auch im Rahmen der europäischen Entwicklungspolitik des ländlichen Raums des ELER-Strukturfonds (Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums) stellte die Formulierung „Verbesserung der Lebensqualität“ in der letzten abgeschlossenen Periode zwischen 2007 und 2013 nicht nur eine zentrale strategische Priorität dar, sondern titelte auch eine entsprechende Maßnahmenkategorie. Zwar wurde diese Kategorie mithilfe unterschiedlicher Themenpakete (lokale Dienstleistungen, Dorferneuerung und -entwicklung, Naturschutz) in diesem Rahmen weiter differenziert; entgegen entsprechender Empfehlungen aus dem sozialwissenschaftlichen Bereich wurde der Begriff jedoch nie interpretiert. Ein der Idee entsprechender Verständnisaufbau oder die Vergleichsmöglichkeit mit anderen lebensqualitätsorientierten Konzepten, Programmen und politischen Aktivitäten wird dadurch erschwert.

Die vorliegende Arbeit setzt an diesen Punkten an und untersucht den Begriff sowohl inhaltlich als auch bezüglich seiner Verwendung im Rahmen des LEADER-Förderansatzes der letzten abgeschlossenen Strukturperiode (2007-2013). Konkret wird hierfür zunächst durch die Diskussion des Entwicklungshintergrundes, wichtiger theoretischer Grundpositionen sowie einiger ausgewählter Konzeptbeispiele ein Grundverständnis zum Ausdruck Lebensqualität erarbeitet. Ein Diskurs zum LEADER-Förderprogramm bezüglich seiner Ursprünge, seiner bisherigen Förderphasen und der Rahmenbedingungen für die im Zentrum stehende Programmphase schließt die Aufarbeitung des theoretischen Hintergrundes ab. Anhand einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (induktiv zusammenfassende Form) wird im Anschluss daran eine arbeitseigene Definition des Begriffs Lebensqualität durch den Vergleich von unterschiedlichen, an sozialpolitischen Konzepten orientierten Beispielen abgeleitet. Durch die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse wird diese Definition in weiterer Folge den lebensqualitätsbezogenen Projektanträgen einer LEADER-Region Niederösterreichs gegenübergestellt. Als Ergebnis lässt sich ein Definitionsansatz der LEADER-Lebensqualität ableiten, der zeigt, welche inhaltliche und charakterliche Bandbreite sich auf der Basis dieser Projektkonzeptionen im Kontext des Themas Lebensqualität feststellen lassen. Er bietet darüber hinaus auch eine stärker auf qualitativ-inhaltliche Aspekte ausgerichtete Diskussionsgrundlage als die ursprüngliche Maßnahmensystematisierung und -operationalisierung. Aufbauend darauf lassen sich schlussendlich Empfehlungen aussprechen, wie der Begriff im LEADER-Förderansatz einzubeziehen wäre. Diese können dabei helfen, zielgerichteter und ideenfördernd agieren zu können sowie Vergleiche mit anderen Programmen und Politikfeldern zu ermöglichen, was insbesondere im Kontext des europäischen Integrationsprozesses von größter Bedeutung ist.

Abstract

The term "quality of life" has become indispensable to our society: the idea of a fulfilled and happy life influences the daily actions and thoughts of people; the expression is used in various contexts, from conversations to various advertising slogans. Political institutions of each territorial scale (from global to local) have discovered the term as a priority goal for themselves. In scientific discourses, especially in social sciences, the term in its function as a political goal is however repeatedly called into question: there are too many possibilities for interpretation and there exist too many different approaches to the concept. Although especially social scientists have repeatedly recommended a definition process for the term, it is often used without an interpretation.

At the European level, efforts to improve the quality of life of Union citizens have been an essential motivation for starting and strengthening the European integration process. During the funding phase 2007-2013, the phrase "improving the quality of life" has also been used as a key priority of the European rural development policy for the EAFRD Structural Funds (European Agricultural Fund). Although the corresponding category has been further differentiated through various themes (local services, village renewal and development, nature conservation), the term has never been interpreted in a social science context. The possibility of comparison with other quality-of-life-oriented concepts, programs or political activities is thereby limited.

The thesis at hand addresses the term with regard to content and examines its use in the LEADER funding approach during the last European structural period (2007-2013). Specifically, a basic understanding of the term “quality of life” is developed by discussing its background, important theoretical positions and selected examples for concepts of use. In the following, the origin of the LEADER funding program, its previous funding phases and the conditions for the program period 2007-2013 are described. Based on a qualitative content analysis according to Philipp Mayring (inductive summary form), a working definition of the term quality of life is derived by comparing different concepts. By conducting the structuring content analysis this working definition is then examined in contrast to the quality-of-life-related project applications of a LEADER region in Lower Austria. As a result, a definitional approach for the “LEADER-quality of life” can be derived. This definition embodies the broad range of different subject areas in which “quality of life”-LEADER-projects have been realized. In addition, it offers the basis for a discussion more focused on qualitative aspects than the original system of measures. On this basis, recommendations for possible utilization of the term in the LEADER funding approach are formulated, in order to support a more targeted approach and to enable comparison with other quality-of-life programs and policy areas. This is particularly important in the context of the European integration process.

Inhaltsverzeichnis

1 Einleitung 1

1.1 Zielsetzung der Arbeit 3

1.2 Herangehensweise und Aufbau der Arbeit 4

2 Lebensqualität 7

2.1 Entwicklungsgeschichte zur Lebensqualität 8

2.1.1 Aspekte eines guten Lebens in der Vergangenheit 8

2.1.2 Der Begriff wird geboren 10

2.1.3 Lebensqualität als neue Zielformel 10

2.1.4 Gründe für die wachsende Popularität des Konzepts Lebensqualität 11

2.1.5 Lebensqualität als internationales Thema 12

2.2 Theoretische Grundpositionen von Lebensqualitätsansätzen 12

2.2.1 Der objektive Ansatz – Lebensqualität, die berechnet wird 14

2.2.2 Der subjektive Ansatz – Lebensqualität, die erfragt wird 14

2.2.3 Der Syntheseansatz – Lebensqualität, die umfassend erforscht wird 15

2.3 Ausgewählte Konzepte der Lebensqualität 17

2.3.1 Lebensqualität im weltweiten Vergleich 18

2.3.2 Lebensqualität als europäisches Thema 20

2.3.3 Lebensqualität in Österreich 24

2.3.4 Stadt, Land, Region – die Lebensqualität auf großmaßstäblicher Ebene 28

2.4 Zusammenfassung 31

2.4.1 Was ist Lebensqualität? 31

2.4.2 Wer ist für eine hohe Lebensqualität verantwortlich? 32

2.4.3 Wie lässt sich der Begriff Lebensqualität verwenden? 33

2.4.4 Wie lässt sich Lebensqualität verbessern? 33

3 LEADER – ein Akronym für ein innovatives Förderinstrument für den ländlichen Raum 37

3.1 Die zentralen Merkmale der LEADER-Initiative 38

3.2 LEADER in Europa – die konstituierende und koordinierende Ebene 41

3.2.1 Abriss zum Entwicklungshintergrund 41

3.2.2 Kurzgeschichte zu einem Instrument, das mit der Zeit geht – die einzelnen Förderphasen im Überblick 43

3.2.3 Das Thema Lebensqualität in den einzelnen LEADER-Förderphasen 48

3.3 LEADER in Österreich zwischen 2007 und 2013 – die vermittelnde Ebene 49
3.3.1 Ein Querschnitt durch das nationale Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum für die Förderperiode 2007-2013 50
3.3.2 Der vierte Schwerpunkt des PELR: Die inhaltlichen Bestimmungen zur LEADER-Initiative 2007-2013 50
3.3.3 Der dritte Schwerpunkt des PELR: eine detaillierte Beschreibung der LEADER-Lebensqualitätsmaßnahmen für die EU-Förderperiode 2007-2013 54
3.3.4 Das Thema Lebensqualität als Schlagwort im Programm 57
3.3.5 Begriffe und Indikatoren zu den Evaluierungsfragen der ländlichen Entwicklungspolitik 2007-2013: eine Lebensqualitätsdefinition 58
3.4 Zusammenfassung 60
3.4.1 LEADER – ein Programm mit zahlreichen Erfolgen 60
3.4.2 Die schleichende Implementierung des Begriffs Lebensqualität in die EU-Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume 61

4 Die LEADER-Lebensqualität 65
4.1 Forschungsansatz und methodische Vorgehensweise 66
4.1.1 Fragestellung 66
4.1.2 Methodischer Ansatz: die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring 70
4.2 Ableitung einer arbeitseigenen Definition der Lebensqualität 74
4.2.1 Allgemeine Vorüberlegung 74
4.2.2 Methodische Vorgehensweise: die induktiv zusammenfassende Inhaltsanalyse nach Mayring 75
4.2.3 Bestimmung der definitionsrelevanten Aspekte der Lebensqualität 78
4.3 Vorbereitende Schritte zur Anwendung der arbeitseigenen Lebensqualitätsdefinition 79
4.3.1 Allgemeine Vorüberlegung 80
4.3.2 Methodische Vorgehensweise: die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse nach Mayring 80
4.3.3 Die LEADER-Region Auland Carnuntum: Ausgangslage, Strategie und Umsetzung des EU-Förderprogramms 83
4.4 Anwendung der arbeitseigenen Definition 90
4.4.1 M 321 a – Verkehrserschließung ländlicher Gebiete 91
4.4.2 M 321 c – Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung im Bereich Erneuerbare Energie 92
4.4.3 M 322 a – Dorfentwicklung im Bereich Dienstleistungen zur Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung 94
4.4.4 M 323 a – Naturschutz 97
4.4.5 M 413 – Umsetzung der lokalen Entwicklungsstrategie für die Verbesserung der Lebensqualität und Diversifizierung 98

4.5 Zusammenfassung 107
4.5.1 Die Lebensqualität in den Lebensqualitätsmaßnahmen – selten verwendet und doch omnipräsent 108
4.5.3 Der Definitionsansatz der LEADER-Lebensqualität 109

5 Diskussion und Conclusio 112
5.1 Diskussion der wichtigsten Erkenntnisse 112
5.2 Conclusio für einen bedachteren Umgang mit dem Thema Lebensqualität 122

6 Verzeichnisse 131
6.1 Literaturverzeichnis 131
6.2 Abbildungsverzeichnis 142
6.3 Tabellenverzeichnis 143
6.4 Abkürzungsverzeichnis 145

Anhang A Untersuchungsprotokoll zur induktiv zusammenfassenden Inhaltsanalyse 147

Anhang B Untersuchungsprotokoll zur inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse 187

1 Einleitung

„Heute gehört Lebensqualität zu den selbstverständlichen Begriffen unserer Sprache […]“
(Glatzer 2012, S. 124).

„Was ist Lebensqualität heute? Ein Modewort, ein Klischee, ein neues Etikett?“
(Berghofer-Weichner 1989, S. 13)

„Lebensqualität ist ein Schlagwort, bei dem jeder unmittelbar Bedeutung und Gehalt zu kennen meint. Ein kurzes Nachdenken allerdings führt schon zu der Frage, in welchem Zusammenhang der Begriff erscheint“
(Schnürch 1996, S. 257).

Die Verbesserung der Lebensqualität ist seit Jahrzehnten eine strategische Priorität der Europäischen Union (EU). Sie gilt speziell in der gemeinschaftlichen Regionalentwicklungs- und Agrarpolitik als zentrale Aufgabe. Im Rahmen der europäischen Entwicklungspolitik des ländlichen Raums des ELER-Strukturfonds[1] stellte die Formulierung in der letzten abgeschlossenen Periode zwischen 2007 und 2013 sowohl einen Grundsatz der strategischen Ausrichtung als auch eine konkrete Zielsetzung dar. In wissenschaftlichen Diskursen wird der Ausdruck etwa bezüglich seiner Rolle als politische Priorität jedoch immer wieder in Frage gestellt. Zu vielfältig seien die Interpretationsmöglichkeiten, zu selten würde der Begriff konkret definiert werden. Auch im Rahmen der Vorgaben der ELER-Strukturpolitik 2007-2013 der EU ist keine eindeutige Definition zu finden. Aus diesem Grund setzt die vorliegende Arbeit an dieser Debatte an und untersucht den Umgang mit dem Begriff speziell im Rahmen des ELER-geförderten LEADER-Ansatzes.

Der Begriff Lebensqualität fand Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts speziell in Europa und Amerika Eingang in politische Diskurse. Hintergrund war die Erkenntnis, dass herkömmliche ökonomische Wohlstandsmaße die Zufriedenheit oder die Wohlfahrt einer Gesellschaft nicht ausreichend repräsentieren und entsprechende Bestrebungen politisch als zu eng gefasst angesehen wurden. Die bis dahin geltende Prämisse, dass das Wohl im Wesentlichen mit materiellem Wohlstand gleichzusetzen sei und seine Steigerung zu einem Anstieg der Zufriedenheit der Bevölkerung führe, musste aufgrund zunehmender sozialer und ökologischer Kosten überdacht werden (vgl. Birnbacher 1998, S. 126). Ein Paradigmenwechsel von „Quantität“ zu „Qualität“ war die Folge und führte in vielen Industriestaaten zur Integration des Begriffs Lebensqualität als neue Zieldimension der politischen Agenda auf allen territorialen Ebenen (vgl. Noll 1999, S. 5).

[1] Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums; s. Fußnote 18

Neben dem normativ ausgerichteten Aspekt der Lebensqualität entwickelte sich in den 1970er Jahren auch eine damit verbundene sozialwissenschaftliche Seite. Nachdem sich erstere auf den politischen Gestaltungswillen bezieht und konsensuell formulierten Prioritäten Beachtung schenkt, rückt letztere die methodische Erfassung der Lebensqualität ins Zentrum ihrer Interessen: Die Entwicklung von Konzepten (Systematisierung des Begriffs durch Zuordnung von Lebensbereichen bzw. Dimensionen und/oder Operationalisierung durch Indikatoren) und Methoden für empirische Erhebungen steht dabei im Vordergrund (vgl. Amann et al. 2010, S. 199). In diesem Spannungsfeld der politisch-normativen und wissenschaftlich-deskriptiven Perspektiven der Lebensqualität entstand bis heute eine Vielzahl unterschiedlicher Konzepte, Interpretationen sowie Umgangsformen, die sich mitunter deutlich untereinander unterscheiden. Doch trotz dieser Vielfalt setzte sich in den Sozialwissenschaften und im politischen Bereich auch ein Konsens durch: Lebensqualität sei ein Begriff, der ein komplexes und multidimensionales Konzept repräsentiere und den gesellschaftlichen Zustand sowie dessen Entwicklung thematisiere. Wichtige Lebensbereiche umfassend können demnach nicht nur das materielle und immaterielle Wohlergehen, sondern auch individuelle und kollektive Werte berücksichtigt werden (vgl. Noll 1997, S. 435). Inhaltlich decke der Begriff meist einen Querschnitt wirtschaftlicher, sozialer und ökologischer Aspekte ab (vgl. (Höffe 2008, S. 180). Eine eindeutige und allgemein anerkannte Definition oder Systematik konnte in beiden Bereichen jedoch nie durchgesetzt werden. Nichtsdestotrotz oder aber genau aus diesem Grund gelten der Ausdruck und entsprechende Konzepte heute nicht nur in der Sozialwissenschaft und der Politik als weit verbreitet. Auch in anderen Bereichen erlangten der Ausdruck und die entsprechenden Ideen dazu große Bedeutung. Der deutsche Soziologe und Glücksforscher Bellebaum versucht diesbezüglich etwa einen Eindruck zu vermitteln:

„Es bemühen sich viele Soziologen, Sozialpsychologen, Politologen, Psychologen, Philosophen, Theologen, Wirtschaftswissenschaftler, Freizeitforscher, Mediziner, Ernährungswissenschaftler, Ethiker, Friedensforscher, Felicitologen… darum, Lebensqualität begrifflich genauer zu bestimmen, Defizite in der Lebensqualität herauszuarbeiten und gegebenenfalls Vorschläge für eine verbesserte Lebensqualität zu unterbreiten“ (Bellebaum 1994, S. 8f).

Vorschläge, wie sich speziell die Lebensqualität von BewohnerInnen ländlicher Räume verbessern ließe, bot auch die Europäische Kommission etwa in der Strukturperiode zwischen 2007 und 2013 an. Wie eingangs dargestellt wurde, repräsentierte die Formulierung „Verbesserung der Lebensqualität“ im Rahmen der ELER-Strukturpolitik demnach nicht nur eine konkrete Zielsetzung, sondern auch eine sich darauf beziehende Maßnahmenkategorie. Speziell der in diesem Zuge angebotene LEADER-Ansatz sollte in dieser Hinsicht positive Effekte generieren.

Seit 1991 umgesetzt, entwickelte sich die LEADER-Initiative aufgrund seiner Charakteristika (z.B.: territorial, bottom-up, multisektoral, innovativ etc.) über die Zeit hinweg zu einem beliebten Instrument der regionalen Entwicklung. Lokal ansässige AkteurInnen nehmen sich seither unter Berücksichtigung der regionalen Chancen und Risiken der Aufgabe an, die endogenen Potentiale der ländlichen Räume zu aktivieren und über die Umsetzung sektorübergreifender Maßnahmen strukturelle Anpassungs- und Aufwertungsprozesse zu generieren. Neben der „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ wurden in der letzten Förderperiode 2007-2013 auch die „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“ sowie die „Verbesserung der Umwelt und Landschaft“ (Fidlschuster o.D., online) als zentrale Ziele des Programms benannt.

Die Priorität zur Verbesserung der Lebensqualität wurde mittels Maßnahmen zur Einrichtung von Dienstleistungen zur Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung, zur Dorferneuerung und -entwicklung sowie zum Schutz und Erhalt des ländlichen Erbes weiter untergliedert (vgl. Rat EU 2005, Art. 52). Detailliertere Angaben und demnach eine eindeutige Definition des Begriffs Lebensqualität fehlen jedoch. Laut dem gemeinsamen Begleitungs- und Bewertungsrahmen (CMEF), der den übergeordneten Kontext der laufenden Programmevaluation bildete, sollten Veränderungen in diesen Bereichen und demnach im Bereich der Lebensqualität beispielsweise lediglich über physikalische und monetäre, also rein quantitative Indikatoren erfasst werden (s. Kom EU 2006b). Eine differenzierte Definition des Begriffs Lebensqualität etwa nach dem Vorbild sozialwissenschaftlicher und von der Politik mitunter übernommener Ansätze wurde demnach auch im CMEF nicht bereitgestellt.

1.1 Zielsetzung der Arbeit

Politische Diskussions- und Entscheidungsprozesse sowie darauf beruhende Handlungen leben von quantitativen und qualitativen Inputs wie Evaluierungsergebnissen oder Reflexionsresultaten. Gerade die Integration des Konzepts der Lebensqualität in die politische Agenda repräsentierte Ende der sechziger, Anfang der siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts eine stärker an qualitativen Aspekten ausgerichtete Politik und stand für die Etablierung inhaltlich breiter gefasster Diskurse als in den Jahrzehnten zuvor.

Vor diesem Hintergrund kann auch die Integration der Zielsetzung „Verbesserung der Lebensqualität" in das regionale Förderprogramm LEADER als Zeichen für die Absicht betrachtet werden, eine thematisch und inhaltlich umfassendere und demnach stärker an sozialen und ökologischen Aspekten ausgerichtete Entwicklungspolitik ermöglichen zu wollen. Fehlt jedoch eine konkrete begriffliche Definition, wie sie von sozialwissenschaftlicher Seite empfohlen wird (vgl. Barcaccia et al. 2013; s. Kap. 4.1.1) und wird eine Reflexion lediglich auf rein quantitative Indikatoren gestützt, stellt sich in Anbetracht der Verbreitung und der Interpretationsvielfalt des Ausdrucks (vgl. Glatzer 2012, S. 125) die Frage, was denn Lebensqualität eigentlich meint und ob bzw. welche inhaltlichen Schwerpunkte bei der jeweiligen Verwendung gesetzt wurden.

Im Zusammenhang mit dem LEADER-Förderinstrument der Periode 2007-2013 wurde zwar eine Unterteilung des Begriffs in regionalpolitisch wichtige Bereiche wie lokale Dienstleistungen, Dorferneuerung und ländliches Kulturerbe vorgenommen. Im Vergleich zu sozialwissenschaftlichen Konzepten der Lebensqualität und deren Systematisierungen handelt es sich hierbei jedoch um sehr spezifische Themen: Betrachtet man einige Beispiele hierzu, ist festzustellen, dass „klassischere" Formulierungen wie „Bildung", „Arbeit und Wirtschaft", „Umwelt", „Religion" etc. für die Benennung von Lebensqualitätsdimensionen oder -kategorien verwendet werden. Um die Wirkungsbereiche der LEADER-Lebensqualitätsmaßnahmen nun aber im Zusammenhang etwa mit sozialpolitischen Ansätzen vollends abschätzen zu können (z.B.: thematische Überschneidungen/Ergänzungen etc.) und die damit verknüpften Themen in den Kontext anderer Politiken, Programme und Initiativen zur Lebensqualität setzen zu können, bedarf es einer alternativen Differenzierung als jene Genannte (Dienstleistungen, Dorferneuerung, ländliches Erbe). Da solch qualitative Informationen angesichts der weiter oben angesprochenen Evaluierungsergebnissen und politischen Reflexionsprozessen sowie künftigen Programmkonzeptionen unter anderem auch im Zuge des europäischen Integrationsprozesses aber großen Wert besitzen, greift die vorliegende Arbeit die Frage nach den Lebensqualitätsinhalten im Rahmen des LEADER-Förderprogramms der Periode 2007-2013 auf. Wesentliches Ziel ist es demnach, die Verwendung des Begriffs in diesem Kontext zu reflektieren und die thematische Bandbreite der Umsetzung des LEADER-Maßnahmenpakets „Verbesserung der Lebensqualität" zu eruieren. Die Gegenüberstellung eines breit gefassten und an sozialwissenschaftlichen Konzepten orientierten Lebensqualitätsverständnisses mit den Projektbeschreibungen der Lebensqualitätsmaßnahmen einer ausgewählten LEADER-Region soll zu einer Einschätzung dieser thematischen Fächerung sowie dem Umgang mit dem Begriff auf lokaler Ebene führen. Die Aufarbeitung des Stands der Forschung zum Thema Lebensqualität einschließlich der Ableitung einer arbeitseigenen Definition nach dem Vorbild sozialwissenschaftlicher Konzepte bildet unter dem Einsatz der qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (s. Kap. 4.1.2) hierfür die Voraussetzung.

Die Ergebnisse sollen Aufschluss darüber geben, ob und welche Verbesserungspotentiale sich für den Umgang mit dem Begriff Lebensqualität einerseits speziell im Rahmen der LEADER-Förderinitiative sowie andererseits generell zur Verwendung als Zieldimension im Kontext politisch relevanter Bereiche feststellen lassen. Ziel ist es, den Begriff in Bezug der LEADER-Förderphase zwischen 2007 und 2013 handhabbarer aufzuarbeiten und, wie bereits angedeutet wurde, die Grundlagen für Vergleiche zu anderen Programmen, Initiativen und/oder Politiken sowie für seine Verwendung im europäischen Integrationsprozess zu erarbeiten. Die Ergebnisse sollen im Anschluss daran bezüglich ihrer Vor- und Nachteile diskutiert werden. Auf welche Weise diese Zielsetzung konkret aufgearbeitet wird, ist den folgenden Abschnitten zu entnehmen.

1.2 Herangehensweise und Aufbau der Arbeit

Die Komplexität sowohl des Themas Lebensqualität als auch des LEADER-Förderprogramms setzen voraus, dass beide Aspekte zunächst getrennt voneinander betrachtet werden. Um ein zielgerichtetes und systematisches Vorgehen bei der Bearbeitung der gewählten Aufgabenstellung zu gewährleisten, ist es zu Beginn der Arbeit deshalb notwendig, ein gewisses Grundverständnis zu beiden Themen aufzubauen.

Dies berücksichtigend, widmet sich Kapitel 2 zunächst der Lebensqualität. Wie die anschließend eigenfügte Graphik (Abbildung 1) zeigt, wird auf der Grundlage einer Literaturanalyse der Weg der Lebensqualität von philosophischen Ansätzen der Vergangenheit, über die Etablierung im politischen Bereich bis zur Konzeptualisierung in der Sozialwissenschaft nachgezeichnet. Der Vergleich ausgewählter, politisch relevanter Lebensqualitätskonzepte gibt weiters einen Überblick über die mögliche Anwendung und inhaltliche Systematisierung des Konzepts. Die Erläuterung von Beispielen unterschiedlicher politischer Ebenen (global bis lokal) ermöglicht eine breit gefächerte Betrachtung und Diskussion der Konzeptverwendungsmöglichkeiten.

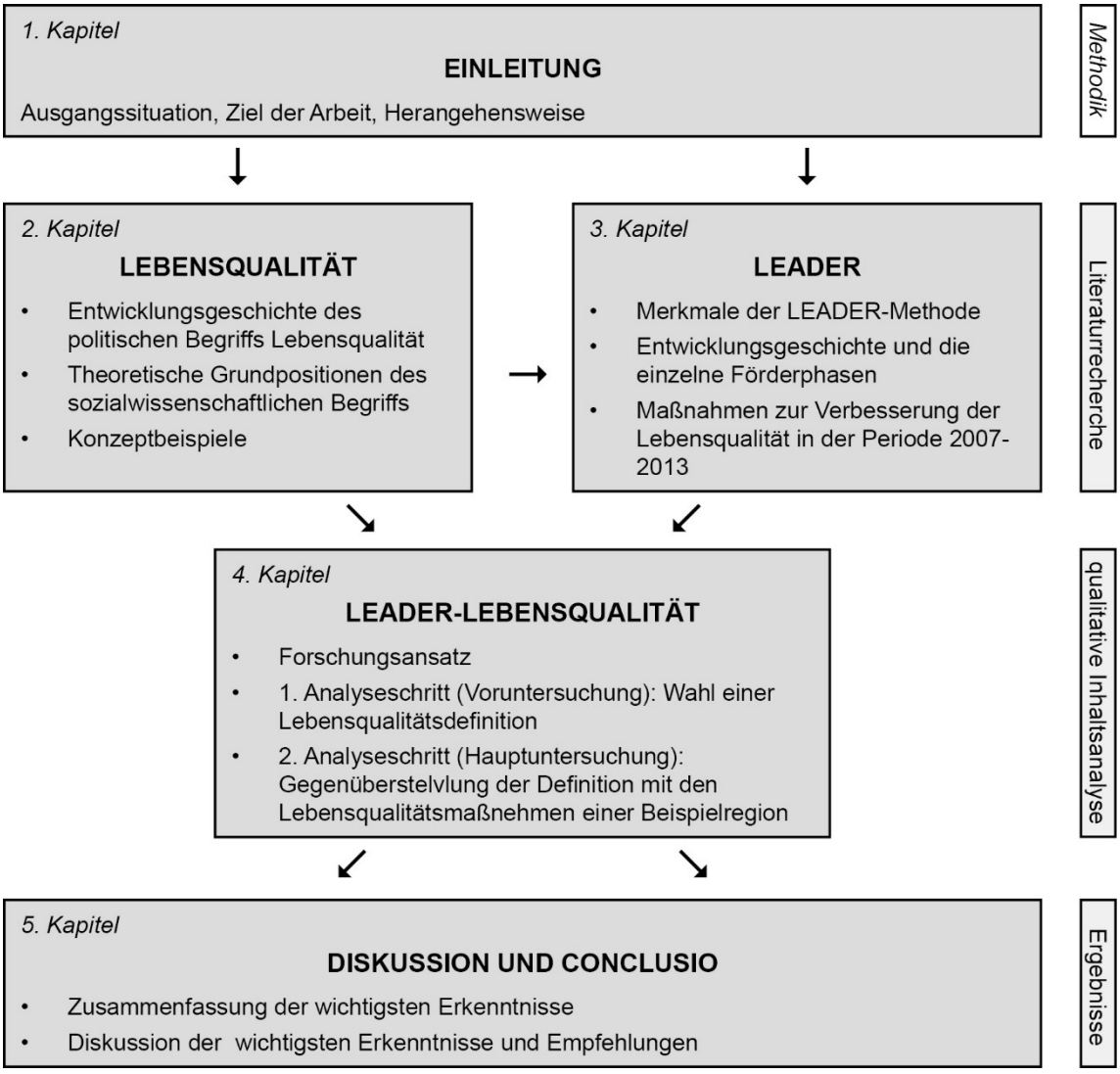


Abbildung 1: *Übersicht zum Konzept und Aufbau der Arbeit (Quelle: eigene Konzeption und eigene Darstellung).*

Kapitel 3 widmet sich im Anschluss dem LEADER-Förderprogramm. Wesentliches Ziel ist es dabei zunächst, die Initiative in seinen Grundzügen vorzustellen: Wiederum basierend auf einer Literaturrecherche werden sowohl die besonderen Merkmale des Ansatzes als auch die bisher eingeleiteten Förderphasen vorgestellt bzw. angesprochen. Als Informationsquellen dienen vorzugsweise Mitteilungen, Verordnungen, Richtlinien und Beschlüsse der Europäischen Union. Sofern notwendig, werden sie mit weiteren Quellen (Factsheets, Informationsbroschüren, Internetauftritten etc.)

bekräftigt bzw. ergänzt. Prinzipiell soll die Erläuterung einen Überblick über die grundlegenden Bestimmungen und Festlegungen des LEADER-Instruments der einzelnen Phasen auf der europäischen Ebene geben. Einen wesentlichen Bestandteil wird hierin außerdem das Thema Lebensqualität darstellen. Fragen wie „Seit wann spielen lebensqualitätsbezogene Ziele im Rahmen des LEADER-Förderprogramms eine Rolle?“ oder „Wurde der Begriff in anderen Strukturperioden definiert?“ werden im Zuge der Vorstellung der Phasen etwa berücksichtigt und erläutert.

Etwas abgewandelt stehen dieselben Fragen schließlich auch im letzten Teil dieses dritten Kapitels im Zentrum: Hierin werden nach der europäischen Ebene die nationalen Rahmenbedingungen speziell der Förderphase 2007-2013 betrachtet: Neben der Aufarbeitung relevanter Umsetzungsbestimmungen zum LEADER-Ansatz etwa anhand des „Österreichischen Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums“ wird der Fokus erneut auf eine etwaige Auseinandersetzung mit dem Thema Lebensqualität im Rahmen der Programmkonzeption gelegt und die entsprechenden Ergebnisse diskutiert.

In Kapitel 4 werden die bis dahin gewonnenen Erkenntnisse auf das Ziel dieser Arbeit bezogen nochmals resümiert und so an die Formulierung der zentralen Forschungsfrage herangeführt. Nach ihrer Präsentation folgt die Untersuchung selbst schließlich der methodischen Logik der qualitativen Inhaltsanalyse nach Philipp Mayring (2008, 2010). Anhand dieses theoriegeleiteten und systematischen Ansatzes werden die im Rahmen des Kapitels 2 erläuterten Beispiele der Lebensqualität zunächst in einer einzigen Definition zusammengeführt (zusammenfassende Inhaltsanalyse). Anschließend darin kann sie als Vergleichs- und Referenzrahmen für den zweiten Teil der Analyse verwendet werden. Konkret werden hierbei die Projektanträge einer ausgewählten Beispielregion zum Thema Lebensqualität analysiert. Ziel ist es, den Begriff zu definieren und ihn bezüglich in den Sozialwissenschaften bekannten Merkmalen einer Definition zu konkretisieren. Die Vorstellung und Diskussion der Ergebnisse ist die Grundlage zur Reflexion des Umgangs mit dem Thema Lebensqualität im Rahmen des entsprechenden Maßnahmenbündels.

Kapitel 5 schließt mit der Darstellung der grundlegenden Erkenntnisse der Arbeit und diskutiert sie im Kontext des Ziels dieser Arbeit sowie der Fragestellung, die zu Beginn des vierten Kapitels (Kapitel 4.1.1) vorgestellt wird. Die Formulierung von Handlungsempfehlungen für weitere Verwendungen des Begriffs und des Konzepts der Lebensqualität als Zielsetzung im politischen Kontext rundet diesen Diskurs schließlich ab.

2 Lebensqualität

„Der Begriff Lebensqualität ist heute in aller Munde. Doch was versteht man eigentlich darunter, oder besser: was gilt es dabei zu beachten?“
(Hofer 2006, S. 4)

Mit dem Aspekt der Lebensqualität werden heute mitunter Hörgeräte[2] oder Autos[3] beworben, Urlaube[4] angepriesen oder bessere Ernährungsweisen[5] empfohlen; speziell in den Medien stolpert man in der Gegenwart wiederkehrend über den Begriff. Hier verspricht er durch den Konsum von Gütern oder Dienstleistungen zumeist einen höheren Lebensstandard und eine verbesserte Lebenssituation.

Ursprünglich fand der Terminus Anfang der siebziger Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts jedoch Eingang in die Politik und kurz darauf auch in die Sozialwissenschaften: Seine Verwendung und die Entwicklung entsprechender Konzepte sollten für eine Kehrtwende stehen, in dessen Zuge die klassischen quantitativen Wohlstandsmaße wie das Bruttoinlandsprodukt und die darauf beruhenden politischen Diskurse um qualitative Aspekte und Wertvorstellungen ergänzt wurden bzw. werden sollten (vgl. Popp et al. 2012, S. 291). Jahre später fasste der deutsche Soziologe und Glücksforscher Bellebaum die Entwicklung wie folgt zusammen:„[…] *im Begriff Lebensqualität drücken sich Zielvorstellungen einer Gesellschaft aus, die historisch gesehen ein hohes Wohlstandsniveau erreicht hat und an die ‚Grenzen des Wachstums‘ angekommen ist“* (Bellebaum 1994, S. 8). Diskurse, wie sich das Glück und die Zufriedenheit, das Wohlbefinden und der Lebensstandard sowie die Wohlfahrt einer Gesellschaft neben dem (materiellen) Wohlstand weiter steigern ließe, standen so im Zentrum des politischen Interesses (vgl. Bellebaum 1994, S. 8).

---

[2] z.B.: bei Neuroth: *„Gut hören bedeutet Lebensfreude und Lebensqualität“* (http://www.neuroth.at/hoergeraete/uebers-hoeren/).

[3] z.B.: bei Opel: *„Lebensqualität, Arbeitszeit, Auszeit, Zeit für uns, Zeit für mich ... Der neue Opel Crossland X ist […] zu allem bereit“* (http://www.opel.at/fahrzeuge/opel-modelluebersicht/personenwagen/crossland-x/index.html).

[4] z.B.: in einem Zeitungsartikel des Kuriers unter dem Titel *„Warum eine Auszeit zu wichtig ist – eine [sic!] längerer Urlaub fördert die Kreativität und steigert die Lebensqualität“* vom 15.7.2017 von Ingrid Teufl (https://kurier.at/wissen/warum-eine-auszeit-im-urlaub-so-wichtig-ist/209.207.912); bei der Urlaubs- und Alpinregion Bludenz in Vorarlberg: „*Es ist ein Ort, an dem die Natur beobachtet und erforscht wird, an dem die landschaftlichen Schätze als Kapital für die Entwicklung von Tourismus, Wirtschaft und Lebensqualität gesehen werden“* (http://www.urlaubsregionen.at/vorarlberg/bludenz.htm) oder der Therme Wien „*Die neue Therme Wien steigert die Lebensqualität, ist Motor für das Wirtschaftswachstum und sichert langfristig Arbeitsplätze*“ (www.thermewien.at/fileadmin/.../12_Pressetext_Partnerprogramm_final_0618.doc).

[5] *„Die Ernährung beeinflusst unsere Gesundheit, unsere Leistungsfähigkeit und das körperliche und seelische Wohlbefinden. Wer sich gesund und ausgewogen ernährt, beugt nicht nur Krankheiten vor, sondern steigert auch die eigene Lebensqualität“* (http://www.konsumentenfragen.at/konsumentenfragen/Mein_Alltag/Themen/Ernaehrung/).

Anders als in der Werbung stehen in der Politik oder auch den Sozialwissenschaften jedoch nicht nur einzelne Produkte oder Dienstleistungen im Kontext der Lebensqualität. Eine Reihe unterschiedlicher Themen und Themenbereiche wird stattdessen in die Konzepte integriert. Wie das einleitende Zitat des österreichischen Soziologen Hofer impliziert, wird bei diesen multidimensionalen Konstrukten ob einer fehlenden, allgemein gültigen Definition jedoch nur selten schnell deutlich, welche quantitativen und/oder qualitativen Inhalte und Werte der Terminus Lebensqualität repräsentiert. Da der Ausdruck genau aus diesem Hintergrund im Rahmen des LEADER-Förderprogramms zum zentralen Gegenstand dieser Arbeit erklärt wurde, wird zu Beginn erläutert, aus welchem Grund sich der Begriff entwickelt hat und welche Ideen dessen Verwendung ausdrücken: Die Darstellung der Entwicklungsgeschichte zum Begriff Lebensqualität bildet demnach den Einstieg in das Thema (s. Kap. 2.1). Zum Verständnisaufbau werden im Anschluss die theoretischen Hintergründe, wie sie heute mitunter in der Politik und den Sozialwissenschaften gebraucht werden, diskutiert (s. Kap. 2.2). Um dies weiter zu vertiefen, werden mehrere Konzepte aus der Praxis vorgestellt, die die mögliche Anwendung dieser theoretischen Grundlagen verdeutlichen (s. Kap. 2.3). Abschließend werden die wichtigsten Ergebnisse und Erkenntnisse zusammengefasst (s. Kap. 2.4). Ziel ist es, sowohl den Werdegang des Begriffs sowie die möglichen inhaltlichen Komponenten zu beleuchten, um das Wesen und die Verwendungsmöglichkeiten von entsprechenden Ansätzen nachvollziehen zu können.

2.1 Entwicklungsgeschichte zur Lebensqualität

Wie die folgenden Abschnitte zeigen werden, sind die Diskussionen zu Formen und Charakteristika eines guten Lebens bzw. zu den Konzepten, die heute als Lebensqualität bezeichnet werden, alles andere als neu. Um einen Überblick über die bedeutendsten Veränderungen zu diesem Thema zu erlangen, werden zu Beginn die wichtigsten historischen Entwicklungen und Perspektiven von der Antike bis ins 20. Jahrhundert nachgezeichnet (s. Kap. 2.1.1). Da der Begriff selbst relativ spät geprägt wurde, wird im Anschluss daran der Frage nachgegangen, wie bzw. woraus sich der Ausdruck entwickelt hat (s. Kap. 2.1.2) und wie und warum er die Bedeutung erlangte, die ihm heute zuzuschreiben ist (s. Kap. 2.1.3- 2.1.5).

2.1.1 Aspekte eines guten Lebens in der Vergangenheit

Die ersten dokumentierten Überlegungen, was unter einem guten Leben bzw. einem Leben von hoher Qualität zu verstehen sei, gehen bis zur griechischen Philosophie, nämlich auf Aristoteles (1.Jahrhundert v.Chr.) zurück. So war er der Überzeugung, dass das oberste Ziel eines jeden Menschen das Streben nach Glück sei (vgl. Popp et al. 2010, S. 7): Glücklich sei jede und jeder, die bzw. der ein tugendhaftes Leben führe und dabei ausreichend mit materiellen Gütern versorgt sei. Das Erleben eines kurzfristigen Glückszustandes reiche allerdings nicht aus, um das Leben als gut zu bezeichnen; laut Aristoteles könne nur dann von Glück gesprochen werden, wenn das gesamte Leben als gelungen bewertet werden könne (vgl. Schleissheimer 2003, S. 76).

Von Aristoteles ausgehend beschreiben der österreichische Zukunftsforscher Reinhold Popp und sein Team (s. 2010: S. 5-21) die bedeutendsten Prinzipien der Vergangenheit zu dem Thema, das uns heute als das Konzept der Lebensqualität bekannt ist. Deutlich wird dadurch etwa, dass die philosophischen Vorstellungen der Griechen (neben Aristoteles z.B.: Epikureer und Stoiker) bereits Ähnlichkeiten zu den heute verbreiteten Konzepten zur Lebensqualität (z.B.: Mensch im Mittelpunkt, immaterielle Werte zentral; s. Kap. 2.2 zeigen. Mit dem Aufkommen der monotheistischen Religionen wie dem Christentum und später dem Islam zu Beginn des frühen Mittelalters (ab dem 4./5. Jahrhundert) veränderten sich diese Aspekte für eine hohe Lebensqualität allerdings zunehmend: Ein gutes und angenehmes Leben hing fortan von der Erfüllung göttlicher Gebote ab (z.B.: Lehre des Thomas von Aquin[6] - Bedingung zur Erlangung der Glückseligkeit ist die Ausrichtung des Lebens ausschließlich auf Gott) (vgl. Lang 1992, S. 122f). Dem Staat kam dabei, wie auch Aristoteles bereits konstatierte, die Rolle zu, die nötigen

[6] Thomas von Aquin (1225-1274): italienischer Ordensmann der Dominikaner und Kirchenlehrer; heute als der größte katholische Theologe unter anderem durch die Einführung der Scholastik bekannt (schulmäßiges und systematisches Ordnen der Lehre der Kirche in ein strenges System) (vgl. Schäfer 2015, online).

Voraussetzungen wie etwa Frieden und die Versorgung mit ausreichend materiellen Gütern sicherzustellen (vgl. Griesser 2009, S. 26). Der wesentliche Unterschied zwischen der Lehre Aristoteles und den religiösen Strömungen liegt jedoch in der Verantwortlichkeit: War man laut Aristoteles vorwiegend selbst für eine hohe Qualität des Lebens im Diesseits verantwortlich, wurde mit dem Aufkommen der Religionen Gott über das Individuum als entscheidende Kraft gestellt.

Im Zuge der protestantischen Bewegungen spitzte sich diese Sichtweise weiter zu: Laut den Lehren Calvins[7] (Prädestinationslehre) sind manche Menschen durch die Vorherbestimmung Gottes auserkoren, ein glückliches und erfolgreiches Leben zu führen. Andere werden dagegen entweder passiv ihrem Weg überlassen (einfache Prädestinationslehre) oder aktiv durch einen konkreten Entschluss in die Verdammnis geführt (doppelte Prädestinationslehre) (vgl. Streitenberger 2007, S. 14). Der bedingte Einfluss des Individuums auf ihre bzw. seine Lebensqualität, der im katholischen Christentum dem Menschen noch zugesprochen wurde, sollte damit gänzlich verloren gegangen sein.

Allgemein etablierten sich mit Beginn der Neuzeit (Ende des 15./Anfang 16. Jahrhunderts) aber erneut religionsferne Ansichten. Grund hierfür ist, dass die Schriften der antiken PhilosophInnen von den neuzeitlichen DenkerInnen aufgegriffen und deren Ideen in die Diskussionen bezüglich des guten Lebens einbezogen wurden (z.B.: Tugend als ein Faktor). Zudem beeinflussten die Erkenntnisse der Entdeckungsreisen nach Amerika und Indien (z.B.: Übergang zum heliozentrischen Weltbild, neue Lebensmittel und Waren) und der Astronomie (z.B.: Verbesserung der Navigationssysteme) die traditionellen Überzeugungen und Glaubensgrundsätze und führten zu einem Wandel des Weltbildes. Damit wurden auch die religiösen Lehren zunehmend in den Hintergrund gedrängt und der Mensch als Individuum im Diesseits rückte – wie bereits in der Antike – erneut in den Mittelpunkt der Überlegungen (vgl. Popp et al. 2010, S. 11ff).

In der darauf folgenden Zeit der Aufklärung, die im 17. und 18. Jahrhundert in Europa aus dem Bestreben heraus entstand, die bis dahin vorgegebenen Regeln, Zwänge und Glaubensgrundsätze zu überwinden, wurden diese neuzeitlichen Denkrichtungen fortgeführt: Die Vormachtstellungen der Kirche und des Staates wurden aufgehoben. Die AufklärerInnen kämpften für Menschenrechte wie etwa geistige und politische Freiheit, körperliche Unversehrtheit und das Recht auf Eigentum (vgl. Geier 2012, S. 8). Dabei spielte vor allem die Einführung der Vernunft eine zentrale Rolle (vgl. Rattner und Danzer 2004, S. 21f): Ausgehend von der Ansicht, dass der Mensch ein vernunftbegabtes Wesen sei, das seine eigenen Entscheidungen treffen könne, wurde ihm selbst zugesprochen, zu wählen, was Glück bedeute. Die Vorstellungen der geistlichen oder weltlichen HerrscherInnen waren nicht mehr obligatorisch; dem Individuum – ähnlich wie in der Antike – kam wieder mehr Selbstverantwortung und Selbstbestimmung zu. Neu war außerdem, dass abermals zwischen dem individuellen und dem gesellschaftlichen Glück differenziert wurde, wobei auch deren Verbindungen und Parallelen diskutiert wurden. Der Staat sollte wiederum ein gewisses Grundniveau an Lebensqualität sicherstellen, wodurch die philosophischen Debatten zunehmend auch zur Angelegenheit der Öffentlichkeit und der Politik wurden. Laut den Autoren rund um Popp (vgl. 2010, S. 11ff) stellen diese Entwicklungen während der Aufklärung einen wichtigen Grundstein für die darauffolgenden (sozial-)politischen Neuerungen sowie für die heutigen Lebensqualitätsdebatten dar. Als Beispiel hierfür sei die Entstehung der ersten Demokratien der Neuzeit genannt (z.B.: USA, s. 2.1.2), die als Folge der aufklärerischen Überzeugung anzusehen sind, dass jeder Mensch über sich selbst und über ihr bzw. sein Glück bestimmen konnte[8]. Auch die Anfänge des Kapitalismus oder die Entwicklung des Sozialstaates mit der Einführung der Unfallversicherung, der Krankenversicherung und etwas später auch der Rentenversicherung sind diesen Überzeugungen zuzuschreiben. Vor allem diese Entwicklungen gelten heute als die nachhaltigsten politischen Maßnahmen der Geschichte, die zur Verbesserung der Lebensqualität beitrugen, auch wenn diese Diskussionen noch unter anderen Begriffen (z.B.: „Glück“, „Wohlbefinden“ etc.) geführt wurden. In dem Zusammenhang zeigt die nachfolgende Erläuterung, dass sich, auch wenn das Thema bereits seit Jahrhunderten erörtert und mit unterschiedlichen Bedingungen verknüpft wurde, der heute dafür verwendete Ausdruck erst sehr spät durchgesetzt hat.

[7] Johannes Calvin (1509-1564): Genfer Reformator und Begründer des Calvinismus. Der Calvinismus lässt sich vor allem durch die Forderung der Verbindung zwischen dem weltlichen und dem religiösen Auftrag (Verbindung zwischen Politik und Religion) charakterisieren (vgl. Funk, F. C. v. 1883, online; Müller 1997, S. 25).

[8] S. auch: Sommermann 1997, S. 91ff

2.1.2 Der Begriff wird geboren

Als erste von Rechtswegen verankerte Grundlage für das Konzept der Lebensqualität gilt die Bezeichnung „*pursuit of happiness*“. Sie bedeutet laut dem Autorenteam rund um den deutschen Mediziner Egle (vgl. Egle et al. 2004, S. 351) frei übersetzt so viel wie „das Streben nach einem glücklichen Leben für Jedermann“. Zu finden ist dieser Ausdruck in der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung, die im Jahr 1776 von Thomas Jefferson verfasst wurde und in dessen Zuge er „*life*“, „*liberty*“ und „*pursuit of happiness*“ als allgemeine Menschenrechte deklarierte (vgl. National Archives of the US o.D., online). Vergleicht man diese Werte mit dem aufklärerischen Gedankengut Europas (s. Kap. 2.1.1), sind gewisse Ähnlichkeiten festzustellen. Grund hierfür dürfte die Tatsache sein, dass Jefferson in Briefkontakt zu manchen europäischen AufklärerInnen stand und dadurch ein gedanklicher und philosophischer Austausch möglich wurde (vgl. Eckert 2010, S. 243ff). Die AmerikanerInnen führten nur früher als die EuropäerInnen das Thema Lebensqualität von den philosophischen Debatten in die Politik über. Es stellt außerdem eines der bekanntesten Beispiele für den Einfluss philosophischer Diskurse der Aufklärung auf die Politik dar, wie es im Abschnitt davor angesprochen wurde.

Die Wurzeln des Ausdrucks Lebensqualität selbst liegen schließlich in der englischen Sprache und leiten sich von der Formulierung „*quality of living*“ ab. Die erste Verwendung dieses Ausdrucks ist mit 1784 datiert (vgl. Leitzmann 2001, S. 38), womit nur kurze Zeit nach Jeffersons *pursuit of happiness* ein artverwandter Begriff zur heutigen „*quality of life*“ belegt ist. Endgültig etabliert haben dürfte sich der Terminus sowohl im Englischen als auch im Deutschen aber erst im 20. Jahrhundert, laut dem Ernährungswissenschaftler Leitzmann (vgl. 2001, S. 38) in den 50er Jahren. Tatsächlich belegen die Recherchen von Noll (vgl. 1999, S. 3) jedoch eine frühere Verwendung. Sie geht auf den englischen Ökonomen Pigou und auf sein Werk „*The Economics of Welfare*“ aus dem Jahr 1920 zurück. Darin ergründete er die Wohlfahrt der Gesellschaft und suchte nach Kriterien, die eine Maximierung derselben ermöglichen sollten (vgl. Steinhöfler 1966, S. 35). In diesem Zusammenhang konstatierte er, dass dabei nicht nur ökonomische Kriterien von Bedeutung sind, sondern auch nicht-ökonomische Aspekte Einfluss auf das Leben haben. Den Ausdruck „*quality of life*“ verwendet Pigou, um die ökonomische von der nicht-ökonomischen Wohlfahrt einer Gesellschaft abzugrenzen (vgl. Pigou 1920, S. 14). Die erste belegte Verwendung des Ausdrucks Lebensqualität steht damit eindeutig in einem wirtschaftswissenschaftlichen Kontext. Ob dieses Verständnis in der Folgezeit weitergeführt wurde, zeigt die nachfolgende Diskussion.

2.1.3 Lebensqualität als neue Zielformel

Nachdem der Begriff Lebensqualität von Pigou als ein Wohlfahrtsaspekt geprägt wurde, wurde der Begriff mehrfach in unterschiedlichen Zusammenhängen (z.B.: in der theologischen oder soziopolitischen Literatur etc.) verwendet. Definitorisch festgelegt wurde der Begriff dabei nicht. Grund hierfür – so führt der deutsche Amerikanist Galinsky (vgl. Galinsky 1991, S. 220ff) aus – dürfte die kontextbezogene Verwendung gewesen sein, die ein gewisses Verständnis der Lebensqualität bereits impliziert habe und in Kombination mit seiner Bezeichnung deshalb als selbsterklärend angesehen wurde.

Einem breiten Publikum wurde der Begriff Lebensqualität schließlich im Jahr 1956 vorgestellt. Demnach verwendete der amerikanische Fernsehkommentator Eric Sevareid den Ausdruck, um das Wahlkampfprogramm von Adlai Stevenson für das amerikanische Präsidentenamt zu charakterisieren (vgl. Neuenschwander 2012, S. 12). Zwei Jahre später wurde das Thema vom in Kanada geborenen Ökonom Johan Kenneth Galbraith in seinem Buch „*The Affluent Society*“ (1958) aufgegriffen. Auslöser hierfür war die wachsende Diskrepanz zwischen privatem Reichtum und öffentlicher Armut. Aus diesem Grund wandte Galbraith sich gegen die vorherrschenden wirtschaftlichen Lehrmeinungen sowie den „*American Way of Life*“ (vgl. Hofer 2006, S. 4; Knecht 2010, S. 17) und beschäftigte sich mit Fragen des qualitativen Wachstums und der Lebensqualität (vgl. Nowlin 2008).

Populär gemacht haben dürfte Galbraith laut Swoboda (1973, S. 32) den Ausdruck Lebensqualität schließlich bei einer Rede im Dezember 1963 sowie einem im Juli 1964 in der Zeitschrift Science

erschienenen Artikel mit dem Titel „*Economics and the Quality of Life*“. Wiederum thematisierte er darin die vorherrschenden sozialen Probleme und Ungleichgewichte und diskutierte die Rolle und Aufgabe der Politik, um diese zu minimieren (vgl. Galbraith 1964). Als konkrete und neuartige Zieldimension wurde der Ausdruck schließlich von L.B. Johnson bei einer Ansprache im Rahmen seiner Kandidatur für das amerikanische Präsidentenamt im August 1964 vorgestellt (vgl. Knecht 2010, S. 18; Swoboda 1973, S. 32). Mit dem entsprechenden Programm „*Great Society*“ wurde das Thema Lebensqualität weiter betont und ein Paradigmenwechsel bezüglich der Zielvorstellungen der Gesellschaftspolitik – von „*the quantity of goods*“ zu „*quality of life*“ – ausgelöst (vgl. Hofbauer 2011, S. 7). Warum diese Entwicklung als Bereicherung anzusehen ist, zeigt der nächste Abschnitt.

2.1.4 Gründe für die wachsende Popularität des Konzepts Lebensqualität

Die Etablierung des Begriffs Lebensqualität damals kann heute als Zeichen veränderter Wertehaltungen in der Politik hin zu vermehrt qualitativen Aspekten interpretiert werden. Begleitet wurde dieser Wandel davon, dass die bis dahin vorwiegend ökonomisch geprägte Betrachtungsweise von Volkswirtschaften[9] zunehmend kritisiert wurde. Gründe hierfür sind, dass die politischen Ziele zur Sicherung der wirtschaftlichen Stabilität und zur Förderung des Wachstums, wie sie vor allem seit dem Ende der Weltwirtschaftskrise um 1930 verwendet wurden (vgl. Zapf 1972, S. 354), sowie die Beurteilung des Fortschritts einer Gesellschaft ausschließlich anhand von ökonomischen Wachstumszahlen als zu eng gefasst betrachtet wurden: Sie würden die aufkommenden sozialen, gesellschaftlichen und ökologischen Problemstellungen und Herausforderungen nicht abdecken. Die ökonomischen Statistiken seien mit zu vielen operationellen Problemen behaftet und würden daher nur einen begrenzten Ausschnitt der Gesamtsituation und seiner Entwicklung widerspiegeln. Laut Birnbacher (vgl. Birnbacher 1998, S. 126ff) und Eppler (vgl. Eppler 1974, S. 23) lassen sich die Probleme wie folgt zusammenfassen:

Zum einen fließt bei den herkömmlichen Wohlstandsmaßen (z.B.: Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung, Bruttosozialprodukt) nur ein gewisser Teil aller Leistungen ein, die in einer Gesellschaft Wohlbefinden generieren. Es handelt sich dabei um bezahlte Leistungen, die über den Markt gehandelt werden. Unbezahlte Leistungen, wie etwa die Hausfrauenarbeit oder private Pflege- bzw. Betreuungsleistungen, scheinen dagegen marktwirtschaftlich nicht auf. Darüber hinaus hat auch eine abnehmende Produktivität (z.B.: durch Reduktion der Arbeitsstunden) eine einschränkende Wirkung auf das Wirtschaftswachstum und würde sich damit negativ auf die Wohlfahrtsproduktion auswirken. Zusätzlich dazu werden soziale Güter und – wie Birnbacher (1998, S. 27) sie bezeichnet – „Ungüter“ (Güter, die nicht marktfähig sind oder nicht in die staatlichen Kostenrechnung eingehen wie z.B.: Umweltqualität, öffentliche Sicherheit, politische Kultur, soziales Vertrauen oder Humanität) nicht in den herkömmlichen ökonomischen Wohlstandsmaßen inkludiert. Staatliche Leistungen fließen generell nur mit ihren Kosten ein; der Nutzen, sofern er sich nicht monetär zeigt, bleibt ausgespart. Außerdem werden alle wirtschaftlichen Leistungen, die zum Wachstum beitragen, positiv gewertet. Damit werden auch kompensatorische Leistungen (z.B.: erhöhter Kauf und Konsum von Beruhigungsmittel, Folgekosten bzw. Ausgaben nach einem Verkehrsunfall etc.) berücksichtigt, obwohl die Gründe bzw. die Art dieses Konsums nicht immer für eine hohe Lebensqualität bzw. Wohlfahrt sprechen.

Neben diesen operationellen Schwierigkeiten förderten auch gesellschaftliche Entwicklungen einen Perspektivenwechsel in vielen Industriegesellschaften am Ende der sechziger Jahre (vgl. Noll 1997, S. 435). Als Beispiele seien hierfür „[…] *die Durchsetzung wohlfahrtsstaatlicher Einrichtungen, die Ausdehnung der politischen Beteiligungsansprüche, die Differenzierung von Arbeits-, Freizeit-, Wohn-, und Familienstrukturen in Richtung auf ‚postindustrielle‘ Muster, vor allem aber die neue Sensibilität*

[9] In dem Zusammenhang stellt Noll etwa fest: *„Historisch betrachtet war Wohlfahrt zunächst gleichbedeutend mit dem materiellen Wohlstand, und sozialer Fortschritt bestand ursprünglich vor allem in der Überwindung des Mangels und der Hebung des Lebensstandards*“ (Noll 1997, S. 434). Aus diesem Grund galten auch der Massenkonsum und die Vermehrung des materiellen Wohlstands als Markenzeichen der westlichen Lebensweise und ökonomische Statistiken als Maß für den Wohlstand: *„Das Bruttosozialprodukt mit seinen Wachstumsraten war dementsprechend der mit Abstand wichtigste und am häufigsten verwendete Maßstab für die Zielerreichung und damit zugleich auch für die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft und des jeweiligen Wirtschaftssystems“* (Noll 1997, S. 435).

gegenüber den sozialen Kosten und den natürlichen und sozialen Grenzen des Wachstums […]*"* (Zapf 1984, S. 27) genannt. Diese Sensibilität gegenüber den natürlichen und sozialen Grenzen des Wachstums wurde weiters durch die Veröffentlichung des Berichts „*The Limits to Growth*" (Meadows 1972) vom *Club of Rome* gesteigert: Sollte das Wirtschaftswachstum auf die gleiche Art und Weise wie bisher (Stand Anfang 1970er Jahre) weitergeführt werden, würde es im 21. Jahrhundert zum globalen Kollaps der demographischen und wirtschaftlichen Systeme kommen (vgl. Turner 2008, S. 397ff). Um dies zu vermeiden, sollte die Verfolgung des Konzepts der Lebensqualität diskutiert werden und Lösungsansätze bieten.

2.1.5 Lebensqualität als internationales Thema

Im europäischen Raum war für die Verbreitung des Konzepts Lebensqualität vor allem Deutschland verantwortlich. So organisierte die Industriegewerkschaft Metall im selben Jahr der Veröffentlichung von „*The Limits to Growth*" (Meadows 1972) eine internationale Konferenz mit 1250 TeilnehmerInnen aus 22 Ländern in Oberhausen (Deutschland), bei der sowohl die Ergebnisse des „*Limits to Growth*"-Berichts als auch das Konzept der Lebensqualität erstmals in Europa auf einer großen Plattform diskutiert wurden (vgl. Noll 1999, S. 4). Seitdem wurde das Konzept von vielen politischen Parteien und Institutionen sowie von der damaligen Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft (s. dazu Kap. 2.3.2 aufgegriffen und als Zielformel verwendet. Was diese Zielformel allerdings beinhalten bzw. wie Lebensqualität definiert werden sollte, war zumindest in Oberhausen noch nicht bekannt. In dem Sinn konstatierte einer der RednerInnen dieser Tagung, der deutsche Sozialdemokrat Gerhard Eppler:

„Wir sprechen heute von Qualität des Lebens, obwohl wir nicht genau wissen, worin sie besteht, noch weniger, wie sie zu verwirklichen sei. […] *Es gilt, in einer möglichst breiten Diskussion ein Höchstmaß an Konsensus zu erreichen, das Abstimmbare in demokratischer Mehrheitsbildung zu entscheiden und das Unabstimmbare der individuellen Entscheidung zu überlassen"* (Eppler 1974, S. 18).

Nur ein halbes Jahr später sollte in Deutschland bereits ein erstes Konzept zur Lebensqualität existieren (vgl. Eppler 1974, S. 57ff). Festzustellen ist dabei, dass dieses, ähnlich zu früheren Interpretationen aus der Antike, dem Mittelalter oder der Aufklärung (s. Kap. 2.1.1) vor allem immaterielle Faktoren für eine hohe Lebensqualität verantwortlich sah[10]. Seit dem Aufkommen der Frage nach einem guten Leben im antiken Griechenland vor mehr als zweitausend Jahren wurde damit erneut eine Antwort auf die Frage nach den Inhalten eines guten Lebens vorgeschlagen. Generell setzten in den Vereinigten Staaten wie auch in Europa vermehrt Definitions- und Operationalisierungsprozesse ein. Die Ergebnisse dazu sollten politischen Diskursen fundierte, wissenschaftliche Konzepte und Datengrundlagen bieten. Welche Positionen in diesen Diskursen grundsätzlich entwickelt wurden, wird im folgenden Teilkapitel deutlich.

2.2 Theoretische Grundpositionen von Lebensqualitätsansätzen

Die Verwendung des Begriffs Lebensqualität als alternative politische Zielformel drückte zu Beginn (1960er/1970er Jahre) eine neu aufgekommene Planungseuphorie und einen frischen Optimismus aus: Die Folgen der Industrialisierung sollten durch politische Eingriffe korrigiert werden. Auf zukünftige Probleme sollte nicht mehr nur reagiert werden; sie sollten frühzeitig erkannt und anschließend rational sowie langfristig gelöst werden. Daneben galt der Gebrauch des Ausdrucks Lebensqualität auch als Zeichen, eine aktivere Sozialpolitik einführen und sozialtechnologische Entwicklungen vorantreiben zu

[10] Am 13. Oktober 1972 wurde in Deutschland das Wahlprogramm der SPD für die Bundestageswahl publiziert. Der Lebensqualität wurde darin als eigene Zieldimension neben der Friedenspolitik, der inneren Sicherheitspolitik, der Beschäftigung, dem Einkommen und der Währung eine wichtige Rolle zugesprochen. Demnach heißt es im Programm: *„Vor allem bedeutet ein Mehr an Produktion, Gewinn und Konsum noch nicht automatisch ein Mehr an Zufriedenheit, Glück und Entfaltungsmöglichkeit für den einzelnen. Lebensqualität ist mehr als höherer Lebensstandard. Lebensqualität setzt Freiheit voraus, auch Freiheit von Angst. Sie ist Sicherheit durch menschliche Solidarität, die Chance zu Selbstbestimmung und Selbstverwirklichung, zu Mitbestimmung und Mitverantwortung, zum sinnvollen Gebrauch der eigenen Kräfte in Arbeit, Spiel und Zusammenleben, Teilhabe an der Natur und den Werten der Kultur, die Chance, gesund zu bleiben oder zu werden. Lebensqualität meint Bereicherung unseres Lebens über den materiellen Konsum hinaus"* (SPD 1972, S. 27).

wollen. Themen wie die Verbesserung der Arbeitsbedingungen, die Herstellung der Geschlechtergleichheit sowie Minderheitenprobleme sollten tagespolitisch genauso verstärkt auf den Plan rücken wie allgemein die Gestaltung einer bürgernahen und sozialen Umwelt. Damit sollte nicht nur jener Tatsache Rechnung getragen werden, dass eine rein auf die Ökonomie ausgerichtete Politik mittlerweile als zu eng formuliert angesehen wurde (s. Kap. 2.1.4). Auch die gesellschaftlichen Entwicklungen der vorangehenden Jahrzehnte, die zunehmende Technisierung oder das zunehmende Umweltbewusstsein galten als Argumente, die politischen Zieldimensionen auszuweiten (vgl. Knecht 2010, S. 17ff). Um diesen neuen Prioritäten Rechnung zu tragen, wurden die Prozesse des Struktur- und Wertewandels begleitet von der Etablierung der Sozialindikatorenforschung als ein eigenständiger Zweig der Sozialwissenschaften (vgl. Noll 2003, S. 449). Ihr kam „[…] *die Funktion zu, das Konzept der Lebensqualität als neue Zielformel einer aktiven Gesellschaftspolitik zu operationalisieren und zu quantifizieren und eine Antwort auf die mit dem Perspektivenwechsel verbundenen erhöhten Informationsanforderungen einer ‚active society' und aktiven Gesellschaftspolitik zu geben"* (Noll 1999, S. 6).

Aufgabe der Sozialindikatorenforschung war es demnach, ein methodisches Instrumentarium für ein kontinuierliches Monitoring der Lebensqualität zu entwickeln. Anhand der Beobachtung gesellschaftlicher Strukturveränderungen und Modernisierungsprozesse (z.B.: Trends und Zusammenhänge zwischen verschiedenen Entwicklungstendenzen) mittels geeigneter Indikatoren sowie der Analyse der sich daraus ergebenden Konsequenzen sollten die gewünschten Informationen bereitgestellt werden. Die Ergebnisse sollten als Grundlage für Prozesse der gesellschaftlichen Selbstreflektion sowie für politische Prioritätenformulierungen und Planungen von Steuerungsvorhaben genutzt werden (vgl. Noll 2003, S. 449f). Veröffentlicht wurden und werden sie noch heute in sogenannten Sozialberichten. Da sie als gesamtgesellschaftliche Informationssysteme angesehen werden (vgl. Huschka und Wagner 2010, S. 3), wird ihnen eine wichtige Rolle in der Politik zugeschrieben.

Die Operationalisierungen des Begriffs Lebensqualität, also die theoretische Positionierung und Zuordnung von Indikatoren, lieferten weltweit recht unterschiedliche Interpretationen. Ein Grund dafür dürfte die fehlende klar konzipierte und vor allem allgemein gültige Definition zur Lebensqualität sein. Gleichfalls galt bzw. gilt – so gibt etwa Hofbauer (2011, S. 8) zu bedenken – die oft nicht explizit vorhandene Abgrenzung zu artverwandten Begriffen als Problemursache. Als Beispiele hierfür seien etwa die Ausdrücke Wohlstand und Lebensstandard als auch die Begriffe Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit zu nennen. Erstere „[…] *beziehen sich auf das gute Leben, haben im Gegensatz zur Lebensqualität aber stärker die materiellen Dimensionen des guten Lebens im Zentrum"* (Hofbauer 2011, S. 8). Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit setzen den Fokus dagegen auf „[…] *das Individuum, seine Wahrnehmungen, Situationsdefinitionen, kognitiven Bewertungen und Gefühlszustände"* (Hofbauer 2011, S. 8). Sie repräsentieren demnach vor allem subjektive Aspekte und Einschätzungen, während sich die Ansätze von Wohlstand und Lebensstandard vorwiegend auf quantitativ erfassbare Komponenten wie die Verfügung über Einkommen und Vermögen sowie der Konsum von Gütern und Dienstleistungen konzentrieren (vgl. Hofbauer 2011, S. 8). Da die anfänglichen Überlegungen zum Konzept Lebensqualität aber auf die Verbindung von immateriellen und materiellen sowie von objektiven und subjektiven Gesichtspunkten abzielten, ist eine synonyme Verwendung der unterschiedlichen Begriffe zueinander als kritisch zu betrachten. Auch aus der Literatur geht hervor, dass die meisten der heute gängigen Konzepte zwischen Lebensqualität einerseits und Begriffen, wie sie gerade genannt wurden, andererseits differenzieren, dass aber je nach Betrachtungsweise einige Überschneidungen festzustellen sind (vgl. Hofbauer 2011, S. 9; Noll 1999, S. 7). Warum eine synonyme Verwendung aufgrund solcher Überschneidungen teilweise dennoch Verbreitung fand, wird anhand der nachfolgenden Beschreibung weiter nachvollziehbar[11]. Sie behandelt die drei Grundsatzpositionen möglicher Lebensqualitätskonzepte, die sich im Zuge von Operationalisierungsprozessen etablierten. Denn unabhängig von der Diskussion rund um die Abgrenzung herrscht Einigkeit darüber, dass sich

[11] Auch anhand der Vorstellung unterschiedlicher Lebensqualitätskonzepte (Kap. 2.3) wird deutlich, dass einige Ansätze keine explizite Unterscheidung zwischen Wohlstand und Lebensstandard einerseits und Lebensqualität andererseits vornehmen. Im Sinne einer korrekten Wiedergabe werden die entsprechenden Ausdrücke in diesen Fällen übernommen, obwohl eine synonyme Verwendung im Rahmen dieser Arbeit sonst vermieden wird.

jede Messbarmachung der Lebensqualität auf eine dieser drei Theorietraditionen zurückführen lässt (vgl. Noll 1999, S. 7). Es handelt sich um den subjektiven, den objektiven und den die beiden Aspekte kombinierenden Ansatz. Allen gemeinsam ist, dass Lebensqualität als ein multidimensionales Modell verstanden wird (vgl. Böhnke und Kohler 2008, S. 7). Der wesentliche Unterschied ergibt sich aber aus dem Umgang mit der subjektiv wahrgenommenen Lebensqualität. Begonnen wird die Beschreibung mit dem objektiven Ansatz, der den Aspekt einer subjektiv wahrnehmbaren und bewertbaren Lebensqualität gänzlich ausblendet.

2.2.1 Der objektive Ansatz – Lebensqualität, die berechnet wird

Die erste theoretische Position, auf die sich eine Vielzahl von Operationalisierungen der Lebensqualität bezieht, ist der auf objektiv beobachtbare Aspekte ausgerichtete, skandinavische Ansatz. Sozialpolitische Konzepte berufen sich traditionell auf diesen, da er als ressourcenorientiert gilt. Grundannahme ist, dass die Lebensverhältnisse der Menschen beobachtbar sind und anhand wissenschaftlicher und/oder moralischer Standards von Außenstehenden erhoben und bewertet werden können. Als Voraussetzung wird angenommen, dass jeder Mensch Grundbedürfnisse hat und die „erfolgreiche“ Befriedigung dieser Bedürfnisse bestimmend ist für das Wohlbefinden. Eine hohe Lebensqualität ergibt sich daher aus der optimalen Ausstattung mit Ressourcen unter dem Einfluss bestimmter Determinanten, die nicht verändert werden können (z.B.: Gesundheit, Infrastrukturausstattung oder Umweltbedingungen) (vgl. Hofbauer 2011, S. 9; Noll 1999, S. 8):

„Unter individuellen Ressourcen werden neben Einkommen und Vermögen, Bildung, soziale Beziehungen sowie psychische und physische Energie verstanden, die gezielt eingesetzt werden können, um die individuellen Lebensverhältnisse den eigenen Bedürfnissen entsprechend zu gestalten“ (Hofbauer 2011, S. 9f).

Für eine Operationalisierung der Lebensqualität nach diesem Ansatz ist es notwendig, ein Set an Faktoren, die untereinander nicht zwingend zusammenhängen müssen, je nach Erkenntnisinteressen bzw. Überzeugungen auszuwählen. Solch eine Operationalisierung ist nie richtig oder nie falsch; um Missverständnisse aber zu vermeiden, muss sie zu Beginn klar festgelegt, die Indikatoren deutlich benannt und die Ziele sowie Hintergründe abgegrenzt werden. Werden im Folgenden Erhebungen zum Stand der Lebensqualität nach diesem Zugang durchgeführt, können zwei unterschiedliche Arten unterschieden werden: Analysen über die Zeit werden oft unter dem Aspekt einer Modernisierungstheorie durchgeführt, was heißt, dass eine Zunahme der Lebensqualität über die Zeit hinweg erwartet wird. Geprägt wurde dieser Ansatz vor allem durch die skandinavische *level of living*-Forschung (vgl. Böhnke und Kohler 2008, S. 7ff), die bereits im Jahr 1968 startete und in deren Zuge seitdem regelmäßig Erhebungen durchgeführt werden (vgl. Lindahl 2015, online). Als Beispiel für diese Gruppe wäre demnach eine statistische Erhebung sozialer Indikatoren in einem Staat zu nennen, die auch als sogenannte Wohlfahrtssurvey bezeichnet wird (vgl. Böhnke und Kohler 2008, S. 9f).

Analysen über den Raum vergleichen dagegen die Situationen bzw. die einzelnen Niveaus der Lebensqualität in mehreren Staaten zum selben Zeitpunkt (vgl. Böhnke und Kohler 2008, S. 10). Als Beispiele, die sowohl den räumlichen wie auch den zeitlichen Aspekt berücksichtigen, können etwa das von der OECD initiierte *Programme of Work on Social Indicators* aus dem Jahr 1970 (vgl. Krupp 1978, S. 120) oder der Human Development Index der UN, der in Kapitel 2.3.1 näher vorgestellt wird, genannt werden. Ähnliche Erhebungsmuster (räumlich, zeitlich, kombiniert) zeigen auch jene Analysen zur Lebensqualität, die dem subjektiven Zugang folgen und deshalb als Gegenpol zu dem eben erläuterten objektiven Lebensqualitätsansatz angesehen werden.

2.2.2 Der subjektive Ansatz – Lebensqualität, die erfragt wird

Als amerikanische Glücks-, Zufriedenheits- und *Quality-of-Life*-Forschung bekannt geworden, beruht die subjektive Lebensqualitätsposition „[…] *auf dem Grundsatz, daß* [sic!] *das, was Menschen als real ansehen, für sie auch real in seinen Konsequenzen sein wird, oder* […] *daß* [sic!] ‚*Wohlfahrt letzten Endes von den Betroffenen wahrgenommen werden muss*‘“ (Campbell 1972, zitiert nach Zapf 1984, S. 20). Zu diesen Erkenntnissen gelangte man, als man sich der Tatsache bewusst wurde, dass ähnliche

Lebenssituationen ganz unterschiedlich bewertet werden können. Deutlich wurde dies vor allem dadurch, dass Menschen mit günstigen Voraussetzungen ihre Lebensqualität als mangelhaft und im Vergleich dazu schlechter Gestellte diese als (sehr) hoch bewerteten (vgl. Zapf 1984, S. 20). Das Ziel subjektiv geprägter Studien ist daher unter Verwendung qualitativer Erhebungsfragen die Ergründung der individuell wahrgenommenen Lebensqualität, wobei das Individuum selbst als der/die beste ExpertIn gilt.

Ein Beispiel einer Fragestellung in diesem Zusammenhang ist etwa die Bestimmung jener Faktoren, die in Bezug auf die Lebensqualität von einer Gruppe ausgewählter Menschen (z.B.: repräsentativer Querschnitt einer Gesellschaft) als zentral angesehen werden. Darüber hinaus können sowohl die Ausprägungen dieser Faktoren inklusive deren Zusammenhänge untereinander als auch die Ursachen und Wirkungen, die dieses Niveau beeinflussen (u.a. auch: Wünsche und Bedürfnisse), untersucht werden (vgl. Böhnke und Kohler 2008, S. 10f). Deutlich wird dadurch, dass im Vergleich zu objektiven Messungen die subjektiven Erhebungen deutlich stärker auf Ergebnisse zu den Themen Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit abzielen.

Wie bereits angesprochen wurde, können beim subjektiv geprägten Ansatz wiederum sowohl zeitliche als auch räumliche Vergleiche durchgeführt werden. In Bezug auf Wünsche und Bedürfnisse kann beispielsweise deren räumliche Verbreitung ermittelt werden. Als weit verbreitet gelten sie dabei, wenn in ähnlichen strukturierten Gesellschaften ähnliche Ergebnisse festzustellen sind. Mittels Studien, die dieselben Indikatoren zu unterschiedlichen Zeitpunkten abfragen, kann dagegen kontrolliert werden, ob beispielsweise steigende Löhne ein kurzfristiges oder ein konstantes Wachstum an Lebensqualität generieren können (vgl. Böhnke und Kohler 2008, S. 10f). Die Ergebnisse solcher Untersuchungen dienen als Maßstab für das Niveau der Lebensqualität einer Gesellschaft und für deren Entwicklung (vgl. Noll 1999, S. 8). Politisch werden sie hauptsächlich verwendet, um individuelle sowie gruppenspezifische Anspruchsniveaus abzuschätzen und entsprechend darauf zu reagieren (vgl. Zapf 1984, S. 20). Als Exempel hierfür kann etwa der *Better Life Index* der OECD genannt werden (s. Kap. 2.3.1). Als Weiterentwicklung dieses, ebenso wie des objektiven Ansatzes können schließlich jene Konzepte betrachtet werden, die diese beiden Positionen vereinen. Sie sind als Syntheseansätze bekannt geworden und werden im nächsten Abschnitt vorgestellt.

2.2.3 Der Syntheseansatz – Lebensqualität, die umfassend erforscht wird

Ein großer Vorteil jener Ansätze, die den objektiven und daher vorrangig sozialpolitisch orientierten Ansatz mit der subjektiven, sozialpsychologisch geprägten Position kombinieren, ist, dass das Forschungsinteresse wesentlich breiter formuliert werden kann. Demnach können die Zusammenhänge zwischen der individuellen Bewertung (z.B.: Lebenszufriedenheit) und der statistisch erfassbaren Ausstattung von Gütern und Dienstleistungen (Wohlstand oder Lebensstandard) untersucht werden. Als zwei sehr bekannte Beispiele, die unter anderem auf solch eine Analyse abzielen, können zum einen der von Erik Allardt geprägte skandinavische Lebensqualitätsansatz und zum anderen das von Wolfgang Zapf entwickelte Konzept angeführt werden (vgl. Noll 1999, S. 9; Hofer 2006, S. 4; Hofbauer 2011, S. 10f). Sie werden im Folgenden dargestellt.

Der basic needs aproach

Der finnische Soziologie Allardt begründete Anfang der siebziger Jahre einen sehr breit gefassten Lebensqualitätsansatz, da er in seinen Wohlfahrtsforschungen der Überzeugung war, dass die Basis des schwedischen Ressourcenansatzes zu eingeschränkt sei. Er kombinierte die objektive mit der subjektiven Position, wobei er die Bedürfnisbefriedigung eines Menschen ins Zentrum seines Modells stellte. Für diesen Zweck unterschied Allardt drei unterschiedliche Kategorien, die er als *Having*, *Loving* und *Being* bezeichnete. Die erste Kategorie *Having* repräsentiert dabei die Grundbedürfnisse, die Bezeichnungen *Loving* und *Being* umfassen höhere Bedürfnisse (vgl. Noll 1999, S. 9f):

- Having – In dieser Kategorie werden all jene Aspekte eingeordnet, die dem Wohlstand bzw. Lebensstandard zugeschrieben werden. Es handelt sich demnach vorwiegend um materielle Dimensionen eines Lebens wie ökonomische Ressourcen oder Wohn- und Arbeitsbedingungen, Beschäftigung und Bildung, die Gesundheitsversorgung sowie Umweltverhältnisse.
- Loving – Mit Loving werden all jene Aspekte eines Lebens umschrieben, die dem Bedürfnis nach Zugehörigkeit und sozialen Kontakten entsprechen. Beispiele hierfür sind etwa die Familienzugehörigkeit, nachbarschaftliche Beziehungen, Freundschaftsverhältnisse sowie Vereinsaktivitäten.
- Being – In der Kategorie Being werden die Bedürfnisse nach Selbstverwirklichung (z.B.: Teilhabe an politischen Aktivitäten, Partizipationsmöglichkeiten, Möglichkeiten und Optionen der Freizeitgestaltung und das Ausüben einer sinnvollen Beschäftigung) subsummiert.

Operationalisiert wird die Lebensqualität in diesem Modell sowohl durch objektive als auch durch subjektive Indikatoren zur Bedürfnisbefriedigung über alle drei Kategorien hinweg. Eine hohe Lebensqualität hängt dabei von der parallelen Befriedigung aller drei Bedürfniskategorien ab und untersucht damit primär die individuelle Lebensqualität. Diese Tatsache trifft allerdings nicht nur auf Allardts Modell zu: Sowohl rein objektive als auch rein subjektive Ansätze (s. Kap. 2.2.1 und 2.2.2) beziehen sich vorwiegend auf eine individuenzentrierte als auf eine gesamtgesellschaftliche Sichtweise. Die Ausklammerung gesamtgesellschaftlicher Aspekte sorgte jedoch zunehmend für Kritik (vgl. Noll 1999, S. 9f; Zapf 1984, S. 20f). Noll (1999, S. 11) stellt dazu etwa fest:

„Die überindividuellen, kollektiven und die Qualität der Gesellschaft als Lebensraum und -kontext betreffenden Aspekte, wie z.B. Freiheit, Solidarität, Integrität und Schutz der natürlichen Umwelt, soziale und intergenerationale Gerechtigkeit, sind ihr dabei – so muß [sic!] *man kritisch konstatieren – zwar nicht vollständig, aber doch teilweise aus dem Blickfeld geraten“.*

Dieser Vorwurf kann auch im Zusammenhang mit dem im Anschluss vorgestellten deutschen Lebensqualitätszugang von Wolfgang Zapf genannt werden. Dieser stellt ebenfalls ein Beispiel für einen kombinierten Ansatz dar, unterscheidet sich aber hinsichtlich der Operationalisierung deutlich von jenem Allardts.

Der deutsche Lebensqualitätsansatz

Anders als Allardt begründete der deutsche Wohlfahrtsforscher Wolfgang Zapf die Lebensqualität nicht als ein System verschiedener Bedürfnisstufen, die jeweils einer objektiven und einer subjektiven Bewertung bedürfen. Er betrachtete die Lebensqualität als Konstellation von objektiven Lebensbedingungen auf der einen und dem subjektiven Wohlbefinden auf der anderen Seite. Es ergibt sich folgende Definition:

„In einer allgemeineren Definition ist die Lebensqualität von Individuen und Gruppen bestimmt durch die Konstellation (Niveau, Streuung, Korrelation) der einzelnen Lebensbedingungen und der Komponenten des subjektiven Wohlbefindens. Unter Lebensbedingungen verstehen wir die beobachtbaren, ‚tangiblen' Lebensverhältnisse: Einkommen, Wohnverhältnisse, Arbeitsbedingungen, Familienbeziehungen und soziale Kontakte, Gesundheit, soziale und politische Beteiligung. Unter subjektivem Wohlbefinden verstehen wir die von den Betroffenen selbst abgegebenen Einschätzungen über spezifische Lebensbedingungen und über das Leben im allgemeinen [sic!]. *Dazu gehören insbesondere Zufriedenheitsangaben, aber auch generellere kognitive und emotive Gehalte wie Hoffnungen und Ängste, Glück und Einsamkeit, Erwartungen und Ansprüche, Kompetenzen und Unsicherheiten, wahrgenommene Konflikte und Prioritäten. Dies zusammen sind die Komponenten der Lebensqualität oder der individuellen Wohlfahrt“* (Zapf 1984, S. 23).

Zapf nutzt diese Unterscheidung, um sogenannte Wohlfahrtspositionen zu systematisieren: Werden die beiden Dimensionen miteinander kombiniert und jeweils mit gut oder schlecht bewertet, ergeben sich vier mögliche Positionen (s. Abbildung 2). Der erstrebenswerteste Zustand ist dabei jene Position, die als *Well-being* bezeichnet wird und die sich aus der Kombination von guten Lebensbedingungen und einer hohen individuellen Zufriedenheit ergibt. Je höher der Anteil der Bevölkerung ist, die sich dieser Kategorien zuordnen lässt, desto höher kann das Lebensqualitätsniveau einer Gesellschaft bezeichnet werden (vgl. Zapf 1984, S. 25f).

		Subjektives Wohlbefinden	
		Gut	Schlecht
Objektive Lebensbedingungen	Gut	Well-Being	Dissonanz
	Schlecht	Adaption	Deprivation

Abbildung 2: *Systematik der deutschen Lebensqualitäts- bzw. Wohlfahrtsforschung (Quelle: vgl. Zapf 1984, S. 25; eigene Darstellung).*

Der deutsche Wohlfahrtsforscher erkennt es als eine sehr wichtige Aufgabe der Forschung an, die Zusammensetzung von Gesellschaften anhand dieses Systems zu eruieren; das entsprechende Wissen über den „Zustand" einer Gesellschaft könnte politisch sehr bedeutsam sein (vgl. Zapf 1984, S. 26). Tatsächlich werden in diesem Sinne seit 1984 jährlich Erhebungen in Westdeutschland und seit 1990 in ganz Deutschland durchgeführt. Dabei werden, um zu ermöglichen, dass die individuelle Entwicklung der Lebensqualität bzw. der Lebenszufriedenheit sowie ihrer Determinanten über die Zeit hinweg verfolgt werden, im Kern immer wieder dieselben Personen befragt (vgl. Huschka und Wagner 2010, S. 5). Dies garantiert eine bessere Vergleichbarkeit der Ergebnisse, womit insgesamt ein wesentlich höherer Aussagegehalt erreicht werden kann.

Wie die Vorstellung einiger Beispiele im folgenden Teilkapitel (s. Kap. 2.3) zeigt, wurden solche gemischten Zugänge wie die von Zapf oder Allardt nicht nur für Untersuchungen in Deutschland oder Finnland übernommen. Auch die Europäische Union kombinierte mitunter die Positionen des objektiven, am Wohlstand und dem Lebensstandard orientierten und des subjektiven, auf das Wohlbefinden und die Lebenszufriedenheiten fokussierten Zugangs, um eigene Operationalisierungen zur Lebensqualität zu entwickeln (s. Kap. 2.3.2). Als notwendig erscheint diese Beschreibung unterschiedlicher Lebensqualitätskonzepte, da im weiteren Verlauf dieser Arbeit der Begriff als politische Zielgröße analysiert wird. Da, wie anhand dieses Kapitels verdeutlicht wurde, Operationalisierungen und entsprechende Analysen zumeist als Grundlage für die Formulierung bzw. die Verwendung solcher Zielgrößen dienen, sollen damit die vielfältigen Auslegungs-, Verwendungs- und Gestaltungsmöglichkeiten im Rahmen von Konzeptionen zur Lebensqualität gezeigt werden. Aufgrund der dargestellten Bandbreite der Ansätze kann darüber hinaus auch auf die Notwendigkeit verwiesen werden, den Begriff stets zu definieren, um Missverständnisse oder Fehlinterpretationen zu vermeiden.

2.3 Ausgewählte Konzepte der Lebensqualität

Das Thema Lebensqualität beeinflusst seit jeher (s. Kap. 2.1.1 und 2.1.2) philosophische, politische und gesellschaftliche Diskussionen. Dennoch wurden erst in den letzten Jahrzehnten, nachdem der Begriff als politische Zieldimension populär wurde (s. Kap. 2.1.3 - 2.1.5), Systematiken entwickelt, die eine klare Operationalisierung zuließen (s. Kap. 2.2). Die Vielfalt an Konzepten, die in diesem Zuge aufgrund unterschiedlicher Zugänge und Schwerpunktsetzungen entstand, wurde dabei nur kurz angesprochen. Anhand dieses Abschnitts wird dieses Thema jedoch aufgegriffen und eine Auswahl an Interpretationen vorgestellt. Ziel der Erläuterung ist, das Verständnis zur Lebensqualität weiter auszubauen.

Angesichts der Verbreitung des Konzepts und der Vielzahl an Definitionen wurde die Entscheidung für oder gegen ein mögliches Beispiel nach eigenem Ermessen getroffen. Ein wesentlicher Aspekt bei der Auswahl war, politisch wertvolle Ansätze bzw. Konzepte der Sozialberichterstattung zu beschreiben und einen Überblick über die Gemeinsamkeiten und Unterschiede zu geben. Schlussendlich werden Exempel vorgestellt, die von bzw. für unterschiedliche Institutionen der internationalen bis hin zur lokalen/regionalen Ebene erarbeitet wurden.

Begonnen wird mit der maßstäblich kleinsten Ebene, womit Konzepte zur Lebensqualität gemeint sind, die auf globaler Ebene ihre Anwendung finden (s. Kap. 2.3.1). Mit zwei bis drei Beispielen pro territorialer Ebene, die sowohl die Vergleichbarkeit innerhalb der jeweiligen sowie zwischen diesen Ebenen sicherstellen, folgen im weiteren Verlauf Konzepte der Europäischen Union (s. Kap. 2.3.2), der nationalen (s. Kap. 2.3.3) sowie der lokalen bzw. regionalen Ebene (s. Kap. 2.3.4). Die Beschreibung fokussiert dabei auf die Erläuterung des jeweiligen Entwicklungshintergrundes sowie der Konzeptziele. Sofern es dem Verständnis dient, werden auch methodische Details erläutert. Auf die Darstellung von Ergebnissen zu den jeweiligen Studien wird jedoch verzichtet. Zu umfassend wäre die Darstellung,

obwohl die Ergebnisse keinen für diese Arbeit relevanten Beitrag leisten könnten. Um das Beispiel aber besser einordnen zu können, wird stattdessen der theoretische Zugang eines jeden Beispiels bestimmt: Als objektiv werden dabei jene Konzepte charakterisiert, die für die Erhebung ihrer Daten quantitative Methoden (z.B.: Erhebung und Auswertung statistischer Zahlen) gewählt haben bzw. sozialpolitische Ziele verfolgen oder darstellen. Als Beispiele mit subjektiv geprägten, theoretischen Grundpositionen werden jene vorgestellt, die ihre Ergebnisse mithilfe qualitativer Methoden (z.B.: Befragungen) gewinnen und deshalb sozialpsychologisch orientiert sind. Als Syntheseansatz werden schließlich jene eingestuft, die der Lebensqualität sowohl objektive als auch subjektive Aspekte zuschreiben. Ein Kernstück der Erläuterung ist außerdem die Vorstellung der Lebensbereiche bzw. der Dimensionen, die der Lebensqualität zugeordnet werden (Systematisierung). Sie sind in der dem jeweiligen Exempel beigefügten Übersicht zu den wichtigsten Punkten (Ziel, Entwicklungsjahr, theoretischer Zugang sowie Dimensionen der Lebensqualität) enthalten.

2.3.1 Lebensqualität im weltweiten Vergleich

Wie gerade angekündigt, liegt der Fokus zu Beginn auf der globalen Ebene. Damit kann gezeigt werden, dass sich das Thema auch zu einer weltweiten Angelegenheit entwickelt hat. Als Beispiel hierfür wird zunächst der *Human Development Index* vorgestellt, bei dem die Lebensqualität als statistisch messbare Größe verstanden wird und Entwicklungsunterschiede einzelner Länder aufzeigt. Der *Better Life Index* ist dagegen als Exempel für die Erfassung von Wertehaltung anzusehen, womit er eine ganz andere Zielsetzung verfolgt als der *Human Development Index*.

Der *Human Development Index* (HDI) der Vereinten Nationen (UN)

Der *Human Development Index* (HDI) wurde im Rahmen des *United Nations Development Programme* (UNPD) im Jahr 1990 konzipiert. Obwohl er im Vergleich zur Etablierung des Konzepts Lebensqualität sehr spät entstand, gilt der HDI trotzdem als einer der international bekanntesten Indikatoren, der den Paradigmenwechsel widerspiegelt, in dessen Zuge das Konzept der Lebensqualität jenes des vorwiegend materiell geprägten Wohlstands als Zieldimension abgelöst hat (vgl. Fuchs 2011, S. 31). Maßgeblich an dessen Initiierung beteiligt war der pakistanische Ökonom Mahbub ul Haq. Sein Ziel war es, das Bruttoinlandsprodukt als Kennzahl für die menschliche Entwicklung mit weiteren Informationen zu ergänzen bzw. das BIP in dem Zusammenhang durch den HDI zu ersetzen (vgl. DGVN 2013, S. 30). Jährlich berechnet, steht der HDI deswegen für die Intention, mit einem umfassenderen Beobachtungsmodell eine wissensbasierte Entwicklungspolitik bzw. eine verbesserte Sozialpolitik zu unterstützen. Der Vorteil liegt darin, dass der Gesamtindikator stärker auf den Menschen und weniger auf die Wirtschaft ausgerichtet ist (vgl. Klein o.D., online).

Die Berechnung des HDI schließt drei Dimensionen ein: die Gesundheit, die Bildung und das Einkommen. Für das Maß der Gesundheit wird die Lebenserwartung der Neugeborenen herangezogen. Das Bruttonationaleinkommen eines Landes pro Kopf steht für das Einkommen. Das Bildungsniveau wird seit 2010 anhand des Vergleichs zwischen der erwarteten und der tatsächlichen Anzahl an Ausbildungsjahren ermittelt[12] (vgl. Bergheim und Barth 2011, S. 17; HDRO o.D., online). Da der HDI auf Basis statistischer Werte berechnet wird, ist sein Zugang bzw. seine theoretische Grundposition als objektiv zu charakterisieren (s. Tabelle 1).

[12] Davor war es üblich, die Alphabetisierungsrate eines Landes mit den Schülerquoten in den Grundschulen zu kombinieren. Die Kritik, dass diese Berechnung zu wenig Aussagegehalt für reiche Länder aufweise, führte allerdings zu besagtem Austausch (vgl. Bergheim und Barth 2011, S. 17; HDRO o.D., online).

Tabelle 1: *Der Human Development Index (HDI) im Überblick (Quelle: s. Fließtext; eigene Darstellung)*

Vorrangiges Ziel des Konzepts	Grundlagenerfassung für eine wissensbasierte Politik
Besteht seit	1990
Theoretische Grundposition	Objektiv
Dimensionen der Lebensqualität	▫ Gesundheit ▫ Bildung ▫ Einkommen

Die laufenden Ergebnisse der Berechnung des HDI werden im sogenannten Human Development Report (HDR) veröffentlicht (s. Malik 2014). Seit einigen Jahren werden für den HDR außerdem Indizes errechnet, die die Geschlechtergerechtigkeit, die Ungleichheit oder das Armutsniveau in den jeweiligen Ländern zeigen (vgl. Aachener Stiftung Kathy Beys 2015, online). Gelang es bis zur Einführung dieser zusätzlichen Indizes bereits, Informationen wichtiger gesellschaftlicher Bereiche für die politische Praxis anhand des HDI einzuholen, konnte diese Basis ausgebaut werden. Der HDR bietet einen schnellen Überblick zu wichtigen Themen für nahezu alle Länder der Welt (Berechnung des HDI für 187 Länder), die anhand quantitativer Analysen erhoben und aufbereitet werden. Mit der Intention des Index, solch einen Überblick über die unterschiedlichen Entwicklungsniveaus mittels eines relativ einfachen Modells zu schaffen, wäre ein qualitativer Zugang bzw. die Kombination aus objektiven und subjektiven Methoden aber auch nicht sinnvoll. Ein subjektiver Zugang erscheint erst zweckmäßig, wenn das Ziel verfolgt wird, die Wertehaltungen der Bevölkerung bzw. ihre Bewertung unterschiedlicher Lebensbereiche in Bezug auf die Lebensqualität zu erforschen. Als ein Beispiel hierfür wird der *Better Life Index* im Folgenden vorgestellt.

Der *Better Life Index* (BLI) der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD)

Der *Better Life Index* (BLI) wurde als zweites Beispiel eines Konzepts der Lebensqualität auf einer maßstäblich sehr kleinen Ebene ausgewählt. Grund dafür ist, dass im Vergleich zum HDI nicht die statistisch berechenbaren Niveaus zur Lebensqualität unterschiedlicher Länder im Zentrum des Interesses stehen, sondern die Gewichtung der Menschen einiger lebensrelevanter Dimensionen.

Für die Einführung des BLI zeichnet die OECD, die Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, verantwortlich. 1961 gegründet, verfolgt die Organisation seit jeher das Ziel, durch ihre Aktivitäten ihre Mitgliedsländer bei deren politischen Handlungen und Entscheidungen zu unterstützen: Neben der Entwicklung, Diskussion und Umsetzung thematisch breit gefächerter, international geltender Handlungsprioritäten kommt deshalb auch der Sammlung und Aufbereitung unterschiedlicher Daten eine hohe Bedeutung zu. Das Thema Lebensqualität wurde in diesem Zuge ebenfalls aufgegriffen, wobei deren jüngste Initiative diesbezüglich, der BLI, auf einer subjektiven Messung beruht. Die Erhebung des Index ist aus diesem Grund allein auf die Mitarbeit der Bevölkerung der Staaten, für die der BLI gebildet wird, angewiesen. Seit 2011 erhoben, soll die dadurch geschaffene Informationsbasis den Menschen die Möglichkeit bieten, sich einerseits über die Prozesse der politischen Entscheidungsfindungen zu informieren und andererseits bei der Erstellung der dafür vorgesehenen Grundlagen selbst mitzuwirken (vgl. OECD o.D.c, online; OECD 2011, S. 16). Der Vorteil ist, dass der Index zum Verständnis dessen beiträgt, was die Menschen in unterschiedlichen Staaten – der BLI wird in 34 Ländern erhoben, eine Ausweitung ist geplant – als am wichtigsten für eine hohe Lebensqualität ansehen. Betont wird, dass aufgrund der Ergebnisse keine Reihung der Länder wie beim HDI erfolgen soll (vgl. OECD o.D.b, online). Der Index soll lediglich als Vergleichs- bzw. Informationsbasis dienen.

Die Lebensbereiche (s. Tabelle 2), die zur Erfassung der Lebensqualität ausgewählt wurden, widmen sich grundlegenden Themen, die sowohl materielle Lebensbedingungen als auch das Wohlbefinden einbeziehen. Wie bereits angedeutet, wird untersucht, welche Bereiche wie stark zu einer hohen Lebensqualität beitragen; die Zufriedenheit mit den jeweiligen Dimensionen steht demnach nicht im Vordergrund. Die Bereiche sollen künftig durch Indikatoren ergänzt werden, die mehr Aufschluss über die Themen Nachhaltigkeit der Lebensqualität und deren Zeitverlauf geben. Über Unterschiede zwischen Männern und Frauen sowie die Auswirkungen des sozioökonomischen Status kann der BLI aber bereits jetzt informieren (vgl. OECD o.D.b, online). Folgende Bereiche werden thematisiert (s. Tabelle 2):

Tabelle 2: *Der Better Life Index im Überblick (Quelle: OECD o.D.b; eigene Darstellung)*

Vorrangiges Ziel des Konzepts	Analyse der thematischen Prioritäten bezüglich der Lebensqualität durch Partizipation sowie Informationsmöglichkeit bezüglich politischer Prozesse und Entscheidungsfindungen
Besteht seit	2011
Theoretische Grundposition	Synthese aus objektiven und subjektiven Aspekten
Dimensionen der Lebensqualität	▫ Wohnverhältnisse ▫ Einkommen ▫ Beschäftigung ▫ Gemeinsinn ▫ Bildung ▫ Umwelt ▫ Zivilengagement ▫ Gesundheit ▫ Lebenszufriedenheit ▫ Sicherheit ▫ Work-Life-Balance

Für die Erhebung der bisher vorgestellten Indices (HDI und BLI) sind zwei auf globaler Ebene sehr bedeutende Organisationen verantwortlich; durch ihre Tätigkeit können sie direkt oder indirekt Einfluss auf die nationalen Politiken, deren gesellschaftliche Entwicklungen und marktwirtschaftliche Aktivitäten etc. nehmen. Eine Institution, die von beiden Indizes profitieren kann, ist die Europäische Union. Denn da auf dem entsprechenden territorialen Gebiet sowohl der HDI als auch der BLI berechnet bzw. erhoben werden, könnten beide Ergebnisreihen wertvolle Erkenntnisse für politische Entscheidungen bringen. Zusätzlich dazu wurden aber auch auf der europäischen Ebene eigene Definitions- und Operationalisierungsprozesse zur Lebensqualität gestartet. Was die EU nun im Vergleich zu der UN oder der OECD unter Lebensqualität versteht bzw. wie sie diese erhebt, wird deshalb im Folgenden besprochen.

2.3.2 Lebensqualität als europäisches Thema

Nach der Vorstellung zweier Konzepte, die die Lebensqualität auf der globalen Ebene thematisieren, konzentriert sich die weitere Erläuterung auf die europäische Ebene. Als erstes Exempel wird dabei eine Studie zur Operationalisierung des Begriffs unter dem Titel *Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement* vorgestellt. Das zweite Beispiel beschreibt die Erhebungsreihe *Quality of Life in Europe* (EQLS), in deren Zuge regelmäßig Untersuchungen zum Stand der Lebensqualität in der Union durchgeführt werden. Da das im weiteren Verlauf dieser Arbeit zu untersuchende Instrument ein europäisches Förderprogramm ist, das sich unter anderem zum Ziel gesetzt hat, die Lebensqualität zu verbessern, erscheint es einführend außerdem sinnvoll dazustellen, wie und seit wann der Begriff auf der EU-Ebene verwendet wird.

Die lange Suche nach einer Definition

Die Inhalte des Berichts des *Club of Rome* von 1972 fanden nach dessen Veröffentlichung (s. Kap. 2.1.4) auch Eingang in die Diskussionen der europäischen Gemeinschaft (vgl. Eisma 1974, S. 14; Kom EG 1974, S. 14). Die erste dokumentierte Verwendung geht auf Juli 1972 zurück, als das europäische Parlament Vorbereitungen für die Gipfelkonferenz der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten in Paris traf. Am Ende forderte das Parlament diese auf, sich im Rahmen ihrer Aktivitäten von gewissen Grundsätzen leiten zu lassen. Diesbezüglich hieß es etwa: *„Die Europäische Gemeinschaft muß* [sic!] *in gemeinsamem Handeln für die Verbesserung der Lebensqualität eintreten und zielbewußt* [sic!] *alle Maßnahmen treffen, die für den Schutz der Umwelt im weitesten Sinne notwendig sind“* (EU Parl. 1972, S. 26).

Die Konferenz selbst stand unter dem Zeichen der ersten Unionserweiterung (Norderweiterung) sowie der zunehmenden politischen Integration in der Gemeinschaft (vgl. EU Parl. 1972, S. 26). Die Staats- und Regierungschefs berieten sich demnach über neue Aufgabenfelder und formulierten Ziele sowohl für eine gemeinschaftliche Sozial- und Regional-, Umwelt- und Energie- als auch einer europäischen Industriepolitik. Prioritäten für eine gemeinsame Währungs- und Wirtschaftsunion wurden darüber hinaus ebenfalls diskutiert (vgl. EU 2017, online). In der Präambel ihrer Schlusserklärung („Erklärung der Pariser Gipfelkonferenz (19.-21. Oktober 2972)“) hieß es im Kontext der wirtschaftlichen Expansion demnach: „*sie muß* [sic!] *Niederschlag in einer Verbesserung der Lebensqualität und des Lebensstandards finden“* (EU 1972, S. 16). Vor allem nichtmateriellen Werten und Gütern sowie dem Umweltschutz sollten dabei eine besondere Aufmerksamkeit zukommen (vgl. EU 1972, S. 16). Der Begriff trat damit auch auf der europäischen Ebene seine Funktion als neuartige Zieldimension mit einer qualitativen Ausrichtung an. Eine Festlegung, was darunter konkret verstanden werden sollte, sollte allerdings noch länger auf sich warten lassen. Zwar wurden einige Initiativen, wie sie im Folgenden weiter erläutert werden, dazu angedacht. Die fehlenden Ergebnisse im Zuge einer entsprechenden Recherche legen aber nahe, dass die auf europäischer Ebene geführten Diskussionen und Festlegungen rund um Verständnis und Bedeutung der Lebensqualität relativ jung sind.

Ein Beispiel für solch eine Initiative ist etwa die Überlegung, ein Seminar mit dem Titel „Die Europäer und ihre Lebensqualität“ im Juni 1974 zu veranstalten (vgl. Kom EG 1974, S. 14). Ergebnisse in Form eines Berichts konnten allerdings nicht ausfindig gemacht werden. Auch sonst konnten keine Belege ausgeforscht werden, wo, wie oder wann diese Veranstaltung stattgefunden hätte.

Ein anderes Beispiel ist die Anfrage eines damaligen Mitglieds des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit an die Kommission: Sotiris Kostopoulos schlug im Jahr 1994 die Ausarbeitung einer Charta für die Verbesserung der Lebensqualität für die BürgerInnen der Europäischen Union vor (vgl. Kostopoulos 1994, S. 26). Als Reaktion seitens der Kommission wurde dieses Vorhaben aber nicht explizit bekräftigt. Grund hierfür könnte die Veröffentlichung des Grünbuchs der europäischen Sozialpolitik kurz zuvor (1993) sein (vgl. Flynn 1994, S. 26), in dem das Thema Lebensqualität im Vergleich zu vorigen politischen Absichtserklärungen bereits stärker thematisiert, aber wiederum nicht definiert wurde (vgl. Kom EG 1993b). Es wurde jedoch in Aussicht gestellt, die Zweckmäßigkeit der Verwirklichung dieses Vorschlages zu prüfen (vgl. Flynn 1994, S. 26).

Diese Bemühungen von Kostopoulus 1994 können aus heutiger Sicht als mögliche Folge der erstmaligen Integration des Begriffs Lebensqualität in einem der europäischen Basisverträgen, dem Maastrichter Vertrag[13], gesehen werden. Sie geht auf das Jahr 1992 zurück, als bei der Unterzeichnung

[13] Die Unterzeichnung des Maastrichter Vertrags gilt bis heute als bedeutendster Schritt zur Verwirklichung der europäischen Integration, da sie etliche Neuerungen ermöglicht hat: die EU basiert seither auf den drei Pfeilern der Europäischen Gemeinschaften wie der Europäischen Außen- und Sicherheitspolitik sowie der polizeilichen und justiziellen Zusammenarbeit in Strafsachen. Darüber hinaus wurden die Rechte des Europäischen Parlaments gestärkt und eine Wirtschafts- und Währungsunion begründet. Zwar spielen wirtschafts- und markttechnische Regelungen nach wie vor eine bedeutende Rolle, gegenüber den neuen politischen Prioritäten (demokratische Legitimation der Organe stärken, Funktionsfähigkeit der Organe verbessern, Wirtschafts- und Währungsunion, soziale Dimensionen der Gemeinschaft entwickeln, gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik) treten die ursprünglich rein ökonomischen Ziele der Gemeinschaft in den Hintergrund. Beschlossen wurde außerdem, dass die Gemeinschaft in sechs neuen Politikbereichen ihre Tätigkeiten aufnimmt. Es handelt sich dabei um die Themen transeuropäische Netze, Industriepolitik, Verbraucherschutz, allgemeine und berufliche Bildung, Jugend und Kultur (vgl. Piepenschneider 2005, online).

des Vertrags zur Gründung der Europäischen Union die Verbesserung der Lebensqualität als eine der Aufgaben der Gemeinschaft im Zuge der politischen Integration bestätigt und betont wurde (vgl. Die zwölf Mitgliedstaaten 1992, S. 5). Da bisher jedoch keine Definition zum Begriff Lebensqualität auf europäischer Ebene vorgelegt wurde, er nun aber in einem grundlegenden europäischen Regelwerk integriert worden war, ist diese Anfrage von Kostopoulos, jenem Ausdruck ein gewisses Verständnis zuzuordnen, nachvollziehbar.

Auch wenn schlussendlich keine Charta zur Lebensqualität erarbeitet wurde, kam der Erfassung der Lebensqualität durch die Integration des Ausdrucks in den Vertrag von Maastricht trotzdem eine hohe Bedeutung zu: Das Wissen um das Niveau und die Entwicklungen bezüglich des Lebensstandards und der Lebensqualität sollten sicherstellen, dass die fortschreitenden Integrations- und Kohäsionsprozesse gelingen und ein „soziales Europa" des 21. Jahrhunderts geschaffen werden konnte (vgl. Berger-Schmitt und Noll 2000, S. 6). Um der EU eine wissenschaftliche Grundlage für die Generierung dieses Wissens zur Verfügung zu stellen, sollte deshalb ein europäisches System sozialer Indikatoren konzipiert werden. Mit welchem Ziel dieses System genau geschaffen wurde und welche Lebensbereiche dem zugeordnet wurden, zeigt die nachfolgende Darstellung mit dem Titel „*Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement*". Die Rechercheergebnisse, die im Zuge dieser Arbeit gesammelt wurden, legen nahe, dass dies eine der ersten wissenschaftlichen Auseinandersetzungen mit dem Thema der Lebensqualität auf europäischer Ebene darstellt.

Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement

Die Grundlage, die die Lebensqualität in der Europäischen Union erstmals erfassen sollte, wurde im Rahmen des Forschungsprojekts „*Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement*" entworfen (vgl. GESIS 2014a, online). Es war Bestandteil der *Targeted Socio-Economic-Research Initiative* (TSER) (vgl. EC 2003, online), die im Rahmen des vierten Forschungs- und Entwicklungsprogramms der europäischen Kommission von 1994 bis 1998 subventioniert wurde (vgl. EC 2015, online). Die Ergebnisse dazu wurden in der Reihe der *EuReporting Working-Paper* veröffentlicht (vgl. GESIS 2014b, online).

Im Zuge dieses Forschungsprogramms bemühten sich zahlreiche WissenschafterInnen aus 13 verschiedenen Ländern Europas, den theoretischen Rahmen sowie die grundlegende Struktur für ein System sozialer Indikatoren zu gestalten (vgl. GESIS 2014a, online). Methodisch wurden hierfür zunächst unterschiedliche theoretische Perspektiven zur Lebensqualität, wie sie in dieser Arbeit bereits vorgestellt wurden (s. Kap. 2.2), verglichen und diskutiert. Ergänzend dazu wurden weitere Wohlfahrtskonzepte (z.B.: Soziale Kohäsion, Soziale Exklusion etc.) bezüglich ihrer Grundsätze und Systematisierungen betrachtet. Die Gegenüberstellung dieser Ergebnisse mit jenen aus der Analyse zahlreicher europäischer Dokumente sollte es ermöglichen, ein System zu entwickeln, das auf die sozialpolitischen Werte und Ziele der EU abgestimmt war. Damit sollte garantiert werden, dass neben der vorgesehenen Erhebung zum Stand der Lebensqualität auch die Zielerreichung der politischen Bereiche kontrolliert werden könne (vgl. Berger-Schmitt und Noll 2000, S. 6 und 28f).

Der für das System gewählte theoretische Rahmen basiert hauptsächlich auf den Konzepten der Lebensqualität, der sozialen Kohäsion und der Nachhaltigkeit. Die Integration des Konzepts der Lebensqualität erschien sinnvoll, da es die individuellen Aspekte eines guten und erfüllten Lebens enthält. Als theoretischer Ansatz wurde hierbei jener des deutschen Wohlfahrtsforschers Wolfang Zapf präferiert. Um die EU-Politik in seiner vollen Breite zu repräsentieren, wurde der Ansatz darüber hinaus durch gesamtgesellschaftliche Aspekte aus den beiden anderen Ansätzen erweitert. Aufgrund ihrer politischen Bedeutung wurde das System inhaltlich außerdem um weitere Themen wie Wohnbedingungen, Freizeit oder Familie etc. erweitert (vgl. Berger-Schmitt und Noll 2000, S. 37f). Auf dieser Basis sollte es in einem nächsten Schritt möglich werden, den Dimensionen, hier auch Lebensbereiche genannt, konkrete Indikatoren zuzuweisen (vgl. Berger-Schmitt und Noll 2000, S. 64). Die vollständige Liste der Kategorien, die insgesamt die Lebensqualität der europäischen BürgerInnen repräsentieren soll, ist dem folgenden Kasten (s. Tabelle 3) zu entnehmen.

Tabelle 3: *Das Soziale Indikatorensystem der EU im Überblick (Quelle: Berger-Schmitt und Noll 2000, S. 46ff; eigene Darstellung)*

Vorrangiges Ziel des Konzepts	Sozialberichterstattung als Grundlage für eine wissensbasierte Politik
Besteht seit	2000
Theoretische Grundposition	Synthese aus objektiven und subjektiven Aspekten
Dimensionen der Lebensqualität	▫ Bevölkerung ▫ Haushalt und Familie ▫ Wohnverhältnisse ▫ Transportsystem ▫ Freizeit, Medien und Kultur ▫ Soziale und politische Partizipation und Integration ▫ Bildung und berufliche Weiterbildung ▫ Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen ▫ Einkommen, Lebensstandard und Konsummuster ▫ Gesundheit ▫ Umwelt ▫ Soziale Sicherheit ▫ Öffentliche Sicherheit und Kriminalität ▫ Gesamtlebenssituation

Nachdem dieser konzeptionelle Rahmen geschaffen wurde, wurden anders als bei den beiden vorher besprochenen Beispielen nur schrittweise Erhebungen (d.h. für jede Dimension gesondert) durchgeführt. Als Grund hierfür ist die Komplexität der Kategorien sowie die große Anzahl der diesen Gruppen untergeordneten Indikatoren zu nennen (GESIS 2015). Um auf der Grundlage eines einfacheren Modells den Vergleich des Niveaus der Lebensqualität zu unterschiedlichen Zeitpunkten ziehen zu können, wurde schließlich die Erhebungsreihe mit dem Titel „Europäische Erhebung zur Lebensqualität“ lanciert. Inwiefern sich diese Erhebung vom europäischen System Sozialer Indikatoren unterscheidet, wird nachfolgend beschrieben.

Europäische Erhebung zur Lebensqualität (EQLS)

Die erste rein auf das Konzept der Lebensqualität gestützte Erhebung innerhalb der gesamten EU fand im Jahr 2003 statt und wurde von der Europäischen Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen (Eurofound) durchgeführt. Sie wird seither in einem Zyklus von etwa vier Jahren wiederholt (vgl. Eurofound 2012, online).

Ziel und Entwicklungshintergrund dieser Studienreihe ist – ähnlich zu den Absichten der UN – die Wissensgrundlage für eine problem- und zielorientierte Politik auf Ebene der EU zu schaffen. Aus diesem Grund wurde es auch als notwendig erachtet, das Verständnis über jene Folgen auszubauen, die von Veränderungen jeglicher Art in der Gesellschaft abhingen bzw. abhängen (vgl. Fahey et al. 2003, S. 1 und 7f).

Nachdem mit dem TSER-Forschungsprojekt *Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement* (s. Abschnitt davor) an und für sich die theoretische Grundlage für eine solche Studie bereits geschaffen worden war, wurde das Erhebungssystem dennoch neu erarbeitet. Zwar sind die Arbeitsschritte der Eurofound mit jenen vergleichbar, die Berger-Schmitt und Noll (2000) für das Europäische System Sozialer Indikatoren bereits durchgeführt haben (z.B.: Zusammenstellung der Kernziele der EU-Politik). Der Ansatz bzw. das System für dieses Projekt wurde in dem Sinn aber nicht übernommen. Eurofound leitete ihr System vor allem aus dem Vergleich mehrerer Studien und früheren Erhebungen ab (vgl. Fahey et al. 2003, S. 39f und 51ff). Als führender Grundgedanke dieses Prozesses galt aber auch hier die Meinung, dass die Sicherstellung einer umfassenden und repräsentativen Datenerhebung von der Einbeziehung sowohl objektiver als auch subjektiver Aspekte abhinge:

„*Die EQLS-Indikatoren sind ebenso klar und ansprechend wie das BIP, beziehen jedoch in stärkerem Maße umweltbezogene und soziale Aspekte des Fortschritts mit ein und können daher problemlos in den Entscheidungsfindungsprozessen und in der öffentlichen Diskussion auf EU- und nationaler Ebene in der Europäischen Union berücksichtigt werden“* (Eurofound 2012, online).

Aus diesem Grund ist dieser Ansatz zur Erhebung der Lebensqualität innerhalb der EU auch als Synthese zwischen objektivem und subjektivem Ansatz einzustufen. Zu welchen Lebensbereichen Indikatoren erhoben werden, zeigt der angefügte Übersichtskasten (s. Tabelle 4).

Tabelle 4: *Die Europäische Erhebung zur Lebensqualität im Überblick (Quelle: Fahey et al. 2003; eigene Darstellung).*

Vorrangiges Ziel des Konzepts	Datengrundlage für eine wissensbasierte Politik
Besteht seit	2003
Theoretische Grundposition	Synthese aus objektiven und subjektiven Aspekten
Dimensionen der Lebensqualität	▫ Gesundheit und Gesundheitswesen ▫ Beschäftigung und Arbeitsbedingungen ▫ Wirtschaftliche Ressourcen ▫ Wissen, Bildung und Ausbildung ▫ Familie und Haushalt ▫ Gemeinschaftsleben und soziale Partizipation ▫ Wohnbedingungen ▫ Lokales Umfeld und Ausstattung ▫ Verkehrliche Infrastruktur ▫ Öffentliche Sicherheit und Kriminalität ▫ Freizeit und Freizeitaktivitäten ▫ Kultur und Identität, politische Ressourcen und Menschrechte

Im Vergleich zum europäischen System sozialer Indikatoren sind viele der ausgewählten Lebensbereiche sehr ähnlich bzw. ident. Auch die Ziele der beiden Konzepte zeigen Parallelen, weshalb sie ebenso mit den Zielsetzungen des HDI verglichen werden können (Grundlagen für eine wissensbasierte Politik). Im Gegensatz zu den global eingesetzten Ansätzen handelt es sich bei beiden europäischen Konzepten aber um solche, für die für ein umfassenderes Verständnis die Synthese des objektiven und des subjektiven Zugangs gewählt wurde. Es kann festgestellt werden, dass die hier vorgestellten Ansätze mit dem Wechsel der maßstäblichen Stufe auf den nächst höheren Maßstab umfassender konzipiert wurden. Wie umfassend das Thema Lebensqualität auf der nationalen Ebene mitunter verstanden wird, wird im nächsten Abschnitt erläutert.

2.3.3 Lebensqualität in Österreich

Der Begriff Lebensqualität hat auch in Österreich in vielen Bereichen Eingang gefunden. Nach der Vorstellung von globalen und europäischen Konzepten widmet sich die Beschreibung demnach Lebensqualitätsbeispielen der nationalstaatlichen Ebene. Ausgewählt wurde hierfür einerseits der „*Social Survey* Österreich“, der ähnlich zur EQLS das Niveau der Lebensqualität der österreichischen BürgerInnen erfasst. Als Beispiel, das den Fokus beim Gebrauch des Konzepts Lebensqualität auf einen primär strategisch orientierten Zielaspekt legt, soll andererseits die „Österreichische Strategie zur nachhaltigen Entwicklung“ vorgestellt werden. Eine ähnliche Ausrichtung zeigt schließlich die Studie zur „Regionalisierten Raumentwicklung“, in der das Konzept der Lebensqualität mit jenem der Nachhaltigkeit kombiniert wurde.

Sozialer Survey Österreich (SSÖ)

Die erste Erhebung des Sozialen Survey Österreichs (SSÖ) wurde bereits im Jahr 1986 durchgeführt. Seitdem wird ein repräsentativer Querschnitt der österreichischen Bevölkerung im zeitlichen Intervall von sieben bis zehn Jahren zu seinen Lebensbedingungen und seiner Lebensqualität befragt. Zum heutigen Zeitpunkt können somit Ergebnisse drei verschiedener Erfassungszeitpunkte (1986, 1993 und 2003) miteinander verglichen werden (vgl. Haller und Schulz 2005, S. 11f). Eine neuerliche Erhebungs- und Auswertungswelle wurde schließlich im Jahr 2016 gestartet (vgl. Karl-Franzens-Universität Graz o.D., online).

Die wesentlichen Ziele der SSÖ lassen sich anhand mehrerer Punkte beschreiben: Zum einen sollte mit den Ergebnissen der Studie der soziokulturelle Wandel in Österreich in mehreren Dimensionen beschrieben und analysiert werden. Die Erfassung von Ausprägungen und Wertehaltungen der subjektiven Lebensqualität und der Lebensbedingungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten sollte dazu die Resultate bringen. Andererseits sollte der Survey auch internationale Vergleiche ermöglichen, wofür zum Teil Fragen aus dem *International Social Survey Programme* (ISSP) [14] übernommen wurden. Die Ergebnisse sollten weiters der in- und ausländischen Forschercommunity, Lehrenden sowie Studierenden zur Verfügung gestellt werden (vgl. Haller et al. 1996, S. 14f), was eine Weiterverwendung im Zuge wissenschaftlicher Arbeiten garantieren sollte. Bezüglich der Konzeptgestaltung der SSÖ bezog man sich zunächst auf Forschungen zu sozialen Indikatoren aus den USA. Da jedoch genauso europäische Arbeiten analysiert wurden (z.B.: Allardt oder Zapf), die neben den subjektiven auch objektive Aspekte berücksichtigen, ist der Ansatz zur Lebensqualität dieser Studie als Synthese der beiden Positionen zu sehen:

„Beispiele objektiver Indikatoren sind Merkmale zur wirtschaftlichen und sozialen Integration (Familienstand, Haushaltssituation, Erwerbstätigkeit usw.), aber auch zur Qualität der sozioökonomischen und soziokulturellen Lebensumstände, wie Häufigkeit und Qualität sozialer Beziehungen und Kontakte, Autonomie und Partizipationschancen im Bereich der Arbeitswelt, Chancen der sozialen, politischen und kulturellen Partizipation in Freizeit und Gesellschaft. Beispiele subjektiver Indikatoren der Lebensqualität sind Aspirationen und Zufriedenheit in den verschiedenen Lebensbereichen, subjektive Gesundheit und Wohlbefinden, Selbsteinschätzung und Selbstverwirklichung“ (Haller und Schulz 2005, S. 12).

In welchen Kategorien die Indikatoren schließlich zusammengefasst wurden, zeigt die Tabelle 5.

Tabelle 5: *Sozialer Survey Österreich im Überblick (Quelle: Haller et al. 1996, S. 15; Haller und Schulz 2005, S. 46f; eigene Darstellung)*

Vorrangiges Ziel des Konzepts	Sozialberichterstattung mit internationalen Vergleichsmöglichkeiten	
Besteht seit	1986	
Theoretische Grundposition	Synthese aus objektiven und subjektiven Aspekten	
Dimensionen der Lebensqualität	1993: ▫ Arbeit und Beruf ▫ Ehe und Familie ▫ Politik und Grundeinstellungen der Bürger ▫ Soziale Teilnahme ▫ Wohnumwelt und Ökologie ▫ Gesundheit	▫ 2003: ▫ Arbeit und Beruf ▫ Familie und Kinder ▫ Partnerschaft ▫ Freizeit und Erholung ▫ Freunde/Bekannte ▫ Verwandtschaft ▫ Religion und Kirche ▫ Politik und öffentliches Leben

Durch die Gegenüberstellung der Kategorien aus den Erhebungsjahren 1993 und 2003 wird deutlich, dass sich selbst innerhalb einer Erhebungsreihe die Kategorien im Laufe der Zeit ändern können. Anders als im Falle des HDI, wo bei gleichbleibenden Lebensbereichen einzelne Indikatoren ausgetauscht wurden (s. Kap. 2.3.1) wurden bei der SSÖ einige Kategorien durch neue ersetzt (z.B.: Wegfall der Kategorie „Gesundheit“; „Partnerschaft“ als neu geschaffener Lebensbereich). Vor allem die Streichung des Aspekts „Wohnumwelt und Ökologie“ könnte in der Erhebung 2003 kritisiert werden, gewinnen Umweltthemen in Zeiten des Klimawandels doch zunehmend an Bedeutung. Ob im Gegensatz dazu die Nachhaltigkeitsstrategie Österreich, die als strategischer Handlungs- und Orientierungsrahmen die wichtigsten politischen Themen benennt, den Umweltaspekt der Lebensqualität zuordnet, zeigt sich im Zuge der folgenden Erläuterung.

[14] Unter dem Akronym ISSP (*International Social Survey Programme*) werden mittlerweile in 48 verschiedenen Ländern Studien zu sozialwissenschaftlich wichtigen Fragen durchgeführt. Dabei wird sichergestellt, dass bereits existierende Projekte zueinander in Beziehung gesetzt und gemeinsame Zielsetzungen verfolgt werden können. Der Schwerpunkt liegt auf der Erfassung von Entwicklungsfragen bzw. der Identifikation allgemeiner und aktueller Problemfelder, die in jedem Land von Interesse sind (vgl. ISSP 2010, online).

Nachhaltigkeitsstrategie Österreich (ÖSTRAT)

Neben der Sozialen Survey Österreich, deren Absicht die Messung der Lebensqualität ist, wird die „Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung“ als ein Beispiel vorgestellt, das das Konzept als explizite Zieldimension in einer politischen Absichtserklärung integriert. Sie wurde im Juni 2010 publiziert und dient seither als politischer Handlungsrahmen für den Bund und die Länder.

Die Strategie wurde mit dem Anliegen entwickelt, „[…] *die Bekämpfung von nicht nachhaltigen Trends zur Erhöhung der Lebensqualität heutiger und zukünftiger Generationen*“ (BMLFUW 2010, S. 2) zu sichern bzw. zu fördern. In dem Sinn wurden neben wichtiger Handlungsfelder auch zu erwartende Herausforderungen sowie wichtige Zukunftsthemen benannt und diskutiert. Die Verbesserung der Lebensqualität wird dabei als eines von vier Handlungsfeldern definiert (s. Tabelle 6):

Tabelle 6: *Handlungsfelder der ÖSTRAT (Quelle: BMLFUW 2010; eigene Darstellung)*

Handlungsfelder	Zugeordnete Leitziele
Lebensqualität in Österreich	„Ein zukunftsfähiger Lebensstil“, „Entfaltungsmöglichkeiten für alle Generationen“, „Gleichberechtigung für Frauen und Männer“, Bildung und Forschung schaffen Lösungen“, „Ein Menschen würdiges Leben“.
Österreich als dynamischer Wirtschaftsstandort	„Innovative Strukturen fördern Wettbewerbsfähigkeit“, „Ein neues Verständnis von Unternehmen und Verwaltung“, „Korrekte Preise für Ressourcen und Energie“, „Erfolgreiches Wirtschaften durch Ökoeffizienz“, „Nachhaltige Produkte und Dienstleistungen stärken“.
Österreich als Lebensraum	„Schutz der Umweltmedien und Klimaschutz“, „Vielfalt von Arten und Landschaften bewahren“, „Verantwortungsvolle Raumnutzung und Regionalentwicklung“, „Mobilität nachhaltig gestalten“, „Die Verkehrssysteme optimieren“.
Österreichs Verantwortung	„Armut bekämpfen, sozialen und wirtschaftlichen Ausgleich innerhalb und zwischen den Ländern schaffen“, „Eine global nachhaltige Wirtschaft“, „Unsere Welt als Lebensraum“, „Internationale Kooperationen und Finanzierung“, „Nachhaltigkeitsunion Europa“.

Durch die Darstellung der Handlungsfelder und der diesen zugeordneten Leitzielen wird deutlich, dass die Lebensqualität im Kontext der ÖSTRAT anders verwendet wird als bei den davor erörterten Beispielen. Denn da die Lebensqualität hier nicht als Größe verstanden wird, die durch Erhebungen gemessen werden soll, wurde auf eine Systematisierung des Begriffs (Benennung von Dimensionen) verzichtet. Um aber einen ähnlichen Überblick wie bei den Beispielen davor zu ermöglichen, wurde jenes Dokument, von dem sich die ÖSTRAT ableitet (vgl. BMLFUW 2010, S. 3), zurückgegriffen. Es handelt sich hierbei um „Die österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung“ (NSTRAT) aus dem Jahr 2002. Das Handlungsfeld „Lebensqualität in Österreich“ wurde hierin inklusive der dazu definierten Leitziele ausführlicher dargestellt. Ausgehend von den darin angeführten Indikatoren wurden die wichtigsten Lebensbereiche abgeleitet (s. Tabelle 7). Nicht abgeleitet werden konnte dagegen, welche theoretische Position (ob objektiv, subjektiv oder Synthese) dem Konzept der Lebensqualität zugeschrieben wurde bzw. wird (vgl. BMLFUW 2002, S. 16ff). Grund hierfür ist die Tatsache, dass das Konzept lediglich als strategische Zielgröße, nicht jedoch als Messgröße und die Lebensqualität in dem Sinn nicht operationalisiert wurde.

Tabelle 7: *ÖSTRAT im Überblick (Quelle: BMLFUW 2002, S. 16ff)*

Vorrangiges Ziel des Konzepts	Formulierung strategischer Leitlinien als Orientierungs- und Handlungsrahmen für Politik und Verwaltung für eine nachhaltige Entwicklung in Österreich
Besteht seit	2010
Theoretische Grundposition	-
Dimensionen der Lebensqualität	▫ Gesundheit ▫ Bevölkerung ▫ Arbeit und Beruf ▫ Forschung und Information ▫ Bildung

Ausgehend von dem hier im Vordergrund stehenden Ziel unterscheidet sich dieses Beispiel deutlich von den anderen bisher vorgestellten Konzepten. Demnach steht anders als beim HDI und den europäischen Ansätzen nicht die Bereitstellung von Grundlagen für eine wissensbasierte Politik im Zentrum. Stattdessen bietet die Nachhaltigkeitsstrategie Österreich lediglich sozialpolitische Leitlinien, an denen sich die Politik Österreichs bei ihren Tätigkeiten orientieren kann. Auch die Dimensionen der Lebensqualität präsentieren sich weniger vielfältig, wobei hierbei nicht die Tatsache übersehen werden darf, dass die Lebensqualität als ein Teil eines größeren Ganzen angesehen wird. Eine weitere neuartigere Herangehensweise bei der Konzipierung eines Lebensqualitätsansatzes zeigt sich auch bei dem folgenden Beispiel, bei dem die Lebensqualität eng mit jenem Aspekt der Nachhaltigkeit verzahnt wurde.

Studie zur Regionalisierten Raumentwicklung

Das letzte Beispiel von Konzepten zum Thema Lebensqualität auf nationaler Ebene behandelt die Studie zum Thema „Regionalisierte Raumentwicklung“. Sie wurde vom Bundesministerium für Umwelt, Jugend und Familie in Auftrag gegeben und vom Österreichischen Institut für Nachhaltige Entwicklung erarbeitet. Die Ergebnisse wurden im Jahr 1999 publiziert.

Zentrale Aufgabe der Studie war es, nach einer Alternative zu den herkömmlichen Regionalentwicklungsstrategien zu suchen. Zu fokussiert wäre das vorherrschende Leitbild der österreichischen Raumordnung von der Schaffung gleichwertiger Lebensbedingungen auf wirtschaftliche Aspekte. Eine Entwicklung unter dem Gesichtspunkt der Nachhaltigkeit wäre nicht möglich (vgl. Kanatschnig et al. 1999, S. 15ff). Der im Zuge dieser Studie entwickelte Vorschlag sollte folglich auf einem wesentlich umfassenderen Ansatz basieren und auch sozial bzw. gesellschaftliche sowie ökologische Aspekte miteinbeziehen. Als zentrales Konzept wurde hierfür – abgestimmt bzw. auf den Aspekt der Nachhaltigkeit umgebaut – jenes der Lebensqualität ausgewählt. Es heißt: *„Ziel einer nachhaltigen regionalisierten Raumentwicklung ist es also, die individuelle und die regionale Lebensqualität auf Grundlage der regionalen Potentiale zu optimieren bzw. aufeinander abzustimmen“* (Kanatschnig et al. 1999, S. 26). In dieser Aussage liegt bereits der Schlüssel zum Verständnis des Konzepts dieser Studie: Zum einen wird – im Unterschied zu den bisher vorgestellten vorwiegend individuenzentrierten Konzepten – die Lebensqualität auch als gemeinschaftliches Phänomen verstanden. Andererseits gliedert sich die Lebensqualität, geprägt durch den Ansatz der Nachhaltigkeit, in die drei Hauptkategorien Natur, Gesellschaft und Wirtschaft. Welche Aspekte dabei jeweils diesen drei Hauptkategorien zugeordnet werden, zeigt die folgende Übersicht (s. Tabelle 8) exemplarisch. Angesprochen werden muss in diesem Zusammenhang noch, dass zwischen den jeweiligen Kategorien auch Substitutionsmöglichkeiten existieren, denen weitere Aspekte zugeordnet worden sind (vgl. Kanatschnig et al. 1999, S. 26f), auf deren Nennung hier allerdings verzichtet wird. Sie können im Anhang A-Kapitel 2 nachgelesen werden.

Tabelle 8: *Die Studie der Regionalisierten Raumentwicklung im Überblick (Quelle: Kanatschnig et al. 1999; eigene Darstellung)*

Vorrangiges Ziel des Konzepts	Entwurf einer umfassenderen Regionalentwicklungsstrategie als Orientierungs- und Handlungsrahmen für die Raumordnung	
Besteht seit	1999	
Theoretische Grundposition	-	
Dimensionen der Lebensqualität	Individuelle Lebensqualität: ▫ Naturbezogene Aspekte (z.B.: Umweltqualität, Landschaftsstruktur, Gesundheit, Ruhe etc.) ▫ Sozio-kulturell-bezogene Aspekte (z.B.: kulturelles Angebot, Mobilität, Sicherheit, Gesundheitsversorgung, soziale Ausstattung, soziale Geborgenheit, Freunde und Familie, soziale Partizipation, Nachbarschaftskontakt und -hilfe, Privatsphäre, Informationszugang, politische Partizipation, Kinderbetreuung, Freiheit, Identität etc.) ▫ Wirtschaftsbezogene Aspekte (z.B.: Einkommen, berufliche Mobilität, Arbeitsbedingungen und -chancen, Preisverhältnisse, Versorgung mit Produkten und Dienstleistungen etc.)	Regionale Lebensqualität: ▫ Naturbezogene Aspekte (z.B.: Klima, Wetter, Mikroklima, Ökosystem, Regenerationsfähigkeit, Vielfalt/Stabilität, Wasser etc.) ▫ Sozio-kulturelle-bezogene Aspekte (z.B.: Brauchtum/Geschichte/Kulturgut, Mentalität, Wissen, gesellschaftliche Wertorientierung, Anpassungs- und Innovationsfähigkeit, Kommunikation und Kooperation, soziographische Struktur, soziale Infrastruktur, regionale Identifikation etc.) ▫ Wirtschaftsbezogene Aspekte (z.B.: Preisverhältnisse, Arbeitsmarkt, Kundenpotential, materielle Infrastruktur, Wirtschaftsstruktur, Branchenmix und -vielfalt, Behörden, Kapitalpotential etc.)

Ausgehend von den definierten Lebensbereichen dieses strategischen Ansatzes (Umwelt, Soziales, Wirtschaft) handelt es sich hier um ein Beispiel, das, verglichen zu den bislang präsentierten Konzepten, am wenigsten Auskunft über etwaige Lebensbereiche zulässt. Erst mit mehr Informationen zur näheren Ausdifferenzierung verliert sich die Oberflächlichkeit in der nun feststellbaren Vielfalt. Daneben präsentiert sich das Modell auch aufgrund der Unterscheidung zwischen individuellen und gemeinschaftlichen Aspekten verglichen zu anderen Konzepten als am komplexesten gestaltet. Da der Begriff erneut als strategische Zieldimension verwendet wurde, wurde wie bereits bei der ÖSTRAT auch hier der theoretische Zugang nicht benannt. Inwieweit vergleichbare Konzepte auf der räumlichen Ebene unterhalb des Nationalstaates (regional/lokal) existieren, wird im Anschluss gezeigt.

2.3.4 Stadt, Land, Region – die Lebensqualität auf großmaßstäblicher Ebene

Die bisher vorgestellten Konzepte weisen Lebensqualität als konkrete Zieldimension aus oder operationalisieren sie als zu messende Größe. Beiderlei Funktionen finden sich auch unterhalb der nationalen Ebene wieder, weshalb dies im Folgenden besprochen wird. Dabei wird noch einmal auf die Tatsache hingewiesen, dass es sich bei den hier genannten Beispielen um eine subjektive Auswahl handelt. Zu vielfältig und zu unüberschaubar ist die Anzahl all jener Gesetze, Programme, Strategien, Studien, Berichte etc., in der das Konzept der Lebensqualität Verwendung, zumindest aber als Schlagwort Einsatz findet. An dieser Stelle werden davon jene bevorzugt, in denen die Lebensqualität auch definiert wurde. In dem Sinn werden zum einen der „lisl“-Ansatz und zum anderen die Erhebung zur Lebensqualität in Graz vorgestellt. Da für die Entwicklung auf einem großen Maßstab das Bundesland mit seinen Vorgaben eine wichtige Rolle spielt, wird auch diese Ebene zu Beginn kurz angesprochen.

Lebensqualität in den Bundesländern

Auf Landesebene findet das Konzept Lebensqualität vor allem in strategisch ausgerichteten Programmen Eingang. So zeigte eine Analyse, dass in allgemeinen Entwicklungsrichtlinien wie den Raumordnungs- bzw. Raumplanungsgesetzen der Ausdruck Lebensqualität keine direkte Verwendung findet[15]. In strategisch ausgerichteten Dokumenten (z.B.: Entwicklungsstrategien/-leitbilder oder -programme) ist der Begriff Lebensqualität dagegen weitaus präsenter. Die Bandbreite der Verwendung reicht dabei von einem nicht näher definierten Schlagwort, das als allgemeine Zieldimension fungiert (z.B. in: „Strategie Niederösterreich – Landesentwicklungskonzept“, s. Amt der NÖ Landesregierung 2007), bis hin zu der Benennung eines Strategiefeldes (z.B.: „Lebensqualität und Lebensumfeld“ aus der Entwicklungsstrategie Burgenland 2020, s. Schremmer und Mollay 2012). Unter diesen Dokumenten konnte aber kein Beispiel festgestellt werden, das die Lebensqualität als das vordergründige Konzept benannte und dem deshalb mehrere Dimensionen oder Lebensbereiche zugeordnet wurden. Ein Beispiel, bei dem solche Festlegungen erneut getroffen worden sind, ist das oberösterreichische „lisl“-Instrument.

lisl – ein Beispiel zum Konzept der Lebensqualität auf regionaler Ebene

Das Akronym lisl steht für „Lokales Indikatorensystem für dauerhafte Lebensqualität“ und wurde von der oberösterreichischen Akademie für Umwelt und Natur entwickelt. Ziel war es, den regional- und gemeindepolitischen AkteurInnen des Landes Oberösterreich ein Set an Indikatoren zur Verfügung zu stellen, das bei regionalen und kommunalen Entscheidungsfindungsprozessen helfen soll. In dem Sinn werden dem Instrument sowohl eine Wahrnehmungs- (Darstellung von Schlüsselbereichen), eine Kommunikations- (Grundlage für Diskussionen), eine Kontroll- (Entscheidungshilfe und Überprüfung der Ziele) sowie eine Marketingfunktion zugesprochen. Insgesamt wurden 47 Indikatoren zur Erhebung des Standes zur Lebensqualität vorgeschlagen, wobei diese in vier Dimensionen zusammengefasst wurden (vgl. Neuböck 2004, S. 11ff) (s. Tabelle 9).

Tabelle 9: *lisl im Überblick (Quelle: Neuböck 2004, S. 11ff; eigene Darstellung)*

Vorrangiges Ziel des Konzepts	Datengrundlage eine wissensbasierte Politik und Beobachtung der Lebensqualität
Besteht seit	2004
Theoretische Grundposition	Objektiv
Dimensionen der Lebensqualität	▫ Umwelt und Natur ▫ Arbeit und Wirtschaft ▫ Soziales Miteinander und Kultur ▫ Bürgerbeteiligung

[15] Burgenland (RPG, 1969):
https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrBgld&Gesetzesnummer=10000072;
Kärnten (ROG, 1969):
https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrK&Gesetzesnummer=10000036;
Niederösterreich (ROG, 1976): https://www.ris.bka.gv.at/Dokumente/LrNo/LRNI_2013105/LRNI_2013105.pdf;
Oberösterreich (ROG, 1994):
https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrOO&Gesetzesnummer=10000370;
Salzburg (ROG, 2009):
https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrSbg&Gesetzesnummer=20000615;
Steiermark (ROG, 2010):
https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrStmk&Gesetzesnummer=20000069;
Tirol (ROG, 2011): https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrT&Gesetzesnummer=20000474;
Vorarlberg (RPG, 2014):
https://www.ris.bka.gv.at/Dokemente/LrVbg/LRVB_9000_000_20140101_99999999/LRVB_9000_000_20140101_99999999.pdf;
Wien (BO): https://www.ris.bka.gv.at/GeltendeFassung.wxe?Abfrage=LrW&Gesetzesnummer=20000006:

Subjektive Indikatoren wurden aufgrund der aufwendigeren Erhebung und der schwierigen Bewertbarkeit nicht integriert (vgl. Neuböck 2004, S. 9). Zwar ist diese Begründung durchaus nachvollziehbar. Da das Instrument jedoch darauf abzielt, wertvolle Grundlagen für Entscheidungen zur Entwicklung des regionalen oder kommunalen Raums zu bieten, wird dem Instrument von vornherein eine ausgeprägte inhaltliche Tiefe verwehrt. Dabei könnten subjektive Ergebnisse gerade auf einer maßstäblich großen Ebene von besonderem Wert sein, da sie weitere mögliche Handlungsprioritäten oder nicht erkannte Problemfelder aufzeigen könnten. Als Beispiel auf der lokalen Ebene, die die subjektiven Aspekte sehr wohl miteinbezieht, fungiert dagegen die Analyse zur Lebensqualität in Graz.

Lebensqualität in der Stadt am Beispiel Graz

Als letztes Beispiel in der Vorstellungsreihe verschiedener Lebensqualitätskonzepte wird die Erhebung zur Lebensqualität der Stadt Graz erläutert. Die entsprechende Initiative wurde 2004 unter dem Projekttitel „Entwicklung von LebensQualitätsIndikatoren“ (LQI) gestartet. Wesentliche Absicht war es, Aussagen über die Ausstattung der unterschiedlichen Stadträume anhand von Informationen aus allen lebensrelevanten Bereichen sowie deren Bewertung tätigen zu können (vgl. Präsidialabteilung des Magistrats Graz 2014, S. 5). In diesem Sinne sollten etwa gefährdete Gebiete mit ihren Problemlagen frühzeitig erkannt (vgl. Klampfl 2011, S. 12) und Herausforderungen des anhaltenden Wirtschafts- und Bevölkerungswachstums begegnet werden (vgl. Nagl 2011, S. 3). Generell sollte es zu einem größeren Verständnis für stadtinterne Entwicklungsprozesse beitragen und eine qualitative Grundlage für strategische Entscheidungen bieten (vgl. Klampfl 2011, S. 12). Die Indikatoren wurden hierfür in elf unterschiedliche Kategorien eingeordnet (s. Tabelle 10).

Tabelle 10: *Projekt zur Entwicklung von Lebensqualitätsindikatoren in Graz im Überblick (Quelle: Präsidialabteilung des Magistrats Graz 2014; eigene Darstellung)*

Vorrangiges Ziel des Konzepts	Datengrundlage für eine wissensbasierte Politik und Beobachtung der Lebensqualität
Besteht seit	2004
Theoretische Grundposition	Synthese aus objektivem und subjektivem Ansatz
Dimensionen der Lebensqualität	▫ Nahversorgung ▫ Gesundheit und Serviceeinrichtungen ▫ Lebenshaltungskosten ▫ Wohnsituation ▫ Umweltsituation ▫ Erholung und Freizeit ▫ Sicherheit ▫ Arbeitsplatzsituation ▫ Verkehrssituation ▫ Bildung und Kinderbetreuung ▫ Zusammenleben

Als Basis für dieses Projekt dienten wiederholte Bevölkerungsbefragungen mittels Fragebögen, die in den Jahren 2005, 2009 und 2013 durchgeführt wurden und vor allem individuelle Wertehaltungen erforschen. Um die Indikatoren der Lebensqualität zur Gänze zu ermitteln, wurden diese Ergebnisse mit objektiven Datenmaterialien sowie Fachdaten städtischer Ämter verbunden, weshalb dieses Konzept auch als Synthese des objektiven und des subjektiven Lebensqualitätsansatzes eingestuft wird. Im Anschluss wurden diese Ergebnisse der Politik und der Verwaltung zur Verfügung gestellt (vgl. Präsidialabteilung des Magistrats Graz 2014, S. 5). Die darauf aufbauenden Berichte stellen wiederum Beispiele für die Erstellung von Sozialberichten dar, wie es in der Einführung zum Teilkapitel 2.2 angesprochen wurde.

Ausgehend von dem der Erhebung des Niveaus der Lebensqualität in der Stadt Graz zugeordneten Ziel kann dieses Instrument mit jenen Intentionen verglichen werden, die etwa der HDI oder das lisl-Konzept verfolgen (Grundlagen für eine wissensbasierte Politik). Verglichen mit den europäischen Konzepten oder der Sozialen Survey Österreich gibt es weitere Überschneidungen: Auch in Graz wurde als

theoretischer Zugang die Synthese zwischen der objektiven und der subjektiven Lebensqualitätsposition gewählt. Darüber hinaus ähneln sich die Lebensbereiche, die erhoben werden. Insgesamt konnte anhand der in diesem Teilkapitel vorgestellten Bandbreite an Beispielen gezeigt werden, dass Lebensqualität ein vielseitiges, vielschichtiges und vielfältiges Konzept ist, das in den unterschiedlichsten Ausformungen und Zusammenhängen verwendet wird. Welche Schlüsse sich daraus ziehen lassen bzw. welche Aspekte im Zusammenhang mit dem Thema Lebensqualität allgemein beachtet werden müssen, wird im Anschluss resümiert.

2.4 Zusammenfassung

Das Thema, das heute dem Konzept der Lebensqualität entspricht, wird, wie zu Beginn dieses Kapitels erläutert wurde, bereits seit der Antike debattiert (s. Kap. 2.1.1). Über die Jahrhunderte hinweg änderten sich zwar wiederholt die Inhalte sowie die Bezeichnungen, unter denen diese Ideen diskutiert wurden. Die folgenden Fragen blieben allerdings stets als zentrale Bestandteile dieser Debatten bestehen:

- Was ist Lebensqualität?
- Wer ist für eine hohe Lebensqualität verantwortlich?
- Was beinhaltet ein gutes Leben bzw. wie führt man dieses gute Leben?
- Wie lässt sich die Lebensqualität verbessern?

Seitdem sich der Begriff als auf qualitative Aspekte ausgerichtete Priorität in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts in der Politik und der Wissenschaft etabliert hat (s. Kap. 2.1.2 - 2.1.5), werden diese Fragen noch ausführlicher diskutiert und etwa um folgende erweitert:

- Wie lässt sich Lebensqualität operationalisieren, sodass ein entsprechendes Konzept nicht nur als strategische Priorität, sondern auch als Messgröße verwendet werden kann?

Konkrete Beispiele wurden hierfür im vorangehenden Abschnitt vorgestellt (s. Kap. 2.3). Grundsätzlich zu betonen ist hierbei, dass sie nur einen Bruchteil unterschiedlicher Varianten bezüglich der Interpretation des Konzepts wiedergeben. Nichtsdestotrotz konnten einige Aspekte zusammengetragen werden, die im Rahmen einer Verwendung des Begriffs jedenfalls zu beachten sind. Auf sie wird im Folgenden – geleitet durch die gerade genannten Fragestellungen und im Kontext des Ziels dieser Arbeit – Bezug genommen.

2.4.1 Was ist Lebensqualität?

Neben den bisher diskutierten Tatsachen (z.B.: Vielfalt an Konzepten) lassen sich basierend auf der Auseinandersetzung mit der Entwicklungsgeschichte und der Theorie zur Lebensqualität weitere grundlegende Aspekte benennen. Sie beziehen sich – da diese bislang im Zentrum der Erläuterungen standen – primär auf die sozialwissenschaftliche bzw. politische Lebensqualität:

- Eine allgemein gültige Definition zur Lebensqualität ist nicht vorhanden.
- Da grundlegende Konzepte dazu, so wie sie beispielsweise in der Politik verwendet werden, die Absicht repräsentieren, neben ökonomischen Aspekten auch andere lebensrelevante Faktoren und Determinanten einzubeziehen, muss Lebensqualität als multidimensionale Größe verstanden werden, die viele Aspekte eines Lebens in einem Konzept vereint.
- In wissenschaftlichen Diskursen wurde die Empfehlung ausgesprochen, das Konzept je nach Verwendungszweck an die jeweilige Situation anzupassen. Dies kann Fehlern, Unstimmigkeiten sowie Missverständnissen vorbeugen und fördert – sofern diese Definition leicht zugänglich ist – die Nachvollziehbarkeit des Begriffs und dessen Verwendung.
- Aufgrund der dem Begriff zuzuschreibenden Multidimensionalität und der Tatsache, dass die Lebensqualität dem Kontext entsprechend angepasst werden muss, gilt es als ein sehr offenes Konzept.
- Da eine allgemein anerkannte Definition fehlt und es sich um ein multidimensionales Konzept handelt, ist die Abgrenzung des Ausdrucks von anderen Begriffen oftmals schwierig: Ausdrücke wie Wohlbefinden, Wohlstand, Lebensstandard oder Lebenszufriedenheit werden in manchen

Fällen als Synonyme für Lebensqualität verwendet. Dieses Faktum sorgt wiederkehrend für fachliche Diskussionen betreffend der Zulässigkeit und wurde auch in dieser Arbeit in Kapitel 2.2 besprochen. Festgestellt wurde hierbei, dass der Grund (inhaltliche Überschneidungen) für eine synonyme Verwendung zwar nachvollziehbar ist, diese im Rahmen dieser Arbeit jedoch zu vermeiden ist. Um Missverständnissen und Ungenauigkeiten vorzubeugen, werden Wohlstand, Lebensstandard, Wohlbefinden und Lebenszufriedenheit primär als der Lebensqualität unterzuordnende Aspekte angesehen.

- Wie die bisherige Auseinandersetzung mit dem Thema außerdem gezeigt hat, lassen sich viele Ansätze auf im engeren zwei bzw. im weiteren Sinn drei theoretische Grundpositionen aus der Sozialindikatorenforschung zurückführen. Es handelt sich hierbei zunächst um den objektiven, aufgrund der statistischen Erhebungen vor allem auf die Sozialpolitik ausgerichteten und den auf der Grundlage von Befragungsergebnissen vor allem sozialpsychologisch geprägten, subjektiven Ansatz. Beide Varianten haben bei Operationalisierungen des Begriffs Vor- und Nachteile und eignen sich für unterschiedliche Zwecke (s. Kap. 2.2.1 und 2.2.2). Mit ihren unterschiedlichen Ergebnissen sind allerdings beide Zugänge als sehr gewinnbringend für die Politik und deren Handlungsentscheidungen zu bezeichnen. Eine Vielzahl der darauf beruhenden Konzepte wird jedoch dafür kritisiert, dass sie zumeist individuenzentriert konzipiert sind und nur wenige gesamtgesellschaftliche Aspekte miteinbeziehen.

  Dieser Kritik müssen sich mitunter auch jene Konzepte stellen, die diese beiden Positionen kombinieren. Als Syntheseansätze bekannt, liegt ihr wesentlicher Vorteil darin, dass aufgrund der Zusammenführung des objektiven und des subjektiven Zugangs die Lebensqualität umfassender betrachtet wird und beispielsweise Zusammenhänge zwischen den Lebensbedingungen und dem Wohlbefinden erforscht werden können. Wie die Vorstellung unterschiedlicher Beispiele aus der Praxis zeigt, wird dieser Vorteil häufig genutzt.

Wie bereits dargestellt, handelt es sich bei den gerade genannten Aspekten um wichtige, grundlegende Aussagen zum Thema Lebensqualität. Sie können ergänzt werden durch Erkenntnisse aus der Erläuterung einiger Beispiele (s. Kap. 2.3 bzw. Tabelle 11), da sie tiefere Einsichten zur Verwendung und zur möglichen Bedeutung bzw. Auslegung des Begriffs gewähren.

2.4.2 Wer ist für eine hohe Lebensqualität verantwortlich?

Die Frage, wer für eine hohe Lebensqualität verantwortlich ist, kann mit dem Anspruch auf Vollständigkeit nur äußerst umfangreich beantwortet werden. Da dieser Aspekt der Lebensqualität kein zentraler Gegenstand der vorliegenden Arbeit ist, würde eine nähere Auseinandersetzung an dieser Stelle das Arbeitspensum sprengen. Als einer der Gründe für die Komplexität dieser Fragestellung lässt sich jedenfalls die Verbreitung des Themas über viele unterschiedliche Bereiche[16] benennen. Da in jeder Sparte oftmals spezielle Aspekte bzw. Dimensionen der Lebensqualität herausgegriffen und bearbeitet werden, wird eine eindeutige Zuordnung der Verantwortlichkeit in diesem Zusammenhang als sinnwidrig angesehen. Im Kontext dieser Arbeit – Lebensqualität im Rahmen eines europäischen Förderinstruments – ist aber vor allem der politische Bereich mit der Wirkung seiner Entscheidungen auf die Lebensqualität zentral. Diesbezüglich zeigt bereits die Darstellung des Entwicklungshintergrundes, dass der Politik seit jeher Kompetenzen zur Gewährleistung und Sicherstellung wichtiger lebensqualitätsrelevanter Grundlagen zugesprochen werden (s. Kap. 2.1.1 und 2.1.2). Wie die Erläuterung zur Etablierung des Begriffs in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts (s. Kap. 2.1.3 - 2.1.5) und die Beschreibung ausgewählter Lebensqualitätskonzepte (s. Kap. 2.3) ferner verdeutlichen, wird dieser Aufgabe weiterhin eine große Relevanz zugeschrieben. Beispielsweise befasst sich aufgrund unterschiedlicher Herausforderungen (z.B.: zunehmende Globalisierung und Wirtschaftskrise Anfang des 21. Jahrhunderts, Klimawandel, demographische Herausforderungen wie Ungleichgewichte oder Überalterung, neue Technologien, politische Polarisierung etc.) etwa die EU mit der Erarbeitung eines neuen, sozialökologisch ausgerichteten Wachstumsmodells, in dem die Lebensqualität als Zielsetzung eine zentrale Rolle einnimmt (vgl. Aiginger 2016, S. 4ff; Sinabell 2012,

[16] s. Einleitung, Zitat Bellebaum

S. 1ff). Grundsätzlich lassen die in Kapitel 2.3 vorgestellten Beispiele von Lebensqualitätskonzepten jedoch erkennen, dass sich jede politische (global bis regional/lokal) Ebene mit dem Thema befasst. Außer Acht gelassen werden darf dabei jedoch auch nie die Rolle des Individuums selbst und dessen Verantwortung zum Erleben der Lebensqualität. Die Politik setzt es sich demnach zur Aufgabe, die allgemeinen Rahmenbedingungen für eine hohe Lebensqualität durch ihre Handlungen zu schaffen. In der Verantwortung jedes Menschen dagegen liegen das Erleben dieser Lebensqualität sowie gegebenenfalls deren Anpassung an die eigenen Wünsche und Bedürfnisse.

2.4.3 Wie lässt sich der Begriff Lebensqualität verwenden?

Die Ausführungen der im Rahmen dieses Kapitels betrachteten Literatur zeigen, dass der Begriff Lebensqualität grundsätzlich als Schlagwort ohne jegliche Definition, als Zieldimension, die mithilfe unterschiedlicher Kategorien systematisiert wurde, oder als operationalisierte Messgröße verwendet wird. Um das Thema der Lebensqualität jedoch politisch aufgreifen zu können, sollte der Begriff in jedem Fall operationalisiert und/oder systematisiert werden.

Die bei Operationalisierungen oft zugrunde gelegten Ansätze stammen aus dem Feld der Sozialwissenschaften und wurden bereits im Zuge der Punktation zu wichtigen Aspekten zum Konzept Lebensqualität weiter oben angesprochen. Eine solche Positionierung ist jedenfalls notwendig, wenn der Begriff als Messgröße angesehen wird und die entsprechenden Ergebnisse für Sozialberichterstattungen dienen, die wiederum in der Politik Verwendung finden. Als Beispiele hierfür wurden etwa der HDI (s. Kap. 2.3.1), die EQLS (s. Kap. 2.3.2), die SSÖ (s. Kap. 2.3.3) oder die Lebensqualitätserhebung in der Stadt Graz (s. Kap. 2.3.4) vorgestellt. Bezüglich der Dimensionen wurde deutlich, dass manche der Beispiele sich lediglich auf wenige ausgewählte Lebensthemen beziehen (z.B.: HDI mit drei Dimensionen). Andere thematisieren dagegen eine große Vielfalt an Lebensbereichen (z.B.: *Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement*). In dem Zusammenhang stach besonders die Studie zur Regionalisierten Raumentwicklung des Bundesministeriums für Umwelt, Jugend und Familie heraus, die die Lebensbereiche vom Konzept der Nachhaltigkeit ableitete. So wurde hier zunächst lediglich zwischen naturbezogenen, sozio-kulturellen und wirtschaftsbezogenen Dimensionen unterschieden. Diesen drei Kategorien wurde jedoch eine Vielzahl unterschiedlicher Aspekte untergeordnet. Eine weitere Besonderheit dieses Konzepts ist außerdem, dass hier zwischen einer individuenzentrierten sowie einer regionalen Lebensqualität differenziert wurde. Eine solche Festlegung wurde bei keinem anderen, der im Rahmen dieser Arbeit vorgestellten Beispiele so deutlich getroffen.

2.4.4 Wie lässt sich Lebensqualität verbessern?

Diese Frage, die im Zusammenhang mit der Lebensqualität wiederkehrend gestellt wird, steht in einer engen Beziehung zu jener nach der Verantwortlichkeit. Im Rahmen dieser Arbeit wird dies demnach primär als politisch zu induzierende Aufgabe angesehen. Die Beschreibung einiger Praxisbeispiele zeigt außerdem, dass es hierzu unterschiedliche Ansätze gibt (z.B.: allgemeine Konzeptentwicklung wie die Studie zur Regionalisierten Raumentwicklung, Grundlagenbereitstellung wie beim HDI oder Formulierung wissensbasierter Entwicklungsstrategien wie in Graz).

Wie im Zuge der Einleitung (Kapitel 1) angesprochen wurde, hat sich auch die Europäische Union im Rahmen des politischen Integrationsprozesses das Ziel gesetzt, die Lebensqualität der europäischen BürgerInnen zu verbessern: Neben allgemeinen Absichtserklärungen wie im Vertrag von Maastricht (vgl. Die zwölf Mitgliedstaaten 1992, S. 5) ist dieses Thema zwischen 2007 und 2013 auch in einem gemeinschaftlichen Förderinstrument integriert worden. Es handelt sich hierbei um das Entwicklungsprogramm unter dem Titel LEADER, das im Zuge des Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums umgesetzt wird. Seit wann und inwiefern die Lebensqualität sowie deren Verbesserung hierin eine Rolle spielt, wird im nächsten Kapitel diskutiert. Bruno Kreisky äußerte sich im Zusammenhang mit der Frage der Verbesserung der Lebensqualität jedenfalls wie folgt: *„Jeder Mensch, der sich für etwas engagiert, hat eine bessere Lebensqualität als andere, die nur so dahinvegetieren“* (Kreisky, zitiert nach Thiele 2001, S. 71).

Tabelle 11: *Übersicht zu den im Rahmen dieser Arbeit vorgestellten Beispielkonzepten zum Thema Lebensqualität (Quelle: s. jeweiligen Abschnitt; eigene Darstellung)*

Ebene	**Global**		**Europa**	
Name des Beispiels	**HDI**	**BLI**	**Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement**	**Europäische Erhebung zur Lebensqualität**
Besteht seit	1990	2011	2000	2003
Vorrangiges Ziel	Förderung einer wissensbasierten Politik durch Informationsbereitstellung	Förderung einer wissensbasierten Politik durch Informationsbereitstellung	Erstellung eines Systems zur Sozialberichterstattung	Förderung einer wissensbasierten Politik durch Informationsbereitstellung
Vorrangige Funktion	Messgröße	Messgröße	Messgröße	Messgröße
Theoretische Grundposition	Objektiv	Subjektiv	Synthese	Synthese
Dimensionen der Lebensqualität	3-	11	14	12
	▫ Gesundheit ▫ Bildung ▫ Einkommen	▫ Wohnverhältnisse ▫ Einkommen ▫ Beschäftigung ▫ Gemeinsinn ▫ Bildung ▫ Umwelt ▫ Zivilengagement ▫ Gesundheit ▫ Lebenszufriedenheit ▫ Sicherheit ▫ Work-Life-Balance	▫ Bevölkerung ▫ Haushalt & Familie ▫ Wohnverhältnisse ▫ Transportsystem ▫ Freizeit, Medien & Kultur ▫ Soziale & politische Partizipation & Integration ▫ Bildung und berufliche Weiterbildung ▫ Arbeitsmarkt und Arbeitsbedingungen ▫ Einkommen, Lebensstandard und Konsummuster ▫ Gesundheit ▫ Umwelt ▫ Soziale Sicherheit ▫ Öffentliche Sicherheit und Kriminalität ▫ Gesamtlebenssituation	▫ Gesundheit und -swesen ▫ Beschäftigung und Arbeitsbedingungen ▫ Wirtschaftliche Ressourcen ▫ Wissen, Bildung und Ausbildung ▫ Familie und Haushalt ▫ Gemeinschaftsleben und soziale Partizipation ▫ Wohnbedingungen ▫ Lokales Umfeld und Ausstattung ▫ Verkehrliche Infrastruktur ▫ Öffentliche Sicherheit und Kriminalität ▫ Freizeit und Freizeitaktivitäten ▫ Kultur, Identität, politische Ressourcen und Menschenrechte

Ebene	Österreich			Stadt, Land, Region	
Name des Beispiels	**Sozialer Survey Österreich**	**Nachhaltigkeitsstrategie Österreich**	**Studie zur Regionalisierten Raumentwicklung**	**Lisl**	**Lebensqualitätserhebung Stadt Graz**
Besteht seit	1986	2010	1999	2004	2005
Vorrangiges Ziel	Sozialberichterstattung mit internationaler Vergleichsmöglichkeit	Strategischer Orientierungs- u. Handlungsrahmen	Strategie für Regionalentwicklung für die Sicherstellung einer nachhaltigen Lebensqualität	Förderung einer wissensbasierte Politik und Beobachtung	Förderung einer wissensbasierte Politik und Beobachtung
Vorrangige Funktion	Messgröße	Zieldimension	Zieldimension	Messgröße	Messgröße
Theoretische Grundposition	Synthese	-	-	Objektiv	Synthese
Dimensionen der Lebensqualität	8	6	2 x 3	4	11
	1993 ▫ Familie und Kinder ▫ Partnerschaft ▫ Freizeit und Erholung ▫ Freund/Bekannte ▫ Verwandtschaft ▫ Religion und Kirche ▫ Politik und öffentliches Leben	▫ Gesundheit ▫ Solidarität und sozialer Ausgleich, soziale Sicherheit ▫ Familie ▫ Finanzielle Ausstattung ▫ Forschung, Bildung und Information ▫ Konsummuster	▫ Individuelle Lebensqualität unterteilt in naturbezogene, sozio-kulturelle und wirtschaftsbezogene Aspekte ▫ Regionale Lebensqualität unterteilt in naturbezogene, sozio-kulturelle und wirtschaftsbezogene Aspekte ▫	▫ Umwelt und Natur ▫ Arbeit und Wirtschaft ▫ Soziales Miteinander und Kultur ▫ Bürgerbeteiligung	▫ Nahversorgung ▫ Gesundheit und Serviceeinrichtungen ▫ Lebenshaltungskosten ▫ Wohnsituation ▫ Umweltsituation ▫ Erholung und Freizeit ▫ Sicherheit ▫ Arbeitsplatzsituation ▫ Verkehrssituation ▫ Bildung- und Kinderbetreuung ▫ Zusammenleben ▫
	2003 ▫ Arbeit und Beruf ▫ Ehe und Familie ▫ Politik und Grundeinstellung ▫ Soziale Teilnahme ▫ Wohnumwelt und Ökologie ▫ Gesundheit ▫ Religion ▫ Soziale Ungleichheit ▫ Arbeit und Beruf				

3 LEADER – ein Akronym für ein innovatives Förderinstrument für den ländlichen Raum

„Europas Zukunft heißt Lebensqualität“
(Bayer 2015, S. 2).

„Damit wir für unsere Generation und für künftige Generationen eine hohe […] Gesundheit und Lebensqualität erhalten können, müssen wir jetzt Maßnahmen ergreifen. Was wir brauchen, ist eine Strategie, mit der die EU in eine intelligente, nachhaltige und integrative Wirtschaft umgewandelt werden kann […], die durch ein hohes Beschäftigungs- und Produktivitätsniveau sowie einen starken sozialen Zusammenhalt geprägt ist. Dies ist die Strategie Europa 2020 – eine Agenda für alle Mitgliedstaaten, die den verschiedenen Bedürfnissen, unterschiedlichen Ausgangspunkten und nationalen Besonderheiten Rechnung trägt, um das Wachstum für alle zu fördern“
(Kom EU 2010, S. 12).

Das Bestreben, den unterschiedlichen Bedürfnissen, differenzierten Ausgangssituationen und nationalen Besonderheiten unter den zitierten Zielsetzungen Rechnung zu tragen, ist in Europa des Jahres 2010 grundsätzlich nicht neu. Im regionalpolitischen Kontext werden etwa seit Ende der 1970er und Anfang der 1980er Jahre neue Strategien eingesetzt, in denen die eigenständige (endogene) Entwicklung ländlicher Regionen gefördert wird. Damit kann nicht nur auf nationale Besonderheiten Acht gegeben werden; vor allem die regionalen und lokalen Eigenheiten, deren Chancen und Risiken, Stärken und Schwächen sollen dabei beachtet werden (vgl. Pongratz und Kreil 1991, S. 92ff; Mühlinghaus 2002, S. 127ff).

Bezüglich dieser endogenen Regionalentwicklungsstrategien hat sich auf europäischer Ebene besonders eine Initiative hervorgetan, die im Jahr 1991 lanciert wurde und auch in der aktuellen Strukturperiode 2014-2020 noch umgesetzt wird. Es handelt sich hierbei um das LEADER-Förderprogramm, das sich speziell aufgrund seiner Merkmale, wie sie weiter unten näher beschrieben werden, zu einem beachtenswerten Instrument entwickelt hat. Wesentliche Besonderheit desselben ist, dass auf der Grundlage innovativer Merkmale und unter Beachtung gemeinschaftlicher Bestimmungen strukturelle Verbesserungen auf der regionalen Ebene herbeigeführt werden sollen. Das zentrale Thema dieser Arbeit, die Lebensqualität, fand auch im Rahmen dieses Instruments Eingang als wichtige Priorität.

Wie in der Einleitung (Kapitel 1) bereits angesprochen wurde, repräsentierte der Begriff speziell in der bereits abgeschlossenen Strukturperiode zwischen 2007 und 2013 nicht nur eine wesentliche Zieldimension. Der Begriff wurde auch zur Benennung einer strategischen Leitlinie sowie darüber hinaus zur Betitelung einer konkreten Maßnahmenkategorie, in dessen Kontext unterschiedliche Aktivitäten gefördert worden sind, herangezogen. Wie in der Einleitung allerdings außerdem festgestellt wurde, wurde der Begriff entgegen wissenschaftlicher Empfehlungen (s. Kap. 1.1 sowie Kap. 4.1.1) hierbei nicht näher definiert.

Da vor diesem Hintergrund die wesentliche Absicht der vorliegenden Arbeit ist, die Verwendung des Begriffs im Rahmen dieses Förderprogramms der letzten abgeschlossenen Strukturperiode (2007-2013) zu reflektieren, widmet sich dieses Kapitel der Initiative selbst. Ziel ist es, das Wesen des LEADER-Ansatzes sowie dessen Umsetzung vorzustellen. Die folgende Beschreibung widmet sich aus diesem Grund zunächst der Erläuterung der LEADER-eigenen Merkmale (s. Kap. 3.1). Neben einer kurzen Darstellung des Entwicklungshintergrundes auf europäischer Ebene, der zur Lancierung des Instruments zu Beginn der 1990er Jahre führte, werden auf der Grundlage der gemeinschaftlichen Rahmendokumente außerdem die jeweiligen Förderperioden von 1991 bis heute im Überblick vorgestellt (s. Kap. 3.2). Im Anschluss daran konzentriert sich die Erläuterung auf jene LEADER-Strukturperiode (2007-2013), in dessen Kontext der Begriff Lebensqualität im darauffolgenden Kapitel analysiert wird. Konkret wird hierbei vor allem das „Österreichische Programm zur Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013“ zur Veranschaulichung der allgemeinen Rahmenbedingungen der Programmumsetzung herangezogen (s. Kap. 3.3). Die Rolle der Lebensqualität wird außerdem jeweils sowohl nach der Erläuterung der Festlegungen aller Förderperioden auf europäischer Ebene (Kap. 3.2.3) als auch nach jener der nationalen Bestimmungen aus der Phase 2007-2013 (Kap. 3.3.4) diskutiert.

3.1 Die zentralen Merkmale der LEADER-Initiative

Die Bezeichnung LEADER ist ein Akronym aus dem französischen Titel „*Liaison entre actions de développement rural*“ und bedeutet zu Deutsch so viel wie „Verknüpfung von Aktionen zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft“ (vgl. Kom EU 2006a, S. 5; AIDEL 1999, online). Wie bereits dargestellt, handelt es sich um ein Förder- und Entwicklungsprogramm der Europäischen Union (EU), das als Instrument der europäischen Union seit 1991 der Erhaltung und Stärkung des ländlichen Raums dient (vgl. BMLFUW 2015a, online). Es trägt wesentlich zur Stärkung lokaler Verwaltungsprozesse sowie zur Verbesserung der ländlichen Strukturen bei und steigert damit auch die Wirksamkeit und Effizienz der Regionalpolitik (vgl. EC 2008, S. 17). Mittlerweile befindet sich die Umsetzung in der fünften Programmphase, die im Jahr 2014 startete und bis 2020 andauert. Neben den Zielinhalten der Initiative, die an die veränderten Rahmenbedingungen (s. Kap. 3.2) stetig angepasst wurden, wurden die zentralen Charakteristika, wie sie in diesem Abschnitt vorgestellt werden, jedoch beibehalten.

Bis dato hat sich das LEADER-Förderprogramm zu einem wichtigen regionalpolitischen Instrument mit einer langen Erfolgsgeschichte entwickelt (vgl. EC 2008, S. 17). Als Grund hierfür wird die Tatsache angesehen, dass die Initiative mit einigen Grundsätzen versehen wurde, die zu jener Zeit, in der das LEADER-Programm ins Lebens gerufen wurde, in den meisten Mitgliedstaaten ungewöhnlich waren (vgl. Haken 2011, S. 2). Zu Beginn deshalb mitunter noch kritisch betrachtet, zeigte sich, dass diese Merkmale wesentlich zum innovativen Charakter und dem Erfolg der Initiative beigetragen haben (vgl. AIDEL 1999, S. 15). Sie sind mittlerweile untrennbar mit LEADER verbunden und setzen sich wie folgt zusammen bzw. können wie, im Folgenden beschrieben wird, charakterisiert werden (vgl. AIDEL 1999, S. 23ff; Kom EU 2006a, S. 8ff):

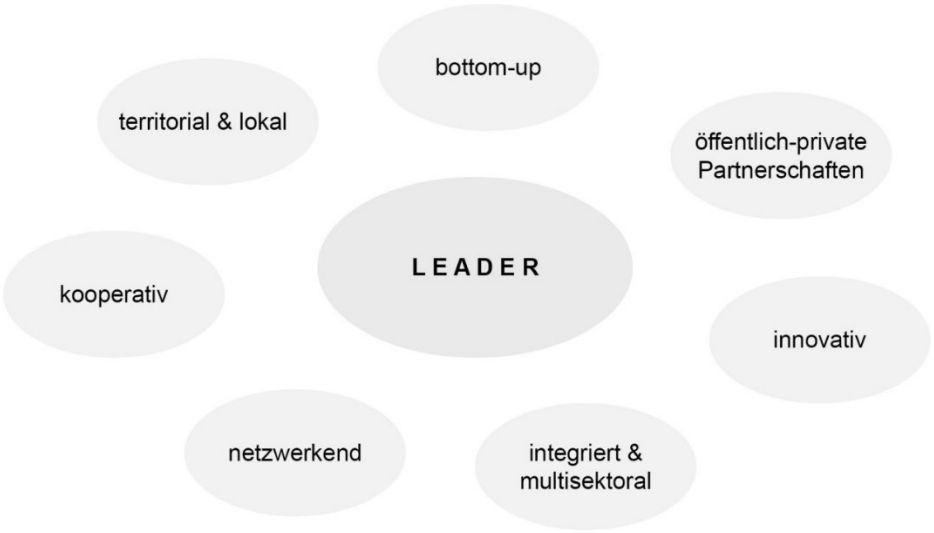


Abbildung 3: *Die sieben Merkmale des LEADER-Ansatzes (Quelle: Kom EU 2006a; eigene Darstellung)*

- Merkmal 1: Territorialität und Lokalität

Eine der wesentlichsten Grundlagen der Umsetzung des LEADER-Förderprogramms ist die Festlegung eines Bezugsgebiets, welches als territorial und lokal bezeichnet werden kann. Dies bedeutet, dass eine kleine, homogene (z.B.: in wirtschaftlicher Hinsicht) und sozial in sich geschlossene, ländliche Region als Zielgebiet für die Umsetzung ausgewiesen wird. Diese zeichnet sich durch gemeinsame Traditionen, Bedürfnisse und Erwartungen sowie eine lokale Identität aus. Die geografische Ausdehnung eines solchen Gebiets hängt von den örtlichen Gegebenheiten ab (neben gerade genannten Faktoren z.B.: finanzielle Ausstattung oder Bevölkerungsdichte; ein Gebiet sollte nie weniger als 10.000 und nie mehr als 100.000 EinwohnerInnen zählen etc.), wobei sich dessen Form nicht an bestehenden administrativen bzw. vorab festgelegten Grenzen orientieren muss. Der Vorteil des territorialen Ansatzes ist, dass die Förderung der Entwicklung ländlicher Räume auf die lokalen bzw. regionalen Stärken und Schwächen sowie deren Chancen und Herausforderungen abgestimmt werden kann und die für eine Region spezifischen endogenen Ressourcen und Potentiale[17] voll genutzt werden können.

- Merkmal 2: Öffentlich-private Partnerschaften – die Lokalen Aktionsgruppen (LAG)

Innerhalb eines solchen Bezugsgebiets ist die Einrichtung einer lokalen Partnerschaft, vorwiegend bekannt als Lokale Aktionsgruppe (LAG), vorgeschrieben. Sie sollte sich aus öffentlichen wie auch privaten PartnerInnen zusammensetzen und dabei die bestehenden lokalen Interessensgruppierungen aus den unterschiedlichen sozioökonomischen Sektoren (z.B.: Berufsvereinigungen, Organisationen und Verbände bzw. Vereine vor Ort, lokale politische VertreterInnen, Umweltverbände, kulturelle DienstleistungsanbieterInnen etc.) unter anderem auch nach dem Geschlechterverhältnis der Region entsprechend ausgewogen repräsentieren. Ihre wichtigste Aufgabe ist die Ausarbeitung und Umsetzung einer lokalen Entwicklungsstrategie (LES), die die Ziele und Projekte benennt, mithilfe derer die endogenen Potentiale aktiviert werden können und die auf die Herausforderungen der Region abgestimmt ist, sowie die Aufgabenverteilung in der LAG regelt. Es wird erwartet, dass sie hierfür die unterschiedlichen, lokal ansässigen AkteurInnen zusammenbringt, Dialog und Kooperationen in der Region fördert sowie gewinnbringende Verbindungen (akteurs-, maßnahmen-, handlungsbezogen etc.) schafft. Neben dem vorher erläuterten bottom-up-Ansatz sind die LAG eines der wichtigsten Merkmale der LEADER-Initiative.

- Merkmal 3: bottom-up-Ansatz

Um dem gerade beschriebenen territorialen Aspekt außerdem gerecht zu werden, ist die LEADER-Methode seit Beginn an als bottom-up-Ansatz einzustufen. Dies bedeutet, dass alle lokalen AkteurInnen in Prozesse wie der Strategieerstellung und der Prioritätenformulierung eingebunden werden, um partizipative Entscheidungsfindungen zu ermöglichen. Dies trägt zur Sensibilisierung gegenüber der

[17] Laut den Angaben des AEIDL ergibt sich das endogene Potential aus unterschiedlichen Faktoren wie den natürlichen Bedingungen, der Umwelt und Kultur, den Humanressourcen, der wirtschaftlichen und finanziellen Ausstattung des Gebiets sowie den institutionellen und administrativen Rahmenbedingungen (vgl. AEIDL 1999).

Entwicklungspolitik bei, fördert die Bewusstseinsbildung in den Gebieten und führt zur stärkeren Mobilisierung der endogenen Potentiale sowie zu einer höheren Wirksamkeit der eingesetzten Mittel. Kombiniert mit den beiden vorangehenden Merkmalen stellt dieser Ansatz eine Alternative zu den traditionellen Methoden der Regionalentwicklung dar, die meist auf top-down-Verfahren beruhen.

- Merkmal 4: Innovation

Seit jeher stellt auch das Thema Innovation einen zentralen Punkt der LEADER-Initiative dar. Lag der Schwerpunkt der LEADER I-Phase (1991-1993) noch bei der Erprobung eines innovativen Instruments für die Regionalentwicklung, verlagerte sich dieser Schwerpunkt mit den fortschreitenden Phasen auf die Erprobung konkreter Maßnahmen mit innovativem Charakter. Innovation ist dabei als ein sehr breit gefasster Begriff zu verstehen und beinhaltet etwa die Einführung neuer Erzeugnisse, neuer Prozesse, neuer Organisationsformen oder die Erschließung neuer Märkte. Auch die Übernahme bzw. Anpassung von Innovationen, die an anderer Stelle entwickelt wurden, sowie die Modernisierung bestehender Formen und die Einbindung neuen Know-hows werden darin genauso miteingeschlossen wie die Entwicklung von neuen Lösungen für bestehende Probleme, denen mit herkömmlichen Maßnahmen nicht begegnet werden konnte (z.B.: neue Formen zur Aufwertung lokaler Ressourcen).

- Merkmal 5: integrierte und multisektorale Aktionen

Wie bereits der Titel des Programms (Verknüpfung zwischen Aktionen) indiziert, sollen die im Rahmen der LEADER-Fördertätigkeiten geplanten und umgesetzten Maßnahmen untereinander koordiniert und in ein kohärentes Gesamtkonzept integriert sein. Dies gilt nicht nur für Maßnahmen eines einzelnen Sektors, sondern soll auch sektorübergreifend (Wirtschaft, Soziales, Kultur und Umwelt) zutreffen. Dadurch sollen Synergieeffekte ermöglicht und gefördert, die Effizienz des Programms erhöht und die Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft unterstützt werden.

- Merkmal 6: Netzwerkbildung

Die Teilnahme am LEADER-Förderprogramm beinhaltet auch die von der EU geförderten Netzwerkaktivitäten. Dies bringt den Vorteil, dass ein Austausch zwischen den jeweiligen Gruppen, ländlichen Gebieten, Verwaltungsstrukturen und Organisationen, die an der ländlichen Entwicklung beteiligt sind, möglich wird und Errungenschaften, Erfahrungen und Know-how geteilt und verbreitet werden können. Das Netzwerk unterstützt Kooperationen und fördert eine erfolgreiche Umsetzung der LEADER-Maßnahmen. Generell wird dabei zwischen institutionellen Netzwerken (europäisches Netzwerk für ländliche Entwicklung und nationale ländliche Vernetzungsstelle) und nationalen, regionalen und lokalen Netzwerken unterschieden.

- Merkmal 7: Kooperation

Das letzte besondere Merkmal der LEADER-Methode ist, dass durch die Initiative Kooperationen gefördert werden sollen. So soll entweder ein ähnlicher Ansatz von mehreren LAG verfolgt oder gemeinsame Projekte etwa zur Förderung der Komplementarität umgesetzt werden. Ziel ist es wiederum, einen Know-how- und Erfahrungsaustausch von erfolgreichen Projektansätzen und -umsetzungen zu ermöglichen sowie die für die Umsetzung eines Projekts erforderlichen Humanressourcen und Finanzmittel zu bündeln. Die Zusammenarbeit ist sowohl zwischen mehreren ländlichen Gebieten eines Mitgliedstaates (interterritorial) als auch als eine Kooperation zwischen Gruppen verschiedener Mitgliedstaaten (transnational) möglich.

In ihrer Gesamtheit ergeben diese sieben Merkmale die sogenannte LEADER-Methode. Sie sind als ein Set an Instrumentarien anzusehen, die in dem Förderprogramm eine von oben nach unten gerichtete Interventionslogik durch einen von unten nach oben gerichteten Ansatz ersetzen bzw. als Ergänzung zu herkömmlichen Instrumentarien dienen sollen. Den verantwortlichen Behörden kam damit, anders als bei den herkömmlichen Fördermethoden, nicht mehr die Aufgabe zu, die im Vorfeld festgelegten Förderprogramme über den Aufruf an die Mitgliedstaaten zur Beantragung von Beihilfen umzusetzen. Die Kommission der Europäischen Union konzentrierte sich stattdessen auf die Vorgabe grundlegender Regeln (z.B.: Auswahl mehrerer Themenbereiche für die lokale Strategie, finanzielle Rahmenbedingungen etc.), womit die LAG diesen Rahmen beachtend darüber entscheiden konnten, was auf ihrem Gebiet subventioniert werden sollte (vgl. Haken 2011, S. 2). Aus welchen Gründen heraus die Initiative Ende der 1980er Jahre entwickelt wurde und welchen Herausforderungen die LEADER-Methode während der Programmphasen gegenüberstand, ist im folgenden Teilkapitel angesprochen.

3.2 LEADER in Europa – die konstituierende und koordinierende Ebene

Das LEADER-Förderprogramm wurde und wird, wie bereits mehrmals angemerkt wurde, bis heute in mehreren Programmperioden umgesetzt. Bevor die einzelnen Förderphasen bezüglich der jeweiligen Herausforderungen, Programmziele und -maßnahmen vorgestellt werden (s. Kap. 3.2.2), wird zunächst auf den Entwicklungshintergrund bzw. jene Rahmenbedingungen innerhalb der Union eingegangen, die zum Entwurf dieses Instruments geführt haben (Kap. 3.2.1). In Kap 3.2.3 wird schließlich das Thema Lebensqualität und dessen Rolle in den jeweiligen Programmphasen dargestellt.

3.2.1 Abriss zum Entwicklungshintergrund

Die EU hatte sich bereits bei der Ratifizierung zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft 1957 das Ziel gesetzt, ausgleichend auf das Raumgefüge einzugreifen. Grund hierfür war, dass bereits zu diesem Zeitpunkt Ungleichheiten in der strukturellen Ausstattung bestimmter Gebiete auftraten, die teilweise wesentliche regionale Wohlfahrtsunterschiede (z.B.: bezüglich Waren und Dienstleistungen, Erwerbsmöglichkeiten etc., s. weiter unten.) erkennen ließen (vgl. Manschwetus 1995, S. 9f; Mose 1977, S. 154). In der Präambel des der Gründung zugrundeliegenden Vertrages einigten sich die künftigen Mitgliedstaaten unter anderem deshalb darauf, die „[…] *Volkswirtschaften zu einigen und deren harmonische Entwicklung zu fördern, indem sie den Abstand zwischen einzelnen Gebieten und den Rückstand weniger begünstigter Gebiete verringern"* (Gründerstaaten 1957, Präambel).

Um diese harmonische Entwicklung voranzutreiben, führte die Europäische Gemeinschaft unterschiedliche Strukturfonds[18] ein (vgl. Staeck 1996, S. 33ff). Doch trotz aller Bestrebungen der europäischen und auch der nationalen Institutionen konnte die Entstehung bzw. die Verschärfung räumlicher Disparitäten in den 1960er, 70er und 80er Jahren nicht aufgehalten werden (vgl. Manschwetus 1995, S. 9f; Mose 1977, S. 154). Mit der Reform der Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft durch die Ratifizierung der Einheitlichen Europäischen Akte (EEA) am 1. Juli 1987[19] wurde das Ziel zur Bekämpfung der Disparitäten im ländlichen Raum sowie die Förderung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts (Kohäsion) deshalb weiter betont (vgl. Rat EG 1987, Art. 23; Kom EG 1987, S. 7ff).

Als Folge davon befasste sich die europäische Kommission näher mit dem ländlichen Raum. In diesem Zusammenhang skizzierte sie in ihrer Mitteilung mit dem Titel „Die Zukunft des ländlichen Raums"

[18] Bis 1987 gab es drei unterschiedliche Strukturfonds:

- Europäischer Sozialfonds (ESF): 1960 eingeführt, gilt er als der älteste Fonds der EU. Der ESF soll durch die finanzielle Unterstützung von konkreten Maßnahmen zur Verwirklichung der gemeinschaftlichen Ziele beitragen. Wesentliche Absicht war und ist es dabei nach wie vor, *„[…] die Beschäftigungsmöglichkeiten der Arbeitskräfte im Binnenmarkt zu verbessern, die Mobilität und die Anpassung an die industriellen Wandlungsprozesse zu fördern"* (Hartwig 2006, S. 340) sowie die Entwicklung der Humanressourcen voranzutreiben. Der ESF stellt bis heute eines der wichtigsten Instrumente der europäischen Beschäftigungs- und Sozialpolitik dar (vgl. Hartwig 2006, S. 340).
- Europäischer Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft (EAGFL) der Gemeinsamen Agrarpolitik Europas (GAP): 1962 mit dem Ziel eingerichtet, den negativen Folgen der Integration im sozialen sowie landwirtschaftlichen Bereich entgegenzuwirken. Die Haushaltsmittel wurden dabei auf zwei unterschiedliche Abteilungen aufgeteilt: Die Abteilung Ausrichtung förderte die ländliche Entwicklung sowie die Diversifizierung im agrarischen Sektor (z.B.: Anpassung der Produktionsstrukturen landwirtschaftlicher Betriebe, Verbesserung der Verarbeitungs- und Vermarktungsbedingungen landwirtschaftlicher Erzeugnisse) (vgl. Hartwig 2006, S. 340; GD AGRI 1997). Die Abteilung Garantie finanzierte Maßnahmen der Markt- und Preispolitik (vgl. Hartwig 2006, S. 340). Abgelöst wurde der EAGFL 2007 durch den Europäischen Garantiefonds für die Landwirtschaft (EGFL) und den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) (vgl. Weerth und Winter o.D., online; Hartwig 2006, S. 340).
- Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung (EFRE): 1975 ins Leben gerufen, fördert der EFRE bis heute die strukturelle Anpassung wirtschaftlich benachteiligter Gebiete (z.B.: industriell geprägte Regionen mit rückläufiger Entwicklung). Generell zielt der EFRE mit seinen Fördermaßnahmen auf den Ausgleich der größten regionalen Ungleichgewichte ab (vgl. Hartwig 2006, S. 340).

[19] Die Einheitliche Europäische Akte stellt die erste große Reform der Gründungsverträge der Europäischen Gemeinschaft dar: Mit der Ratifizierung am 1. Juli 1987 (vgl. Czysz und Joosten 2015b, online) wurden die Funktionsweise der europäischen Institutionen geändert und die Zuständigkeiten der Gemeinschaft (z.B.: in den Bereichen Forschung und Entwicklung, Umwelt und gemeinsame Außenpolitik) erweitert. Außerdem sollten die darin enthaltenen Festlegungen den europäischen Integrationsprozess erleichtern und die Grundlagen für die Verwirklichung des Binnenmarktes schaffen (vgl. EU 2010, online).

Chancen, Risiken, Herausforderungen sowie Entwicklungsmöglichkeiten. Neben der Erläuterung erster Ziele bekundete sie außerdem, eine auf die Besonderheiten des ländlichen Raums abgestimmte Politik einführen bzw. bestehende Instrumente modernisieren zu wollen (vgl. Kom EG 1988, S. 17 und 76). Die Erhaltung der Funktionsfähigkeit des ländlichen Raums sollte so unterstützt und Entleerungstendenzen sowie die Zunahme von Disparitäten aufgehalten werden (vgl. Quendler 1999, S. 42ff). Die Kommission fasste die Prozesse negativer struktureller Veränderungen wie folgt zusammen (vgl. Kom EG 1988, S. 19ff; Mose 1998, S. 155):

- Struktureller Wandel des agrarischen Sektors (z.B.: höhere Produktivität durch technologische Fortschritte; Zunahme der bewirtschafteten Flächen pro Betrieb; sinkende Zahlen landwirtschaftlicher Arbeitskräfte; Rückgang der Betriebszahlen bzw. Überführung in Nebenerwerbsbetriebe; Verringerung der Nutzfläche, Einkommensunterschiede etc.);
- Diversifizierung des außeragrarischen Wirtschaftsbereichs im ländlichen Raum (z.B.: durch Ansiedelung von Industriebetrieben – dabei oft als verlängerte Werkbänke; Verdrängung vieler, kleiner Betriebe; Schwächen der bestehenden, außeragrarischen Wirtschaftsstruktur etc.);
- Demographischer Wandel (z.B.: Landflucht in peripheren Regionen, Stadtflucht in die Umgebung von Ballungsräumen; jeweils große Wirkungen auf das bestehende soziale Gefüge: Überalterung, Ausdünnung der sozioprofessionellen Struktur versus Verjüngung, soziale und sozioprofessionelle Diversifizierung der Gesellschaft etc.);
- Räumlich unterschiedlich schnelle und unterschiedlich intensive strukturelle Entwicklungen im außeragrarischen, vor allem aber innerhalb des agrarischen Sektors (z.B.: Arbeitsplatzangebot, Einkommensunterschiede etc.);
- Infrastrukturausstattung (z.B.: Rückgang von Basisangeboten wie Schulen, Postämtern, öffentlichen Verkehrsmitteln, Nahversorgungseinrichtungen in ländlichen Gebieten etc.).

Letzteres in Kombination mit sinkenden Bevölkerungszahlen schmälert im ländlichen Raum nicht nur das Niveau des Lebensstandards, sie wirken auch negativ auf die Lebensqualität (vgl. Doppler et al. 2015; online). Um diesem damals bereits erkennbaren Prozess entgegenzuwirken und die europäische Integration weiter voranzutreiben, wurde Ende der 1980er Jahre die Entwicklung des ländlichen Raums als „Schlüsselelement“ bzw. als „absolutes Muss“ (Kom EG 1988, S. 17) angesehen. Als Ansatz hierfür sah die Kommission die Erschließung des endogenen Entwicklungspotentials (Kom EG 1988, S. 76) als wesentlich an.

Endogene Regionalentwicklungsstrategien wurden, wie in der Einleitung dieses Kapitels bereits angesprochen wurde, seit Anfang der 1980er Jahre vermehrt zur Aktivierung des regionalen Kapitals erprobt. Zentrale Idee war es, den Regionen in der Entwicklungspolitik mehr Entscheidungskompetenzen zu überlassen. Da im Laufe der 1980er Jahre damit bereits einige Erfolge erzielt werden konnten (vgl. Mose 1977, S. 154ff) und die Kommission die Grundlage zur Umsetzung dieser Ansätze in zahlreichen Regionen vorhanden sah, erklärte sie diese zur zentralen Methode zur Förderung strukturell benachteiligter Regionen. Auf der Basis von koordinierter, zusammenhängender und von der Kommission vorgegebener Aktionen sollte ein neues Programm entwickelt werden. Als Rahmen hierfür sollten die durch die EEA (1987) eingeführten Gemeinschaftsinitiativen dienen. Vom Rat abgekoppelt und in Partnerschaft mit den Mitgliedstaaten beschlossen (vgl. Nägele 1996, S. 45), sollten sie die klassischen top-down-Ansätze der etablierten Strukturpolitik ergänzen (vgl. Christophersen 1991, S. 7). Der Kommission wurde damit erstmals die Kompetenz zugesichert, raumwirksame Maßnahmen zu initiieren und selbst zur Förderung der ländlichen Räume bzw. zur Bekämpfung räumlicher Disparitäten beizutragen.

Bereits 1990 wurde der Inhalt des neuen Instruments sowie dessen Titel „LEADER“ genehmigt. Grundsätzlich stellte die Kommission den lokalen AkteurInnen damit ein Instrument zur Verfügung, das über Globalzuschüsse[20] die Umsetzung integrierter Programme zur Entwicklung der ländlichen Wirtschaft unterstützen sollte (vgl. EC 1991, online). Folgende Prioritäten standen dabei im Mittelpunkt (vgl. Kom EG 1988, S. 5):

- Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts (auch Ziel der EEA);
- Anpassung der europäischen Landwirtschaft an die Gegebenheiten des Markts sowie an die Konsequenzen, die sich aus dieser Abstimmung und aus der sich ändernden Wirtschaftsstruktur im Allgemeinen ergeben;
- Schutz der Umwelt bzw. Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen.

Durch die Verknüpfung dieser Ziele mit der weiter oben beschriebenen methodischen Vorgehensweise sollte die Einführung der LEADER-Initiative einen innovativen und entwicklungsorientierten Lösungsansatz bieten (vgl. Kom EG 1991a, S. 29). Wie anhand der nachfolgende Darstellung der einzelnen Phasen deutlich wird, stellt die LEADER-Methode auch aufgrund dieser Vorgehensweise heute noch ein wichtiges regionalpolitisches Instrument der Europäischen Union dar.

3.2.2 Kurzgeschichte zu einem Instrument, das mit der Zeit geht – die einzelnen Förderphasen im Überblick

Die Darstellungen des vorherigen Teilkapitels haben gezeigt, dass das LEADER-Förderprogramm als Reaktion auf bestimmte innereuropäische Rahmenbedingungen (z.B.: Disparitäten) entworfen wurde. Dazu zählt etwa auch, dass innerhalb der Europäische Union zunehmend Kritik an den herkömmlichen Instrumenten (z.B.: Strukturfonds) geübt und die Forderung nach neuen Lösungsansätzen Ende der 1980er Jahre laut wurde (vgl. Schindegger 1994, S. 64). Mit der Einführung der LEADER-Methode im Jahr 1991 lancierte die EU ein regionalpolitisches Förderinstrument, das aufgrund des innovativen methodischen Ansatzes bis heute zahlreiche positive Wirkungen erkennen ließ bzw. lässt. Insgesamt befindet sich das Förderprogramm in der fünften Generation, wobei die einzelnen Phasen sich auf folgende Jahre unter folgenden Bezeichnungen aufteilen (vgl. DVS 2017, online):

- LEADER I von 1991 – 1993;
- LEADER II von 1994 – 1999;
- LEADER + von 2000 – 2006;
- LEADER von 2007 – 2013;
- LEADER/CLLD von 2014 – 2020.

Eine ausführliche Erläuterung der einzelnen Förderphasen (z.B. hinsichtlich: Programmziele, förderfähige Maßnahmen, Programmumsetzung, Evaluierungen) würde an dieser Stelle den Rahmen sprengen und über das Ziel dieser Arbeit (s. Kap. 1.1) hinausgehen. Die Durchsicht der jeweiligen Rahmendokumente der EU lässt jedoch einige Aspekte erkennen, die es im Folgenden anzusprechen gilt. Ziel ist es hierbei, den Bogen zwischen den gerade umrissenen Entwicklungshintergründen zur Lancierung des Instruments hin zu jenen nationalen Bestimmungen der Förderperiode 2007-2013 (u.a. jenen zum Ziel der Verbesserung der Lebensqualität) zu spannen, die im Zentrum des Interesses im Rahmen dieser Arbeit stehen. Es ermöglicht es außerdem, den Eindruck zum Wesen des LEADER-Ansatzes weiter zu vertiefen.

[20] Bei der Vergabe von Globalzuschüssen durch die EU erhalten sogenannte „intermediäre Instanzen“ Subventionen, um diese ihrerseits auf bestimmte Empfängerkategorien (z.B.: kleine und mittlere Unternehmen, branchenspezifische Betriebe oder Betriebe einer bestimmten Branche sowie Betriebe, die Innovationen planen) aufzuteilen. Diese Rolle können lokale oder regionale Unternehmensverbände oder Konsortien, andere kooperative Zusammenschlüsse sowie Industrie- und Handelskammern, Innovationszentren oder regionale Entwicklungsgesellschaften übernehmen. Als Grundlage für die Zuweisung von Globalzuschüssen liegt es an dieser Instanz, ein strategisches Dokument, das die Ziele, Inhalte und Verfahrensweisen der Vergabe der Fördermittel benennt, zu verfassen und von der europäischen Kommission absegnen zu lassen (vgl. Tömmel 2008, S. 200).

LEADER I (1991-1993) – die instrumentelle Innovation

Nachdem die erste LEADER-Programmphase durch die Veröffentlichung der allgemeinen Rahmenbedingungen im Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften (s. Kom EG 1991b, S. 35ff) im Jahr 1991 gestartet wurde, nahmen in den damaligen Mitgliedsländern[21] insgesamt 217 LAG an der Förderinitiative teil. Ausgewählt wurden sie auf der Grundlage der Bewertung ihrer gruppenspezifischen Entwicklungsstrategien, wie sie im Rahmen der LEADER-Merkmale bereits beschrieben (s. Kap. 3.1) wurden und eine Voraussetzung zur Teilnahme darstellen. Ihre Vorschläge hinsichtlich der Programmdurchführung enthielten eine breit gefächerte Mischung unterschiedlicher Entwicklungsmaßnahmen (vgl. EC 1991, online). Grundsätzlich orientierten sie sich jedoch an den allgemeinen, von der Kommission vorgegebenen LEADER-Programmzielen. Im Gegensatz zu den zuschussfähigen Maßnahmen, die rein inhaltliche Aspekte umfassten (z.B.: thematisch weiter aufgefächerte Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung, Maßnahmen für die ländliche Entwicklungsgruppen sowie für das transnationale Netzwerk), repräsentieren diese Programmziele vor allem die LEADER-Methode (s. Kap. 3.1) selbst. Ziel dürfte hierbei gewesen sein, die neuartige Methode zu etablieren und sicherzustellen, dass diese im vollen Umfang Anwendung fand. Die zuschussfähigen Maßnahmen richtete die Kommission dagegen ganz auf jene Problembereiche aus, die im Vorfeld im Diskurs zu den Chancen, Risiken, Herausforderungen und Potentialen des ländlichen Raums verortet wurden (s. Kap. 3.2.1). In dem Sinn konnten Aktionen subventioniert werden, die die Bereiche Bildung und Tourismus, ländliche Wirtschaft (Kleinbetriebe, Handwerk und ortsnahe Dienstleistungen) oder Erzeugnisse der Agrar- und Forstwirtschaft sowie der Fischerei tangierten (vgl. Kom EG 1991b, S. 33f).

Nach dem Abschluss der ersten LEADER-Förderphase vermittelte die rückwirkende Bewertung derselben insgesamt einen sehr positiven Eindruck. Die Kommission versichert in ihrem Resümee trotz der Benennung einiger Schwierigkeiten (z.B.: aufgrund der kurzen Programmdauer, unzureichende Definition von Schlüsselkonzepten und Zielen, Implementation des Ansatzes etc.), dass die Lancierung des Instruments eine hervorragende Idee war, die erste strukturverbessernde Effekte zeigte. Nach der anfänglichen Skepsis aufgrund der neuartigen Methodik gegenüber dem Programm startete so sowohl auf der nationalen als auch auf der regionalen Ebene langsam ein Umdenkprozess, in dessen Zuge die Akzeptanz gegenüber dem neuen Ansatz stetig stieg (vgl. EC 1999, S. 178). Die Kommission setzte es sich jedenfalls bereits während der ersten LEADER-Förderphase zum Ziel, aus den Erfahrungen zu lernen, die wachsende Popularität des LEADER-Ansatzes zu nutzen (vgl. Kom EG 1993a, S. 3ff) und die Anwendung des Programms weiterzuführen.

LEADER II (1994-1999)

Der LEADER-Förderansatz der ersten Phase trug dazu bei, die Kompetenzen der lokalen Ebene zu unterstützen und weiter auszubauen. In Anbetracht alter (s. Kap. 3.2.1) sowie neuer Herausforderungen in den ländlichen Räumen innerhalb der EU[22] sollte die methodische Vorgehensweise deshalb weiter Einsatz finden. Es wurde zwar eingeräumt, dass der Ansatz noch nicht gänzlich ausgereift war. Trotzdem wurde er als wirksames Mittel angesehen, um strukturelle Aufwertungsprozesse zu initiieren. Um die Methodik weiter zu stärken, erklärte die Kommission die Bereiche Innovation, (transnationale) Kooperation sowie den Erfahrungs- und Know-how-Austausch zu zentrale Themen der zweiten Periode (Kom EG 1993a, S. 16f).

Werden die Programmziele und zuschussfähigen Maßnahmen der ersten Periode mit jenen der zweiten verglichen (s. weiter oben sowie vgl. Kom EU 1994, S. 48ff bzw. Tabelle 16), können einige inhaltliche Parallelen festgestellt werden (v.a. Implementierung der LEADER-Methode, förderfähige Maßnahmen). Es wird außerdem deutlich, dass sie sich an den oben genannten Grundsätzen (Innovation, Kooperation und Erfahrungsaustausch) orientierten.

[21] Belgien, Deutschland, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlande, Dänemark, Irland, Vereinigtes Königreich, Griechenland, Portugal, Spanien (vgl. EU 2018, online).

[22] Als wesentliche Faktoren wurden die Vollendung des Binnenmarkts sowie ein erhöhter Wettbewerbsdruck, der Wirtschaftsabschwung und die Krise der öffentlichen Finanzen sowie das Fortschreiten des wirtschaftlichen und sozialen Wandels und Änderungen in der Politiklandschaft durch die bevorstehende Erweiterung der Gemeinschaft benannt (vgl. Kom EG 1993a, S. 3f).

Neu bei der Programmumsetzung war, dass diese durch die Einführung des Subsidiaritätsprinzips bei der Ratifizierung des Vertrags von Amsterdam[23] im Jahr 1992 insgesamt dezentralisierter organisiert wurde. Die Aufgabe der Kommission konzentrierte sich nunmehr auf die Ausarbeitung der möglichen Inhalte und Umsetzungsvoraussetzungen sowie die Abwicklung (praktische und finanzielle) inklusive der ständigen Bewertung und Kontrolle. Im Gegensatz zur ersten Phase wurden die LAG somit allein vom jeweiligen Mitgliedstaat ausgewählt. Zusätzlich dazu sollten sie außerdem ein nationales oder regionales Programm erstellen, das der Kommission zu übermitteln war und unter Beachtung der europäischen Vorgaben eine Übersicht über die nationalen Prioritäten bot. Es sollte den LAG als Orientierungsrahmen für die Erstellung ihrer LES dienen (vgl. Kom EU 1994, S. 53f).

Nach dem Abschluss der finalen Bewertung dieser zweiten Förderphase wurde die Initiative erneut aufgrund seiner Merkmale als effizient und effektiv eingestuft (z.B.: stärkere Dynamisierung und Strukturierung der Regionen, Bewusstseinsänderungen der lokalen AkteurInnen von der passiven zu einer aktiven Haltung, Förderung von Partnerschaften und Kooperationen, Anpassungsprozesse im Agrarsektor etc.). Dennoch beinhaltete der Evaluierungsbericht auch die Beschreibung einiger Problemfelder. Sie ähneln denen aus der ersten Phase (starre Genehmigungs- und Umsetzungsstrukturen, zeitliche Verzögerungen, Einschränkungen bei der Umsetzung, ineffiziente Abwicklung, plötzliches Ende etc.), was wiederum zu Einbußen der Wirksamkeit mancher Maßnahmen führte (vgl. ÖIR 2003). Nichtsdestotrotz sollte die Initiative weitergeführt und in eine dritte Periode, der LEADER + Phase, überführt werden.

LEADER + (2000-2006)

Die Programmierung und Konzeption von LEADER + reagierte, wie bereits eine Periode davor, auf Erfahrungen und Zwischenergebnisse der Vorlaufperiode sowie auf veränderte Rahmenbedingungen in der EU (z.B.: geplante Unionsausweitung, politische Integration etc.). Neben einigen inhaltlichen und programmspezifischen Weiterentwicklungen blieb man aber auch in dieser Periode dem ursprünglichen Ansatz (s. Kap. 3.1) treu.

Der größte Umbruch in der Programmdurchführung resultierte aus einem umfangreichen Reformprogramm der EU, dem Agenda 2000-Projekt[24]. So führten die darauf beruhenden Änderungen in der Gemeinsamen Agrar- (GAP) und der europäischen Regionalpolitik (vgl. Jessen 1999, S. 167) unter anderem zum Ausbau und zur Stärkung der Entwicklungspolitik für den ländlichen Raum. Niederschlag fand dies, in dem das Programm künftig nicht mehr aus allen drei Strukturfonds (Sozial-, Regional- und Agrarfond; s. Fußnote 18) gestützt, sondern allein der Abteilung „Ausrichtung“ des EAGFL untergeordnet wurde. Die regionale Entwicklungspolitik bildete neben der Marktpolitik damit die zweite Säule der GAP (vgl. EU 2015a, online; Czysz und Joosten 2015a, online).

Bezüglich der Programmziele wird deutlich, dass diese im Vergleich zur LEADER II weiterentwickelt wurden. Die Umsetzung der LEADER + Phase wurde stärker auf inhaltliche Prioritäten (Natur- und Kulturerbe, wirtschaftliche Rahmenbedingungen etc.) denn auf die Umsetzung methodischer Prinzipien ausgerichtet (vgl. Kom EU 2000, S. 6 bzw. Tabelle 16). Im Gegensatz dazu wird im Kontext der förderfähigen Maßnahmen aber deutlich, dass diese, wie auch die Bestimmungen zur Programmdurchführung, relativ ähnlich zu jenen der LEADER II-Phase gestaltet waren (vgl. Kom EU 2000, S. 7ff). Insgesamt wuchs die Popularität der Initiative auch bei LEADER + weiter. Erneut wurde die sogenannte LEADER-Methode als Ergänzung zu den Mainstreamprogrammen und dabei insbesondere der große Maßstab, die Gebietsbezogenheit und die multisektoralen, breit gefächerten Aktivitäten (vgl. Metis 2010, S. 17) als positive Aspekte hervorgehoben.

[23] Neben der EEA und dem Vertrag über die Europäische Union ist dieser Vertrag die dritte umfassende Änderung der EG-Verträge. 1999 in Kraft getreten, stand dabei im Fokus, die Effizienz der Institutionen zu erhöhen, die Aufgaben der gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik auszuweiten und die Beschäftigungspolitik weiter zu fördern (vgl. Czysz und Joosten 2015c, online).

[24] Ziel war es, die Gemeinschaftspolitik vor dem Hintergrund der Unionserweiterung weiter zu stärken. Zu diesem Zweck sah die Agenda 2000 etwa die Konsolidierung der Haushaltsanstrengungen, eine stärkere Konzentration der Mittel, die Straffung der Durchführung ihrer Programme (Vereinfachung und Dezentralisierung) sowie die Vorbereitung der Integration neuer Mitgliedstaaten vor. Die Prioritäten, wie sie in der EEA (wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhalt, gleiche Lebensbedingungen z.B. durch weitere Reform der GAP etc.) formuliert wurden, wurden hierin einmal mehr betont (vgl. EU 2015a, online).

LEADER (2007-2013)

Der Beginn der vierten Phase, in der die LEADER-Methode umgesetzt wurde, brachte die bislang umfangreichsten Änderungen im Kontext der Initiative und deren Umsetzung. Um die Effizienz der Initiative weiter zu erhöhen, wurden die ursprünglichen Grundsätze der ländlichen Entwicklungspolitik (z.B.: Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalts) zunächst um weitere Prioritäten wie die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit und die Stärkung des territorialen Zusammenhalts aus der Lissabon-Strategie[25] sowie der nachhaltigen Entwicklung aus dem Vertrag von Göteborg[26] erweitert (vgl. Rat EU 2005, S. 1). Eine Anpassung der durch das Agenda 2000-Projekt eingeleiteten GAP-Reform brachte darüber hinaus weitreichende Umstrukturierungen und veränderte Aufgabenverteilungen. Diese fanden ihren Höhepunkt in der obligatorischen Modulation des Fonds, wodurch der EAGFL mit den Abteilungen Garantie und Ausrichtung durch zwei separate Fonds[27] für jeweils eine Säule ersetzt wurde. Die Politik der ländlichen Entwicklung sollte mit Beginn der Förderperiode 2007-2013 demnach ausschließlich über den „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER) finanziert werden (vgl. MLUL 2015, online). Als grundlegende Ziele des Fonds wurden folgende Punkte definiert (vgl. Rat EU 2005, Art.4):

- Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und der Forstwirtschaft durch Förderung der Umstrukturierung, der Entwicklung und Innovation;
- Verbesserung der Umwelt und der Landschaft durch Förderung der Landbewirtschaftung;
- Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaft.

Die Prioritäten sollten über vier verschiedene Schwerpunkte verwirklicht werden, wobei drei davon jeweils eines dieser Ziele aufgriffen und über eine Auswahl an unterschiedlichen Maßnahmen weiter ausdifferenziert wurden. Als vierter und methodischer Schwerpunkt wurde das LEADER-Konzept diesem Programm hinzugefügt (vgl. Rat EU 2005, Art.4). Es sollte dafür eingesetzt werden, alle drei Schwerpunkte unter einem methodischen Ansatz zu vereinen und deren Maßnahmen im Zuge einer Lokalen Entwicklungsstrategie umzusetzen (vgl. Rat EU 2006, S. 27). Die gerade benannten Leitlinien können aus diesem Grund auch als konkrete Programmziele dieser LEADER-Periode angesehen werden.

Aufgrund der Neustrukturierung der GAP und der Eingliederung des LEADER-Ansatzes in den ELER wurde die Initiative demnach nicht wie bisher als Gemeinschaftsinitiative umgesetzt. Als Zeichen seiner Bedeutung für strukturelle Weiterentwicklungen wurde er stattdessen in den Mainstream (Hauptprogramme) der europäischen Förderpolitik integriert. Grund hierfür ist, dass die Kommission die Initiative mittlerweile für soweit ausgereift beurteilte, dass die ländlichen Gebiete das Konzept in diesem Rahmen noch umfassender für deren Entwicklungsaktivitäten anwenden sollten (vgl. Kom EU 2004, S. 14f). Anhand der Zielsetzungen des ELER wird außerdem deutlich, dass der LEADER-Ansatz in dieser Periode erstmals direkt zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen sollte. Wie bisher sollten aber auch Projekte der Zusammenarbeit, grundsätzlich die Arbeit der LAG sowie deren Kompetenzförderung finanziell unterstützt werden (vgl. Rat EU 2005, Art. 63). An der Programmdurchführung selbst wurden im Vergleich zu den vorangehenden Perioden trotz der Eingliederung in den Mainstream keine großen Änderungen vorgenommen (vgl. Rat EU 2005, Art. 11 und Art. 81).

Im Rahmen der Halbzeitbewertung wurden auch für diese Periode einige Schlussfolgerungen gezogen, die aus vorangehenden Förderphasen bereits bekannt sind (z.B.: Probleme bei der Implementierung, zeitliche Verzögerung). Bezüglich der Umsetzung der LEADER-Initiative wurde festgestellt, dass die Integration des Ansatzes in die Mainstreamprogramme im Vorfeld als wesentlicher Erfolg angesehen wurde (z.B.: größere Effektivität bei der Umsetzung). Erste Analysen ergaben allerdings ein etwas

[25] Im Vertrag von Lissabon wurde neben dem wirtschaftlichen und sozialen Zusammenhalt nun auch die Position des territorialen Zusammenhalts gefestigt. Darüber hinaus stärkt der Vertrag die Rolle der Regionen an sich und dehnt das Subsidiaritätsprinzip weiter auf die lokale und regionale Ebene aus (vgl. EU 2015b, online).

[26] Mit dem Vertrag von Göteborg wurde die Lissabon-Strategie für das Wachstum der Wirtschaft und Beschäftigung um die Umweltdimension ergänzt (vgl. Deutscher Naturschutzring 2010, online) und dadurch zu einer grundlegenden Priorität erklärt.

[27] S. Fußnote 18

anderes Bild: Der Ansatz wurde oftmals als weiteres Instrument angesehen, um zusätzliche Fördergelder zu lukrieren. Auch die Projektentscheidungsfindungen, die allzu oft von Verwaltungsbehörden beeinflusst worden wären, wurden ebenso kritisiert wie die Gebietsabgrenzungen der LEADER-Regionen (Orientierung an bestehende administrative Abgrenzungen). Darüber hinaus wurden auch der Verwaltungsaufwand innerhalb der LAG oder die Finanzierung von LEADER-Projekten beanstandet.

Grundsätzlich als positiv hervorgehoben wurde die Rolle von LEADER jedoch speziell im Kontext der dritten Achse („Lebensqualität und Diversifizierung"). Wie im Vorfeld erhofft bzw. geplant, brachte die Methode wesentliche Vorteile bei deren Umsetzung. Wurde die Achse dagegen ohne den LEADER-Ansatz implementiert, kam es öfter zu Problemen (z.B.: aufgrund schwieriger Verfahrensweisen bei Interventionen im nicht-landwirtschaftlichen Sektor innerhalb eines scheinbar agrarisch ausgerichteten Förderprogramms) (vgl. ÖIR 2012, S. 119ff). Zusammenfassend lässt sich demnach sagen, dass die Halbzeitbewertung ein durchwachsenes Bild zur Umsetzung der LEADER-Initiative lieferte, weshalb für die nächste Periode erneut Änderungen angedacht wurden.

LEADER/CLLD (2014-2020)

Die Vorbereitungen der gegenwärtig laufenden Programmplanungsphase, in der auch die Entwicklung des ländlichen Raums wieder eine bedeutende Rolle einnimmt, waren überschattet von der Finanz- und Weltwirtschaftskrise. Sie führte zu schrumpfenden Wirtschaftssystemen, vermehrter Arbeitslosigkeit und zunehmenden Staatsverschuldungen (vgl. Farmer und Mestel 2012, S. 23). Sie bekräftigte dadurch aber auch den Willen, den LEADER-Ansatz in die aktuell laufende Strukturperiode zu überführen.

Unter den allgemeinen Prinzipien der „Europa 2020"-Strategie[28] wurden die Hauptmerkmale der ländlichen Entwicklungspolitik weiter übernommen, in ihrem strategischen Ansatz jedoch wesentlich gestärkt (vgl. GD AGRI 2013, S. 9). Wie bereits eine Periode zuvor, sollte sie wieder als Ergänzung zur ersten Säule der GAP (Marktstützungs- und Direktzahlungsmaßnahmen) dienen (vgl. EU Parl. und Rat EU 2013, Art. 4). In dem Sinn wurden die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft, einer nachhaltigen Bewirtschaftung der natürlichen Ressourcen und des Klimaschutzes sowie die Erreichung einer ausgewogenen räumlichen Entwicklung als grundlegende Ziele des ELER formuliert (vgl. EU Parl. und Rat EU 2013, Art. 4). Die konkreten Prioritäten hierzu sind mit jenen der vorangehenden Strukturperioden vergleichbar (Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt, Lebensqualität und Diversifizierung) (vgl. EU Parl. und Rat EU 2013, Art. 5 bzw. s. Tabelle 16).

Zur Umsetzung dieser Prioritäten wird auch in dieser Programmperiode der methodische LEADER-Ansatz angewandt. Da in der vorherigen Förderphase (s. Abschnitt zuvor) jedoch nicht das gesamte Entwicklungspotential ausgeschöpft werden konnte, wurde vorgeschlagen, den Ansatz auszuweiten. Um den multisektoralen Bedürfnissen ländlicher Räume besser begegnen zu können, sollten die lokalen Entwicklungsstrategien deshalb als Multifonds-Strategien umgesetzt und damit aus allen Strukturfonds finanziert werden. Bei gegebenen Anlässen können finanzielle Mittel demnach auch aus dem EFRE, dem ESF oder dem EMFF[29] beansprucht werden (vgl. Autonome Provinz Bozen - Südtirol 2017, online).

Um der Stärkung des Ansatzes weiters Rechnung zu tragen sowie insbesondere die Beteiligung der lokalen Bevölkerung stärker zu fördern, wird der LEADER-Ansatz künftig außerdem als CLLD-Initiative („*community-led local Development*", dt. „Lokale Entwicklung unter der Federführung der Bevölkerung") umgesetzt. Um die Kohärenz zwischen den integrierten lokalen Entwicklungsstrategien und den darauf beruhenden Aktivitäten sicherzustellen, wurde ein „Gemeinsamer Strategischer Rahmen" entworfen

[28] Aufgrund der zu Beginn dieses Absatzes angesprochenen Herausforderungen entwickelte die EU unter diesem Titel eine auf zehn Jahre ausgelegte Wachstums- und Beschäftigungsstrategie. Sie sollte eine Perspektive bieten, um die Krise zu überstehen, die Mängel des Wachstumsmodells zu beheben und die Union insgesamt in eine gestärkte soziale Marktwirtschaft des 21. Jahrhunderts zu führen. Folgende Prioritäten sollten dabei bei den Tätigkeiten der Union beachtet werden (vgl. Kom EU 2010, S. 5):

- Intelligentes Wachstum – Entwicklung einer auf Wissen und Innovation gestützten Wirtschaft;
- Nachhaltiges Wachstum – Förderung einer ressourcenschonenden und wettbewerbsfähigeren Wirtschaft;
- Integratives Wachstum – Förderung einer Wirtschaft mit hoher Beschäftigung und wirtschaftlichem, sozialem und territorialem Zusammenhalt.

[29] s. Fußnote 18

(vgl. ENRD 2014, online). Er sieht vor, dass die Regionalpolitik in der laufenden Strukturperiode der EU zur Hauptinvestitionspolitik ausgebaut wird, in dessen Zuge die „[…] *Schaffung neuer Arbeitsplätze, die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen, das Wirtschaftswachstum, eine nachhaltige Entwicklung und die Verbesserung der Lebensqualität der EU-Bürger* […]*“* (GD Regionalpolitik 2016, online) gefördert werden kann. Damit wird deutlich, dass die ursprünglichen Zielsetzungen aus der Mitteilung über die Zukunft des ländlichen Raums aus den 1980er Jahren nach wie vor von großer Bedeutung für die europäische, nationale und lokale Entwicklungspolitik sind. Sozialpolitische Aspekte wurden dabei mit dem Begriff Lebensqualität umschrieben. Inwiefern der Ausdruck selbst Eingang in den Förderansatz fand, wird im folgenden Abschnitt gezeigt.

3.2.3 Das Thema Lebensqualität in den einzelnen LEADER-Förderphasen

Obwohl das Thema Lebensqualität bereits seit den 1970er Jahren in der europäischen Politik als allgemeine Zielsetzung verwendet wurde (s. Kap. 2.3.2), sollte es im Kontext des LEADER-Ansatzes erst relativ spät direkt aufgegriffen werden. Zwar können prinzipiell immer wieder Überschneidungen zwischen jenen Themen, wie sie im Zuge der Vorstellung ausgewählter Lebensqualitätsbeispiele in Kapitel 2.3 angeführt wurden, und den Programmzielen sowie den förderfähigen Maßnahmen der frühen LEADER-Förderphasen hergestellt werden (z.B.: Bildung, Nahversorgung, Umwelt etc.; s. Tabelle 11 und Tabelle 16). Tatsächlich implementiert wurde der Begriff selbst jedoch erst ab der dritten Periode (LEADER + von 2000-2006).

Konkret schlug die Kommission im Rahmen der LEADER + Phase vor, dass die LAG in ihren LES ein Leitthema benennen, nach dem sich die Umsetzung ihrer Projekte und Maßnahmen richtete. Neben dem „Einsatz neuen Know-hows und neuer Technologien zur Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit“, der „Aufwertung der lokalen Erzeugnisse durch die Erleichterung des Marktzugangs für Kleinbetriebe“ und der „Valorisierung des natürlichen und kulturellen Potenzials“ wurde hierbei auch das Thema „Verbesserung der Lebensqualität“ vorgeschlagen (vgl. Kom EU 2000, S. 8). Was unter dem Begriff Lebensqualität jedoch zu verstehen war, wurde in den europäischen Rahmenfestlegungen nicht angegeben. Die Zuordnung eines Verständnisses zum Begriff oblag damit den LAG selbst.

Die abschließende Bewertung der LEADER + Phase verdeutlicht, dass das Thema Lebensqualität als zentrale Leitlinie der LES trotz bzw. mitunter wegen der fehlenden Vorgaben zum Begriff am beliebtesten war. Laut Evaluierungsbericht wurden in diesem Rahmen vorwiegend Tourismusprojekte realisiert, auf eine verbesserte Altersversorgung gesetzt, mehr qualitative Jugendangebote bereitgestellt und der Umweltschutz vorangetrieben (vgl. Metis 2010, S. 17).

Etwas konkreter wurde der Begriff in der Periode 2007-2013 verwendet. Hier diente die Formulierung „Verbesserung der Lebensqualität“ sowohl als grundlegendes Ziel, als Schwerpunktbezeichnung (Schwerpunkt 3) als auch als Titel einer Maßnahmenkategorie (sowohl Schwerpunkt 3 als auch bei Schwerpunkt 4 LEADER). Dass dem Konzept in diesem Rahmen außerdem eine Schlüsselrolle zugeordnet werden kann, zeigt die folgende strategische Leitlinie, die für den vierten Schwerpunkt des ELER formuliert wurde:

„Die für den Schwerpunkt 4 (Leader) eingesetzten Mittel sollten zu den Prioritäten der Schwerpunkte 1 und 2 sowie insbesondere des Schwerpunkts 3 beitragen, aber auch eine wichtige Rolle bei der horizontalen Priorität Verwaltungsverbesserung und Erschließung des endogenen Entwicklungspotenzials der ländlichen Gebiete spielen“ (Rat EU 2006, S. 27).

Deutlich wird dadurch, dass LEADER vorzugsweise für jene Maßnahmen angewendet werden sollte, die positiv auf die Lebensqualität des ländlichen Raums wirken würden. Die Kommission sah hierbei, wie etwa bereits in der Einleitung dieser Arbeit beschrieben wurde, vor allem folgende Punkte als zentrale Lebensqualitätsthemen an (vgl. Rat EU 2005, Art. 52):

- Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung;
- Dorferneuerung und -entwicklung;
- Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes.

Von diesen drei Maßnahmen wird in der europäischen Verordnung sowohl die erste als auch die dritte Gruppe weiter ausdifferenziert. Demnach heißt es, dass der Aufbau von Dienstleistungseinrichtungen einschließlich kultureller Aktivitäten und Freizeitangeboten zur Grundversorgung von Dörfern oder Dorfverbänden sowie die entsprechende Kleininfrastruktur gefördert werden sollten. Zur Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes sollten Schutz- und Bewirtschaftungspläne für Gebiete mit hohem Naturwert unterstützt, Aktionen zur Sensibilisierung für den Umweltschutz sowie Investitionen subventioniert werden, die mit der Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung des natürlichen Erbes im Zusammenhang stehen. Außerdem inbegriffen waren Studien und Investitionen, die der Erhaltung, Wiederherstellung und Verbesserung des kulturellen Erbes dienen (vgl. Rat EU 2005, Art. 56 und Art. 57). Die Maßnahmenkategorie Dorferneuerung und Dorfentwicklung wurde nicht näher ausgeführt. Auch der Begriff Lebensqualität selbst bzw. wie dieser zu verstehen sei, wurde in der gesamten Verordnung nicht näher definiert. Es wird aber deutlich, dass in dieser Maßnahmenkategorie sowohl ökologisch, ökonomisch wie auch sozial ausgerichtete Projekte umgesetzt werden konnten. Ein Blick in die gegenwärtig geltenden Verordnungen zur Umsetzung des LEADER-Ansatzes als CLLD-Initiative zeigt, dass dem Thema weiterhin eine große Bedeutung als Zielsetzung zukommt. Erneut wurde dem Begriff jedoch keine konkrete Definition zugeordnet (vgl. EU Parl. und Rat EU 2013). Ob und inwiefern bei LEADER 2007- 2013 auf der nationalen Ebene der Terminus weiter differenziert wurde, zeigt mitunter das nachfolgende Teilkapitel.

3.3 LEADER in Österreich zwischen 2007 und 2013 – die vermittelnde Ebene

Das LEADER-Förderprogramm ist kein Instrument, das von der EU vorgeschrieben und ausgearbeitet wird, um lediglich auf der regionalen Ebene umgesetzt zu werden. Im Laufe der vergangenen Strukturperioden hat sich stattdessen die Tradition entwickelt (s. Kap. 3.2.2 bzw. für LEADER 2007-2013 vgl. Rat EU 2005, S. 2), dass zunächst der zwischengeschaltete Nationalstaat die gemeinschaftlichen Vorgaben adaptiert und in Form eines Programms zur Entwicklung der ländlichen Räume für die Umsetzung auf der regionalen Ebenen weiter konkretisiert. Neben den Vorgaben der EU beschreibt dieses Programm, abgestimmt auf die Ausgangssituation im Staat, demnach die Rahmenbedingungen, die es ebenfalls bei der Umsetzung auf regionaler Ebene zu beachten galt bzw. gilt.

Da im vorangehenden Teilkapitel 3.2 das LEADER-Instrument der Periode 2007-2013 nur im Überblick vorgestellt wurde, ein detaillierteres Wissen dazu speziell in Bezug auf die Untersuchung (s. Kap. 4.4) und deren Diskussion (s. Kap. 0) jedoch von Vorteil ist, werden in der nachfolgenden Darstellung all jene Aspekte erläutert, die diesbezüglich von Wert erscheinen. Als Grundlage dient das gerade angesprochene österreichische Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums im Zeitraum 2007-2013 (kurz PELR; BMLFUW 2015b). Da es sich dabei um ein sehr umfangreiches Dokument handelt, werden nur die wichtigsten Punkte aufgegriffen. Ein Augenmerk wurde wie auch bereits im Kapitel davor bei der Erläuterung der einzelnen LEADER-Förderphasen auf die Verwendung des Begriffs Lebensqualität im Rahmen der Beschreibungen der Festlegungen gelegt.

Zu Beginn der nachfolgenden Erläuterung werden demnach das PELR selbst und dessen Inhalte im Überblick vorgestellt (Kap. 3.3.1). Es folgt die Beschreibung der nationalen Vorgaben zur LEADER-Initiative (Kap. 3.3.2). Diese werden im Anschluss durch weitere Informationen über die wesentlich detaillierter beschriebenen Festlegungen zur dritten Achse mit den Schwerpunkten Lebensqualität und Diversifizierung ergänzt (Kap. 3.3.3). Der Fokus wird dem Thema dieser Arbeit entsprechend auf die Erläuterung der Maßnahmenkategorie „Verbesserung der Lebensqualität“ gerichtet, um deren Inhalte (z.B.: förderfähige Maßnahmen) weiter präzisieren zu können. Den Abschluss dieses Teilkapitels bildet schließlich die Beschreibung, inwieweit der Begriff Lebensqualität im Rahmen des PELR und seiner Festlegungen verwendet und definiert wurde (Kap. 3.3.4 sowie Kap. 3.3.5).

3.3.1 Ein Querschnitt durch das nationale Entwicklungsprogramm für den ländlichen Raum für die Förderperiode 2007-2013

Das österreichische Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raums 2007-2013 (PELR) wurde vom Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft ausgearbeitet (BMLFUW) und publiziert. Als Grundlage für dessen inhaltliche Gestaltung dienten die Festlegungen der Verordnung Nr. 1698/2005 vom Rat der europäischen Union, womit ein einheitlicher Ansatz bei der Strukturierung der ländlichen Entwicklungspolitik in allen Staaten gewährleistet werden sollte. Die Feinheiten der Politik sollten damit auf der nationalen Ebene geregelt und die Grundlage für die Umsetzung in den ländlichen Regionen (z.B.: strategische Ausrichtung, Maßnahmenkatalog, Fördervoraussetzungen und weitere Formalitäten etc.) ausgearbeitet werden.

Als Vorbereitung zur Erläuterung der strategischen Ausrichtung widmete sich das Programm zunächst einer detaillierten Beschreibung der Situation in Österreich zu bestimmten Themen (z.B.: sozioökonomische Lage, Leistungen der Land-, Forst- und Ernährungswirtschaft, Zustand der Umwelt und Landbewirtschaftung etc.) sowie einer darauf aufbauenden Stärken-und-Schwächen-Analyse. Eigens behandelt wurden in diesem Zuge auch die Themen „Wirtschaft und die Lebensqualität im ländlichen Raum“ (s. Kap. 3.3.4) sowie die bisherige Umsetzung des LEADER-Ansatzes in der vorherigen Strukturperiode. Die Förderung einer multifunktionalen, nachhaltigen und wettbewerbsfähigen Land- und Forstwirtschaft sowie Wirtschaft wurde schließlich ins Zentrum der strategischen Ausrichtung gestellt. Ergänzt wurde sie mit den Zielen zur Gewährleistung eines vitalen und attraktiven ländlichen Raums mit einer hohen Lebensqualität (vgl. BMLFUW 2015b, S. 61), womit die Ausrichtung vollständig jenen Prioritäten entsprach, die bereits in den europäischen Rahmenbedingungen genannt wurden (s. Kap. 3.2.2 - LEADER (2007-2013)). Auch im PELR wurde außerdem die Bedeutung der LEADER-Methode zur Verfolgung aller drei Ziele – insbesondere des dritten Schwerpunkts „Verbesserung der Lebensqualität und Steigerung der Diversifizierung“ – betont (vgl. BMLFUW 2015b, S. 62 und S. 459). Neben zahlreichen allgemeinen inhaltlichen, organisatorischen und technischen Bestimmungen (z.B.: Finanzierung, Mittelaufteilung, Begleitung- und Bewertung etc.) bildete das Herzstück des Dokuments die Beschreibung der einzelnen Schwerpunkte (SP 1: „Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft“, SP 2: „Verbesserung der Umwelt und Landschaft“, SP 3: „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft“ sowie SP 4: „LEADER“). Welche Inhalte hierbei mitunter zum LEADER-Ansatz vermittelt wurden, zeigt der folgende Diskurs.

3.3.2 Der vierte Schwerpunkt des PELR: Die inhaltlichen Bestimmungen zur LEADER-Initiative 2007-2013

In der österreichischen Regionalpolitik spielt die Förderung endogener Entwicklungsprozesse seit Jahrzehnten eine bedeutende Rolle (vgl. Scheer 2008, S. 1). Seit dem Beitritt zur Europäischen Union und der Einführung des LEADER-Förderprogramms beeinflussen auch hierzulande gemeinschaftlich geförderte Projekte die Strukturpolitik (vgl. Strahl und Dax 2011, S. 26). Ziel dieses Teilkapitels ist es, die Rahmenbedingungen darzustellen, die eine geordnete und einheitliche Umsetzung des LEADER-Programms und dabei speziell des Ziels zur Verbesserung der Lebensqualität in der Periode 2007-2013 gewährleistete bzw. gewährleisten sollte.

Die vierte Achse des PELR im Überblick

Aufgrund der Tatsache, dass LEADER in der Periode 2007-2013 in die Mainstreamförderpalette aufgenommen wurde (s. Kap. 3.2.2 - LEADER (2007-2013)) und zur Verfolgung der drei inhaltlichen Ziele des ELER-Strukturfonds (Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Landschaft, Lebensqualität und Diversifizierung) beitragen sollte, ergänzten deren Prioritäten und Inhalte den methodischen Ansatz der früheren Gemeinschaftsinitiative. Ziel der Integration war es, eine thematisch breitere Fächerung im Rahmen der Umsetzung herbeizuführen und multisektoraler agieren zu können (vgl. BMLFUW 2015b, S. 58 bzw. Kap. 3.2.2). In diesem Zusammenhang lassen sich die Inhalte der LEADER-Achse der Periode 2007-2013 demnach wie folgt darstellen (s. Abbildung 4):

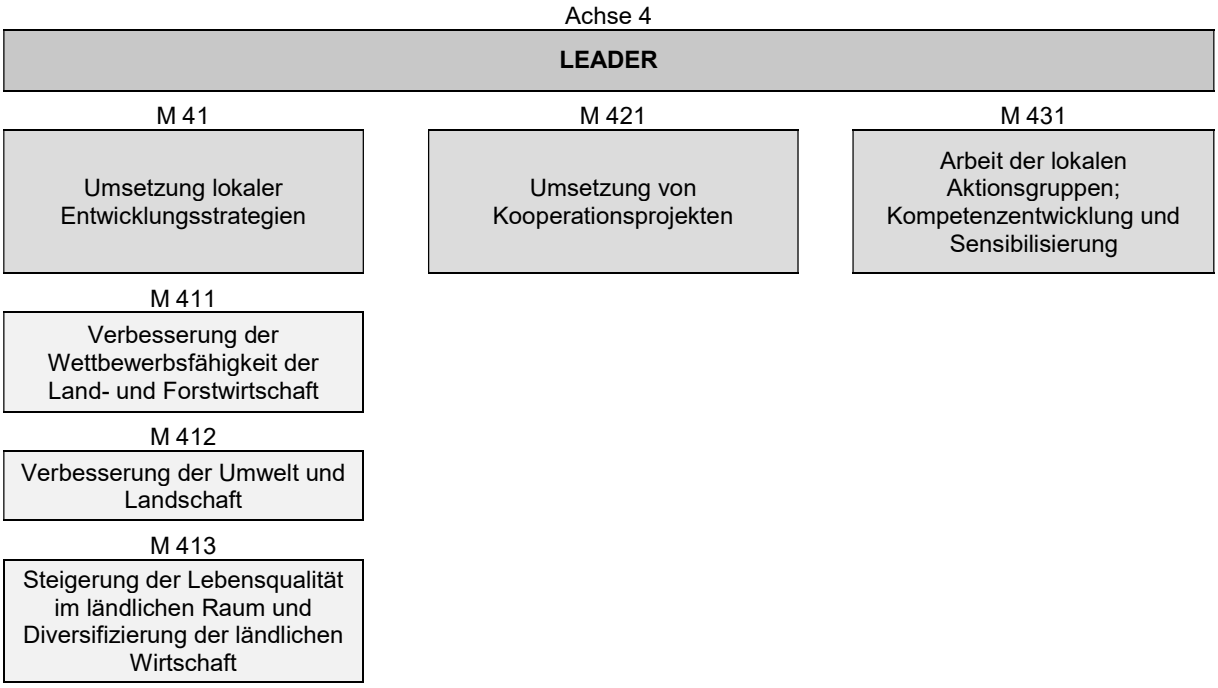


Abbildung 4: *Strukturierung der vierten Achse des PELR (Quelle: BMLFUW 2015b, S. 458; eigene Darstellung)*

Wie zuvor bereits angesprochen, wurden die hier dargestellten Maßnahmengruppen[30] im PELR jeweils näher erläutert (z.B. bezüglich: Maßnahmenbeschreibung und -inhalte, Fördervoraussetzungen und -gegenstände, FörderInnenwerber und anrechenbare Kosten etc.). Die Durchsicht der Angaben zur zweiten Gruppe „Umsetzung von Kooperationsprojekten" bzw. wie auch betitelt „Gebietsübergreifende und transnationale Zusammenarbeit" (M 421) ergab etwa, dass deren wesentliche Charakteristika bereits im Zuge der Beschreibung des siebten Merkmals der LEADER-Methode unter dem Punkt „Kooperation" angesprochen wurden (s. Kap. 3.1; vgl. BMLFUW 2015b, S. 473ff). Die dritte Maßnahmengruppe M 431 konzentrierte sich dagegen auf die lokalen Aktionsgruppen (LAG): Neben der Einrichtung und Ausübung eines professionellen Managements wurde auch eine ordnungsgemäße Finanzgebarung derselben gefördert. Das Hauptaugenmerk lag darauf, die LAG bei der Umsetzung der lokalen Entwicklungsstrategien (kurz: LES; inklusive Vorbereitung und Ausarbeitung) oder der Vernetzung zu unterstützen und einen effizienten Ressourceneinsatz zu gewährleisten (vgl. BMLFUW 2015b, S. 476ff). Das Herzstück der Umsetzung des LEADER-Schwerpunkts stellte jedoch jene Erläuterung dar – da dies auch Voraussetzung zur Teilnahme am LEADER-Programm war – die die Umsetzung der LES regelte. Diesem Feld wurde das Ziel der Verbesserung der Lebensqualität untergeordnet und bedarf aus diesem Grund einer genaueren Betrachtung im Folgenden.

[30] Um in dieser Arbeit eine einheitliche Bezeichnung der Ebenen unter einem PELR-Schwerpunkt zu garantieren, wird im weiteren Verlauf folgende Unterscheidung berücksichtigt:

- Schwerpunkt oder Achse – benennt die Ziele des PELR bzw. des ELER und ist in mehrere Maßnahmengruppen untergliedert (s. Abbildung 4);
- Maßnahmengruppe – Ebene unter einem Schwerpunkt; in Abbildung 4Abbildung 4 repräsentieren jeweils „M 41 – Umsetzung lokaler Entwicklungsstrategien", „M 421 – Umsetzung von Kooperationsprojekten" sowie „M 431 – Arbeit der lokalen Aktionsgruppen und Kompetenzentwicklung etc." eine solche Gruppe;
- Maßnahmenkategorie – Ebene unter Maßnahmengruppe, laut Abbildung 4 handelt es sich demnach bei „M 411 – Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft", „M 421 – Verbesserung der Umwelt und Landschaft" sowie „M 413 – Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft" jeweils um eine Maßnahmenkategorie;
- Maßnahme – Ebene unter Maßnahmenkategorie; z.B. „M 311 – Diversifizierung hin zu nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten", s. Abbildung 5.

Die Lokale Entwicklungsstrategie (LES) der Lokalen Aktionsgruppe (LAG) – die Grundlage einer LEADER-Region

Die grundlegende Aufgabe einer LAG ist die Erstellung eines lokalen Entwicklungsplans zu Beginn einer neuen Strukturperiode. Diese Information wurde bereits in Kapitel 3.1 im Rahmen der Erläuterung der LEADER-eigenen Charakteristika angesprochen. Da weitere wesentliche Details zu den LAG (z.B. bezüglich Zusammensetzung, Aufgaben, Arbeitsweise etc.) in diesem Zuge bereits vorgestellt wurden, kann an dieser Stelle auf eine nähere Beleuchtung derselben verzichtet werden. Nochmals festzuhalten ist jedoch, dass es sich um eine ausgewogene und repräsentative Vereinigung von in der Region ansässigen PartnerInnen der unterschiedlichen sozioökonomischen Bereiche handelt und die LAG für die Umsetzung der LES verantwortlich ist. In dem Sinn versucht sie einerseits selbst, die endogenen Potentiale ihres Gebiets zur Generierung positiver Effekte zu nutzen und andererseits als Verbindung zwischen ProjektwerberInnen sowie den den LAG übergeordneten Institutionen, wie etwa der Schwerpunktverantwortlichen Landesstelle (SVL)[31], zu fungieren. Da in der Periode 2007-2013 auf dem gesamten Bundesgebiet LAG eingerichtet werden konnten, wurde während der Erstellung des PELR die Gründung von etwa 100 Gruppen erwartet (vgl. BMLFUW 2015b, S. 461ff). Tatsächlich wurden für die Teilnahme am Förderprogramm schließlich 86 Regionen ausgewählt (Fidlschuster o.D., online). Mit rund 4,3 Millionen Menschen sollte demnach etwa die Hälfte der Bevölkerung Österreichs auf dem Großteil des österreichischen Territoriums von den positiven Wirkungen der LEADER-Umsetzung profitieren.

Ebenso wie die LAG wurden im Zuge des vorangehenden Kapitels die LES bereits mehrmals angesprochen (s. Kap. 3.1). Wie hierbei festzustellen und wie im PELR nochmals nachzulesen war, mussten deren Inhalte auf die betreffenden Gebiete sowie deren sozioökonomische und -ökologische Situationen abgestimmt sein. Positionierungen zu regionalwirtschaftlich relevanten Themen mussten genauso kenntlich gemacht werden wie etwa der Beitrag der Region zur Verfolgung der allgemeinen Programmziele. Unter Beachtung der sieben LEADER-Charakteristika (territorial, öffentlich-privat, bottom-up, innovativ, integriert und multisektoral, vernetzend, kooperativ; s. Kap. 3.1) war im Anschluss außerdem die jeweilige strategische Ausrichtung darzulegen. Es galt hierbei die Maxime, dass „[…] *dauerhaft tragfähige Entwicklungsprozesse angestrebt werden, die ökologisches Gleichgewicht, ökonomische Sicherheit und soziale Gerechtigkeit gleichrangig integrieren sowie langfristige Chancengleichheit zwischen den Geschlechtern aufbauen und die Entwicklungsmöglichkeiten künftiger Generationen sichern“* (BMLFUW 2015b, S. 462).

Die Umsetzung der gewählten Strategie inklusive dieser Maxime beruhte schließlich auf jenen drei Maßnahmengruppen (M 41, M 421, M 431), wie sie in der letzten Grafik vorgestellt wurden (s. Abbildung 4; BMLFUW 2015b, S. 466). Bei der Erläuterung der Bedingungen zur „Umsetzung der LES“ (M 41) wurde aufgrund der Integration der Inhalte der ersten drei Achsen auf deren Festlegungen verwiesen. Zur Beschreibung des Fördergegenstands wurden ausgewählte Themenfelder jedoch – beispielsweise auch jenes der Lebensqualität – kurz zusammengefasst. Um einen Überblick über die inhaltliche Bandbereite der LEADER-Umsetzung zu geben, sind in der folgenden Tabelle (s. Tabelle 12) nicht nur die lebensqualitätsrelevanten Inhalte angeführt. Sie zeigt stattdessen alle Bereiche, die im Zuge dieser Zusammenstellung genannt wurden. Ein konkretes Beispiel für eine Entwicklungsstrategie wird später in dieser Arbeit (s. Kap. 4.3.3) vorgestellt.

[31] Die Schwerpunktverantwortliche Landesstelle (SVL) ist die erste Ansprechadresse für die LAG im Zuge der Umsetzung der LES. Nach einer ersten Beurteilung eingebrachter Projekte entscheidet die SVL bezüglich deren Förderfähigkeit und ist für die Auszahlung der Fördermittel verantwortlich. Die SVL unterstütz die LAG in der finanziellen Abwicklung und Abrechnung. Beratend informiert sie über die richtige Anwendung der Förderrichtlinien und Einhaltung derselben (vgl. Regionalentwicklung Vorarlberg o.D., online)

Tabelle 12: *Inhalte der förderfähigen Maßnahmen im Rahmen der LEADER-Achse für die EU-Förderperiode 2007-2013 (Quelle: BMLFUW 2015b, S. 468ff; eigene Darstellung)*

Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit und Stärkung der Marktzugangschancen durch Produkt- und Produktionsinnovationen, Förderung des Know How Transfers sowie von Kooperationen	**Verbesserung der Lebensqualität (Entwicklung, Auf- und Ausbau von/in …)**
▫ Förderung einer nachhaltigen Nutzung der natürlichen Ressourcen und Potentiale auf der Basis von vorzugsweise endogenen Produkt-, Dienstleistungs- und Angebotsinnovationen sowie Pilotmaßnahmen dazu; ▫ Innovationen in der Kommunikations- und Informationstechnologie (kurz: KIT) sowie Entwicklung neuer KIT-Strategien; ▫ Aufbau neuer KIT- und Innovationsplattformen (z.B. im Tourismus, Gewerbe, Bildung etc.); ▫ Entwicklung regionaler Konzepte (z.B.: im Energie- oder Mobilitätsbereich) und Förderung von Kooperationen vor allem bezüglich gesellschaftlicher bzw. überbetrieblicher Belange.	▫ Regionale Leistungsangebote, Daseinsfürsorge sowie Infrastrukturverbesserungen; ▫ den Bereichen Freizeit, Kultur, Bildung, Soziales und Integration, Mobilität, Gesundheit und Nahversorgung; ▫ Schaffung von an den endogenen Potentialen und Ressourcen orientierten, auch überregionale wirksamen Bildungs-, Netzwerk- und Informationsmöglichkeiten (z.B.: Naturparkzentren, Kulturmanagement etc.); ▫ Maßnahmen für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie speziell für Frauen ▫ Infrastrukturen und Dienstleistungen sowie Aktivitäten für/von Kindern und Jugendlichen für den Aus- und Aufbau der regionalen Identität; ▫ Stadt-Umland-Partnerschaftsmodelle (Entw./Ums.).
Inwertsetzung naturräumlicher und kultureller Potentiale unter Beachtung der lokalen natürlichen und kulturellen Potentiale /Ressourcen	**Inwertsetzung und Marktaufbau lokal und regional bedeutsamer Erzeugnisse und Stoffkreisläufe**
▫ Verbesserte Nutzung des Tourismus- und Kulturpotentials, bessere Auslastung und Vernetzung der vorhandenen Kapazitäten; ▫ Innovationen im Bereich Erzeugung erneuerbarer Energien sowie Reduktion des Energieverbrauchs; ▫ Verbesserte Sicherung und Nutzung regional vorhandener Potentiale (z.B.: Bausubstanz, Kultur etc.) sowie Schaffung regionaler Anreizmechanismen und Steuerungsstrukturen (z.B.: Gestaltungsbeiräte, regionale Wettbewerbe etc.); ▫ Integrierte Nutzungskonzepte; ▫ neue Produkte in der Landschaftspflege; ▫ Gemeinschaftsinvestitionen für regionale Kulturinitiativen.	▫ Neuartige Formen des Marktzugangs und im Verkauf; ▫ Aufbau regionaler Vermarktungsverbunde ▫ Neue Organisationsformen bei der Vermarktung lokaler Erzeugnisse und Verbesserungen in der Logistik; ▫ Verflechtung innerregionaler Wirtschafts- und Stoffkreisläufe; ▫ Entwicklung von überregional bedeutsamen Markenstrategien; ▫ Aufbau betrieblicher und überbetrieblicher Kooperationsverbunde und Qualitätszirkel.

Generell förderfähig:
▫ Initiativen zur Aktivierung der lokalen Bevölkerung und Bewusstseinsbildung unter Beachtung und Wahrung bzw. Förderung der regionalen Identität; ▫ Aufbau und Nutzung regionaler Netze bzw. langfristig tragfähiger Kooperationsstrukturen insbesondere für regionale Informations-, Wissens- und Wirtschaftskreisläufe bzw. –transfers; ▫ Entwicklung und Umsetzung gemeindeübergreifender, standortbezogener Entwicklungskonzepte unter Beachtung eines integrierten Ansatzes für den wirtschaftlichen, ökologischen, sozialen und kulturellen Bereich.

Anhand der überblicksmäßigen Darstellung der LES-Aktionsfelder wird deutlich, dass das Thema Lebensqualität lediglich mittels einer Punktation zu möglichen Projektthemen bzw. -inhalten aufgearbeitet wurde. Eine klare und ausführliche definitorische Festlegung wurde zumindest in diesem Abschnitt des PELR damit nicht vorgestellt. Da bezüglich der konkreten Inhalte des vierten Schwerpunkts jedoch auf die Festlegungen der ersten drei Achsen verwiesen wurde, ist zu prüfen, ob der Ausdruck im Zuge des Schwerpunkts 3 diskutiert wurde. Darauf wird im nächsten Abschnitt näher eingegangen.

3.3.3 Der dritte Schwerpunkt des PELR: eine detaillierte Beschreibung der LEADER-Lebensqualitätsmaßnahmen für die EU-Förderperiode 2007-2013

Die allgemeine strategische Ausrichtung des PELR aufgreifend sollten Maßnahmen dieser Achse vor allem den Erhalt und die Entwicklung von attraktiven und vitalen ländlichen Regionen unterstützen: Bestimmend dafür wurden die Aspekte einer funktionierenden, vernetzten und nachhaltigen Wirtschaft, eines attraktiven Wohnstandortes sowie eines intakten Sozialgefüges angesehen. Auch eine stark ausgeprägte regionale Identität, ein funktionierendes Ökosystem sowie allgemein die Attraktivität der Landschaft wurden als Faktoren benannt (vgl. BMLFUW 2015b, S. 59). Diesen Kriterien entsprechend, wurde im Zuge der strategischen Überlegungen zum Schwerpunkt 3 postuliert, dass die infrastrukturelle Grundversorgung zu erhalten sei und durch die Diversifizierung der Wirtschaft neue Arbeitsplätze geschaffen werden sollten. Darüber hinaus wurden die Stärkung bzw. die Ausbildung der regionalen Identität, die Entwicklung der Dörfer sowie die Verbesserung des ländlichen Erbes als konkrete Ziele der dritten Achse betont (vgl. BMLFUW 2015b, S. 65 bzw. S. 87). Wie die folgende Darstellung (Abbildung 5) zur Gliederung des dritten Schwerpunkts zeigt, wurden Aspekte davon unter dem Ziel „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ als Maßnahmenkategorien genannt:

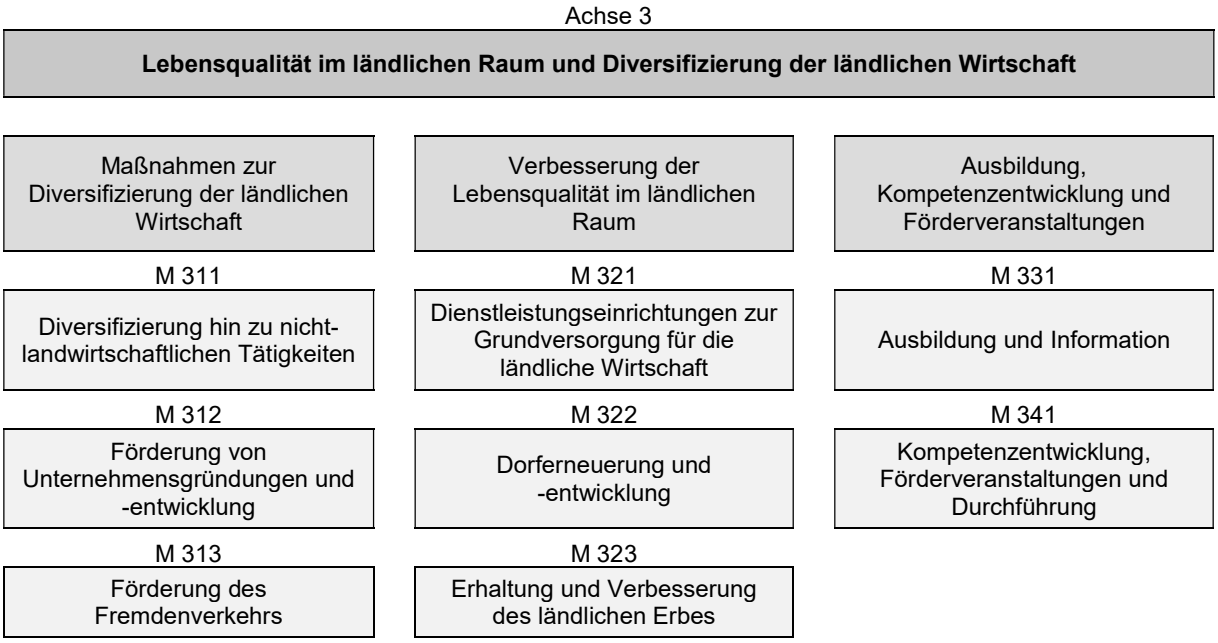


Abbildung 5: *Strukturierung der dritten Achse des PELR (Quelle: BMLFUW 2015b, S. 412; eigene Darstellung)*

Die Festlegungen zu den Maßnahmen unter dem Ziel „Verbesserung der Lebensqualität“ zeigen deutlich, dass auch in diesem Abschnitt des PELR kein Definitionsprozess zum Begriff eingeleitet wurde (vgl. BMLFUW 2015b, S. 413ff). Aufgrund der Differenzierung unterschiedlicher Maßnahmen (Dienstleistungen, Dorferneuerung, ländliches Erbe) kann allerdings von einer Systematisierung gesprochen werden, die mittels detaillierteren Beschreibungen weiter ausgeführt und untergliedert wurde. Um einen Überblick über diese in ihrer Bezeichnung recht allgemein gehaltenen Kategorien und deren Inhalte zu erhalten, werden die Ziele sowie die förderfähigen Maßnahmengegenstände im Folgenden tabellarisch angeführt (Tabelle 13). Für die Maßnahme „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung“ sind dementsprechend folgende Angaben zu benennen:

Tabelle 13: *Ziele und Fördergegenstände der Maßnahme „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung“ (M 321)) (Quelle: BMLFUW 2015b; eigene Darstellung)*

Maßnahme	Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung (M 321)
Maßnahmenziele	▫ Verbesserung der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen durch eine landschaftsschonende Erschließung von Siedlungs-, Wirtschafts-, Erholung- und Kulturflächen sowie durch Aufrechterhaltung der Grundversorgung mit Dienstleistungen für die lokale Bevölkerung inklusive der Versorgung mit Energie aus erneuerbaren Energiequellen.
Fördergegenstände	▫ Breitbandinfrastruktur (Aufbau, Modernisierung); ▫ Weganlagen zur Erschließung der Siedlungs-, Wirtschafts-, Erholungs- und Kulturflächen ausgehend vom höherrangigen Straßennetz; ▫ Sicherung der Grundversorgung mit Dienstleistungen bzw. Investitionen im Bereich der Nahversorgung; ▫ Investitionen zur Erzeugung und Nutzung erneuerbarer Energiequellen einschließlich Energieverteilungsanlagen (gewerbliche und kommunale Anlagen; die Energiegewinnung auf einem bäuerlichen Betrieb ist ausgeschlossen).

Es wird deutlich, dass unter der ersten Maßnahmenkategorie zur Verbesserung der Lebensqualität Themen der Bereiche Kommunikationstechnologien, verkehrliche Infrastruktur, Bedürfnisbefriedigungen mit Waren und Dienstleistungen sowie der Energieversorgung abgedeckt wurden. Im Zusammenhang mit Maßnahmen der Kategorie Dorferneuerung lassen sich folgende Ziele und Fördergegenstände benennen (s. Tabelle 14):

Tabelle 14: *Ziele und Fördergegenstände der Maßnahme „Dorferneuerung und -entwicklung“ (M322) (Quelle: BMLFUW 2015b, S. 432; eigene Darstellung)*

Maßnahme	Dorferneuerung und -entwicklung (M 322)
Maßnahmenziele	▫ Erneuerung, Entwicklung und Erhalt von sozial, kulturell und wirtschaftlich lebendigen Dörfern für verbesserte Lebens- und Wirtschaftsbedingungen.
Fördergegenstände	▫ Erbringung von kommunalen, sozialen, infrastrukturellen und kulturellen Leistungen; ▫ Revitalisierung traditioneller regionaltypischer land-, forst- und almwirtschaftlicher Wohn- und Wirtschaftsgebäude sowie baukulturell wertvoller sonstiger Gebäude, soweit sie den ländlichen Charakter, insbesondere des Dorfes oder eines Dorfteiles, in besonderer Weise herausstreichen oder die dörfliche Substanz erhalten; Wohnungsbau ist ausgeschlossen; ▫ Erstellung von Dorfentwicklungskonzepten; ▫ Natur- und Umweltschutzaktivitäten (z.B.: Erhaltung von Dorfpflanzen, Erhaltung und Erneuerung von Siedlungsbaumbeständen, Errichtung von Dorflehrpfaden); ▫ Förderung und Entwicklung von Humanressourcen und Intensivierung der Vernetzung von Institutionen und Einzelpersonen; ▫ Schaffung von Freizeit-, Kultur- und Bildungseinrichtungen; ▫ Gestaltung, Wiederherstellung und Erhaltung dem dörflichen Charakter entsprechender Anlagen, insbesondere Gewässer, Wege, Hofräume und Plätze.

Die Punktation zu den Maßnahmen der Kategorie Dorferneuerung und -entwicklung (Tabelle 14) lässt darauf schließen, dass die in diesem Zuge verwirklichten Projekte auf die Steigerung der regionalen Identität abzielen sollten. Die Rahmenbedingungen lassen erkennen, dass neben ökologisch wertvollen Aktionen vor allem soziale bzw. gesellschaftliche Projekte im Zentrum dieses Pakets standen. Profitieren sollten einzelne Individualpersonen bis hin zu ganzen Kommunen bzw. die gesamten Regionen. Wie anhand der Rahmenbedingungen der dritten Maßnahmenkategorie zur Verbesserung der Lebensqualität (ländliches Erbe) dagegen deutlich wird, konzentrierte sich dieses rein auf ökologische Aspekte. Die Darstellung zu den Zielen und Fördergegenständen gestaltet sich allerdings schwieriger. Grund hierfür ist, dass das Paket in mehrere Themenbereiche (Naturschutz, Nationalparks,

Kulturlandschaft, Landschaftsgestaltung und -entwicklung, Forst sowie Sensibilisierung der Bevölkerung für den Umweltschutz und Potentiale der Alpenregion) unterteilt wurde. Die Rahmenbedingungen dazu wurden dementsprechend den jeweiligen Bereichen aufgeschlüsselt beschrieben. Um dennoch einen Überblick über die Ziele und Fördergegenstände zu erhalten, wurden diese aus den fünf Bereichen folgendermaßen zusammengefasst (s. Tabelle 15):

Tabelle 15: *Ziele und Fördergegenstände der Maßnahme „Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes“ (M 323) (Quelle: BMLFUW 2015b, S.434ff; eigene Darstellung)*

Maßnahme	Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes (M 323)
Maßnahmenziele	▫ Entwicklung und Etablierung von ökologischen Schutzzonen; ▫ Stärkung des ökologischen Bewusstseins bzw. Sensibilisierung in Bezug auf Umweltthemen sowie Verbesserung der Handlungskompetenzen und (u.a.: Verbesserung von Planungen); ▫ Sicherung von Präventiv- und Schutzaufgaben; ▫ Förderung Naturraummanagementkompetenzen; ▫ Förderung einer nachhaltigen Entwicklung; ▫ Erhalt und Entwicklung naturschutzfachlich wertvoller Ressourcen und regionale Eigenarten der Kulturlandschaft sowie Sicherstellung deren Funktionen und Funktionsfähigkeit.
Fördergegenstände (beispielhaft)	▫ Bewusstseinsbildende Veranstaltungen und Materialien (z.B.: Tagungen, Exkursionen, Biodiversitätsmonitoring, Konzeption und Errichtung von Naturlehrpfaden) sowie sonstige Infrastrukturen zur Sensibilisierung einschließlich Beratung und Projektkonzeptionen des Umweltschutzes sowie Öffentlichkeitarbeit etc.; ▫ Erhaltung, Wiederherstellung, Verbesserung sowie Errichtung von Lebensräumen und wertvollen Landschaftselementen (z.B.: Almflächen, Trockenrasen, Staudenhage, Kopfweiden, Altbäume etc.) inklusive Erstellung von Entwicklungskonzepten, Studien, Projektplanungen, Projektbetreuungen etc.; ▫ Ausarbeitung und Umsetzung von Bewirtschaftungs- und Naturschutzplänen, Landschaftspflegeplänen, Managementplänen und Betreuungskosten für Natura 2000 oder andere geschützte Gebiete; ▫ Wiederansiedlungs- und Artenschutzprojekte; ▫ Verbesserung der Bodenstruktur zum Erosionsschutz und zur Flurentwicklung im öffentlichen Interesse (z.B.: Biotopverbundsysteme, Grundaufbringung, Vermessung, Planung und Durchführung etc.); ▫ Errichtung und Betrieb von Infrastruktureinrichtungen; ▫ Verbesserung der Entwicklung und/oder Vermarktung von Umweltdienstleistungen sowie von Dienstleistungen im Sinne der Alpenkonvention inkl. Schaffung alpenspezifischer Innovationsanreize.

Wird insgesamt ein Vergleich zwischen den gerade vorgestellten Fördergegenständen mit jenen lebensqualitätsbezogenen Inhalten des vierten Schwerpunkts (Kap. 3.3.2) angestellt, fällt hier die wesentlich detailliertere Ausarbeitung auf. Vor allem die Zuordnung von ökologisch ausgerichteten Projekten zum Maßnahmenkomplex Lebensqualität wird erst mit der Durchsicht der Festlegungen des dritten Schwerpunkts deutlich. Sie wurden im Rahmen der vierten Achse noch unter einem eigenem Themenkomplex vorgestellt, wohingegen sich die lebensqualitätsrelevanten Inhalte vorwiegend auf soziale und ökonomische Aspekte bezogen. Basierend auf den bisherigen Ausführungen kann jedenfalls festgestellt werden, dass die in der Periode 2007-2013 angebotenen lebensqualitätsverbessernden Maßnahmen multisektoral (da sowohl sozial, ökonomisch als auch ökologisch) angelegt waren und materielle wie immaterielle Aspekte einbezogen. Dies entspricht damit generell der Auffassung zur Lebensqualität, die unabhängig von der Maßnahmenbeschreibung im PELR vermittelt wurde. Inwiefern das Thema im Dokument aufgegriffen wurde, zeigt der nächste Abschnitt.

3.3.4 Das Thema Lebensqualität als Schlagwort im Programm

Über das gesamte PELR[32] hinweg fand der Begriff Lebensqualität in unterschiedlichen Kontexten immer wieder Verwendung. Relativ häufig aufgegriffen wurde das Thema etwa zu Beginn im Zuge der Analyse zur Situation Österreichs. Hier sticht besonders jener Abschnitt hervor, der sich eigens mit der „Wirtschaft und Lebensqualität im ländlichen Raum" auseinandersetzt und deren Rolle in der Regionalentwicklung diskutiert. In dem Zusammenhang wird etwa darauf hingewiesen, dass die sozioökonomische Situation einfach zu beschreiben, die Lebensqualität dagegen nur ansatzweise mittels Indikatoren abbildbar sei; viele vor allem subjektive Aspekte könnten nur qualitativ abgebildet werden (vgl. BMLFUW 2015b, S. 49). Zwar wird dem Konzept dadurch eine wesentliche Charakteristik der sozialwissenschaftlichen Lebensqualitätstheorien zuerkannt (objektiv und subjektiv, s. Kap. 2.2), eine umfassende Betrachtungsmöglichkeit allerdings als eingeschränkt beurteilt.

Die immateriellen Aspekte der Lebensqualität beachtend folgt ein Diskurs, der dem Titel nach Faktoren für eine an der Lebensqualität orientierten Entwicklung im ländlichen Raum ankündigt. Auffällig ist dabei jedoch, dass im Text selbst der Begriff durch den Ausdruck Lebensstandard ersetzt wurde. In dem Sinn heißt es, dass nicht nur monetäre Größen (z.B.: Regionalprodukt, Erwerbsbeteiligung oder positive Einkommensentwicklungen etc.) den Lebensstandard beeinflussen; auch schwer messbare, „weiche" Standortfaktoren prägen die Attraktivität eines Gebiets. Genannt werden hierbei das örtlich gebundene Kapital (z.B.: physische Infrastruktur, finanzielle Ausstattung, Bildung und Kapazitäten im Bereich Forschung und Entwicklung), die Verfügbarkeit von Netzwerken (z.B.: zur Unterstützung unternehmerischer Tätigkeiten und Wissenstransfer) sowie die Kultur im Sinne der Tradition des Aufeinander-Zugehens und der Zusammenarbeit, der Offenheit gegenüber Neuem und Innovationen oder das Fehlen von Risikoaversionen. Als weiterer Faktor wird die Lebensqualität genannt. Sie wird inhaltlich mit kultureller Vielfalt und Vitalität, also mit dem Angebot von Kultureinrichtungen und Einrichtungen für das soziale Leben wie auch mit der Qualität der natürlichen und vom Menschen beeinflussten Umwelt verbunden (vgl. BMLFUW 2015b, S. 49f). Aufgrund der syntaktischen Gestaltung dieses Abschnitts wird aber nicht deutlich, ob der Lebensqualität nur jene Aspekte zuzuordnen sind, die explizit unter diesem Punkt genannt wurden, oder ob der Ausdruck Lebensstandard als Synonym dazu verwendet wurde und damit auch das örtlich gebundene Kapital, Netzwerke und das Thema Kultur umfasst.

Direkt im Anschluss an die Vorstellung der den Lebensstandard beeinflussenden orts- und standortgebunden Faktoren wurde eine weitere Sichtweise zur Lebensqualität vorgestellt. Sie stammt erneut vom Österreichischen Wirtschaftsforschungsinstitut (WIFO), das im Rahmen einer Studie Dimensionen des Wachstums im ländlichen Raum benannte und die Lebensqualität darin als Faktor anführte. Sie wurde dabei als Attraktivität der ländlichen Räume dargestellt, die die Ansiedelung von BewohnerInnen sowie Unternehmen bedeute (z.B.: aufgrund günstiger Grundstückspreise) oder die Nutzung der ländlichen Umwelt als Ort der Erholung (z.B.: aufgrund der größeren Ruhe oder der leichten Zugänglichkeit). Sie könne negativ beeinflusst werden, sollte im Rahmen der zweiten Dimension „Produktion und Output" bzw. der Steigerung des Outputs eine Ausbeutung der natürlich vorhandenen Ressourcen begünstigt werden. Eine positive Vereinbarkeit der beiden Aspekte sei nur durch eine nachhaltige Nutzung der verfügbaren Ressourcen möglich, womit der Lebensqualität inhaltlich auch die Nutzung natürlicher bzw. erneuerbarer Ressourcen zugeschrieben wurde. Darüber hinaus wurde im Rahmen des dritten Punkts „Erwerbsbeteiligung und Beschäftigung" die Verbesserung von Arbeits- und Mobilitätsbedingungen mit einer wachsenden Lebensqualität in Verbindung gesetzt (vgl. BMLFUW 2015b, S. 50). Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass in beiden zitierten Textstellen dem Begriff teils ähnliche (z.B.: Natur und Umwelt), teils unterschiedliche Inhalte (z.B.: Kultur und Mobilität) zugeordnet wurden. Da jedoch keiner dieser Abschnitte klar als Definitionsversuch deklariert und deren Inhalte im Anschluss nicht vertiefend diskutiert wurden, sind sie lediglich als definitorische

[32] In der folgenden Ausführung nicht beachtet wurden die bereits beschriebenen Verwendungen etwa im Rahmen der Erläuterung der strategischen Ausrichtung oder der Festlegungen zu den einzelnen Schwerpunkten (Kap. 5 des PELR). Der Gebrauch im Zuge von Tabellen oder Graphiken wurde ebenfalls nicht berücksichtigt.

Annäherungen zu verstehen. Indes nur als Schlagwort gebraucht, wurde der Ausdruck im Rahmen des PELR außerdem im Kontext folgender Themen verwendet:

- Verteilung der Bevölkerung auf den Dauersiedlungsraum – In Österreich kann eine relativ ausgewogene Verteilung der Bevölkerung auf den Dauersiedlungsraum festgestellt werden, was als Stärke im Hinblick auf die Lebensqualität gewertet wurde (vgl. BMLFUW 2015b, S. 20);
- Lokale bzw. regionale Identitätsräume – Die kleinräumigen Gemeindestrukturen des österreichischen ländlichen Raums ziehen zwar hohe Verwaltungskosten nach sich, würden jedoch Identitätsräume schaffen, die die subjektive Lebensqualität erhöhen (vgl. BMLFUW 2015b, S. 52);
- Nahversorgung – Da der Zugang zur Nahversorgung bzw. zum Angebot an Dienstleistungen jedweder Art als ein wichtiger Bestandteil der gesellschaftlichen Teilhabe angesehen wird, sei dieser ebenfalls für das Niveau der Lebensqualität maßgebend. Da einige Angebote dazu jedoch stetig abnahmen, sei die Sicherstellung des Angebots zu fördern. Hervorgehoben wurden hierbei vor allem Waren des täglichen Bedarfs, das Verkehrswegenetz, Energiedienstleistungen sowie Kommunikationstechnologien (Telefonie und Internet) (vgl. BMLFUW 2015b, S. 53ff);
- Sozialstruktur und Lebenshaltungskosten – Im Rahmen der Stärken- und Schwächenanalyse wurden sowohl die meist noch gut ausgeprägte allgemeine Sozialstruktur als auch die geringen Lebenshaltungskosten als wesentliche Stärken Österreichs in Bezug auf die Lebensqualität gewertet (vgl. BMLFUW 2015b, S.56).

Insgesamt lässt sich feststellen, dass im Rahmen der PELR-Erstellung kein eigener Systematisierungs- oder Operationalisierungsprozess zum Begriff Lebensqualität vom BMLFUW vorgenommen wurde. Stattdessen wurden zur Darstellung von entsprechenden Inhalten zwei Auslegungen des WIFO zitiert; andere zusätzliche Themeninhalte ergaben sich aus den Kontexten der Verwendung des Ausdrucks. Auch die Durchsicht der das PELR ergänzenden Dokumente (z.B.: Sonderrichtlinien zum LEADER-Ansatz[33], Sonderrichtlinie zur Umsetzung von Maßnahmen aus den Schwerpunkten 1 bis 3[34]) ergab keine weitere Auseinandersetzung mit dem Thema. Einzig ein Dokument, das im Zusammenhang mit der Evaluierung von einer eigens dafür eingerichteten Arbeitsgruppe veröffentlicht wurde, liefert Details zu einem möglichen Verständnis zur Lebensqualität. Inwiefern der Begriff darin erklärt wurde, zeigt der nächste Abschnitt.

3.3.5 Begriffe und Indikatoren zu den Evaluierungsfragen der ländlichen Entwicklungspolitik 2007-2013: eine Lebensqualitätsdefinition

Das Dokument „Begriffe und Indikatoren zu den Evaluierungsfragen des LE 07-13“ wurde als Ergänzung zum europäischen Handbuch über den Gemeinsamen Begleitungs- und Bewertungsrahmen (CMEF) der Ländlichen Entwicklungsprogramme entwickelt. Hintergrund dazu ist, dass im CMEF der Großteil der für die Evaluierung relevanten Begriffe mit Indikatoren und Interpretationen versehen wurde, um eine einheitliche Auslegung und Verwendung derselben zu garantieren. Bei einigen Ausdrücken fehlte dieser Diskurs jedoch, weshalb sie im Rahmen des Arbeitspapiers auf österreichischer Ebene inhaltlich näher bestimmt wurden. Das Papier wurde als Nachschlagewerk und Arbeitsbehelf sowie als Anregung für die Umsetzung der Maßnahmen konzipiert (vgl. Quendler et al. 2008, S. 1f). Dem Thema „Lebensqualität in ländlichen Gebieten“ wurde dabei ein eigener Abschnitt gewidmet.

Bevor von der zuständigen Arbeitsgruppe eine konkrete Definition zum Terminus vorgestellt wurde, wurde das Thema allgemein reflektiert. Hierbei wurde etwa postuliert, dass es sich um ein multidimensionales Konstrukt handle, dessen Inhalt sich aus politischen Grundsatzerklärungen sowie einem plausiblen Allgemeinverständnis ergäbe. Im allgemeinen Sprachgebrauch werde damit

[33] Sonderrichtlinie des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Schwerpunkts 4 des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013 „Leader“ in der Fassung vom 13.2.2014.

[34] Sonderrichtlinie des Bundesministers für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft zur Umsetzung von Maßnahmen im Rahmen des Österreichischen Programms für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013 „Sonstige Maßnahmen“ in der Fassung vom 10.2.2014.

vorwiegend der Grad des Wohlbefindens, die (Lebens-)Zufriedenheit oder der Grad der Bedürfnisbefriedung in Verbindung gebracht. Unterschiedliche materielle, psychische, individuelle, soziale und ökologische Faktoren, die sowohl objektive als auch subjektive Komponenten umfassen, würden diese Empfindungen beeinflussen. Der individuelle materielle Wohlstand, das berufliche und soziale Umfeld sowie die Verfügbarkeit öffentlicher Güter seien jedoch maßgebend. Der im Anschluss präsentierte definitorische Ansatz beruht schließlich auf dem Konzept der Bedürfnisbefriedigung. Demnach heißt es: *„Lebensqualität ist ein Maß dafür, inwieweit die differenzierten Bedürfnisse von Frauen und Männern in unterschiedlichen Lebensphasen in einem bestimmten Gebiet erfüllt werden“* (Quendler et al. 2008, S. 49). Die Bedürfnisse wurden dabei folgendermaßen unterteilt (Quendler et al. 2008, S. 49f):

- Materielle Bedürfnisse der menschlichen Biologie und den damit verbundenen Anforderungen an die Umwelt (z.B.: Ernährung, Wohnen, Fortpflanzung oder körperliche Gesundheit);
- Persönliche Entfaltung – gegliedert in kreative (Muße, Kreativität und Spiel), physische (Drang nach Bewegung und physischer Verausgabung) und metaphysische Aspekte (geistige und spirituelle Betätigung wie Verstehen, Wissen, Können, Selbstverwirklichung und Sinnstiftung);
- Individuelle Faktoren bzw. Angebote zur Verwirklichung persönlicher Interessen, die sich auf andere Menschen beziehen und demnach Gefühle oder Mitgefühle meinen (z.B.: romantische Beziehungen, Verbundenheit, Teilhabe, politische Partizipation, ehrenamtliche Tätigkeiten etc.);
- Soziale Faktoren bzw. Angebote sozialer Einrichtungen zur Knüpfung sozialer Kontakte und den Erhalt sozialer Unterstützung;
- Ökologische Faktoren – nachhaltige Umweltsituation, Umgang und Zustand der Umwelt etc.

Verglichen mit den theoretischen Grundpositionen zur Lebensqualität aus Kapitel 2.2 lässt sich dieser Ansatz mit dem Bedürfniskonzept des finnischen Soziologen Eric Allardt vergleichen (s Kap. 2.2.3 - Der *basic needs aproach*). In beiden Ansätzen lassen sich unterschiedliche Bedürfnisstufen unterscheiden, die je nach Dringlichkeit die Lebensqualität mehr oder weniger beeinflussen und im Rahmen einer Untersuchung mittels objektiven und subjektiven Aspekten kodiert werden könnten. Tatsächlich wurden dem Begriff „Lebensqualität im ländlichen Raum“ anders als bei Allardt jedoch nur objektive Indikatoren zugeordnet (vgl. Quendler et al. 2008, S. 51). Grund hierfür dürfte die im PELR bereits angesprochene wesentlich aufwendigere Erfassung subjektiver Aussagen sein, wobei deren Bedeutung zum Schluss mit folgender Aussage betont wurde: *„Die subjektive Lebensqualität steht immer in einer engen Beziehung zur objektiven Lebensqualität.* […] *Im Idealfall lösen gute objektive Lebensbedingungen eine hohe subjektive Lebensqualität aus“* (Quendler et al. 2008, S. 51).

Im Gegensatz zu den weiter oben präsentierten Definitionsansätzen zur Lebensqualität aus dem PELR ist dieses Verständnis ein wesentlich umfassender und detaillierter ausgearbeiteter Ansatz. Ob bzw. inwiefern diese Interpretation die Arbeiten der LAG jedoch inspiriert oder beeinflusst haben könnte, ist aufgrund der unverbindlichen Natur des Dokuments fraglich und könnte Thema einer eigenen Studie sein. Es lässt sich jedoch feststellen, dass bereits einige der im PELR genannten Aspekte bzw. Faktoren der Lebensqualität in diesem Ansatz wiederzufinden waren (z.B.: subjektive Sichtweise, Angebote für das soziale und kulturelle Leben, Bildung sowie Forschung und Entwicklung, Netzwerke, Natur bzw. ländlicher Raum als Wohnort und Ort der Erholung, Umgang mit der Umwelt, Infrastruktur). Es zeigt außerdem, dass auf der nationalen Ebene sehr wohl die Auffassung vertreten wurde, dass der Begriff Lebensqualität für eine bessere Handhabe definiert und weiter differenziert werden müsste. Welches LEADER-Lebensqualitätsverständnis sich nun nach Abschluss der Programmperiode auf der Grundlage von Projektanträgen eruieren lässt, wird im folgenden Kapitel (Kap. 0) aufgearbeitet. Davor präsentiert der nächste Abschnitt noch einen Überblick über die gewonnenen Informationen und Erkenntnisse des vorliegenden Kapitels.

3.4 Zusammenfassung

Die LEADER-Förderinitiative trägt seit mehr als 25 Jahren dazu bei, die ländlichen Räume der Europäischen Union (EU) zu stärken. Durch den innovativen methodischen Ansatz, allen voran durch die Etablierung lokaler Verwaltungsstrukturen, konnten über die einzelnen Phasen hinweg wertvolle lokale Partnerschaften und Kooperationen aufgebaut werden. Diese ermöglichten und ermöglichen es heute noch sowohl öffentliche und private, gewinnorientierte und nicht gewinnorientierte als auch infrastrukturbezogene und unternehmerische Maßnahmen zu realisieren.

Das vorliegende Kapitel widmete sich diesem Ansatz und beschreibt in diesem Zusammenhang die LEADER-Initiative bzw. deren Methode (s. Kap. 3.1) sowie deren Entwicklungshintergrund (s. Kap. 3.2). Ein Überblick über die einzelnen Förderphasen anhand der europäischen Rahmendokumente zeigt außerdem, wie die Programmumsetzung im Gegensatz zur Methode selbst stetig weiterentwickelt wurde. Im Anschluss daran wechselt die Betrachtungsebene schließlich von der europäischen zur nationalen Ebene (s. Kap. 3.3). Die weitere Erläuterung fokussiert in diesem Zuge auf jene Strukturperiode und dabei speziell auf jene Aspekte, die während der Untersuchung im anschließenden Kapitel im Zentrum stehen (LEADER 2007-2013, LEADER-Maßnahmenkategorie „Verbesserung der Lebensqualität“, s. Kap. 3.3). Die wichtigsten Ergebnisse und Erkenntnisse dazu sind im Folgenden noch einmal zusammengefasst, wobei auch der Aspekt der Lebensqualität und dessen Rolle im LEADER-Förderprogramm resümiert wird.

3.4.1 LEADER – ein Programm mit zahlreichen Erfolgen

Das von der EU lancierte Förderinstrument unter dem Titel LEADER wurde, so zeigten die Erläuterungen im Rahmen des Kapitels 3.2, aufgrund stetig wachsender Disparitäten und der Forderung nach neuen Lösungsstrategien entwickelt. Die europäische Kommission erklärte in diesem Zuge die Stärkung des wirtschaftlichen und sozialen, später auch des territorialen Zusammenhalts neben der Förderung einer harmonischen Entwicklung im Rahmen der europäischen Integration zur Priorität. Um selbst in manchen politischen Bereichen tätig zu werden, führte sie in den 1980er Jahren außerdem die Gemeinschaftsinitiativen ein. Im Rahmen dieser Initiativen sah die Kommission zur Erfüllung ihrer Ziele die Förderung von Anpassungs- und Aufwertungsprozessen im ländlichen Raum als Schlüsselelement an und lancierte im Jahr 1991 ein entsprechendes Instrument unter der Kurzbezeichnung LEADER.

Nach der ersten Umsetzungsphase zeigte der neuartige methodische Ansatz, wie er in Kapitel 3.1 erläutert wurde, schnell erste positive Effekte. Die Akzeptanz gegenüber dem zuerst kritisch gegenübergestellten Instrument wuchs. Als neuartig galt der Ansatz deshalb, da zum Zeitpunkt der Lancierung die Merkmale LEADER (territorial und lokal, bottom-up, auf lokale Partnerschaften gestützt, innovativ, multisektoral, kooperativ, vernetzend) oftmals ein Novum im regionalpolitischen Vorgehen der Nationalstaaten darstellten. Da es jedoch wie gewünscht gelang, strukturelle Anpassungs- und Aufwertungsprozesse in ländlich geprägten Gebieten zu generieren sowie die lokalen Verwaltungsstrukturen zu stärken, wurde der Ansatz weiterge- und in die darauffolgenden Haushaltsperioden überführt.

Wie der komprimierten Beschreibung der einzelnen Phasen zu entnehmen war, wurde das Instrument selbst über die Zeit hinweg stetig weiterentwickelt. Einerseits wurde es etwa von einer Programmperiode zur Nächsten an die veränderten innereuropäischen Rahmenbedingungen (z.B.: Erweiterungen der EU etc.) angepasst. Andererseits, wie auch anhand der Tabelle 16 verdeutlicht wird, wurden die Programmziele der ersten Phase, die vor allem die Methodik selbst thematisierten, immer stärker von inhaltlichen und strategischen Schwerpunkten abgelöst. Hinsichtlich der förderfähigen Maßnahmenkategorien unter diesen Zielen konnten – vermutlich aufgrund ihrer immerwährenden allgemein gehaltenen Formulierung – keine großartigen Veränderungen beobachtet werden. Hier standen kontinuierlich vor allem die Umsetzung der LES, die Vernetzung und die Förderung von Kooperationen im Zentrum. Da die konkreten Maßnahmen sich dagegen an den jeweiligen Programmzielen orientierten, gab es auch hier immer wieder Schwerpunktverschiebungen. Die Popularität des Ansatzes wuchs währenddessen beständig.

Eine Besonderheit in der Abfolge der einzelnen LEADER-Strukturperioden stellt jene Programmphase dar, die 2007-2013 umgesetzt wurde. Grund hierfür ist, dass die Kommission den Ansatz als soweit ausgereift beurteilte, um ihn in ihre Mainstream-Förderpolitik des ELER-Strukturfonds einzugliedern. Konkret sollte die LEADER-Methode als methodischer Ansatz dazu dienen, die inhaltlichen Schwerpunkte des Fonds umzusetzen. Wie die Darstellung auf der Grundlage der europäischen Rahmendokumente deutlich werden ließ, handelt es sich hierbei außerdem um jene Programmphase, in der dem Thema Lebensqualität die bislang größte Bedeutung zukam. Tatsächlich wurde der Begriff herangezogen, um sowohl eine Zielsetzung, eine darauf beruhende Schwerpunktbezeichnung als auch eine Maßnahmenkategorie zu benennen. Entgegen Empfehlungen aus den Sozialwissenschaften, die bei einer Verwendung des Begriffs eine eindeutige Definition fordern (s. Kap. 4.1.1), wurde die Lebensqualität hierbei jedoch – abgesehen von einer Zuordnung konkreter Maßnahmen – nicht weiter nach dem Vorbild wissenschaftlicher Konzepte spezifiziert.

3.4.2 Die schleichende Implementierung des Begriffs Lebensqualität in die EU-Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume

Anhand der Durchsicht der europäischen Rahmendokumente konnte festgestellt werden, dass das Thema Lebensqualität seit der Strukturperiode 2000-2006 als (mögliche) Zielsetzung verwendet wurde. Konkret konnte in der LEADER + Phase „die Verbesserung der Lebensqualität“ als Leitthema für die LES gewählt werden. Der abschließende Evaluierungsbericht gibt an, dass dies häufig als übergeordnete Priorität auserkoren wurde. Darüber hinaus repräsentiert der Begriff in der aktuell laufenden Strukturperiode 2014-2020 wie auch zwischen 2007 und 2013 eine allgemeine Zielsetzung des ELER. Eine Definition zum Begriff konnte jedoch in keinem der Rahmendokumente zu einer der Programmphasen identifiziert werden. Diese Tatsache erweckt den Eindruck, dass die Kommission den Ausdruck stets lediglich über die Zuordnung von Maßnahmen als ausreichend definiert ansah bzw. ansieht.

Hinsichtlich der förderfähigen Maßnahmen wurden im Rahmen dieses Kapitels, abgestimmt auf die übergeordnete Zielsetzung dieser Arbeit (s. Kap. 1.1), lediglich die Bestimmungen der nationalen Ebene aus der LEADER-Förderphase 2007-2013 vorgestellt. Im Zuge der Fokussierung dieser Ausführungen auf jene Vorgaben, die der Förderung der Verbesserung der Lebensqualität dienten, konnte festgestellt werden, dass die Lebensqualitätsmaßnamen sowohl Dienstleistungsangebote im ländlichen Raum, die Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes fördern als auch die Dorferneuerung und -entwicklung unterstützen sollte. Auffällig war hierbei, dass die Maßnahmen – verglichen mit den Rahmenvorgaben der europäischen Union – erst auf der nationalen Ebene wesentlich detaillierter und ausführlicher aufbereitet wurden. Eine eindeutige Definition der Lebensqualität wurde aber auch im Rahmen des PELR, der nationalen Adaption der europäischen Vorgaben, trotz mehrmaliger Verwendung des Begriffs nicht integriert: Neben dem Gebrauch als Schlagwort konnten zwar zwei definitorische Annäherungen im PELR verortet werden, in deren Zuge wichtige Komponenten des Konzepts Lebensqualität angesprochen wurden (multidimensional, objektive und subjektive Komponenten). Ein ausführlicher Definitionsprozess selbst wurde jedoch erst im Rahmen eines Zusatzdokuments unter dem Titel „Begriffe und Indikatoren zu den Evaluierungsfragen des LE 07-13“ präsentiert. Ob diese Definition, die zwar objektive und subjektive Werte kombiniert und trotzdem rein quantitative Indikatoren umfasst, allerdings tatsächlich Einfluss auf die regionalen Verständnisse zum Begriff übten, ist aufgrund des unverbindlichen Charakters dieses Dokuments in Frage zu stellen. In welchem thematischen Kontext die Lebensqualitätsmaßnahmen der Periode 2007-2013 im Zusammenhang mit einer an wissenschaftlichen Konzepten orientierten Systematisierung nun tatsächlich verortet werden können, wird deshalb im nächsten Kapitel untersucht.

Tabelle 16: *Die LEADER-Programmphasen im Überblick (Quellen: s. Fußnoten; eigene Darstellung)*

Bezeichnung	LEADER I [A]	LEADER II [B]	LEADER + [C]	LEADER 07-13 [D]	LEADER 14-20 [E]
Zeitraum	**1991-1993**	**1994-1999**	**2000-2006**	**2007-2013**	**2014-2020**
Programmziele	▫ Einrichtung und Auswahl örtlicher Aktionsgruppen ▫ Umsetzung sektorübergreifender Maßnahmen ▫ Nationale Koordinierungsstelle ▫ Aufbau eines Netzes für Informations- und Erfahrungsaustausch ▫ Erstellen örtlicher „*business plans*“	▫ Förderung des endogenen Potenzials im Rahmen eines Gesamtkonzepts ▫ Weiterführung und Ausbau der Strategie zur Entwicklung des ländlichen Raums ▫ Vermeidung negativer Strukturentwicklungen ▫ Ausarbeitung und Erprobung neuer Leitlinien, Formen und Aktionen der Entwicklung	▫ Valorisierung des Natur- und Kulturerbes ▫ Verbesserung der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen und Schaffung von Arbeitsplätzen ▫ Verbesserung der organisatorischen Fähigkeiten der jeweiligen Gemeinschaft	ELER-Ziele: ▫ Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft und Forstwirtschaft ▫ Verbesserung der Umwelt und Landschaft ▫ Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Förderung der Diversifizierung der Wirtschaft LEADER-Prioritäten: ▫ Partizipation von Land- und Forstwirten sowie sonstige AkteurInnen ▫ Schutz und Aufwertung des örtlichen Natur- und Kulturerbes, Ausbau des Umweltbewusstseins ▫ Verbesserung und Erweiterung der Erzeugnisqualitäten ▫ Förderung des Fremdenverkehrs ▫ Erneuerbare Ressourcen und erneuerbare Energien	ELER-Ziele: ▫ Förderung der Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft ▫ Gewährleistung einer nachhaltigen Bewirtschaftung und Klimaschutz ▫ Ausgewogene räumliche Entwicklung der ländlichen Wirtschaft einschließlich Schaffung und Erhalt von Arbeitsplätzen LEADER-Prioritäten: ▫ Wissenstransfer und Innovation ▫ Lebensfähigkeit der landwirtschaftlichen Betriebe und Wettbewerbsfähigkeit, Innovation und nachhaltige Waldbewirtschaftung ▫ Wiederherstellung, Erhalt und Verbesserung der Ökosysteme ▫ Ressourceneffizienz, nachhaltige Bewirtschaftung ▫ Soziale Inklusion, Armutsbekämpfung und wirtschaftliche Entwicklung

Bezeichnung	LEADER I [A]	LEADER II [B]	LEADER + [C]	LEADER 07-13 [D]	LEADER 14-20 [E]
Zuschussfähige Maßnahmen	▫ Maßnahmen zur ländlichen Entwicklung ▫ Förderung der ländlichen Entwicklung ▫ Berufliche Bildung und Einstellungsbeihilfen ▫ Ländlicher Fremdenverkehr ▫ Kleinbetriebe, Handwerks- und Handelsbetriebe, ortsnahe Dienstleistungen ▫ Verwertung und Vermarktung von Agrar-, Forst- und Fischereierzeugnissen ▫ Sonstige Maßnahmen ▫ Maßnahmen für die ländlichen Entwicklungsgruppen ▫ Gründungsbeihilfen ▫ Datenverarbeitungs- und Kommunikationseinrichtungen ▫ Technische Hilfe ▫ Maßnahmen für den Betrieb des transnationalen Entwicklungsgruppennetzes ▫ Betreuung des Netzes ▫ Auswertung des Netzbetriebs ▫ Verbreitung der Informationen	▫ Erwerb von Fachwissen ▫ Programme zur Innovation im ländlichen Raum ▫ Grenzüberschreitende Zusammenarbeit ▫ Europäisches Netz für die ländliche Entwicklung	▫ Förderung gebietsbezogener, integrierter Entwicklungsstrategien mit Pilotcharakter auf Grundlage des bottom-up-Konzepts und der horizontalen Partnerschaft ▫ Förderung der gebietsübergreifenden und transnationalen Zusammenarbeit ▫ Vernetzung sämtlicher ländlicher Gebiete	▫ Umsetzung lokaler Entwicklungsstrategien zur Verwirklichung der Ziele bzw. Umsetzung von Maßnahmen eines oder mehrerer der drei Schwerpunkte ▫ Umsetzung von Projekten der Zusammenarbeit ▫ Arbeit der Lokalen Aktionsgruppen, Kompetenzentwicklung und Sensibilisierung	▫ Im Gegensatz zu den vorhergehenden Perioden keine Aggregation der einzelnen Maßnahmen in verschiedene Schwerpunkte oder Titel; damit enthält die ELER-Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 (EU Parl. 2013)eine Liste verschiedener Einzelmaßnahmen, deren Aufzählung hier den Rahmen sprengen würde.

Bezeichnung	LEADER I [A]	LEADER II [B]	LEADER + [C]	LEADER 07-13 [D]	LEADER 14-20 [E]
Förderfähige Gebiete	Innerhalb Ziel 1 und 5b-Gebiete; zwischen 5.000 und 100.000 EW	Innerhalb Ziel 1, 5b und 6-Gebiete; Unter 100.000 EW	Generell alle ländlichen Gebiete; Zwischen 10.000 und 100.000 EW	Generell alle ländlichen Gebiete;	Generell alle ländlichen Gebiete;
Anzahl LAG (EU)	217	906	893	2451	
Geplante finanz. Beteiligung d. EU	413 Mio. MECU [Euro]	1.400 Mio. MECU [Euro]	2.020 Mio. Euro	5.500 Mio. Euro	85.000 Mio. Euro für den gesamten ELER
Fondsbeteiligung	EAGFL – Abteilung Ausrichtung, EFRE, ESF	EAGFL – Abteilung Ausrichtung, EFRE, ESF	EAGFL – Abteilung Ausrichtung	ELER	ELER (EFRE, ESF, EMFF)
Rolle der Lebensqualität	Keine	Keine	Mögliches Leitthema für die LES	Zieldimension sowie als Titel einer Maßnahmenkategorie	Zieldimension

[A] Kom EG 1991b; EC 1999
[B] Kom EU 1994; ÖIR 2003
[C] Kom EU 2000; Metis 2010
[D] Rat EU 2005; ÖIR 2012
[E] EU Parl 2013

4 Die LEADER-Lebensqualität

„Für die Gesellschaft gewinnt die Erhaltung des ländlichen Raums und halbnatürlicher Lebensräume zunehmend an Bedeutung. Die gesellschaftlichen Erwartungen steigen, und wir müssen unsere Anstrengungen verstärken, um diesen Erwartungen gerecht zu werden. Wenn es um ökologisch attraktive Lebens-, Arbeits- und Erholungsgebiete geht, sind die ländlichen Gebiete nicht zu übertreffen. Sie zu erhalten, zu kultivieren und manchmal auch zu reaktivieren, ist eine wichtige Aufgabe […]. Allgemeiner ausgedrückt verfügen die ländlichen Gebiete über das Potential, die Lebensqualität aller Bürger zu verbessern" (Fischler 2001, S. 1).

Der Aufgabe, die ländlichen Räume und deren auf die gesellschaftlichen Erwartungen abgestimmte, harmonische Entwicklung zu unterstützen, nimmt sich die Europäische Union (EU) mithilfe der Strukturfonds seit den 1970er Jahren an (vgl. Ehrke 2003, S. 7ff; s. Kap. 3.2). Zeitgleich dazu fand der Begriff Lebensqualität auch Eingang in die politische Agenda der Union. Im Kontext der gemeinschaftlichen Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume wurde der Terminus als programmbezogene Zielsetzung allerdings erst im Jahr 2000 aufgegriffen. Einzelne Ereignisse bezüglich der Verwendung des Terminus Lebensqualität auf europäischer Ebene wurden in den vorangehenden Kapiteln (s. Kap. 2.3.2 und Kap. 3.2.3) bereits vorgestellt. Auf diese Bezug nehmend soll anhand einer komprimierten Zusammenschau sein Einsatz zu Beginn noch einmal resümiert und an die Fragestellung der nachfolgenden Untersuchung herangeführt werden.

Als sich der Terminus in den einzelnen europäischen Ländern 1972 gerade etablierte, verpflichteten sich die Staats- und Regierungschefs der Union bereits, mittels Förderung der wirtschaftlichen und politischen Integration die Lebensqualität in der Gemeinschaft zu verbessern. Diskurse zu Bedeutung und Inhalt des Begriffs beschäftigten zu dieser Zeit sowohl die nationalen politischen Instanzen als auch die ForscherInnen der Sozialwissenschaften; normativ orientierte sowie deskriptiv ausgerichtete Konzeptinhalte wurden erarbeitet und Aktionen wie Lebensqualitätserhebungen gestartet. Ähnliche Debatten über Bedeutung und Verständnis sollten auf europäischer Ebene trotz kontinuierlicher Verwendung des Ausdrucks jedoch noch längere Zeit fehlen. Der Begriff wurde demnach zwar sofort nach seiner Einführung aber ohne konkrete Definition und somit vorzugsweise als Schlagwort eingesetzt (s. Kap. 2.3.2).

Auf eine kontinuierliche Verwendung lässt die Zahl und die Verteilung der Suchergebnisse auf der Homepage http://eur-lex.europa.eu unter dem Begriff „Lebensqualität" schließen. Ohne Einschränkungen hinsichtlich des Dokumenttyps oder Zeitraumbegrenzungen (von der Gründung der

Gemeinschaft 1957 bis zum 31.Dezember 2017) ergab eine Anfrage 4.031 Treffer[35]. Die Verteilung über die Jahre zeigt dabei deutlich, dass der Begriff seit 1972 stetig aufgegriffen wurde. In den neunziger Jahren stieg die Zahl der Treffer dabei stark an. Diese Tatsache spiegelt den Trend wider, dass der Begriff zunächst in den frühen 1970er Jahren in die Politik und Wissenschaft integriert wurde, während der Ölpreiskrise zwischenzeitlich an Bedeutung verlor und Anfang der 90er Jahre neu entdeckt wurde (vgl. Knecht 2010, S. 158; Noll 1997, S. 436).

Auf europäischer Ebene kann die Einbeziehung des Ausdrucks in den Maastrichter Vertrag (1992) als Zeichen dieser Kehrtwende betrachtet werden (s. Kap. 2.3.2). Erneut als gesellschaftspolitische Priorität vertraglich verankert und im Kontext der europäischen Integration betont, galt es daraufhin konkrete Initiativen zur Verbesserung der Lebensqualität zu starten und mit einer diesem Ziel entsprechenden Datengrundlage den Übergang ins 21. Jahrhundert vorzubereiten. Es folgte beispielsweise ein Forschungsprojekt, in dessen Zuge erstmals auf gemeinschaftlicher Ebene die Bedeutung des Begriffs diskutiert und analysiert sowie in ein System sozialer Indikatoren integriert wurde (s. Kap 2.3.2 - *Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement*).

Mithilfe der LEADER-Initiative wurde die Verbesserung der Lebensqualität schließlich als konkrete Zieldimension auf der nationalen und regionalen bzw. lokalen Ebene im Bereich der regionalen Entwicklungspolitik implementiert. Als mögliches Leitmotiv in den Lokalen Entwicklungsstrategien (LES) stand es den Aktionsgruppen in der dritten Förderphase (2000-2006; s. Kap. 3.2.3) frei, die „Verbesserung der Lebensqualität“ als rahmengebende Priorität hierin zu wählen. Eine kontextbezogene Definition wurde in den entsprechenden europäischen Grundlagendokumenten in dieser, wie auch in der folgenden Periode (LEADER 2007-2013), in der dem Begriff eine noch größere Bedeutung als eine der zentralen Prioritäten zukam, nicht vorgestellt. Während der dritten Förderphase kam es jedoch zu einer weiteren wissenschaftlichen Auseinandersetzung mit dem Konzept: Im Zuge der Ausarbeitung der ersten Lebensqualitätserhebung (erste Datenerfassung 2003) innerhalb der Union wurde der Begriff erneut nach sozialwissenschaftlichem Vorbild aufgearbeitet und dem Kontext entsprechend interpretiert und operationalisiert (s. Kap. 2.3.2 - Europäische Erhebung zur Lebensqualität (EQLS)). Die Ergebnisse hierzu stellen ein gesamtgesellschaftliches Informationssystem dar und sollen den politischen Institutionen auch heute noch als Grundlage für die Gewährleistung einer wissensbasierten Politik dienen.

Bereits diese einleitende Erläuterung zeigt ausschnittsweise, dass, seit der Begriff Lebensqualität in der politischen Agenda der EU aufgegriffen, er auf unterschiedlichste Art und Weise verwendet wurde: Zum einen wurde er seit jeher als (plakative) Zieldimension oder lediglich als Schlagwort gebraucht. Das jeweilige Verständnis dazu sollte sich zumeist aus dem Kontext der Verwendung ergeben. Zum anderen wurden seit Ende der 1990er Jahre – und im Vergleich zu nationalen Diskursen (z.B.: Österreich, s. Kap. 2.3.3) damit relativ spät – einige unterschiedliche, aber sozialwissenschaftlich geprägte Konzeptionen entwickelt, die vor allem auf die Erfassung der Lebensqualität abzielten. Aus dieser Art des Gebrauchs lässt sich eine Diskrepanz bei der Verwendung des Begriffs ablesen, die, wie die Erläuterung im folgenden Teilkapitel (Kap. 4.1.1) nahelegt, einen differenzierten Umgang nicht immer oder nur eingeschränkt ermöglicht und vor allem die normative Seite des Ausdrucks tangiert.

4.1 Forschungsansatz und methodische Vorgehensweise

4.1.1 Fragestellung

Die gerade angesprochene Divergenz bezüglich der Verwendung des Begriffs Lebensqualität lässt sich nicht nur auf der europäischen Ebene beobachten. Von der globalen bis hin zur lokalen Ebene wird der Terminus seit Jahren sowohl als meist nicht näher definierte, jedoch strategische Priorität als auch als unterschiedlich systematisierte (z.B.: die Art und Weise bzw. den Inhalt sowie den Umfang und

[35] Jede überarbeitete Fassung eines Dokuments wird genauso gezählt wie die Originalfassung selbst. Die Zahl repräsentiert daher nicht 3896 unterschiedliche Schriftstücke, die den Ausdruck verwenden; Mehrfachnennungen sind möglich. Trotzdem ergibt sich hieraus ein erster Eindruck von der Bedeutung des Begriffs bzw. seiner Verwendung über die Jahre.

Detaillierungsgrad betreffend) und operationalisierte Messgröße aufgegriffen. Die jeweilig genutzten Begriffsinterpretationen können dabei ebenso divergent sein wie die Kontexte der Verwendung (s. Kap. 2.3). In wissenschaftlichen Diskursen sorgen gerade diese Umstände wiederkehrend für Diskussionsstoff: Hierbei wird der Terminus als weit verbreitet und vielfältig sowie offen und wandelbar, zusätzlich dazu aber auch als undifferenziert beschrieben (vgl. Quendler 2011, S. 29ff; Barcaccia et al. 2013, S. 185f). Die Ausführungen im folgenden Absatz bieten einen Überblick, inwiefern diese Einschätzungen in entsprechenden Debatten weiter präzisiert werden.

Die inhaltliche Offenheit und Interpretierbarkeit biete grundsätzlich eine breite Varietät unterschiedlicher Verwendungsmöglichkeiten, was als Vorteil angesehen werden kann. Aufgrund der Tatsache, dass sich gegenwärtig sehr verschiedene und zum Teil konträre Auffassungen und Systematisierungen hinter dem Begriff verbergen, wird eine Verwendung ohne eine nähere Definition jedoch zunehmend kritisiert: Im Konkreten können die Meinungen, welche Lebensbereiche in eine Systematik einbezogen oder welche Ziele in diesem Kontext genau verfolgt werden, weit auseinandergehen; der Konzeptionsprozess von Ansätzen wird als evaluative Entscheidung zu ausgewählten Aspekten eines individuellen Lebens, einer kollektiven oder gesamtgesellschaftlichen Lebenssituation angesehen; häufig würden zu ungenaue Definitionen verwendet werden, indem etwa keine Abgrenzung zu damit verwandten Konzepten (z.B.: Lebensstandard) vorgenommen oder wesentliche Aspekte (z.B.: materielle, physische, psychische oder soziale Komponenten einer Definition) nicht bedacht bzw. berücksichtigt werden würden (vgl. Quendler 2011, S. 26ff; Dijkers 2007, S. 153; Gasper 2009, S. 21f). Um den Ausdruck allerdings zum durchgreifenden Grundsatz werden zu lassen – so etwa die Empfehlung der Agrarökonomin Quendler (2011) – müssten im Vorfeld einer Verwendung solide Forschungen (z.B.: Studium theoretischer Grundlagen sowie Vergleich bestehender Ansätze) zum Thema durchgeführt, der Begriff darauf aufbauend präzisiert sowie mittels konkreter Inhalte (z.B.: unterschiedliche Dimensionen und Indikatoren) differenziert werden. Die Definition sollte auf allen Handlungsebenen einsehbar und nachvollziehbar sein. Dies wird als Voraussetzung angesehen, um die Inhalte der Lebensqualität in allen Sektoren und Handlungsebenen umsetzen und kontrollieren, Zielkonflikte begreifen und zielgerichtete Lösungen ausarbeiten sowie geordnete Zusammenarbeiten und differenzierte Diskussionen ermöglichen zu können (vgl. Quendler 2011, S. 31; Barcaccia et al. 2013, S. 190; Gasper 2009, S. 21f). Wie in der Einleitung dieser Arbeit (Kap. 1) bereits angedeutet und anhand der Beschreibung des LEADER-Ansatzes (Kap. 3) weiter verdeutlicht wurde, sollten gerade die letztgenannten Aspekte auch während der LEADER-Strukturperiode 2007-2013 zum Tragen kommen.

Neben der Beschreibung der LEADER-eigenen Grundsätze wurde in den beiden angesprochenen Kapiteln dargelegt, in welchem Kontext diese Aspekte in der Periode 2007-2013 zum Tragen kommen sollten. So wurde zum Ausdruck gebracht, dass die EU im Zuge des Ziels „Verbesserung der Lebensqualität“ vor allem Projekte in den Bereichen Dienstleistungen, Dorferneuerung und -entwicklung sowie des ländlichen Erbes gefördert wissen wollte. Sie sollten vorzugsweise dort umgesetzt werden, wo Analysen zu den regionalen Ausgangssituationen zu Beginn der Programmphase Defizite aufzeigten und/oder die Realisierung der Vorhaben einen Beitrag zur eingangs angesprochenen harmonischen Entwicklung der europäischen Gemeinschaft leistete. Die Ausarbeitung eines speziell auf die Inhalte des Programms zur Entwicklung des ländlichen Raums abgestimmten Beobachtungs- und Bewertungssystems auf der europäischen Ebene sollte hierzu Zielvorgaben benennen und Erfolge zeigen können (s. Kap. 1).

Wie im Rahmen der Einleitung ebenfalls bereits erläutert wurde, handelte es sich in diesem System vor allem um quantitative Indikatoren; auch die Darstellung der konkreten Rahmenbedingungen zur Umsetzung des LEADER-Förderinstruments der Periode 2007-2013 in Österreich hat gezeigt (s. Kap. 3.3), dass inhaltliche, qualitative Aspekte des Begriffs Lebensqualität nicht weiter präzisiert wurden. Dies ermöglichte es zwar programmintern Handlungsbedarfe zu erkennen oder Zielerreichungsgrade einzuschätzen. Mit der Art der Systematisierung des Ziels „Verbesserung der Lebensqualität“ und der Zuordnung rein quantitativer Indikatoren wird jedoch ein qualitativer Vergleich der inhaltlichen Ausrichtung der Maßnahmen sowie deren Wirkungen mit anderen regional- oder entwicklungspolitischen Programmen oder Planungen, die ein ähnliches Ziel verfolgen (u.a. auch im Rahmen von Diskursen zur europäischen Integration), erschwert. Auch ein Vergleich dieser Systematisierung mit jenen, wie sie sozialwissenschaftlich geprägte Ansätze der Lebensqualität (s. Kap.

2.3) etwa bei lebensqualitätsbezogenen Erhebungen zeigen, ist nur eingeschränkt möglich. Gemeint sind hiermit ausgewählte Lebensbereiche und die diesen Dimensionen untergeordneten Indikatoren bzw. Determinanten sowie die für eine Definition der Lebensqualität relevanten Charakteristika (z.B.: materiell und immateriell, individuell oder gesamtgesellschaftlich etc.). Es ergibt darüber hinaus die Überlegung, ob – im Vergleich zu den gemeinschaftlichen und nationalen Vorgaben zu den einzelnen Projektkategorien – eine ausführliche Definition des und/oder eine Diskussion zum Begriff nicht zusätzlichen qualitativen (Ideen-)Input im Kontext der Maßnahmenumsetzung liefern hätte können. In Anbetracht der gerade dargelegten Problemstellungen im Zusammenhang mit dem Begriff sowie der in der Einleitung dieser Arbeit ausgeführten Überlegungen zum Wert inhaltlicher Gegenüberstellungen von Lebensqualitätsansätzen für künftige Programm- und Politikplanungen, -konzeptionen sowie -umsetzungen wird im Rahmen der anschließend durchgeführten Untersuchung deshalb folgende Fragestellung aufgearbeitet:

> Wie lässt sich der im LEADER-Programm 2007-2013 verwendete Begriff Lebensqualität im Kontext eines an sozialwissenschaftlichen Konzepten orientierten Ansatzes definieren?

Mit der Aufarbeitung dieser Frage wird nicht nur der weiter oben angeführten Empfehlung zur (nachträglichen) Definition des Ausdrucks bei einer Verwendung desselben Folge geleistet. Ihre Beantwortung bietet darüber hinaus vor allem eine inhaltliche und an qualitativen Aspekten ausgerichtete Grundlage beispielsweise für weiterführende Diskurse wie Reflexionsprozesse, für die Konzeption weiterführender Programmphasen oder ähnlich ausgerichteter Politiken. Die Erörterung kann außerdem dazu beitragen, den Sensibilisierungsprozess, der durch Debatten rund um den Begriff Lebensqualität und dessen Verständnis etwa von Noll (1999), Quendler (2011) oder Barcaccia et al. (2013) angestoßen wurde, weiter zu unterstützen und die Notwendigkeit aufzuzeigen, den Ausdruck bei jeder Verwendung adäquat darzulegen.

Im Sinne der Formulierung der Fragestellung ist für die anschließende Untersuchung eine Gegenüberstellung der LEADER-Lebensqualität bzw. der dem entsprechenden Ziel („Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“) untergeordneten Projektmaßnahmen mit einer eigens formulierten, an sozialwissenschaftlich geprägten Konzepten orientierten Definition des Terminus vorgesehen. Als Untersuchungsebene wird hierfür die regionale Ebene gewählt. Grund ist, dass neben den lokalen AkteurInnen sich insbesondere die Lokalen Aktionsgruppen (LAG) mit den im Rahmen der europäischen Verordnung und dem PELR vorgegebenen Maßnahmen und Maßnahmenkategorien sowie den damit verbundenen Themen am intensivsten während der Strukturperiode auseinandergesetzt haben. Als Voraussetzung für die Untersuchung muss neben der Bestimmung einer arbeitseigenen Definition deshalb auch eine LEADER-Beispielregion ausgewählt werden. Nochmals zusammengefasst soll im Anschluss an diese Festlegungen untersucht werden, wie sich die Verwendung des Begriffs „Lebensqualität“ unter dem LEADER-Ziel „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ der Periode 2007-2013 in diesem ländlichen Raum charakterisieren lässt und welche lebensqualitätsrelevanten Themen mit entsprechenden Projekten tangiert wurden. Um eine entsprechende Einschätzung leisten zu können, muss die Forschungsfrage jedoch weiter untergliedert werden. Die Gegenüberstellung der LEADER-Lebensqualitätsprojekte mit einer eigenen, an sozialwissenschaftlich geprägten Konzepten ausgerichteten Definition erfordert demnach zunächst die Aufarbeitung folgender Unterfrage:

- Wie lässt sich Lebensqualität nach dem Vorbild sozialwissenschaftlicher Konzepte definieren?

Ein Vergleich mehrerer Interpretationen, wie sie im Rahmen des Kapitels 2.3 vorgestellt wurden, soll hierfür den Rahmen bieten. Konkret sollen durch die Zusammenführung solcher Beispiele unter dem systematischen und regelgeleiteten Vorgehen einer zusammenfassenden qualitativen Inhaltsanalyse (s. Kap. 4.2) die wesentlichen Charakteristika sowie die wichtigsten Lebensbereiche (Lebensqualitätsdimensionen) und deren Merkmale (Indikatoren) in einen umfassenden Ansatz integriert werden. Im Anschluss daran wird die Beantwortung weiterer Unterfragestellung, wie sie im Anschluss angeführt werden, eine Einschätzung der zentralen Forschungsfrage zulassen:

- Inwieweit wurde in der Beispielsregion der Begriff Lebensqualität im Rahmen der Beschreibungen der Lebensqualitätsmaßnahmen einbezogen und welche Funktion übernahm der Begriff in diesen Fällen?
- Welche Rückschlüsse lässt das Untersuchungsmaterial auf eine mögliche Definition oder Operationalisierung im Falle einer Verwendung des Begriffs Lebensqualität im Rahmen der Maßnahmenbeschreibung zu?
- Welche lebensqualitätsrelevanten Charakteristika können den Maßnahmen der LEADER-Beispielsregion unter dem Ziel zur Verbesserung der Lebensqualität ausgehend von den Projektanträgen zugeschrieben werden?

Ziel ist es demnach, sowohl die Verwendung des Begriffs Lebensqualität im Rahmen der jeweiligen Maßnahmenbeschreibung zu erforschen und dessen Inhalte und Charakteristika sowohl im Falle einer konkreten Verwendung des Ausdrucks wie auch insgesamt im Kontext des Maßnahmenpakets M 413/321 „Verbesserung der Lebensqualität“ zu analysieren. Mittels einer strukturierenden qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (2008, 2010) sollen hierfür die diesem Maßnahmenkategorie zugeordneten Projektanträge einer ausgewählten Beispielregion (Auland Carnuntum) untersucht werden (s. Kap. 4.3). Die Ergebnisse dazu sollen Rückschlüsse und die Formulierung von Handlungsempfehlungen für weitere Implementationen des Begriffs in die politische Agenda ermöglichen. Anhand der nachfolgend eingefügten Graphik (Abbildung 6) ist das gerade textlich beschriebene Ablaufmodell schematisch dargestellt.

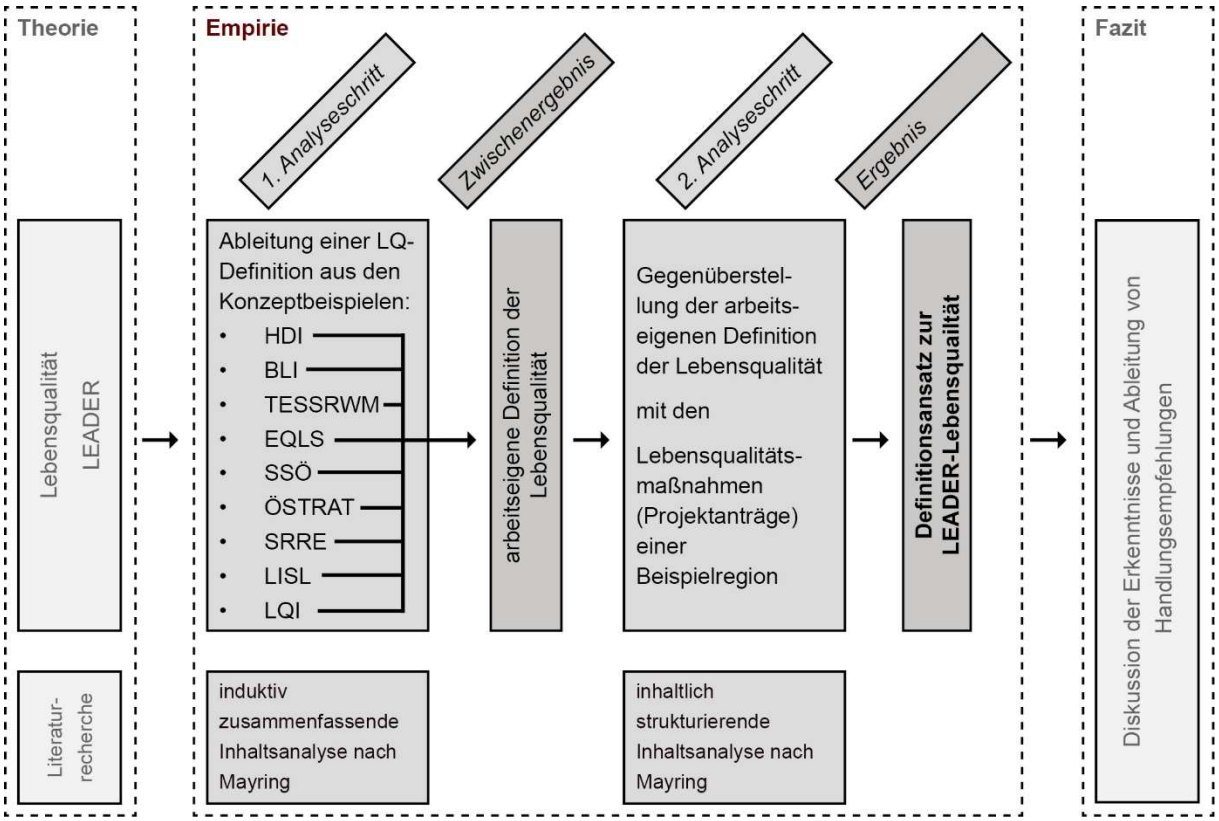


Abbildung 6: *Konzeptschema der Untersuchung (Quelle: Eigene Konzeption und eigene Darstellung, 2018) (HDI = Human Development Index, BLI = Better Life Index, TESSRWM = Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement, EQLS = Europäische Erhebung zur Lebensqualität, SSÖ = Sozialer Survey Österreich, ÖSTRAT = Nachhaltigkeitsstrategie Österreich, SRRE = Studie zur Regionalisierten Raumentwicklung, Lisl = Lokales Indikatorensystem für dauerhafte Lebensqualität, LQI = Lebensqualitätsindikatoren der Stadt Graz)*

4.1.2 Methodischer Ansatz: die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring

Die Inhaltsanalyse wird in den Sozialwissenschaften und dabei speziell in der Kommunikationswissenschaft bereits seit rund 1930 als methodische Vorgehensweise eingesetzt. Seitdem hat sich das Instrument zu einer viel verwendeten Methode der Textanalyse entwickelt, welche vor allem bei der Auswertung von Interviews zum Einsatz kommt. Grundsätzlich kann im Rahmen einer qualitativen Inhaltsanalyse allerdings jede Art einer (protokollierten) Kommunikation (z.B.: Sprache und Texte, Bilder, Musik etc.) zum Gegenstand gemacht werden (vgl. Jenker 2008, online; Mayring 2010, S. 601). Wesentlicher Vorteil der Methode ist, dass die Untersuchung an das jeweilige Erkenntnisinteresse angepasst werden muss. Ziel ist es dabei stets, durch ein systematisches, regelgeleitetes und theoriebegründetes Vorgehen Rückschlüsse auf bestimmte Aspekte des Ausgangsmaterials zu ermöglichen.

Als Kerninstrument der Inhaltsmethode gilt das Kategoriensystem. Dies wird an wissenschaftlichen Gütekriterien orientiert ausgewählt. Wie die nachfolgende Beschreibung der zentralen Charakteristika der qualitativen Inhaltsanalyse weiters verdeutlicht, repräsentiert dieses Kategoriensystem sowohl das Untersuchungsinstrument selbst als auch die wesentlichen Zielinhalte einer Analyse. Im Kontext der Absicht dieser Arbeit, die Verwendung des Begriffs Lebensqualität im LEADER-Förderprogramm in der Periode 2007-2013 zu reflektieren, gewinnt diese methodische Eigenheit eine besondere Relevanz: Wie anhand der Erläuterung ausgewählter Beispiele von Lebensqualitätskonzepten (s. Kap. 2.3) deutlich wurde, wird der Begriff im Zuge von Systematisierungsprozessen über unterschiedliche Dimensionen, die auch als Kategorien verstanden werden können, definiert. Die qualitative Inhaltsanalyse eignet sich damit nicht nur, um unterschiedliche Lebensqualitätssysteme in einen einzigen Konzeptansatz bzw. ein einziges Kategoriensystem zusammenzuführen. Darüber hinaus lässt sich diese abgeleitete Systematik auch dafür verwenden, der Komplexität des LEADER-Förderprogramms zu begegnen und die thematische Bandbreite der Lebensqualitätsmaßnahmen durch die Gegenüberstellung dieses Definitionsansatzes mit den Inhalten der Projektanträge der Beispielregion zu eruieren. Inwiefern diese Überlegungen zum Tragen kommen, wird in den nachfolgenden Abschnitten herausgearbeitet. Die folgende Abbildung 6 verdeutlicht das gerade beschriebene Schema der geplanten Untersuchung.

Die wesentlichen Charakteristika der qualitativen Inhaltsanalyse

Der bisherigen Erläuterung nach zeichnet sich die qualitative Inhaltsanalyse durch ihre systematische, regelgeleitete und theoriebegründete Vorgehensweise unter den Kriterien der Reliabilität und Validität aus. Freies Interpretieren wird in diesem Rahmen strikt abgelehnt. Die zentralen Charakteristika der Methodik lassen sich wie folgt näher erläutern (vgl. Mayring 2008, S. 12 und 42ff; Gläser und Laudel 2008; S. 199ff):

- Die systematische und regelgeleitete Herangehensweise äußert sich vor allem darin, dass das Material nach einem zu Beginn jeder Analyse festgelegten Ablaufmodell (s. nächsten Abschnitt) aufgearbeitet wird. Die Inhaltsanalyse stellt jedoch kein Standardinstrument dar, dessen Ablauf einer konkreten Vorlage folgen muss: Die Untersuchungsschritte sowie deren Inhalt müssen jeweils an den konkreten Gegenstand, an das Ausgangsmaterial und an die die Untersuchung bestimmende Fragestellung angepasst werden. Die Analyseschritte müssen dazu von theoretischen Vorüberlegungen sowie vom Stand der Forschung abgeleitet und als Regeln begründet sowie getestet werden. Grundsätzlich sollen alle Entscheidungen, die im Laufe der Inhaltsanalyse getroffen werden, auf begründete und getestete Regeln zurückgeführt werden können.
- Die Systematik dieser Methodik sieht darüber hinaus eine zergliedernde Arbeitsweise vor. Gemeint ist damit, dass das Material in inhaltsanalytische Einheiten (s. weiter unten) unterteilt wird. So wird etwa festgelegt, wie an das Material herangegangen wird, in welcher Reihenfolge die jeweiligen Materialteile untersucht werden und welche Bedingungen die Auswertung beherrschen. Die inhaltsanalytischen Einheiten müssen wiederum theoretisch begründet und festgelegt werden, um die Nachvollziehbarkeit der Analyse sicherzustellen.
- Die Ziele bzw. Zielinhalte der Analyse werden anhand von Kategorien konkretisiert und definiert. Damit stellt das Kategoriensystem das zentrale Instrument der Analyse dar und kann als

Suchraster verstanden werden, mit dessen Hilfe die für die jeweilige Untersuchung relevanten Informationen aus dem Text gefiltert werden. Der Konstruktion der Kategorien – wiederum vor dem speziellen Theoriehintergrund – und deren Begründung kommt deshalb im Laufe der Inhaltsanalyse eine besonders tragende Rolle zu. Wie alle anderen Regeln (z.B.: Ablaufmodell) müssen auch sie am Material erprobt, deren Anwendbarkeit überprüft sowie deren Nachvollziehbarkeit garantiert werden. Grundsätzlich werden sie durch die die Untersuchung bestimmende und ebenfalls von theoretischen Vorüberlegungen abgeleitete Fragestellung geprägt.

- Die Inhaltsanalyse hat das Ziel, durch Reduktion des Ausgangsmaterials und Einordnung der darin enthaltenen Informationen in Kategorien Rückschlüsse zur Beantwortung der Fragestellung zu gewinnen. Die Ergebnisse sollen im Kontext ihres Kommunikationszusammenhangs interpretiert und können mittels quantitativer Analysen außerdem weiter abgerundet werden. Durch die theoretischen Vorüberlegungen wird außerdem gewährleistet, dass die Ergebnisse vor eben diesem Theoriehintergrund interpretiert werden.

Diese Faktoren berücksichtigend, unterscheidet Mayring drei unterschiedliche Grundarten der qualitativen Inhaltsanalyse: Es handelt sich dabei um die zusammenfassende, die explizierende und die strukturierende Inhaltsanalyse (vgl. Mayring 2008, S. 58). Im Rahmen dieser Arbeit kommt sowohl eine Form der zusammenfassenden als auch die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse zur Anwendung.

Kurz zusammengefasst soll bei der zusammenfassenden Technik entweder durch induktives oder deduktives Vorgehen das Material auf seine wesentlichen Bestandteile reduziert werden, um so die Kernaussagen zu erhalten (Mayring 2010, S. 602). Aus diesem Grund wird diese Analyseform im Kontext dieser Arbeit zunächst für die Zusammenführung unterschiedlicher Lebensqualitätskonzepte zu einer einzigen Systematik verwendet (induktiv zusammenfassende Inhaltsanalyse). Als wesentliche Informationen aus dem Ausgangsmaterial gelten dabei die darin enthaltenen Dimensionen der Lebensqualität sowie die diesen untergeordneten Indikatoren. Das abgeleitete Kategoriensystem soll im Anschluss weiterverwendet werden, um die inhaltliche Bandbreite der im Rahmen dieser Arbeit untersuchten LEADER-Projektanträge zu eruieren.

Die inhaltlich strukturierende Analyse zielt unter der Zuhilfenahme vorher festgelegter Kriterien – in diesem Fall die im Vorfeld abgeleiteten Kategorien der arbeitseigenen Lebensqualitätsdefinition – dagegen darauf ab, das Untersuchungsmaterial im Kontext dieser Kriterien einzuschätzen. Das Ausgangsmaterial soll demnach unter bestimmten Gesichtspunkten reduziert, zusammengefasst und interpretiert werden (vgl. Mayring 2008, S. 58f). Im Kontext dieser Arbeit ermöglicht der Einsatz dieser methodischen Vorgehensweise die Bestimmung der Interpretation der Lebensqualität im Rahmen des LEADER-Förderprogramms 2007-2013. Bevor diese konkreten inhaltsanalytischen Schritte, die sich je nach methodischer Unterart voneinander unterscheiden, jedoch vorgenommen werden können, gilt es laut Mayring einige allgemeine Analyseschritte aufzuarbeiten (vgl. Mayring 2008, S. 53). Wie sich dieser allgemeine Ablauf einer qualitativen Inhaltsanalyse beschreiben lässt, ist deshalb im Folgenden im Überblick dargestellt.

Grundlegendes Ablaufmodell der qualitativen Inhaltsanalyse

Die allgemeine Vorgehensweise, wie sie Mayring für eine qualitative Inhaltsanalyse vorschlägt, beinhaltet zehn unterschiedliche Schritte (vgl. Mayring 2008, S. 43ff). Wie Abbildung 7 darstellt, startet der Prozess mit der Auswahl und der Festlegung des Untersuchungsmaterials.

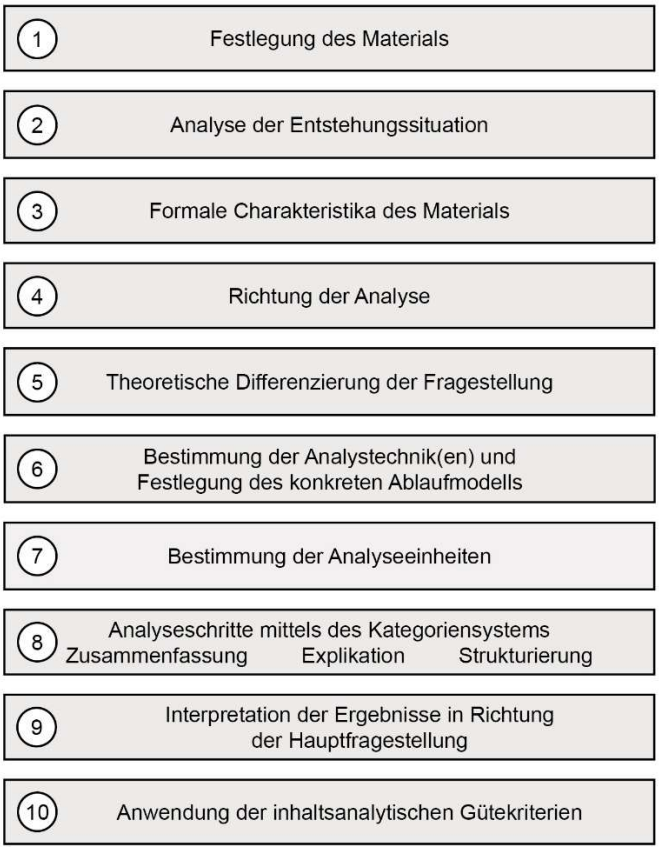


Abbildung 7: *Grundlegendes Ablaufmodell einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (Quelle: Mayring 2008, S. 54; eigene Darstellung)*

(2) Analyse der Entstehungssituation

Um das Material weiters in seinen Kommunikationszusammenhang zu setzen, ist es notwendig, zu beschreiben, von wem (VerfasserInnen) und unter welchen Bedingungen (z.B.: Handlungshintergrund, Entstehungssituation, soziokultureller Hintergrund, Zielgruppen) die Untersuchungsgrundlage(n) produziert wurde(n).

(3) Formale Charakteristika des Materials

Darüber hinaus sollte jede qualitative Inhaltsanalyse die Beschreibung formaler Charakteristika beinhalten. Denn da jede Form der protokollierten Kommunikation im Rahmen dieser Methodik untersucht werden kann, sind Angaben, in welcher Form das zu untersuchende Material vorliegt, zentral.

(4) Richtung der Analyse

Im nächsten Schritt wird dargestellt, worauf der Fokus während der Analyse gelegt wird. Hintergrund ist, dass aus einem Text unterschiedliche Schlüsse gezogen werden können (z.B.: Beschreibung des behandelten Gegenstands, Rückschlüsse auf den/die TextverfasserIn, Einschätzung der Wirkung des Textes etc.). Um die Untersuchung jedoch eingrenzen und auf einen bestimmten Aspekt fokussieren zu können, ist es notwendig, die Richtung der Analyse zu beschreiben. Die Einordnung des Materials in ein inhaltsanalytisches Kommunikationsmodell – etwa auf der Grundlage der Analyse der Entstehungssituation (s. Punk 2) – wird hier als hilfreich angesehen.

(5) Theoretische Differenzierung der Fragestellung

Wie bereits weiter oben dargestellt wurde, zeichnet sich die Methodik der qualitativen Inhaltsanalyse unter anderem durch die theoriegeleitete Differenzierung der Fragestellung aus. Theoriegeleitet meint dabei, dass an die Erfahrungen und dem Wissen anderer angeknüpft wird und durch die Analyse ein Erkenntnisfortschritt erreicht wird. In dem Sinn muss die der Analyse zugrundeliegende Fragestellung an den bisherigen Stand der Forschung, der vorab beschrieben wurde, anschließen. Sie kann weiters in mehrere Unterfragestellungen differenziert werden.

(6) Bestimmung der Analysetechnik und Festlegung des Ablaufmodells

Nachdem die Richtung der Analyse und die Fragestellung beschrieben wurden, ist davon abhängig die Wahl der Analysetechnik zu treffen. Mayring (2008) gibt hierfür einen Überblick; er veranschaulicht tabellarisch, welche Grundformen des Interpretierens (Zusammenfassung, Explikation oder Strukturierung) zu welcher Analyseform (z.B.: Häufigkeitsanalysen, Einzelfallstudien, Klassifizierungen, Hermeneutik etc.) angewendet werden können (s. S. 57). Je nach Intention und Fragestellung ist schließlich auch das Ablaufmodell festzulegen, wobei wiederum für jede der drei, weiter oben genannten Techniken ein Grundgerüst[36] vorgeschlagen wird.

(7) Bestimmung der Analyseeinheiten

Um die Präzision der Analyse weiter zu erhöhen, werden im Folgenden Analyseeinheiten festgelegt. Es werden dabei drei unterschiedliche Typen unterschieden:

- Kodiereinheit (kleinster Materialbestandteil, der ausgewertet bzw. der minimalste Textteil, der einer Kategorie zugeordnet werden darf);
- Kontexteinheit (größter Materialbestandteil, der unter eine Kategorie fallen darf);
- Auswertungseinheit (Angaben zur Reihenfolge der auszuwertenden Textteile).

(8) Analyseschritte mittels des Kategoriensystems je nach zusammenfassender, explizierender oder strukturierender Inhaltsanalyse

Wie bereits angesprochen wurde, unterscheiden sich die jeweiligen Untersuchungsschritte von Untersuchungsform zu Untersuchungsform. Grundsätzlich steht jedoch ein Kategoriensystem im Zentrum der Analysen. Zu unterscheiden ist, ob dieses System dabei induktiv, also aus dem Material heraus, oder deduktiv, also in einem Wechselverhältnis zwischen der Theorie (Fragestellung) und dem konkreten Material entwickelt wird. Die Kategorien definieren sich jedoch stets über Konstruktions- und Zuordnungsregeln, wobei sie während der Analyse ständig überarbeitet und rücküberprüft bzw. in einem weiteren Durchgang bestätigt werden müssen.

(9) Interpretation der Ergebnisse Richtung Hauptfragestellung

Ist das Material mithilfe des Kategoriensystems durchgearbeitet, können die daraus gewonnenen Erkenntnisse in Bezug auf die Fragestellung hin interpretiert werden. Um die Ergebnisse auf ihre Gültigkeit hin zu überprüfen, sind sie außerdem anhand inhaltsanalytischer Gütekriterien einzuschätzen.

(10) Anwendung der inhaltsanalytischen Gütekriterien

Um den Status der Inhaltsanalyse als sozialwissenschaftliche Forschungsmethode zu bestätigen, ist es notwendig, jede Untersuchung anhand von Gütekriterien auf ihre Tauglichkeit hin zu überprüfen. Als Maß hierfür schlägt Mayring (2008, S. 111) die inhaltsanalytischen Gütekriterien nach Krippendorff vor, die sich auf die bereits angesprochenen Aspekte der Validität und der Reliabilität beziehen.

Inwiefern die konkreten Analyseschritte der zusammenfassenden sowie der strukturierenden Inhaltsanalyse dieses allgemeine Ablaufmodell ergänzen, wird, wie bereits anhand der Fußnote 36 angekündigt wurde, in den jeweiligen Teilkapiteln, in dessen Zuge die Inhaltsanalyse angewandt wird (s. Kap. 4.2 sowie Kap. 4.3 bzw. Kap. 4.4), näher erläutert.

[36] Um den Rahmen dieser Erläuterung nicht zu sprengen, wird auf eine ausführliche Beschreibung dieses Aspekts in diesem Abschnitt verzichtet. Die für diese Arbeit relevanten Ablaufmodelle der induktiv zusammenfassenden und inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse werden jedoch dann näher vorgestellt, wenn die jeweiligen Ausführungen es für deren Nachvollziehbarkeit verlangen (s. Kap. 4.2.2 und Kap. 4.3.2).

4.2 Ableitung einer arbeitseigenen Definition der Lebensqualität

Die Ausführungen im Abschnitt zuvor legen nahe, dass der Ausdruck Lebensqualität im sozialwissenschaftlichen Bereich nur dann als differenziert verwendbar gilt, sofern er zunächst definiert wurde. Da in dieser Arbeit der Terminus bezüglich seiner Verwendung innerhalb eines speziellen Rahmens (LEADER) untersucht wird, in dessen Zuge kein Definitionsprozess vorgenommen wurde, wird zunächst der Empfehlung Quendlers (s. Kap. 4.1.1) Folge geleistet und eine Interpretation des Begriffs gewählt. Aus diesem Grund widmet sich das vorliegende Kapitel der Festlegung einer solchen Lebensqualitätsdefinition: Anhand der Zusammenführung neun unterschiedlicher, nach sozialwissenschaftlichem Vorbild konzipierter und politiknaher Ansätze, wie sie im Zuge der Erläuterungen in Kapitel 2.3 (s. auch Tabelle 11) vorgestellt wurden, soll hierbei ein umfassendes inhaltliches Konzept abgeleitet werden. Dies soll zum einen die mögliche inhaltliche Breite und Tiefe von Lebensqualitätskonzepten (Dimensionen und qualitative sowie quantitative Indikatoren) widerspiegeln. Da das Ergebnis in dem im Anschluss durchgeführten Untersuchungsschritt als Vergleichs- und Referenzrahmen dient, soll dieses breit gefasste Verständnis es zum anderen außerdem ermöglichen, alle charakterlichen und thematischen Aspekte der Untersuchungsmaterialien zum Thema Lebensqualität adäquat zu erfassen.

Um zu dieser Definition der Lebensqualität zu gelangen, werden im weiteren Verlauf zunächst jene Aspekte identifiziert, die im Zuge eines Definitionsprozesses zu berücksichtigen sind (s. Kap. 4.2.1). Nach einer Präzisierung der methodischen Vorgehensweise (inhaltlich zusammenfassende Inhaltsanalyse, Kap. 4.2.2) werden sie im Anschluss (s. Kap. 4.2.3) dem Verwendungszweck entsprechend festgelegt.

4.2.1 Allgemeine Vorüberlegung

Die Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen zu sozialwissenschaftlich geprägten Ansätzen der Lebensqualität sowie mit ausgewählten Beispielen solcher Konzepte (s. Kap. 2.2 und 2.3) offenbart eine Bandbreite an Kriterien, die in einem Definitions- bzw. Operationalisierungsprozess jedenfalls Beachtung finden müssen. Um Missverständnissen bei der Verwendung des Ausdrucks vorzubeugen und ein klares Verständnis zum Begriff bzw. bei der Verwendung des Konzepts Lebensqualität zu garantieren, sind demnach folgende Aspekte zu beachten und festzulegen:

- Rahmen und Kontext der Verwendung des Begriffs Lebensqualität
- Ziel der Verwendung
- Funktion des Begriffs
- Theoretische Grundposition und davon abgeleitet sonstige Eigenschaften
- Systematisierung des Konzepts = Festlegung der Lebensbereiche bzw. Dimensionen der Lebensqualität
- Gegebenenfalls Operationalisierung = Zuordnung von Indikatoren zu den jeweiligen Dimensionen

Um eine arbeitseigene Definition des Konzepts Lebensqualität zu erhalten, sollen die genannten Aspekte dem Kontext entsprechend aufgearbeitet werden. Die ersten drei Faktoren der Punktation können dabei dem Verwendungszweck adäquat und mit den im Zuge der Kapitel 2.2 (Grundpositionen) und 2.3 (Konzeptbeispiele) erarbeiteten Grundlagen festgelegt werden. Die jeweilige Beschreibung und Begründung wird in Kapitel 4.2.3 präsentiert. Eine abschließende Übersicht dazu bietet außerdem die Tabelle 18 im eben genannten Kapitel.

Die theoretische(n) Grundposition(en) sowie die sich daraus ergebenden Eigenschaften einer Lebensqualitätsdefinition können grundsätzlich ebenfalls mit dem Wissen aus den theoretischen Grundlagen festgesetzt werden. Um deren Adäquatheit im Zusammenhang mit der Systematisierung und Operationalisierung der arbeitseigenen Definition des Ausdrucks Lebensqualität zu gewährleisten, sollen diese jedoch in einem Wechselspiel aus den theoretischen Grundlagen sowie der gewählten Dimensionierung der Lebensqualität inklusive deren Inhalte festgelegt werden. Für die angesprochene Systematisierung wird der Prozess der induktiven zusammenfassenden Inhaltsanalyse nach Mayring (2008, 2011) gewählt. Inwiefern sich für diese methodische Vorgehensweise das Ablaufmodell beschreiben lässt, wird im nachfolgenden Teilkapitel erläutert.

4.2.2 Methodische Vorgehensweise: die induktiv zusammenfassende Inhaltsanalyse nach Mayring

Die zusammenfassende Inhaltsanalyse findet, wie im Laufe dieses Kapitels bereits angekündigt wurde, im Rahmen dieser Arbeit Verwendung, um einen inhaltlich umfassenden Konzeptansatz der Lebensqualität von mehreren, ausgewählten Beispielen abzuleiten. Speziell die Vorgehensweise der induktiven Kategorienbildung wird in diesem Fall eingesetzt. Das Ergebnis hieraus wird bei der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse als Kategoriensystem verwendet, mit dessen Hilfe die Verwendung des Begriffs Lebensqualität im Rahmen des LEADER-Förderprogramms reflektiert werden soll.

Grundsätzlich zeigt die Beschreibung der allgemeinen Vorgangsweise unter Kapitel 4.1.2, dass die Entwicklung des Kategoriensystems Bestandteil der jeweiligen Analysen selbst ist. In dem Sinn wäre es grundsätzlich möglich, beide empirischen Schritte (Ableitung einer Lebensqualitätsdefinition und Gegenüberstellung dieser Definition mit LEADER-Projektanträgen) in einer einzigen Untersuchung wie beispielsweise der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse zu kombinieren. Aufgrund der Komplexität der beiden Themen (Lebensqualität und LEADER) wird die Ableitung des Kategoriensystems jedoch „ausgelagert“ und mittels der induktiv zusammenfassenden Methodik in einem eigenen Schritt ermittelt. Hiermit kann auch die Rolle hervorgehoben werden, die dem Definitionsprozess des Begriffs in wissenschaftlichen Zweigen (z.B.: Sozialwissenschaften; s. Kap. 4.1.1) zugeschrieben wird.

Das von Mayring vorgeschlagene Ablaufmodell der induktiv zusammenfassenden Inhaltsanalyse

Der Kern der induktiven Kategorienbildung liegt laut Mayring (2008, S. 74ff) darin, dass Kategorien in einem Verallgemeinerungsprozess direkt aus dem Material abgeleitet bzw. zusammengefasst werden. Das Ziel dieser Methode ist es, eine möglichst gegenstandsnahe Abbildung des Materials ohne Verzerrungen zu erreichen.

In dem Sinn soll die Methodik im Rahmen der Kategorienbildung den gleichen reduktiven Prozeduren folgen, die auch in der zusammenfassenden Inhaltsanalyse mittels dem deduktiven Kategorienbildungsprozess (das Auswertungsinstrument wird vorab von theoretischen Überlegungen abgeleitet) eingesetzt werden. Es handelt sich hierbei um die Aspekte der klassischen Textverarbeitung, welche Mayring als Z-Regeln der Paraphrasierung, der Generalisierung und schließlich der Reduktion benennt. Die folgende Abbildung 8 zeigt das Prozessmodell der induktiven Kategorienbildung. Die hier dargestellten Punkte 1-7 entsprechen dabei jenen allgemeinen Schritten, wie sie unter Kapitel 4.1.2 vorgestellt wurden.

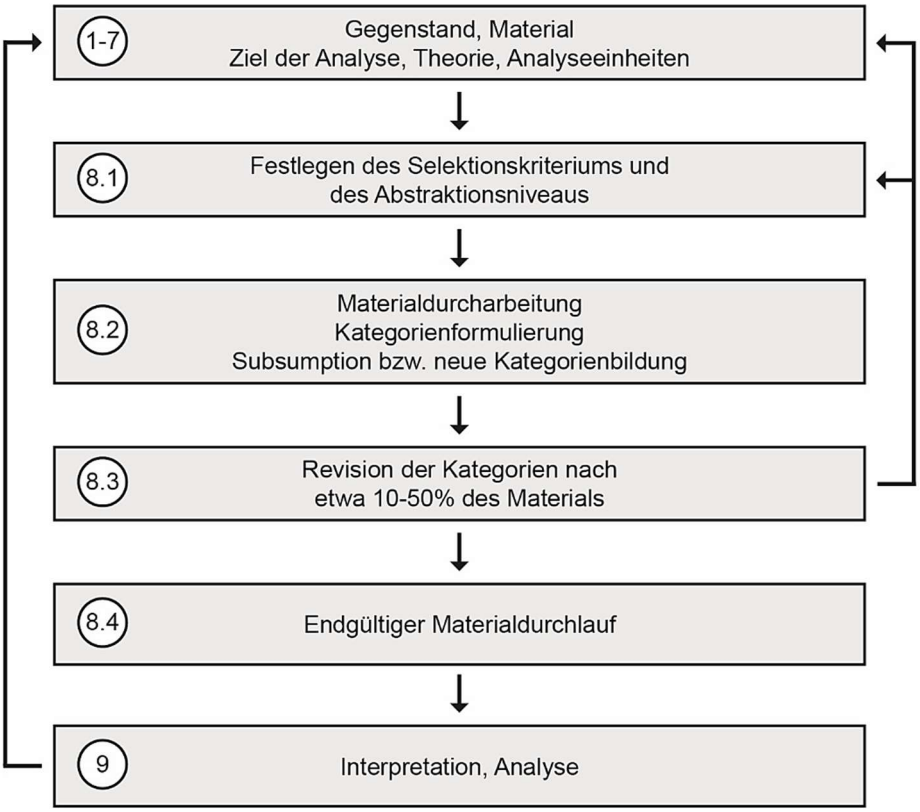


Abbildung 8: *Prozessmodell induktiver Kategorienbildung nach Mayring (Quelle: Mayring 2008, S. 75; eigene Darstellung)*

Der Logik der Inhaltsanalyse folgend muss das Thema der Kategorienbildung vorab theoriegeleitet festgelegt werden (Punkt 4 und 5 im allgemeinen Ablauf, s. Abbildung 7). Aufbauend darauf kann ein Selektionskriterium eingeführt werden, das bestimmt, welches Material für eine Kategoriendefinition herangezogen werden soll. Unwesentliches, Ausschmückendes oder vom Thema Abweichendes kann damit ausgeschlossen werden. Eine konkret formulierte Fragestellung gibt hierfür die Richtung der Analyse vor. Das Festlegen eines Abstraktionsniveaus der zu bildenden Kategorien ist außerdem sinnvoll (Punkt 8.1 der Abbildung 8).

Nach der Bestimmung dieser Regeln wird das Material Zeile für Zeile durchgearbeitet (Punkt 8.2 der Abbildung 8). Greift das Selektionskriterium im Zuge der Materialdurcharbeitung erstmals, wird unter Beachtung des Abstraktionsniveaus die erste Kategorie als Begriff oder als Kurzsatz formuliert. Entspricht das Material erneut dem Selektionskriterium, wird entschieden, ob sich die Textstelle unter der bereits gebildeten Kategorie unterordnen lässt (Subsumption) oder die Bildung einer neuen Kategorie notwendig ist.

Ist auf diese Weise ein Teil des Materials durchgearbeitet worden und müssen nur noch wenig neue Kategorien gebildet werden, wird eine Revision gefordert (Punkt 8.3). Hierbei wird überprüft, ob die Kategorien dem Ziel der Analyse entsprechen (Punkt 4 und 5 in der Abbildung 7) und ob das Selektionskriterium sowie das Abstraktionsniveau vernünftig gewählt wurden. Sollten sich hierbei Änderungen ergeben, muss erneut mit der Analyse begonnen werden. Konnten keine Unstimmigkeiten festgestellt werden, wird die Analyse fortgesetzt und sofern notwendig neue Kategorien hinzugefügt (Punkt 8.4 in der Abbildung 8). Als Ergebnis entsteht schlussendlich ein System an Kategorien zu einem bestimmten Thema, das auf unterschiedliche Weise weiterverwendet werden kann (Punkt 9 in der Abbildung 7). Inwiefern dieses Modell auf die Zusammenführung der Beispielkonzepte der Lebensqualität umzulegen ist, ist im nachfolgenden Abschnitt beschrieben.

Anwendung der induktiv zusammenfassenden Analyseschritte

Die nachstehende Beschreibung bietet in diesem Absatz lediglich einen Überblick bezüglich der Abarbeitung der wesentlichen Analyseschritte der induktiv zusammenfassenden Inhaltsanalyse. Aus Platzgründen ist die ausführlichere Dokumentation dazu dem Anhang A beigefügt.

Wesentliches Ziel des Einsatzes der induktiv zusammenfassenden Inhaltsanalyse an dieser Stelle ist die Bestimmung eines Kategoriensystems, das wichtige Bereiche des Lebens und demnach weit verbreitete Dimensionen in einem breit aufgestellten Konzeptansatz der Lebensqualität repräsentiert. Wie bereits darauf hingewiesen wurde, sollen für diese Zielsetzung die in Kapitel 2.3 vorgestellten Lebensqualitätsbeispiele als Ausgangsmaterialien dienen. Nochmals angeführt, handelt es sich hierbei um folgende Konzepte (s. Tabelle 17):

Tabelle 17: *Übersicht zu den im Rahmen der nachfolgenden Untersuchung einzubindenden Lebensqualitätsbeispielen (s. auch Kapitel 2.3 sowie Tabelle 11; eigene Darstellung)*

Globale Ebene	▫ Human Developement Index (HDI) ▫ Better Life Index (BLI)
Europäische Ebene	▫ Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement ▫ Europäische Erhebung zur Lebensqualität (EQLS)
Nationale/Österreichische Ebene	▫ Sozialer Survey Österreich (SSÖ) ▫ Nachhaltigkeitsstrategie Österreich (ÖSTRAT) ▫ Studie zur Regionalisierten Raumentwicklung
Regionale Ebene	▫ Lisl - Lokales Indikatorensystem für dauerhafte Lebensqualität (Oberösterreich) ▫ LebensQualitätsIndikatoren Graz (LQI)

Konkret konnten anhand dieser Beispiele unterschiedliche Systematisierungen bzw. Dimensionierungen der Lebensqualität vorgestellt werden. Wie in Kapitel 2.3 ebenfalls angesprochen, jedoch nicht weiter dargestellt wurde, wurden diese Kategorien mittels zahlreicher Indikatoren weiter differenziert. Unter Beachtung der Fragestellung, welche unterschiedlichen inhaltlichen Dimensionen einem breit gefassten Verständnis des Ausdrucks Lebensqualität untergeordnet werden können (erste Unterfragestellung des Forschungsansatzes – s. Kap. 4.1), sollen diese unterschiedlichen Kategoriensysteme neu geordnet und in einem einzigen Ansatz integriert werden. Ausschlaggebend für diese Neuordnung sind ihre ursprünglichen inhaltlichen Themen bzw. Dimensionen sowie deren Operationalisierungen (Indikatoren).

Für das konkrete Ablaufmodell dieser Untersuchung wurden die einführenden/allgemeinen Untersuchungsschritte (s. Abbildung 7) mit jenen der induktiv zusammenfassenden Inhaltsanalyse (s. Abbildung 8) kombiniert. Das Ziel der Analyse wurde im vorangehenden Absatz nochmals zusammengefasst (s. auch Abbildung 6). Je ein in der Tabelle 17 genanntes Lebensqualitätskonzept gilt für diesen Zweck als eine einzelne Auswertungseinheit. Ihre jeweiligen Dimensionen und Indikatoren werden der Reihe nach durchgearbeitet, wobei thematisch verwandte Aspekte jeweils (neu) zusammengefasst werden. Als Grundlage hierfür gelten jene Kodier- (einzelner Indikator einer ursprünglichen Dimension etwa des HDI) und Kontexteinheiten (z.B.: Frage einer Lebensqualitätserhebung, die einen Indikator repräsentiert; z.B.: SSÖ), die eindeutig einen thematischen Aspekt einer bestehenden oder neu zu gründenden Kategorie repräsentieren. Da die Beispiele formal in unterschiedlicher Form vorliegen, richtet sich das Abstraktionsniveau nach jenen Beispielen mit dem höchsten Abstraktionsgrad (z.B.: HDI oder BLI: Punktationen der Dimensionen und Punktation der Indikatoren; im Gegensatz dazu: SSÖ mit ausformulierten Fragen und Antwortmöglichkeiten – sie werden in Indikatoren übersetzt). Die Regeln der Paraphrasierung und Generalisierung kommen demnach auch im Rahmen dieser Analyse teilweise zum Einsatz. Nachdem alle Auswertungseinheiten der Reihe nach durchgearbeitet sind, also bestehende Dimensionen auf der Grundlage ihrer Indikatoren gegebenenfalls zusammengeführt und überarbeitet bzw. neu konstituiert werden, erfolgte die Revision. Schlussendlich ergibt sich daraus eine einzige Systematik, die sich aus

Lebensqualitätsdimensionen sowie diesen untergeordneten Indikatoren zusammensetzt und im Rahmen dieser Arbeit als Lebensqualitätsdimension weiterverwendet werden kann.

Inwiefern die jeweiligen Ausgangskonzepte ursprünglich operationalisiert wurden, ist wie auch die detaillierte Darstellung der Untersuchung dem Anhang A zu entnehmen. Der folgende Teilabschnitt stellt schließlich jene Konzeption des Begriffs Lebensqualität vor, die anhand der induktiv zusammenfassenden Inhaltsanalyse abgeleitet wurde.

4.2.3 Bestimmung der definitionsrelevanten Aspekte der Lebensqualität

Nachdem in den voranstehenden Abschnitten die wesentlichen Punkte einer Definition der Lebensqualität sowie die Verfahrensweise des Ableitungsprozesses benannt und vorgestellt wurden, lassen sich die in diesem Zusammenhang relevanten Faktoren wie folgt präzisieren: Ausgehend von der grundlegenden Zielsetzung (s. Kap. 1.1 sowie Kap. 4.1.1) steht die Verwendung des Begriffs im Kontext regionalpolitischen Handelns. Wie im politischen Kontext oft üblich, bilden deshalb sozialwissenschaftliche Definitionsansätze der Lebensqualität den theoretischen Hintergrund zur Ableitung der arbeitseigenen Definition. Grund hierfür ist, dass der Begriff zunächst als neuartige Zieldimension Eingang in die Politik fand; die Ausarbeitung eines entsprechenden Verständnisses entstand zumeist aufgrund einer engen Verzahnung politischer Zielformulierungen sowie sozialwissenschaftlicher Reflexionsprozessen. Dieser Tatsache soll auch im Rahmen dieser Arbeit Rechnung getragen werden.

Das Ziel der Verwendung des im Rahmen dieser Erläuterung konzipierten Ansatzes der Lebensqualität ist es, wie bereits mehrfach dargelegt wurde, anhand einer breit gefassten und an sozialwissenschaftlichen Konzepten orientierten Definition die thematische und charakterliche Bandbreite der LEADER-Lebensqualität in der Periode 2007-2013 zu eruieren. Das entsprechende Lebensqualitätskonzept übernimmt in diesem Zusammenhang demnach die Funktion eines Vergleichs- und Referenzrahmens.

Um weiters einen offenen Ansatz zu garantieren, finden sowohl objektive und subjektive Aspekte als auch materielle und immaterielle Komponenten Eingang in die arbeitseigene Definition. Darüber hinaus wird die Lebensqualität im Rahmen dieser Arbeit auch als Konzept angesehen, das sich auf individuelle sowie kollektive Faktoren des Lebens bezieht. Im Hinblick auf die Systematik wird dem wissenschaftlichen Konsens nach ein multidimensionaler Zugang gewählt. Auch hier soll sich der Anspruch einer inhaltlich breit gefassten Konzeption fortsetzen. Durch die Integration der in Kapitel 2.3 vorgestellten Lebensqualitätskonzepte und deren Systematisierungen sowie Operationalisierungen konnte diesem Anspruch Rechnung getragen werden. Zusammenfassend lässt sich schließlich folgende arbeitseigene Definition der Lebensqualität vorstellen (s. Tabelle 18):

Tabelle 18: *Arbeitseigene Definition der Lebensqualität (Quelle: eigene Ableitung und eigene Darstellung)*

Kontext der Verwendung	Politik
Funktion des Begriffs Lebensqualität	Vergleichs- und Referenzrahmen
Theoretische Grundposition	Synthese aus objektivem und subjektivem Ansatz
Weitere Charakteristika	Multidimensional, materielle und immaterielle Aspekte; individuelle und kollektive/gesellschaftliche Komponenten
Dimensionen der Lebensqualität	1. Bevölkerung 2. Gesundheit 3. Bildung und Weiterbildung 4. Arbeit und Wirtschaft 5. Lebensstandard 6. Wohnverhältnisse 7. Nahversorgung 8. Verkehr und Mobilität 9. Freizeit, Kultur 10. Medien 11. Haushalt 12. Familie 13. Soziale Beziehungen, soziales Verhalten und Einstellungen 14. Politik und politisches Engagement 15. Religion 16. Umwelt 17. Soziale Sicherheit 18. Öffentliche Sicherheit

Wie die Tabelle 18 zeigt, lässt sich die arbeitseigene Lebensqualitätsdefinition anhand von 17 unterschiedlichen Kategorien differenzieren. Welche sowohl quantitativ erfassbaren als auch qualitativ orientierten Indikatoren diesen Dimensionen anhand der induktiv zusammenfassenden Inhaltsanalyse jeweils zugeordnet wurden bzw. sich für diese Kategorien verantwortlich zeigen, ist dem Anhang A-Kapitel 3 zu entnehmen. An dieser Stelle sei lediglich noch auf die Tatsache verwiesen, dass die hier dargestellte Reihung sowohl der jeweiligen Charakteristika als auch der einzelnen Lebensqualitätsdimensionen keine hierarchische Struktur oder Priorisierung widerspiegelt; die einzelnen Aspekte sind jeweils als gleichwertig anzusehen. Inwiefern dieser Vergleichs- und Referenzrahmen im Rahmen der Hauptuntersuchung tatsächlich Anwendung findet, wird in den folgenden Abschnitten näher erläutert.

4.3 Vorbereitende Schritte zur Anwendung der arbeitseigenen Lebensqualitätsdefinition

Nachdem im vorherigen Abschnitt die Herleitung der arbeitseigenen Lebensqualitätsdefinition beschrieben wurde, sind vor der Fokussierung auf die diesen Prozess anschließende Untersuchung (Erarbeitung der Grundlagen zur Beantwortung der Hauptfragestellung) auch hierfür noch einige Aspekte zu klären. Um welche Punkte es sich konkret handelt, ist deshalb im anschließenden Unterkapitel dargestellt.

4.3.1 Allgemeine Vorüberlegung

Die gerade angesprochenen Aspekte, die im Vorfeld der weiterführenden Analyse diskutiert werden müssen, wurden bereits im Zuge der Präsentation der Fragestellung aufgeworfen. Zum einen handelt es sich hierbei um die Wahl einer LEADER-Region der Periode 2007-2013, deren Lebensqualitätsmaßnahmen bzw. deren Anträge der Logik der zentralen Forschungsfrage folgend der arbeitseigenen Definition des Begriffs (s. Kap. 4.2.3) gegenübergestellt werden. Welches österreichische Gebiet hierfür tatsächlich selektiert wird und welche charakterlichen Merkmale in dessen Kontext vorzustellen sind, ist deshalb in einem der folgenden Abschnitte festgehalten: Neben einem Überblick zur regionalen Ausgangslage zu Beginn der Förderphase 2007-2013 werden die strategische Ausrichtung 2007-2013 sowie die darauf aufbauende Umsetzung des LEADER-Ansatzes der Beispielsregion skizziert (s. Kap. 4.3.3). Nachdem die Forschungsfrage nach einer Definition der LEADER-Lebensqualität verlangt, bildet den Schwerpunkt der Erläuterung die im Anschluss daran vorgestellte Präsentation der Untersuchungsergebnisse. Sie geht mit einer detaillierteren Betrachtung der realisierten Lebensqualitätsmaßnahmen der Beispielregion in der Programmphase 2007-2013 einher (s. Kap. 4.4).

Zum anderen ist vorab auch die zur Ergebnisgenerierung zum Einsatz kommende methodische Vorgehensweise weiter zu präzisieren und darzulegen. Es handelt sich hierbei um die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse, deren allgemeines Ablaufmodell bereits in Kapitel 4.1.2 vorgestellt wurde. Inwiefern sie im Rahmen dieser Arbeit zur Anwendung kommt, ist deshalb dem nachfolgenden Kapitel zu entnehmen.

4.3.2 Methodische Vorgehensweise: die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse nach Mayring

Im Rahmen des vorliegenden Kapitels wurde bereits mehrmals darauf hingewiesen, dass die arbeitseigene Definition der Lebensqualität anhand der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse nach Mayring (2008, 2010) den LEADER-Maßnahmen unter dem Ziel „Verbesserung der Lebensqualität“ der Periode 2007-2013 einer Beispielregion bzw. den jeweiligen Projektanträgen gegenübergestellt wird. Speziell im Zuge der einleitenden Erläuterung zu dieser Methodik (s. Kap. 4.1.2) konnte der wesentliche Vorteil dieser Vorgehensweise herausgestrichen werden: Da Lebensqualitätsdefinitionen anhand von Kategorien systematisiert und operationalisiert, also definiert werden und der Kern einer qualitativen Inhaltsanalyse solch ein Kategoriensystem darstellt, bietet sich ihr Einsatz für eine inhaltliche Gegenüberstellung an. Inwiefern die allgemeinen Arbeitsschritte, wie sie in Kapitel 4.1.2 dargestellt wurden und auch im Rahmen dieser Analyseform Anwendung finden, erweitert werden müssen, wird deshalb im Folgenden erläutert.

Das von Mayring vorgeschlagene Ablaufmodell der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse

Die strukturierende Inhaltsanalyse bezeichnet Mayring (2008, S. 82) in seinen Ausführungen als „*wohl zentralste inhaltsanalytische Technik*“. Wesentliches Ziel ist es, unter Verwendung eines Kategoriensystems eine bestimmte Struktur aus dem Untersuchungsmaterial herauszufiltern und zusammenzufassen. Die Kategorien selbst müssen dabei entweder im Vorfeld oder im Zuge der Untersuchung, jedoch immer theoriegeleitet und von der Fragestellung abgeleitet, entwickelt werden. Laut der Abbildung 9 entspricht dies dem ersten spezifischen Schritt dieser methodischen Vorgehensweise, um den das allgemeine Ablaufmodell einer qualitativen Inhaltsanalyse erweitert werden muss (Punkt 8.1).

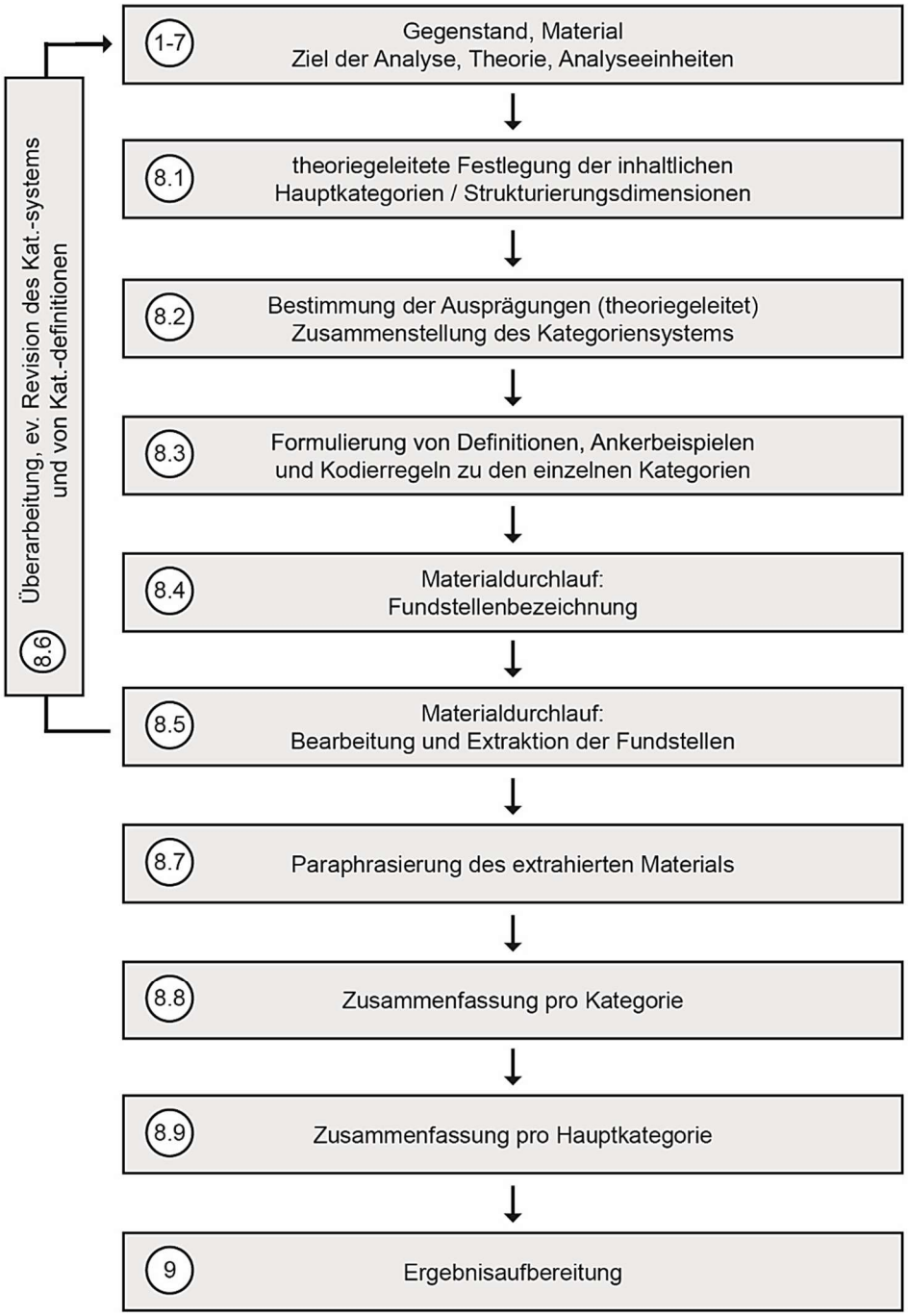


Abbildung 9: *Prozessmodell der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse nach Mayring (Quelle: Mayring 2008, S. 84 und 89; eigene Darstellung)*

In den meisten Fällen werden diese Hauptkategorien weiter differenziert und mittels Ausprägungen (Unterkategorien) näher präzisiert (Punkt 8.2). Mittels Konstruktions- und Zuordnungsregeln werden diese Strukturierungsdimensionen genau bestimmt. Um eine eindeutige Anwendbarkeit und die Nachvollziehbarkeit der Analyse zu gewährleisten, werden diese Regeln zu einem Kodierleitfaden bestehend aus Kategoriendefinitionen, Ankerbeispielen und Kodierregeln zusammengefasst (Punkt 8.3). Vor der tatsächlichen Untersuchung wird nach diesen Festlegungen in einem Probedurchgang überprüft (Punkt 8.4 - 8.6), ob die Kategorien greifen und ob deren Definitionen, Ankerbeispiele sowie die Kodierregeln eine eindeutige Zuordnung ermöglichen. Jene Textstellen, die im Kontext dieser Regeln in die Analyse einfließen, werden zuerst in Paraphrasen übersetzt sowie anschließend per Unterkategorie, dann pro Hauptkategorie zusammengefasst (Punkte 8.5 – 8.9; es gelten dabei die Regeln der Zusammenfassung, wie sie bereits bei der induktiv zusammenfassenden Inhaltsanalyse angesprochen wurden). Durch den Probedurchgang ergibt sich in der Regel eine Überarbeitung der

bestehenden Kategorien, womit eine Anpassung der Inhalte sowie die Festlegung neuer Kategorien gemeint sind. Schlussendlich werden die Ergebnisse zusammengefasst und in Richtung der Fragestellung interpretiert (Punkt 9). Inwiefern dieses Modell im Rahmen der nachstehend beschriebenen Untersuchung zum Tragen kommt, wird im folgenden Abschnitt herausgearbeitet.

Anwendung der inhaltlich strukturierenden Analyseschritte

Kurz zusammengefasst zielt die Anwendung der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyseschritte darauf ab, die charakterlichen und thematischen Strukturen der LEADER-Lebensqualität der Programmphase 2007-2013 zu eruieren. Näher präzisiert bedeutet dies, dass die unter dem Ziel „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum" der Periode 2007-2013 eingereichten Projektanträge unter den Aspekten einer charakterlich und inhaltlich weit gefassten Definition der Lebensqualität beurteilt werden sollen. Zum einen soll demnach darauf geachtet werden, ob und inwiefern der Begriff Lebensqualität im Rahmen der Projektanträge verwendet wurde (Beurteilung der definitionsrelevanten Charakteristika). Zum anderen soll auch die inhaltliche Ausrichtung der Lebensqualitätsmaßnahmen im Kontext der arbeitseigenen Definition reflektiert werden (s. Unterfragestellung der Hauptfragstellung in Kapitel 4.1. Wesentliche Voraussetzung hierfür ist die neben der Festlegung einer Lebensqualitätsdefinition, wie sie bereits im Rahmen des Kapitels 4.2 abgeleitet wurde, die Akquise aller in einer Beispielregion umgesetzten LEADER-spezifischen Lebensqualitätsprojekte.

Wie auch bei der induktiv zusammenfassenden Analyse wird im Rahmen dieses Abschnittes nur ein Überblick zur methodischen Vorgehensweise vorgestellt. Eine detailliertere Beschreibung, die die schrittweise Auseinandersetzung mit den jeweiligen Analyseschritten der Abbildung 9 (inklusive Kodierleitfaden) wiedergibt, ist im Anhang B nachzulesen. Zu erwähnen sei an dieser Stelle, dass das im Abschnitt zuvor dargestellte Ablaufmodell unter dem Gesichtspunkt, dass das Kategoriensystem bereits erarbeitet wurde, leicht abgewandelt wird.

Details zum Untersuchungsmaterial (LEADER-Projektanträge im Zuge des Ziels „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum" der Periode 2007-2013), wie es die ersten Schritte (Punkte 1 – 3) der Inhaltsanalyse laut Abbildung 7 vorschreiben, werden im Anhang B näher erläutert. Auch die Richtung der Untersuchung sowie deren Fragestellungen (Punkt 4 und 5 in Abbildung 7) wurde bereits mehrfach angesprochen (z.B.: einleitenden Sätze dieses Abschnitts bzw. Kapitel 4.1.1); die Unterfragestellungen des Forschungsansatzes zielen demnach darauf ab, zunächst auf eine direkte Verwendung des Ausdrucks Lebensqualität in den einzelnen Projektbeschreibungen zu achten. Sofern der Begriff tatsächlich einbezogen wurde, wird der Kontext dieser Verwendung angegeben. Zusätzlich zu dieser Beurteilung seiner Funktion (Begriff Lebensqualität als Zielgröße, Messgröße oder Schlagwort), wird mithilfe der arbeitseigenen Lebensqualitätsdefinition (s. Kap. 4.2.3) versucht, den Ausdruck weiter zu charakterisieren (z.B.: objektiv oder subjektiv etc.). Sollte der Begriff nicht verwendet worden sein, stehen lediglich die folgenden Punkte im Fokus der Analyse.

Im Anschluss an diese erste Einschätzung konzentriert sich die weitere Untersuchung auf die gesamte Maßnahme und deren (inhaltliche) Gestaltung. Ziel ist es, die jeweilige Projektbeschreibung – je ein Projektantrag stellt eine Analyseeinheit dar (Punkt 7 der Abbildung 7) – den Kategorien der arbeitseigenen Definition der Lebensqualität (s. Kap. 4.2.3) gegenüberzustellen: Neben der Systematisierung der Projekte in Lebensqualitätsdimensionen werden mithilfe des Kodierleitfadens deshalb auch die Lebensqualitätscharakteristika (materiell/immateriell; individuell/gesamtgesellschaftlich) eruiert. In dem Sinn werden die Aspekte der Materialität der Fördergegenstände (materieller oder immaterieller Natur) sowie die Wirkungskreise der Projekte (profitieren einzelne Individuen, ein Kollektiv, eine gesamte Kommune oder die gesamte Region[37]) analysiert. Es soll abgeschätzt werden, wie differenziert der Begriff Lebensqualität im Rahmen der Umsetzung unabhängig von der vorgegebenen Systematisierung in die Bereiche Dienstleistungen, Dorferneuerung und Naturschutz behandelt wurde bzw. beschrieben werden kann. Als Strukturierungsdimensionen bzw. Hauptkategorien (Punkt 8.1 der Abbildung 9) dienen hierbei jene

[37] Die jeweiligen Definitionen zu den hier genannten Untersuchungskategorien sind in der Beschreibung des Kodierleitfadens nachzulesen.

Merkmale des Begriffs Lebensqualität, wie sie für die arbeitseigene Definition der Lebensqualität (Kap. 4.2.3, Tabelle 18: Funktion des Begriffs, theoretische Positionierung des Konzepts, Charakteristika, Lebensqualitätsdimensionen) festgelegt wurden. Um Zuordnungsprobleme und Missverständnisse zu vermeiden, werden diese Kategorien – sofern notwendig, also durch die bestehende Lebensqualitätsdefinition noch nicht abgedeckt – im Rahmen der Untersuchung weiter präzisiert und um Ankerbeispiele ergänzt.

Die Hauptkategorie der Lebensqualitätsdimensionen konnte unter der Zuhilfenahme der Indikatoren weiter in Unterkategorien – die jeweiligen Themengebiete wie beispielsweise „Bildung", „Arbeit und Wirtschaft" oder „Religion" – differenziert werden. Als Ausprägungen dieser Unterkategorien werden die jeweiligen, diesen Kategorien untergeordneten Indikatoren angesehen. Sie fungieren gleichzeitig auch als Ankerbeispiele hierfür (Punkt 8.1 – 8.3 der Abbildung 9).

Der Materialdurchlauf selbst wird für diese Untersuchung angepasst (Punkte 8.4 – 8.6 der Abbildung 9). Konkret wird auf eine vorangehende Fundstellenbezeichnung (Punkt 8.4) sowie auf die Bearbeitung und Extraktion (8.5) im Wesentlichen verzichtet. Stattdessen steigt die Analyse bei Punkt 8.7, der Paraphrasierung des extrahierten Materials sowie der Zusammenfassung der Kategorie nach (Punkt 8.8), ein. Die Überarbeitung und gegebenenfalls Revision des Kategoriensystems (Punkt 8.6) sowie ein neuerlicher Materialdurchlauf werden erst vorgenommen, wenn alle Analyseeinheiten durchgearbeitet wurden. Die Ergebnisse der Untersuchung, die in diesem Fall durch die Zusammenfassung pro bzw. Zuordnung zu einer Kategorie generiert werden (Punkt 8.8; im weiteren Verlauf als „kodiert" bzw. „Kodierung" bezeichnet), werden schließlich in textlicher Form im Anschluss vorgestellt. Die Aufbereitung richtet sich dabei zunächst nach der ursprünglichen Differenzierung der LEADER-Lebensqualitätsmaßnahmen der Periode 2007-2013 (Dienstleistungen zur Verkehrserschließung (M 321 a), Dienstleistungseinrichtungen im Bereich Erneuerbare Energie (M 321 c); Dorfentwicklung (M 322) und Naturschutz (M 323)). Darüber hinaus werden auch die Inhalte jener Kategorie beschrieben, in deren Zuge allgemein Projekte zur Steigerung der Lebensqualität und Diversifizierung subventioniert wurden ohne sie in eine konkrete Maßnahmenkategorie zuzuordnen (M 413). Es wird erwartet, dass die Ergebnisse hierzu, da die Maßnahmen von der vorgegebenen Maßnahmenstrukturierung (M 321, M 322, M 323) relativ losgelöst umgesetzt wurden, weitere wertvolle Erkenntnisse zur Beantwortung der Fragestellung liefern können. Die Aufbereitung besteht sowohl aus textlichen Beschreibungen als auch einer tabellarischen Übersicht am Ende der Erläuterungen der jeweiligen Maßnahmenkategorie. Erst im Anschluss daran werden die Ergebnisse in einem zusammenfassenden Abschnitt kumulativ diskutiert (s. Kap. 4.5). Bevor jedoch die konkreten Ergebnisse präsentiert werden können, widmet sich die nachstehende Erläuterung der Beschreibung der gewählten Beispielregion.

4.3.3 Die LEADER-Region Auland Carnuntum: Ausgangslage, Strategie und Umsetzung des EU-Förderprogramms

Zur Beantwortung der Fragestellung dieser Arbeit, wie sich die LEADER-Umsetzung im Kontext eines sozialwissenschaftlich angelegten Konzepts der Lebensqualität in einer LEADER-Region der Periode 2007-2013 vor allem inhaltlich definieren lässt, wurde die damalige Region Auland Carnuntum (auch: Römerland Carnuntum) im Osten Österreichs ausgewählt (s. Abbildung 10)[38]. Bei dieser Region handelt es sich zwar um keine Region, die so wie viele Gebiete Österreichs unter dem Druck des Bevölkerungsverlusts litten, da im Zeitraum vor der Strukturperiode 2007-2013 insgesamt ein leichtes Bevölkerungsplus von etwa 5% verzeichnet werden konnte (vgl. (LAG AC 2007), S. 10). Dennoch können auch hier unterschiedliche Herausforderungen genannt werden, die im Rahmen der LEADER-Umsetzung zu beachten waren. Maßgeblich ist hierbei etwa die Lage des Gebiets zwischen den beiden europäischen Hauptstädten Wien und Bratislava, die überregional zwar zahlreiche Arbeitsplätze bietet, dennoch Phänomene wie lokale Abwanderungsprozesse bzw. Überalterung oder die Errichtung von

[38] Da für die Erarbeitung der zentralen Fragestellung ein qualitativer Forschungsansatz gewählt wurde, kann die Fallstudienzahl grundsätzlich auf eine geringe Menge reduziert werden. Aus dem Grund heraus, dass der LEADER-Ansatz in einem festgelegten System von der Europäischen Union vorgegebenen Rahmenbedingungen realisiert wird, kann außerdem davon ausgegangen werden, dass die Ergebnisse für weitere Beispiele (in diesem Kontext die jeweiligen LEADER-Regionen) repräsentativ sind.

Zweitwohnsitzen etc. fördert. Welche Herausforderungen und Risiken, Chancen und Potentiale der Regionalentwicklungsverein zu Beginn der Förderperiode für die LEADER-Umsetzung benannte, ist mitunter der nachfolgenden Beschreibung durch die Zusammenfassung der Lokalen Entwicklungsstrategie (LES) (vgl. LAG AC 2007)[39] zu entnehmen. Die Erläuterung dazu wird außerdem ergänzt durch die Vorstellung der strategischen Ausrichtung der Region Auland Carnuntum.

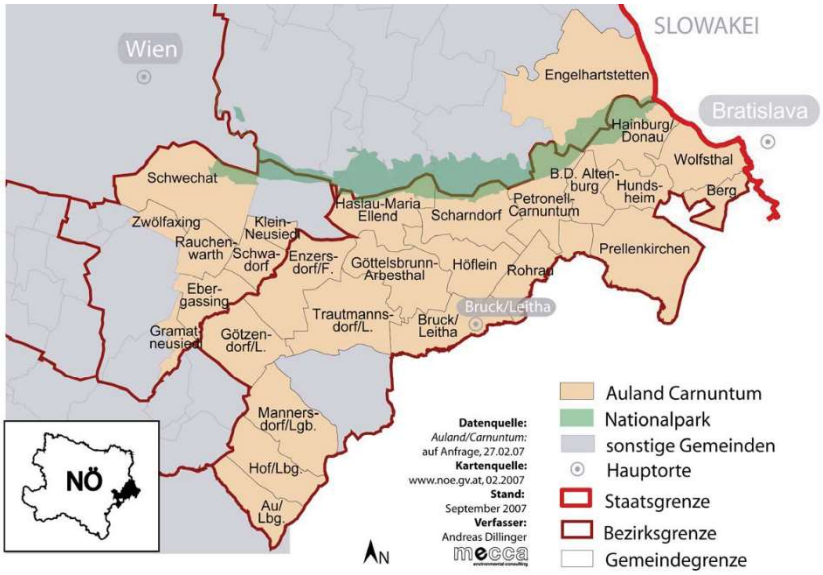


Abbildung 10: *Karte der LEADER-Region Auland Carnuntum in der Programmperiode 2007-2013 (Quelle: LAG AC 2007, S. 8)*

Um die Region im Detail kennenzulernen, bedürfe es einer ausführlichen Regionalanalyse. Da sie in der öffentlich zugänglichen LES jedoch bereits dargestellt wurde, sind anhand der nachfolgenden Punktation nur deren wichtigste Aspekte zusammengefasst.

- Anbindung: Aufgrund ihrer Lage verfügt die Region AC über mehrere bedeutende Verkehrsachsen. Mit der A4, der Ostautobahn, sowie der Ost- und der Nord-Südbahn für den Zugverkehr ist die Region sowohl mit Wien als auch mit den östlichen und südlichen Nachbarstaaten verbunden. Von besonderer Bedeutung ist außerdem der internationale Flughafen Wien-Schwechat.
- Demographie: Im Jahr 2006 lebten in der Region AC rund 66.500 EinwohnerInnen (etwa 4,2% der niederösterreichischen Bevölkerung[40]). In der Einleitung dieses Kapitels bereits angesprochen wurden außerdem das insgesamt leichte Bevölkerungswachstum von etwa +5% sowie die Bevölkerungsstruktur. Letztere zeigte im Gegensatz zur Bevölkerungsentwicklung ein ähnliches Bild zum allgemeinen bundeslandweiten Trend: Mit schrumpfenden Zahlen in den Altersklassen 0-14 sowie 15-44 war auch in der Region AC eine Tendenz zur Überalterung erkennbar.
- Bildung: Darstellungen zum Bildungsniveau der Wohnbevölkerung ließen erkennen, dass der Bildungstand von West nach Ost kontinuierlich abnahm. Gemeinden in der Nähe zu Wien zeigten demnach einen höheren Anteil von Hochschul- und hochschulverwandte Abschlüssen sowie Ausbildung im Rahmen einer AHS, BHS oder einem Kolleg (z.B.: Zwölfaxing) als Kommunen im Osten der Region (z.B.: Wolfsthal).
- Arbeitsmarkt: Mit einer Arbeitslosigkeit von rund zweieinhalb Prozent im gesamten Gebiet herrschte in der Region insgesamt Vollbeschäftigung. Eine Darstellung zur Veränderung der Arbeitslosigkeit ließ jedoch auch starke regionale Unterschiede erkennen: In vielen Gemeinden kam es durch kurzfristige wirtschaftliche Veränderungen 2004 und 2006 zu einem Anstieg der

[39] Die folgende Erläuterung stützt sich ausschließlich auf die Inhalte der LES der Periode 2007-2013. Für eine bessere Lesbarkeit wird im Folgenden auf eine wiederholte Quellenangabe aus diesem Grund verzichtet.

[40] Bei den präsentierten Daten handelt es sich ausschließlich um Zahlen, die in der LES im Zuge der Beschreibung des Ist-Zustands angeführt wurden und demnach die Situation vor bzw. zu Beginn der europäischen Förderperiode 2007-2013 beschreiben. Auf einen Vergleich mit aktuelleren Daten wurde aus Platzgründen bewusst verzichtet. Darüber hinaus wird eine Analyse zu deren Veränderungen über die Förderperiode hinweg als Fragestellung angesehen, die im Rahmen einer weiterführenden Untersuchung etwa zu den konkreten Wirkungen und Effekten der LEADER-Förderperiode 2007-2013 in der Region AC analysiert werden könnte.

Arbeitslosigkeit. Allgemein sind die Gemeinden der Region AC jedoch AuspendlerInnengemeinden, wobei Wien als Standort vieler Arbeitsplätze eine besondere Rolle zukommt. Im Jahr 2001 galten lediglich Schwechat, Bruck an der Leitha sowie Zwölfaxing als EinpendlerInnengemeinden.

- Wirtschaft: In der Region AC konnte zu Beginn der Förderperiode eine Vielfalt an unterschiedlichen Branchen verzeichnet werden. Zum Teil handelte es sich hierbei um sehr große Betriebe (z.B.: OMV-Standort in Schwechat, Flughafen Wien-Schwechat), die heute noch viele Arbeitsplätze bieten und die Region stark prägen. Positiv hervorzuheben ist außerdem die im landesweiten Vergleich überdurchschnittlich hohe Gründungsintensität. Sie war aufgrund der Verkehrsanbindung vor allem in der Wiener Umgebung am stärksten ausgeprägt. Eine Betrachtung der Verteilung der Erwerbspersonen über die drei Wirtschaftssektoren zeigte darüber hinaus, dass die Gemeinde Göttlesbrunn-Arbesthal mit einem Anteil von etwa 14% der im land- und forstwirtschaftlichen Bereich Beschäftigten weit über dem nationalen Durchschnittswert (Stand 2006: 5,6%) lag. Im sekundären Sektor führte Ebergassing mit 37,5%; der Dienstleistungssektor war am stärksten in der Gemeinde Bad Deutsch-Altenburg mit 80,4% ausgeprägt.
- Landwirtschaft: Im österreichweiten Maßstab war die Region zu Beginn der Förderperiode ein intensiv landwirtschaftlich genutztes Gebiet. Die Gemeinden mit dem höchsten Anteil an der Katasterfläche konzentrierten sich dabei auf den mittleren Bereich der Region (höchster Wert in Rauchenwarth mit 90,2% landwirtschaftlich genutzter Fläche). Vorwiegend wurde hier Ackerbau betrieben; die Grünlandbewirtschaftung wie auch die Forstwirtschaft – diese konzentrierte sich auf den südlichen Bereich bzw. auf das Augebiet im Norden – spielten dagegen eine eher untergeordnete Rolle. Als wichtiger Produktionsschwerpunkt galt neben dem Ackerbau speziell der Weinbau. Im Süden der Region stellte außerdem die Tierhaltung eine bedeutende Erwerbsquelle dar. Im Zuge der Regionalanalyse wurde darüber hinaus auch die Bedeutung der Verarbeitung und Produktveredelung landwirtschaftlicher Produkte in der Region hervorgehoben (z.B.: Ozean Fisch und Feinkosterzeugung in Gallbrunn). Die landwirtschaftlichen Betriebe wurden in der LES bezüglich ihrer zu bewirtschaftenden Fläche als relativ groß und insgesamt als lebensfähig bezeichnet.
- Tourismus: Aufgrund von Ausweitungen des touristischen Angebots im Vorfeld der Förderperiode konnten Steigerungen bei den Ankünften, den Übernachtungen sowie der durchschnittlichen Verweildauer in der Region festgestellt werden. Stark beeinflusst wurden diese Zahlen jedoch von jenen der Gemeinde Schwechat, die aufgrund des Flughafens weit über jenen der anderen Gemeinden lagen. Als bedeutende touristische Betriebe und Ausflugsziele sind in der Region vor allem die römische Ausgrabungsstätte Carnuntum, das kaiserliche Festschloss Hof sowie das Kurzentrum Bad Deutsch Altenburg bekannt. Gesondert hervorgehoben wurde unter dieser Rubrik außerdem das Thema Nebenwohnsitze: Aufgrund der Nähe zu den Ballungsräumen sowie der Ansiedlungspolitik einzelner Gemeinden wies die Region AC gemessen an ihrer Gesamtbevölkerung einen sehr hohen Anteil an Nebenwohnsitzen auf. Im Westen stachen so die Gemeinden Berg und Prellenkirchen mit Werten bis zu 62,3% bzw. 53,4% heraus.
- Umwelt und Naturschutz: In der Region AC gab es zur Zeit der Erstellung der LES eine große Zahl unterschiedlich intensiv geschützter und wertvoller Flächen (z.B.: Natura 2000-Gebiete, Natur- und Landschaftsschutzgebiete, Naturpark etc.). Das bekannteste Schutzgebiet ist etwa der Nationalpark Donauauen, wobei auch das restliche Netz der Flüsse (z.B.: Schwechat, Leitha, Fischa) als attraktive Landschaften bezeichnet und bezüglich deren Rolle für Naherholung und der Lebensqualität als wichtig beurteilt wurden.

Wie auch im PELR bilden die Ausführungen zur Situation in der Region AC zu Beginn der Förderperiode die Grundlage für die Analyse der sozioökonomischen Lage im Gebiet. Durch Einschätzungen unterschiedlicher, in den Erstellungsprozess der LES integrierten Arbeitsgruppen ergänzt, wurden die Ergebnisse zur regionalen Situation mittels einer Stärken/Schwächen- und Chancen/Risiko-Analyse von der LAG zusammengefasst. In sechs unterschiedliche Themenblöcke (s. weiter unten) unterteilt, konnten so die regionsinternen Problemlagen und Entwicklungspotentiale sowie die externen Chancen und Risiken identifiziert werden. Sie bildeten wiederum die Basis für die Formulierung der strategischen Ausrichtung, die im folgenden Abschnitt umrissen wird.

Die strategische Ausrichtung der Region Auland Carnuntum

Die LES für die Strukturperiode 2007-2013 in der LEADER Region AC zielte auf eine multifunktionale, nachhaltige und wettbewerbsfähige Land- und Forstwirtschaft sowie Klein- und Kleinstunternehmensstruktur in einem vitalen und attraktiven ländlichen Raum ab. Die Verbesserung der wirtschaftlichen Situation, der Lebensqualität und der Einkommenssituation der Bevölkerung, insbesondere jener von Frauen und Jugendlichen, galten als weitere Prioritäten. Die strategische Ausrichtung des Gebiets orientierte sich damit eindeutig an jener des PELR bzw. an den europäischen Vorgaben (s. Kap. 3).

Erarbeitet wurde die Strategie im Zeichen der LEADER-eigenen Charakteristik, einem bottom-up-Prozess. Die LES selbst sollte sich als integrierter gebietsbezogener Ansatz mit innovativen Aktionsfeldern auszeichnen, der durch eine laufende Qualitätskontrolle abzusichern war. Im Zuge des Erarbeitungsprozesses der LES etablierten sich jedenfalls drei inhaltliche Schwerpunkte, die als Bindeglied zwischen der gerade vorgestellten strategischen Ausrichtung sowie den konkreten Aktionsfeldern, wie sie weiter unten benannt werden (s. Tabelle 19), fungierten. Es handelt sich hierbei um folgende Themen (vgl. LAG AC 2007, S .30f):

- Kooperation von Wirtschaft (Tourismus) und Landwirtschaft

Im Rahmen der LES-Erarbeitung wurde der Wunsch deutlich, branchenübergreifende Zusammenarbeiten in der Region AC zu stärken. Vor allem in den Bereichen Landwirtschaft, Gastronomie, Wirtschaft und dem Tourismus sollten der Aufbau funktionierender Netzwerke und Dienstleistungsketten sowie die Stärkung gemeinsamer Produkt- und Technologieentwicklungen dazu beitragen, das Erwerbseinkommen in allen Sektoren und das Arbeitsplatzangebot zu sichern. Regionale Synergien sollten durch branchenübergreifende Kooperationsstrukturen gefördert und dadurch auch der Zugang zu neuen Märkten ermöglicht werden.

- Erneuerbare Energie und Technologie

Erneuerbare Energien und Technologien galten in der Region AC bereits vor der Strukturperiode 2007-2013 als wichtige Themenkomplexe. Mit dem Ziel, diesen Bereich weiterhin zu fördern, kristallisierten sich vor allem die Aspekte einer verbesserten Energieversorgung aus nachhaltigen Rohstoffen sowie die stärkere Verknüpfung verschiedener Energieträger der Region als wichtige Prioritäten heraus. Gezielte Qualifizierungsmaßnahmen und innovative Lösungen sollten ungenutzte regionale Potentiale nutzbar machen und zusätzliche Erwerbsmöglichkeiten für Land- und ForstwirtInnen schaffen. Generell sollte die Wirtschaftlichkeit von Betrieben gesichert werden. Als Impulszentrum sollte der Energiepark Bruck an der Leitha außerdem eine tragende Rolle einnehmen.

- Qualifizierung (Humanressourcen), Weiterbildung und Sozialkapital

Ziel dieses Themenkomplexes war es, den Standortvorteil der Region AC zwischen den zwei Ballungsräumen Wien und Bratislava durch eine verbesserte Qualifizierung der regionalen Bevölkerung (insbesondere der Frauen und Jugendlichen) zu steigern. Die Entwicklung, Sicherung und Verbesserung lokaler und regionaler Wirtschaftskreisläufe, der Wettbewerbsfähigkeit von Produkten und Dienstleistungen, innovativer Maßnahmen und Technologien sowie neuer Ansätze in der Zusammenarbeit in den Bereichen Wirtschaft und Landwirtschaft sollten so gefördert werden. Regionsübergreifende Herausforderungen sollten mit abgestimmten Bildungs- und Qualifizierungsangeboten sowie Service- und Informationskampagnen begegnet werden. Lokal, regional und überregional handelnde Institutionen und Personen sollten mit den einzelnen Gemeinden kooperieren und auch regionalspezifische Angebote kreieren.

Anhand der Durchsicht dieser drei Schwerpunktsetzungen der LES wird deutlich, dass sich als ihr gemeinsamer Nenner die Förderung von Zusammenarbeiten und der Aufbau von Kooperationsstrukturen auf regionaler Ebene in allen angesprochenen Sektoren und demnach auch in allen Aktionsfeldern benennen lassen. Diese angesprochenen Themenfelder repräsentierten im Folgenden schließlich konkrete Bereiche für die Umsetzung. Nach deren Analyse durch die LAG und den Arbeitsgruppen sowie der Erläuterung der strategischen Ausrichtung wurden ihnen sowohl konkrete Ziele als auch angestrebte Resultate zugeordnet. Als Startimpulse wurden dazu außerdem erste Projektansätze (inkl. Angaben zum Bezug zur LES, mögliche PartnerInnen, Kooperationsmöglichkeiten etc.) vorgeschlagen. Um einen Überblick über die Bandbreite der jeweiligen Inhalte zu geben, werden

die einzelnen Ziele – teilweise ergänzt durch Aspekte aus der SWOT-Analyse, den angestrebten Resultaten der Aktionsfelder sowie der Beschreibung des jeweiligen Aktionsfeldes – anhand der folgenden Tabelle (Tabelle 19) dargestellt:

Tabelle 19: *Aktionsfelder der LEADER-Region AC (Quelle: LAG AC 2007, S. 25ff; eigene Darstellung)*

Regionale Identität und Bildung	**Wirtschaft und Mobilität**
▫ Vernetzung von Kultur- und Bildungseinrichtungen sowie Ausweitung des Angebots auf regionaler Ebene; ▫ Entwicklung einer regionsumspannenden Identität; ▫ Erhaltung und Pflege regional verankerter Ernährungskultur; ▫ Stärkung der lokalen Identität und Aktivierung des sozialen Kapitals der Bevölkerung und damit der Innovationskraft als Voraussetzung eines lebendigen ländlichen Raums; ▫ Nachhaltige Erhaltung einer attraktiven Landschaft/Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes sowie der Funktionsfähigkeit des Ökosystems.	▫ Sicherung und Ausbau einer funktionierenden und nachhaltigen Wirtschaft inklusive der Arbeitsplätze sowie der Standortvorteile; ▫ Stärkung von landwirtschaftlichen Betrieben durch Diversifizierung; ▫ Professionalisierung und Optimierung der Marktchancen sowie der Wertschöpfung insbesondere von Kleinstunternehmen; ▫ Entwicklung und Stärkung von Synergien zwischen der Bevölkerung und ländlicher Wirtschaft sowie bestimmter kommunaler Dienstleistungen; ▫ Verbesserung der Infrastruktur für den Transport von Personen und Güter; ▫ Regionale Vernetzung und sanfte Mobilität ▫ Anbindung an Wirtschaftsräume.
Natur, Umwelt, Energie und Kreislaufwirtschaft	**Landwirtschaft, Wein, Sonderkulturen und Kulturlandschaft**
▫ Schutz des funktionierenden und vielfältigen Ökosystems/Verbesserung des gesellschaftlichen, ökologischen und öffentlichen Wertes natürlicher Flächen und Ressourcen; ▫ Erhöhung der Sensibilisierung der ländlichen AkteurInnen zu Umweltthemen; ▫ Versorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung mit Energie aus erneuerbaren Energiequellen; ▫ Sicherung, Wiederherstellung und Verbesserung der Funktionsfähigkeit der Kulturlandschaft und des Landschaftsbildes unter Berücksichtigung von ökologischen Erfordernissen; ▫ Verbesserung und Sicherung der Wasserressourcen durch wasserbauliche und kulturtechnische Maßnahmen im öffentlichen Interesse zur Erhaltung und Gestaltung der Kulturlandschaft sowie zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen Boden und Wasser.	▫ Erhaltung der attraktiven Landschaft auch für zukünftige Generationen; ▫ Schaffung neuer landwirtschaftlicher Wertschöpfungsketten durch neue Bewirtschaftungs- und Produktionsverfahren inklusive Förderung von Kooperationsstrukturen; ▫ Umsetzung der Ziele der Nachhaltigkeitsstrategien von Europäischer Union und Österreich; ▫ Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes; ▫ Erhaltung und Pflege regional verankerter Ernährungskultur.
Tourismus und Kultur	**Dorferneuerung und Lokale Agenda 21**
▫ Nutzung der natürlichen regionalen Ressourcen und des kulturellen Erbes für touristische Zwecke unter Bewahrung und Schutz der Natur und Kultur des ländlichen Raumes für die einheimische Bevölkerung; ▫ Verbesserung der touristischen Verwaltung, Organisation und Infrastruktur; ▫ Verbesserung der Erholungswirkung der natürlichen Umwelt wie der Wälder und der Auen; ▫ Verbesserung der Lebens- und Wirtschaftsbedingungen durch eine landschaftsschonende Erschließung von Siedlungs-, Wirtschafts-, Erholungs- und Kulturflächen.	▫ Erhaltung der attraktiven Wohnstandorte; ▫ Erneuerung, Entwicklung und Erhaltung von sozial, kulturell und wirtschaftlich lebendigen Dörfern; ▫ Erhaltung regionstypischer Ensembles und Objekte; ▫ Aktivierung des regionalen Sozialkapitals und Einbeziehung der regionalen Bevölkerung in die Konzeption und Umsetzung regional wichtiger Themen und Projekte.

Die LES der Region AC und ihre Inhalte präsentieren sich basierend auf der bisherigen Erläuterung als thematisch breit gefächerter Ansatz, der die LEADER-eigenen Charakteristika (bottom-up, territorial, multifunktional, innovativ, netzwerkend, kooperierend) in vollem Umfang einbezog. Von einer ersten Einschätzung ausgehend lassen sich außerdem alle Themen, die darin aufgegriffen wurden, in der arbeitseigenen Definition zur Lebensqualität (s. Kap. 4.2.3) wiederfinden. Grundsätzlich kommt dem Begriff selbst – abgesehen von der allgemeinen strategischen Ausrichtung, die jener der nationalen und europäischen Ebene ähnelt – in der LES (LAG AC 2007) jedoch keine allzu aktive Rolle zu: Lediglich als Schlagwort verwendet, wird der Begriff im Kontext der Themenpakete Natur/Umwelt/Energie[41] sowie im Bereich der Dorferneuerung[42] angeführt. Ein Prozess zur Diskussion eines konkreten Lebensqualitätsverständnisses, der auch im Rahmen der LES dokumentiert wurde und als weiterer Ausgangspunkt für die Umsetzung verwendet werden hätte können, wurde demnach im Vorfeld der Umsetzung nicht initiiert. Dass das Thema insgesamt im Rahmen der Umsetzung der LES jedoch eine große Rolle spielte, wird anhand der folgenden Beschreibung deutlich.

Eckdaten zur Umsetzung der Lokalen Entwicklungsstrategie in der EU-Förderperiode 2007-2013

Die im Anschluss präsentierten Details zur Umsetzung der LES in der LEADER-Förderperiode 2007-2013 in der Region AC beruhen auf eigenen Berechnungen und Analysen. Als Grundlage hierfür diente eine Aufstellung der niederösterreichischen Landesregierung der Abteilung Landwirtschaftsförderung vom 2.11.2015, in der alle bis dahin bewilligten und abgerechneten Vorhaben der Region gelistet wurden. Laut dieser Aufstellung wurden in der Region AC in der Strukturphase 2007-2013 in allen Kategorien (M 41 – Umsetzung der LES, M 421 – Kooperation, M 431 – Kompetenzentwicklung; s. Abbildung 4) insgesamt 179 Projekte umgesetzt. Die abgerechneten Kosten dieser Maßnahmen betrugen rund 14,46 Millionen Euro. Sie wurden mit einem Gesamtförderanteil von 46% (rund 6,66 Millionen Euro) subventioniert.

Der Großteil der Projekte (Anzahl: 171) wurde über die erste LEADER-Maßnahmengruppe „Umsetzung einer lokalen Entwicklungsstrategie“ (M 41) mit Kosten um die 13 Millionen Euro und einem Förderanteil von rund 5,8 Millionen Euro abgerechnet. Der zweiten Gruppe „Kooperation“ (M 42) wurden drei Projekte im Wert von 414.000 Euro und einem Fördervolumen von 290.000 Euro zugeordnet. In der dritten Gruppe „Arbeit der LAG“ (M 43) wurden insgesamt fünf Positionen verzeichnet. Hier betrug die Höhe der abrechenbaren Kosten 963.000 Euro, wobei insgesamt 605.000 Euro an Subventionsgeldern ausgezahlt wurden. Da zur Umsetzung einer LES (M 41) die ersten drei Schwerpunkte des ELER aufgegriffen und entsprechend gelistet wurden, zeigt die folgende Tabelle (Tabelle 20) die Projektkosten und Fördermittelbeträge den einzelnen Schwerpunkten nach:

Tabelle 20: *Übersicht der LEADER-Umsetzung in der Maßnahmengruppe M 41 – Umsetzung der lokalen Entwicklungsstrategien (Quelle: NÖ Landesregierung 2015; eigene Berechnung und eigene Darstellung)*

Code	Maßnahmenkategorie	Projekt-anzahl	Anzahl in %	Abgerechnete Kosten (AK)	Förderbetrag (FB)	% FB zu AK
M 411	Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit	49	29%	3.497.403,05 €	1.002.977,00 €	28,68%
M 412	Umweltschutz und Landbewirtschaftung	3	2%	67.135,50 €	60.421,00 €	90%
M 413	Verbesserung der Lebensqualität und Diversifizierung	119	69%	9.514.828,25 €	4.697.972,00 €	49,38%
	Summe	171	100%	13.079.376,80 €	5.761.370,00 €	44,05%

[41] „[…] *Netz der Flüsse* […] *für die Naherholung und Lebensqualität* […] *wichtig“* (LAG AC 2007, S. 23);

„die naturräumliche Qualität und Ausstattung ist als […] *soft factor zu sehen, der eine gute Lebensqualität in der Arbeitsumgebung darstellt“* (LAG AC 2007, S. 41)

[42] *„Stärken der Identität und Erhöhung des Regionalbewusstseins führt zu Erhaltung und Erhöhung der Lebensqualität“* (S. 28);

„Neue Ansätze […] *für das Zusammenleben in den Gemeinden und die Gestaltung des Lebensraums sind für die Lebensqualität* […] *sehr wichtig“* (LAG AC 2007, S. 50)

Anhand der Tabelle 20 ist deutlich zu erkennen, dass der Fokus der LEADER-Umsetzung der Region AC – wie die europäische und nationale Strategien vorab bereits implizierten (s. Kap. 3.2.2 - LEADER (2007-2013) sowie 3.3.1) – mit insgesamt 119 abgerechneten Vorhaben bei der dritten Maßnahmenkategorie „Lebensqualität und Diversifizierung“ (M 413) lag. Lediglich rund ein Drittel (Anzahl: 52) wurde über die beiden anderen Kategorien (M 411, M 412) umgesetzt. Der Großteil davon zielte wiederum auf die Förderung der Wettbewerbsfähigkeit (M 411; 49 Projekte) ab.

Bezüglich der ersten Maßnahmenkategorie (M 411 - Wettbewerbsfähigkeit) waren am häufigsten Vorhaben vertreten, die durch die Anschaffung landwirtschaftlicher Geräte und dem Um- oder Neubau landwirtschaftlich genutzter Gebäude zur Modernisierung der Betriebe beitrugen. Projekte zur Steigerung des wirtschaftlichen Wertes der Wälder (z.B.: durch Anschaffung technischer Geräte) oder der Verbesserung der Wertschöpfung durch natürliche Produkte (z.B.: durch Verbesserung der Produktionsbedingungen) sollten positiv auf die Wettbewerbsfähigkeit der Land- und ForstwirtInnen wirken. Neben Infrastrukturmaßnahmen in der Forstwirtschaft wurden außerdem vier Projekte umgesetzt, die nicht nur einzelnen Betrieben Qualitäts- und Wettbewerbsvorteile bringen sollten. Bezogen auf den primären Sektor ist ihr Wirkungskreis als primär kollektiv zu bezeichnen.

Die Maßnahmen der zweiten Maßnahmenkategorie „Umweltschutz und Landbewirtschaftung“ (M 412) waren ebenfalls auf einen kollektiven Nutzengewinn ausgerichtet: Durch die Wiederherstellung des Forstpotentials anhand entsprechender Aktivitäten sollte dessen Schutzfunktion gestärkt werden. Wie die Tabelle 20 zeigt, wurden hierbei lediglich drei Projekte umgesetzt.

Den allgemeinen Rahmenbedingungen folgend, präsentierten sich die LEADER-Maßnahmen der dritten Kategorie (M 413 – Lebensqualität und Diversifizierung) schließlich wesentlich differenzierter. Bevor jedoch konkret einzelne Thematiken angesprochen werden, informiert die nachstehende Tabelle 21 über die Aufteilung bezüglich Projektanzahl, Kosten und Förderbeträge in dieser Kategorie (M 413):

Tabelle 21: *Übersicht der LEADER-Umsetzung in der Maßnahmenkategorie M 413 – Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft (Quelle: NÖ Landesregierung 2015; eigene Berechnung und eigene Darstellung)*

Unter-code	Maßnahme	Projekt-anzahl	Anzahl in %	Abgerechnete Kosten (AK)	Förderbetrag (FB)	% FB zu AK
M 31	Diversifizierung hin zu nicht-landwirtschaftlichen Tätigkeiten	69	58%	4.938.901,89 €	2.447.851,00 €	50%
M 32	Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum	25	21%	3.009.074,25 €	1.148.581,00 €	38%
M 331 sowie M 341	Ausbildung, Kompetenzentwicklung und Förderveranstaltungen	11	9%	279.698,61 €	216.891,00 €	78%
M 413	Umsetzung LES für die Lebensqualität und Diversifizierung	14	12%	1.287.163,50 €	884.649,00 €	69%
	Summe	119	100%	9.514.838,25 €	4.697.972,00 €	49%

Wie die tabellarische Auflistung deutlich macht, wurden über den ersten Themenkomplex Diversifizierung die meisten Projekte umgesetzt. Mittels entsprechender Maßnahmen wurde in diesem Zuge die Diversifizierung von Land- und Forstbetrieben vorangetrieben (z.B.: Errichtung einer Buschenschank/Umbau eines Heurigenlokals), der Fremdenverkehr gefördert (v.a.: Ausweitung des touristischen Angebots) sowie die Gründung von Kleinstunternehmen (z.B.: Erstellung von Marketing- und Finanzierungskonzepten) unterstützt. Auf dem Gebiet der Kompetenzentwicklung (M 331 sowie M 341) wurden Projekte unter dem Titel „Ausbildung und Information“ mit Landwirten als Veranstalter (z.B.: Schule am Bauernhof, Ausbildungen im Bereich Trockensteinmauern, Kräuterpädagogik etc.) sowie Vorhaben im Rahmen der Initiative „Lernende Regionen“ initiiert (z.B.: Projektmanagement-Lehrgang für die Jugend der Region). Darüber hinaus lässt die Tabelle 21 erkennen, dass 14 Vorhaben keiner konkreten Maßnahmen zugeordnet wurden. Eine erste Durchsicht der Projekttitel lässt darauf

schließen, dass hierbei sowohl die Bereiche Bildung, Bevölkerung, Energie und Landwirtschaft als auch Mobilität behandelt wurden. Ähnliche Themen wurden laut den einzelnen Projektkategorien auch unter dem Maßnahmenbündel Lebensqualität (M 32) behandelt. Im Rahmen welcher Maßnahmen in der Region AC konkret Vorhaben realisiert wurden, zeigt die folgende Tabelle 22:

Tabelle 22: *Übersicht der LEADER-Umsetzung in der Maßnahmen M 32 – Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum (Quelle: NÖ Landesregierung 2015; eigene Berechnung und eigene Darstellung)*

Unter-code	Untermaßnahme	Projekt-anzahl	Abgerechnete Kosten (AK)	Förderbetrag (FB)	% FB zu AK
M 321 a	Verkehrserschließung ländlicher Gebiete	10	619.381,88 €	387.404,00 €	63%
M 321 c	Dienstleistungseinrichtung zur Grundversorgung: Erneuerbare Energie	2	815.013,15 €	298.310,00 €	37%
M 322 a	Dorfentwicklung im Bereich Dienstleistung zur Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung	12	1.378.121,08 €	291.683,00 €	21%
M 323 a	Naturschutz	1	196.558,14 €	171.184,00 €	87%
	Summe	25	0 €	0,00 €	38%

Anhand der Tabelle 22 zeigt sich, dass unter dem Thema Lebensqualität vorwiegend Infrastruktur- (M 321) sowie Dorfentwicklungsmaßahmen (M 322) realisiert wurden. Letztere stechen vor allem bezüglich ihrer durchschnittlichen Projektkosten weiter hervor: Mit rund 115.000 Euro an durchschnittlichen Kosten pro Maßnahme waren sie doppelt so teuer als jene Maßnahmen zur Verbesserung der Verkehrserschließung (M 321 a). Obwohl bzw. vielleicht gerade aufgrund der Tatsache, dass die Themen Erneuerbare Energie und Umweltschutz bereits seit Jahren wichtige Prioritäten in der Region AC darstellen, wurden hierzu vergleichsweise wenige Vorhaben zur Förderung eingereicht (M 321 c). Vergleicht man darüber hinaus die Verhältnisse zwischen anrechenbaren Kosten und bewilligten Förderbeträgen, ist folgendes festzustellen: Mit einem Subventionsanteil von 87% an den Projektgesamtkosten wurde die Maßnahme der Kategorie M 323 „Naturschutz“ im Maßnahmenbündel Lebensqualität und Diversifizierung (M 32) mit den meisten öffentlichen Geldern unterstützt. Damit wurde sie beispielsweise viermal so hoch gefördert als Maßnahmen der Kategorie M 322 „Dorferneuerung“ (durchschnittlich rund 21% pro Maßnahme). In welcher thematischen Bandbreite diese lebensqualitätsverbessernden Maßnahmen nun in der Region AC in der Periode 2007-2013 umgesetzt wurden und inwiefern die Projekte weiters im Kontext der arbeitseigenen Definition charakterisiert werden können, zeigt das nächste Teilkapitel.

4.4 Anwendung der arbeitseigenen Definition

Die im folgenden Kapitel dargestellte Erläuterung widmet sich den Ergebnissen der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse. Den Unterfragen des Forschungsansatzes folgend wird hier demnach veranschaulicht, ob und (wenn) inwiefern der Begriff Lebensqualität im Zuge der Projektanträge der Region AC im Zeitraum zwischen 2007 und 2013 unter dem LEADER-Ziel „Verbesserung der Lebensqualität“ direkt verwendet wurde und wie sich diese Maßnahmen vor allem hinsichtlich ihrer thematischen Ausrichtungen weiter charakterisieren lassen. Die hierfür benötigten Projektanträge wurden bei der LAG ausgehoben entsprechend dem Ablaufmodell, wie es im Rahmen des Kapitels 4.3.2 beschrieben wurde, theorie- und regelgeleitet analysiert.

Wie bereits am Ende des vorherigen Abschnitts vorausgeschickt wurde, gliedert sich die Darstellung der Ergebnisse nach den ursprünglichen LEADER-Maßnahmenkategorien (M 321 a – Verkehrserschließung, M 321 c – Dienstleistungseinrichtungen, M 322 a – Dorfentwicklung im Bereich Dienstleistungen sowie M 323 a – Naturschutz). In die Analyse inkludiert wurde darüber hinaus auch die allgemeine LEADER-Maßnahmenkategorie M 413, deren Projekte keinem konkreten Unterziel der ELER-Lebensqualität-Priorität zugeordnet wurden, jedoch grundsätzlich zur Umsetzung der Entwicklungsstrategie in dieser Kategorie (Lebensqualität und Diversifizierung) beitragen sollten. Inwiefern sich diese Ergebnisse insgesamt zusammenfassen lassen, ist in Kapitel 4.5.2 dargestellt.

4.4.1 M 321 a – Verkehrserschließung ländlicher Gebiete

Das Maßnahmenpaket „M 321 a – Verkehrserschließung ländlicher Gebiete“ war dem Maßnahmenbündel „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung“ untergeordnet. In der EU-Strukturperiode 2007-2013 wurden in der Region AC insgesamt zehn Verkehrsprojekte umgesetzt. Die Karte im Anschluss stellt dar, in welchen Gemeinden wie viele Vorhaben realisiert wurden. Ersichtlich wird dadurch etwa, dass von den insgesamt 27 Gemeinden nur in acht Kommunen entsprechende Maßnahmen umgesetzt wurden (s. Abbildung 11). Durch den Neu- bzw. Umbau von bestehenden Wirtschaftswegen (vor allem Erd- und Schotterwege mit einer Gesamtlaufmeterlänge von 10,7 km) konnte so die Anbindung von rund 640 ha Acker- und Weinbauflächen sowie seltener auch von landwirtschaftlichen Anlagen modernisiert werden. Ziel war es in allen Fällen durch die Gewährleistung einer zeitgemäßen und ganzjährigen Erreichbarkeit der anliegenden Grundstücke deren Bewirtschaftung zu sichern und demnach die mit den Flächen verbundenen Arbeitsplätze zu erhalten. Laut den Anträgen entspricht dies dem Inhalt des dritten Aktionsfeldes „Natur, Umwelt, Energie und Kreislaufwirtschaft“ der LES.

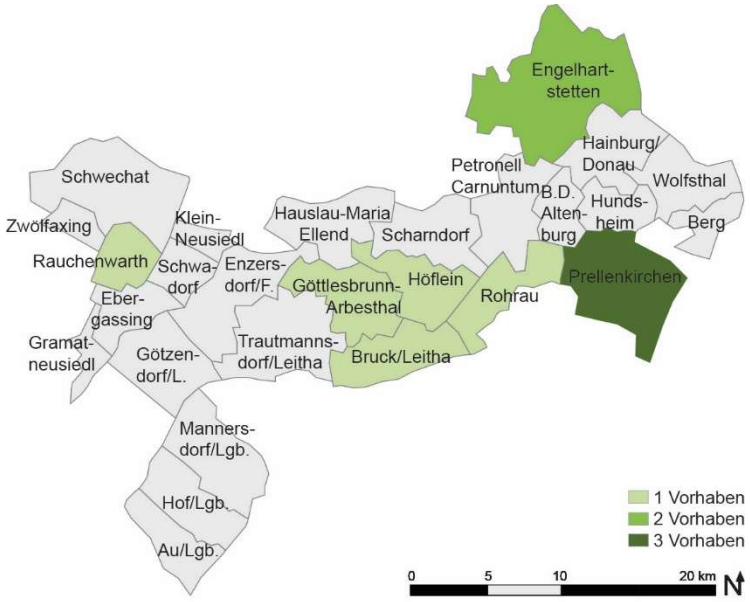


Abbildung 11: *Verteilung und Häufigkeiten der LEADER-Maßnahmen „Verkehrserschließung ländlicher Gebiete“ (M 321 a) (Quelle: eigene Berechnung und eigene Darstellung)*

Eine explizite Verwendung des Begriffs Lebensqualität konnte bei keiner Beschreibung der zehn Projektanträge festgestellt werden. Anders als die Unterordnung dieser Maßnahmenkategorie in die übergeordnete Maßnahmengruppe „Steigerung der Lebensqualität“ impliziert, wurde im Zuge der Projektkonzeptionen kein direkter Bezug zwischen den Verkehrsinfrastrukturvorhaben und dem Thema Lebensqualität hergestellt. Damit können auch keine Aussagen bezüglich seiner Verwendung (Funktion; Definition etc.) getätigt werden. Anhand der Beschreibungen deutlich erkennbar war allerdings, dass es sich ausschließlich um rein materielle Fördergegenstände handelte. Da die Projekte außerdem von speziell gegründeten Beitragsgemeinschaften initiiert wurden, deren Mitglieder durch die Realisierung der Vorhaben profitierten, sind deren Wirkungskreise als kollektiv zu beschreiben.

Als Verkehrsinfrastrukturmaßnahmen angelegt, konnten die konkreten Maßnahmenbeschreibungen zumeist mit der Phrase „Qualität der Verkehrsinfrastruktur“ generalisiert werden, was eindeutig der Lebensqualitätskategorie „Verkehr und Mobilität“ zuzuordnen ist. Da die Vorhaben außerdem mit dem Argument der Arbeitsplatzsicherheit begründet wurden, tangieren die zehn Projektumsetzungen dieser Maßnahmen außerdem die Dimension „Arbeit und Wirtschaft“ (s. Tabelle 23).

Tabelle 23: *Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu den Maßnahmen „Verkehrserschließung ländlicher Gebiete“ (M 321 a) (Quelle: eigene Auswertung)*

M 321 a	**Begriff LQ**		*Kodiert in (Anzahl) Projekten ↓*	
		Funktion des Begriffs	Keine Verwendung	10
		Definition/Systematisierung/ Operationalisierung	-	
	Charakterisierung der Maßnahmen	Fördergegenstand	Materiell	10
		Wirkungskreis	Kommunal	10
		Lebensqualitätsdimensionen[43]:	Beispiele generalisierter Textteile	
		4. Arbeit und Wirtschaft	Sicherung des Arbeitsplatzes;	10
		14. Verkehr und Mobilität	Qualität der Verkehrsinfrastruktur.	10

Ausgehend von den Untersuchungsergebnissen lässt sich feststellen, dass sich die Umsetzung dieses Maßnahmenbündels als sehr homogen beschreiben lässt. Als Grund hierfür werden die Vorgaben dieser Kategorie angesehen, die äußerst konkret formuliert und auf einen bestimmten Gegenstand zugeschnitten waren sowie im Gegensatz zu anderen Maßnahmengruppen keinen großen Spielraum zuließen. Inwiefern sich solche Aussagen in Bezug auf die weiteren Lebensqualitätsmaßnahmen vornehmen lassen, zeigt die weitere Beschreibung.

4.4.2 M 321 c – Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung im Bereich Erneuerbare Energie

Das Maßnahmenpaket zur Förderung von Dienstleistungseinrichtungen im Bereich Erneuerbare Energie zur Grundversorgung der Bevölkerung war ebenfalls dem Bündel „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung“ zugeordnet. In der vergangenen Förderperiode 2007-2013 wurden in der ganzen Region AC lediglich zwei Projekte unter dieser Kategorie über die Landesstelle abgerechnet.

Situiert waren beide Projekte in der Gemeinde Schwadorf im Nordwesten der Region (s. Abbildung 12). Konkret handelte es sich bei beiden Vorhaben um die Finanzierung eines Biomasseheizwerks inklusive dessen Leistungsnetzes, das eine ganzjährige Wärmeversorgung für Kommunale, Private sowie gewerbliche Objekte gewährleisten sollte. Als Bezug zur LES wurden in diesem Zusammenhang die Aktionsfelder „Natur, Umwelt, Energie und Kreislaufwirtschaft“ sowie „Landwirtschaft, Wein und Kulturlandschaft“ angegeben.

[43] Die Dimensionen werden nicht nach ihrer Bedeutung in den Maßnahmen genannt, sondern entsprechend ihrer Nummerierung laut der arbeitseigenen Definition der Lebensqualität (s. Kap. 4.2.3 bzw. Tabelle 18).

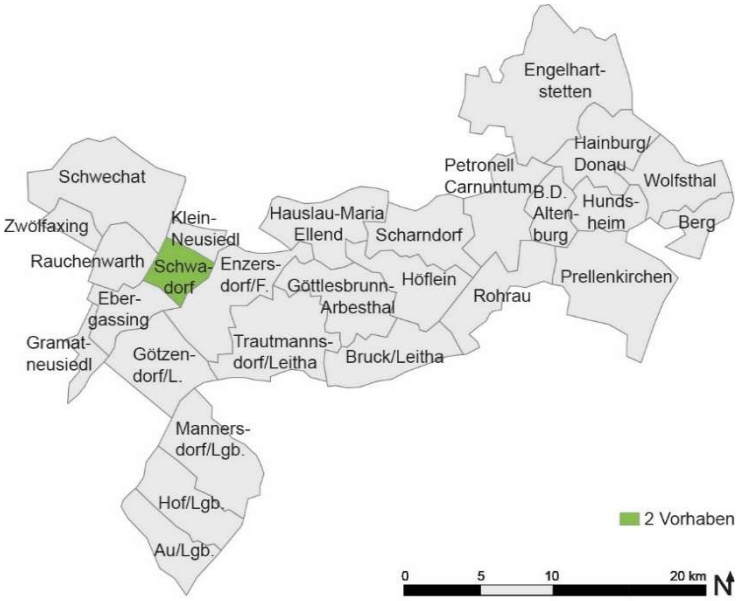


Abbildung 12: *Verteilung und Häufigkeiten der LEADER-Maßnahmen „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung im Bereich Erneuerbare Energie“ (M 321 c) (Quelle: eigene Berechnung und eigene Darstellung)*

Wiederum ist im Rahmen der Projektbeschreibungen der Ausdruck Lebensqualität nicht verwendet worden. Da die Investitionen vor allem für die Errichtung der Infrastruktur aufgewendet wurden, ist der Fördergegenstand außerdem erneut als rein materiell anzugeben. Basierend auf der Beschreibung ist der Wirkungskreis dieser Maßnahmen im Gegensatz zu den Verkehrsinfrastrukturprojekten als kommunal zu bezeichnen. Die Paraphrasierung der inhaltstragenden Textbestandteile der Anträge sowie deren Generalisierung zeigen des Weiteren, dass die Vorhaben sowohl die Lebensqualitätsdimension „Nahversorgung“ als auch jene der „Umwelt“ thematisierten (s. Tabelle 24).

Tabelle 24: *Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu den Maßnahmen „Dienstleistungseinrichtungen im Bereich Erneuerbare Energie“ (M 321 c) (Quelle: eigene Auswertung)*

M 321 c			*Kodiert in (Anzahl) Projekten ↓*	
	Begriff LQ	Funktion des Begriffs	Keine Verwendung	2
		Definition/Systematisierung/ Operationalisierung	-	
	Charakterisierung der Maßnahmen	Fördergegenstand	Materiell	2
		Wirkungskreis	Kommunal	2
		Lebensqualitätsdimensionen:	Beispiele generalisierter Textteile	
		5. Nahversorgung	(Infrastrukturausbau zur) Kommunalen Wärmeversorgung;	2
		15. Umwelt	Nutzung erneuerbarer Energiequellen.	2

Anhand dieser ersten Ergebnisse wird deutlich, dass bislang kein konkreter Bezug zwischen dem Thema Lebensqualität und einzelnen Projekten hergestellt wurde, dass die Projektinhalte jedoch sehr wohl im Kontext einer umfassenden Lebensqualitätsdefinition relevant sind. Welche Projektthemen im Rahmen des Ziels „Verbesserung der Lebensqualität“ noch umgesetzt wurden und ob hierbei ein Bezug zum Thema hergestellt wurde, zeigt die weitere Beschreibung der Analyseergebnisse.

4.4.3 M 322 a – Dorfentwicklung im Bereich Dienstleistungen zur Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung

Das Ziel zur Steigerung der Lebensqualität im ländlichen Raum beinhaltete neben dem bereits genannten Maßnahmenbündel (Dienstleistungseinrichtungen) auch jenes der Dorferneuerung und -entwicklung. In diesem Zusammenhang wurden in der LEADER-Region AC nur Projekte zur Einrichtung von Dienstleistungen zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung (M 322 a) umgesetzt. Wie die Tabelle 22 weiter oben bereits verrät, wurden insgesamt 12 Vorhaben dieser Art im Wert von mehr als eineinhalb Millionen Euro realisiert. Die nachfolgende Graphik zeigt außerdem, dass die Projekte nicht über die gesamte Region verteilt abgewickelt wurden. Sie konzentrierten sich auf sechs Gemeinden in der Mitte des LEADER-Gebiets, wobei mit insgesamt drei realisierten Maßnahmen pro Gemeindegebiet Göttlesbrunn-Arbesthal und Rohrau herausstechen. Bezüglich der LES waren die Projekte mittels den Inhalten des dritten Aktionsfeldes „Natur, Umwelt, Energie und Kreislaufwirtschaft“ (s. Kap. 4.3.3) verankert.

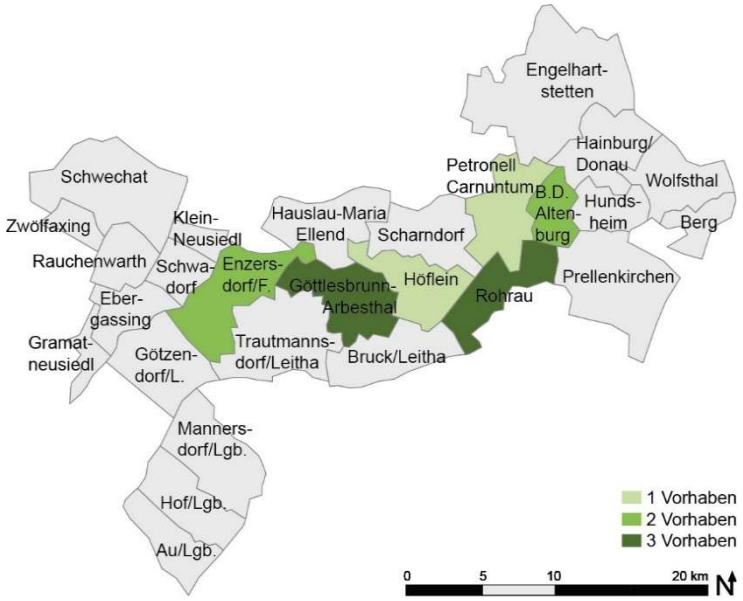


Abbildung 13: *Verteilung und Häufigkeiten der LEADER-Maßnahmen „Dorfentwicklung im Bereich Dienstleistungen zur Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung (M 322 a) (Quelle: eigene Berechnungen und eigene Darstellung)*

Die realisierten Projekte beinhalten zum einen bauliche Maßnahmen an öffentlichen Gebäuden, was etwa den Umbau eines bestehenden Gemeindebaus zu einer barrierefreien Arztpraxis oder die Öffnung von Feuerwehrhäusern für die Bevölkerung als Veranstaltungsort und Treffpunkt inklusive energieeffizienter Nutzungserweiterung bedeutete. Zum anderen handelte es sich auch um die Um- und Neugestaltung öffentlicher Freiflächen: In die Jahre gekommene Spielplätze wurden renoviert und mit neuen Geräten, Infrastruktur- (z.B.: Hütte, Parkplätze) sowie Sanitäranlagen ausgestattet. Grünräume bzw. Nebenflächen von Durchfahrtsstraßen wurden zur Attraktivierung der Ortschaften saniert, wobei hier besonderer Wert auf eine regionstypische Bepflanzung gelegt wurde (z.B.: mediterraner, historisch geprägter Flair). Neben der Revitalisierung eines Kurparks durch landschaftsbauliche Aktivitäten sollte auch die Errichtung eines Erlebnispfades inklusive entsprechender Infrastruktur (z.B.: Informationsmaterialien) die Region für den sanften Tourismus weiter aufwerten.

Über insgesamt drei Projekte wurden in der Strukturperiode 2007-2013 auch die öffentlichen Bereiche rund um Kirchen aufgewertet und neugestaltet. Wiederum über bauliche und landschaftsbauliche Maßnahmen sollten die Plätze an aktuelle ästhetische (z.B.: im Bereich Bepflanzung, Kulturdenkmäler) und nutzergerechte Anforderungen (z.B.: Barrierefreiheit, Platz als Veranstaltungs- und Kommunikationsort; Gedenkstätten) angepasst werden. Anzusprechen ist außerdem jene Maßnahme, die ein einheitliches Orientierungsleitsystem zur Kennzeichnung örtlicher Betriebe, öffentlicher Gebäude und Einrichtungen zur Attraktivierung als Wohn- und Tourismusgemeinde zum Ziel hatte.

Der Begriff Lebensqualität wurde in diesen Projektanträgen wiederum nicht einbezogen. Bezüglich der Materialität der Fördergegenstände konnte jedoch festgestellt werden, dass im Rahmen von vier Projekten rein materielle Güter subventioniert wurden (z.B.: bauliche Maßnahmen). Mit einer Mehrheit von acht Vorhaben wurden sowohl materielle als auch immaterielle Aspekte gefördert. Als immaterielle Komponenten wurden hier die Finanzierung von partizipatorischen Prozessen bezüglich der Entscheidungsfindungen (z.B.: Mitsprache bei gestalterischen Entscheidungen) oder auch freiwillig geleisteter Arbeitsstunden zur Umsetzung einzelner Projekte kodiert.

Als Wirkungskreis der Maßnahmen dieser Kategoriengruppe ist durchwegs die kommunale Ebene anzugeben. Zwar werden grundsätzlich gesamtregional positive Wirkungen nicht ausgeschlossen (z.B.: durch Förderung des sanften Tourismus Wertschöpfungssteigerungen auch in anderen Gemeinden etc.). Da diese in den Anträgen jedoch nicht eindeutig kenntlich gemacht und erläutert wurden, wäre dies lediglich eine Vermutung.

Bezüglich der kodierten Lebensqualitätsdimensionen ließ sich feststellen, dass dies bislang das breitest gefächerte Maßnahmenpaket ist. Die inhaltliche Breite in den Anträgen reicht von lediglich einer Dimension pro Projekt (Umbau Amtsgebäude – Gesundheit) bis hin zu fünf unterschiedlichen Kategorien. Die folgende Aufstellung (Tabelle 25) gibt erneut einen Überblick über die kodierten Dimensionen mit entsprechenden Beispielen generalisierter Textteile:

Tabelle 25: *Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu den Maßnahmen „Dorfentwicklung im Bereich Dienstleistungen zur Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung“ (M 322 a) (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung)*

M 322 a			*Kodiert in (Anzahl) Projekten ↓*	
	Begriff LQ	Funktion des Begriffs	Keine Verwendung	12
		Definition/Systematisierung/ Operationalisierung	-	
	Charakterisierung der Maßnahmen	Fördergegenstand	Materiell; Immateriell	4 8
		Wirkungskreis	Kommunal	12
		Lebensqualitätsdimensionen:	Beispiele generalisierter Textteile	
		2. Gesundheit	Umbau eines Amtsgebäudes als Investition in eine Gesundheitsfürsorgemaßnahme unter anderem nach dem Grundsatz der Barrierefreiheit;	1
		4. Arbeit und Wirtschaft	Förderung des sanften Tourismus aufgrund der Generierung positiver Wertschöpfungseffekte – Informationen zu wirtschaftlich Tätigen;	3
		7. Wohnverhältnisse	Verfügbarkeit und Erreichbarkeit von öffentlichen Plätzen wie beispielsweise Spiel- und Sportplätze – Attraktivierung als Wohnstandort;	2
		10. soziale Beziehungen, soziales Verhalten und Einstellungen	(Standortgerechte Gestaltung öffentlicher Freiräume mit) Berücksichtigung der Geschichte und Kultur – Ermöglichung sozialer Teilhabe – allgemeine lokale und regionale Identität;	4
		11. Freizeit und Kultur	Erweiterungen bzw. Sanierung des Freizeit-, Erholungs- und Kulturangebots sowie Ausstattung derselben – kulturelle Identität;	9
		12. Medien	Informationsaufbereitung und -bereitstellung via unterschiedlicher Medien – Öffentlichkeitsarbeit – Corporate Design;	4
		13. Politik, politisch Partizipation und Zivilengagement	Einbeziehung der BewohnerInnen zur Mitgestaltung von öffentlichen Flächen – Freiwilligenarbeit und Zivilengagement;	8
		14. Verkehr und Mobilität	Barrierefreie Erschließung – Gestaltung der Nebenverkehrsflächen – Sicherheit im Verkehr;	3
		15. Umwelt	Gestaltung öffentlicher Freiräume/Erlebbarkeit der Natur und Umwelt – Pflege des Bestands der natürlichen Umwelt und Ressourcen – Steigerung der Energieeffizienz und Wärmeversorgung durch erneuerbare Energieträger;	6
		18. Religion	Erscheinungsbild religiöser Einrichtungen – Errichtung religiöser Gedenkstätten.	2

Anhand dieser Tabelle wird ersichtlich, dass in drei Viertel aller Maßnahmen die Kodierung des Themas „Freizeit und Kultur“ vorgenommen werden kann und damit als die am öftesten kodierte Dimension dieser LEADER-Untermaßnahmengruppe gilt. Wie auch der Überblick über die Projektinhalte davor impliziert, zielten die entsprechenden Projekte vor allem auf die Erweiterung und die Sanierung des lokalen Freizeit-, Erholungs- und Kulturangebots inklusive dessen infrastruktureller Ausstattung ab. Durch die Einbeziehung der Bevölkerung in Entscheidungsfindungs- und Umsetzungsprozesse sind außerdem zwei Drittel der Vorhaben als partizipatorisch anzusehen.

Das Thema „Umwelt“ kann als weiterer Schwerpunkt der Maßnahmen identifiziert werden. Mit einer Kodierung bei der Hälfte aller in dieser Kategorie realisierten Projekte bezogen sie sich vor allem auf den Bestand und die Attraktivität der Umwelt. Eine ähnliche Ausrichtung ist auch bei jenem Projekt zu erwarten, das im Rahmen der nächsten LEADER-Kategorie „Naturschutz“ realisiert wurde und nachfolgend beschrieben ist.

4.4.4 M 323 a – Naturschutz

Die Maßnahmenkategorie „Naturschutz“ (M 323 a) ist Bestandteil des dritten Maßnahmenbündels „Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes“ unter dem LEADER-Ziel zur Verbesserung der Lebensqualität. In der Förderperiode zwischen 2007-2013 wurde in der Region AC allein ein Projekt in dieser Schiene umgesetzt. Realisiert wurde die Maßnahme in der Gemeinde Mannersdorf am Leithagebirge, die im Süden der Region liegt (s. Abbildung 14).

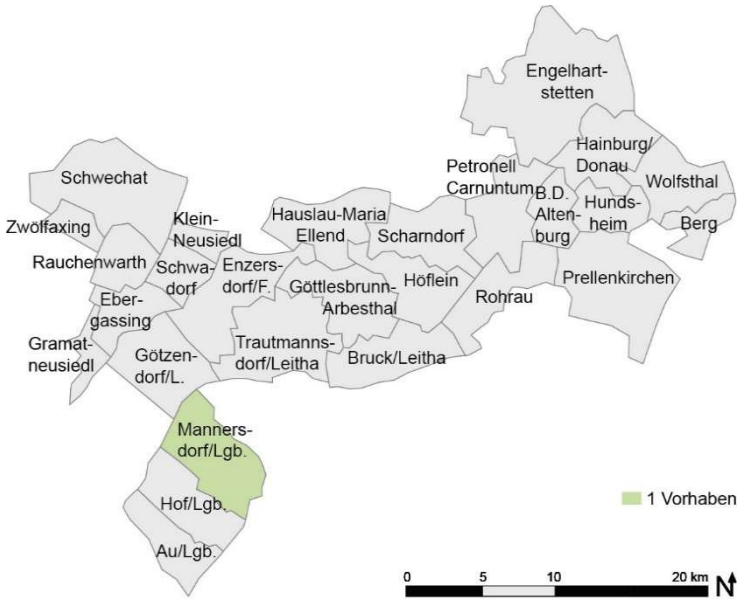


Abbildung 14: *Verteilung und Häufigkeit der LEADER-Maßnahmen „Naturschutz“ (M 323 a) (Quelle: eigene Berechnung und eigene Darstellung)*

Konkret wurden im Rahmen des Projekts Erhaltungsmaßnahmen für den Naturpark „DIE WÜSTE Mannersdorf“, einem 106 Hektar großen Gebiet im Leithagebirge, subventioniert. Ziel des LEADER-Projekts war es, den Park stärker als Freizeit- und Erholungseinrichtung sowie als Veranstaltungsort sowohl für die heimische Bevölkerung als auch für den sanften Tourismus zu etablieren. Zu diesem Zweck wurden sowohl rein bauliche (z.B.: Modernisierung der Klosterinfrastruktur mit Wasser, Strom und Sanitäranlagen, Sanierung des baulichen Bestands) als auch landschaftsbauliche Maßnahmen (z.B.: Sanierung eines Teichs und der Klosterallee, Errichtung Kinderspielplatz, Freiraummöblierung etc.) durchgeführt. Mit der Einrichtung eines Themenwegs („Wege zur Weisheit“ zum Thema Kaiser Marc Aurel und die römische Geschichte) sollte der Naturpark außerdem in das lokale Bildungs- und Weiterbildungsangebot eingegliedert werden. Als Bezug zu den Aktionsfeldern der LES kann sowohl eine Übereinstimmung mit den Zielen des ersten Aspekts „Regionale Identität und Bildung“, mit dem dritten Feld zu den Themen „Natur, Umwelt, Energie und Kreislaufwirtschaft“ sowie mit dem fünften Schwerpunkt „Tourismus und Kultur“ festgestellt werden.

Der Begriff Lebensqualität wurde wie bisher nicht verwendet. Anhand der Beschreibung ließ sich ableiten, dass die Investitionen vor allem auf materielle Güter abzielten. Da im Rahmen des Projekts aber auch Kooperationen mit heimischen Gewerbetrieben (z.B.: für Bauarbeiten) gefördert werden sollten und die Umsetzung selbst mithilfe freiwillig geleisteter Arbeitsstunden der Zivilbevölkerung vorangetrieben wurde, ist die Maßnahme insgesamt als Synthese zwischen materiellen und immateriellen Aspekten anzusehen. Der Wirkungskreis ist weiters als kommunal kodiert. Grund hierfür ist, dass eine Aufwertung des Naturparks mit einer entsprechenden Forcierung des sanften Tourismus zwar auch regionsweit etwa zur Steigerung der regionalen Identität oder Wertschöpfung beitragen hätte können bzw. könnte; Aspekte in diesem Sinne wurden jedoch erneut nicht weiter betont und wären eher deshalb wiederum spekulativer Natur.

Bezüglich der Kategorisierung des Projekts in Lebensqualitätsdimensionen lässt sich erneut eine inhaltlich breite Fächerung feststellen: Mit insgesamt sechs unterschiedlichen Dimensionen vereinigt die Maßnahme das bislang breiteste Spektrum inhaltlicher Aspekte in einem Vorhaben. Die folgende Punktation (Tabelle 26) zeigt, welche Dimensionen kodiert werden konnten:

Tabelle 26: *Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu den Maßnahmen „Naturschutz“ (M 323 a) (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung)*

M 323 a	**Begriff LQ**	Funktion des Begriffs	Keine Verwendung
		Definition/Systematisierung/ Operationalisierung	-
	Charakterisierung der Maßnahmen	Fördergegenstand	Synthese zwischen materiell und immateriell
		Wirkungskreis	kommunal
		Lebensqualitätsdimensionen:	Beispiele generalisierter Textteile
		3. Bildung und Weiterbildung	Etablierung des Naturparks als Bildungs- und Weiterbildungsstandort;
		4. Arbeit und Wirtschaft	Kooperationen – Förderung des sanften Tourismus;
		11. Freizeit und Kultur	Infrastrukturverbesserungen sowie Angebotserweiterung an/in einer Freizeit-, Kultur- und Erholungseinrichtung;
		12. Medien	Informationsaufbereitung und -bereitstellung via unterschiedlicher Medien; Öffentlichkeitsarbeit;
		13. Politik, politische Partizipation und Zivilengagement	Freiwilligenarbeit und Zivilengagement;
		15. Umwelt	Bestand und Sanierung natürlicher Ressourcen; Erlebbarkeit der Natur.

Anhand der breiten thematischen Fächerung zeigt sich, dass die Maßnahmen neben ihrem ökologischen Schwerpunkt auch sozialpolitische/gesellschaftliche Aspekte (z.B.: Bildungsauftrag, Erholungsinfrastruktur) beinhaltete. Inwieweit sich jene Maßnahmen charakterisieren lassen, die in der allgemeinen Maßnahmenkategorie des Bündels Lebensqualität und Diversifizierung umgesetzt wurden, ist dem folgenden Abschnitt zu entnehmen.

4.4.5 M 413 – Umsetzung der lokalen Entwicklungsstrategie für die Verbesserung der Lebensqualität und Diversifizierung

Die letzte Maßnahmenkategorie, die im Zuge der Untersuchung zu behandeln ist, ist jene der „Umsetzung lokaler Entwicklungsstrategien für die Lebensqualität und Diversifizierung“. Hierbei handelt es sich um jene LEADER-Projekte, die keiner Maßnahme (z.B.: M 31, M 32 oder M 331/ 341) der Kategorie „Lebensqualität und Diversifizierung“ (M 413) konkret zugeordnet wurden. Stattdessen trugen sie als allgemeine Maßnahmen zur Aktivierung der lokalen Bevölkerung und zur Bewusstseinsbildung, zum Aufbau, der Implementierung oder Nutzung regionaler Netze als auch zur Entwicklung und Umsetzung gemeindeübergreifender Entwicklungskonzepte bei. Wesentlicher Unterschied zu den bisher vorgestellten Projekten ist, dass ihr Wirkungskreis insgesamt primär als regional zu bezeichnen ist (s. Abbildung 15). Sie stehen vor allem im Kontext der Aktionsfelder „Regionale Identität und Bildung“, „Natur, Umwelt, Energie und Kreislaufwirtschaft“ sowie jenem zur „Landwirtschaft, Wein und Kulturlandschaft“.

Die Projektliste der niederösterreichischen Landesregierung (NÖ Landesregierung 2015) zeigt, dass unter dem allgemeinen Code M 413 insgesamt 14 Maßnahmen mit einem Fördervolumen von rund 900.000 Euro abgerechnet wurden (s. Tabelle 21). Die Förderanträge selbst lassen erkennen, dass ein inhaltlicher Schwerpunkt das Thema Energie darstellte; bei sechs Vorhaben stand es als zentraler Gegenstand im Fokus der Maßnahmen. Die LAG knüpfte damit an die Bedeutung des Themas in der Region an, das über unterschiedliche, jedoch meist sehr gezielte Aktivitäten bereits seit Jahrzehnten stark forciert und als wichtiger Bestandteil der regionalen Identität ausgebaut wurde. Anhand unterschiedlicher LEADER-geförderter Bewusstseins- und Wissensvermittlungsprojekte (z.B.: „Energie in den Schulköpfen“, „Energie in Wirtschaft und Weiterbildung“ etc.) wurden so etwa die Bereiche Energieeffizienz und erneuerbare Energien breitenwirksamer als bisher behandelt. Durch die

Konzeption schultypgerechter Bildungsmaßnahmen oder der Befragung der regionalen Stakeholder inklusive einer begleitenden Konzeptstudie (z.B.: zum Ist-Zustand, Zukunftsvisionen) sollten die Themen weiter in der Region verankert werden. Die Erstellung eines umfassenden regionalen Energiekonzepts unter dem Slogan „100% Erneuerbare Energie“, die Entwicklung einer Energieplakete, die an Private für einen geringen Energieverbrauch bzw. einer hohen Eigenversorgung vergeben werden sollte, oder die Durchführung einer Studie zu den Potentialen erneuerbarer Rohstoffproduktion sollten den umweltorientierten Ansatz der Regionalentwicklungsphilosophie weiter fördern.

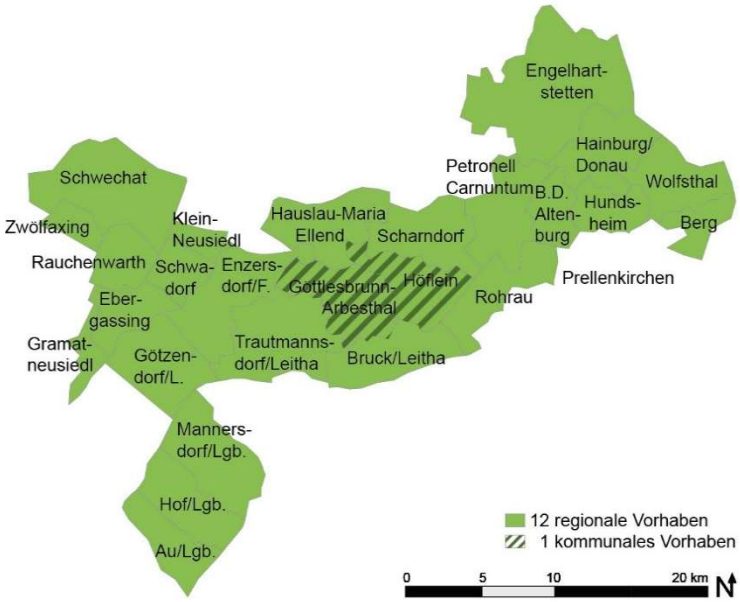


Abbildung 15: *Verteilung und Häufigkeiten der LEADER-Maßnahmen „Umsetzung der LES" (M 413) (Quelle: eigene Berechnung und eigene Darstellung)*

Einen wichtigen Bezugspunkt im Rahmen der Maßnahmenkonzeptionen bildete darüber hinaus die in der Region organisierte Landesausstellung im Jahr 2011. In diesem Zusammenhang wurde einerseits die Erstellung eines Konzepts subventioniert, das sowohl im touristischen Bereich als auch im Alltag die Möglichkeiten des E-Mobilität-Einsatzes behandelte. Die Entwicklung eines Vergabesystems von sogenannten Qualitätspartnertiteln sollte andererseits die Einhaltung gewisser qualitativer Standards in touristischen und wirtschaftlichen Betrieben gewährleisten. In zwei Gemeinden wurde darüber hinaus der Weintourismus sowohl für UrlauberInnen von außerhalb wie auch für die lokale Bevölkerung subventioniert. Als Erweiterung des kulturellen Angebots sollte dieser insgesamt zu einer höheren Wertschöpfung und zu einer Attraktivierung und Stärkung der lokalen Identität führen.

In sozialpolitischer Hinsicht wurden im Zuge der Förderaktivitäten Sensibilisierungsprozesse etwa im Bereich der Barrierefreiheit unterstützt. Unter dem Titel „Barrierefreie Regionen“ sollte die Thematik als regionaler Schwerpunkt etabliert und die Barrierefreiheit in Gebäuden, im Verkehr sowie in den Bereichen Wohnen, Reisen oder Medien diskutiert werden. Im Kontext des Themas Integration gewisser Bevölkerungsgruppen steht weiters die Maßnahme „Junges Römerland Carnuntum“. Diese sollte an vorangehende Jungendprojekte anknüpfen und eine stärkere Einbindung derselben in die regionale Agenda fördern.

Bezüglich des Themas Lebensqualität ließ sich in diesem Maßnahmenpaket erstmals eine Verwendung des Begriffs in den Projektanträgen feststellen. Von den insgesamt 14 Anträgen wurde der Ausdruck im Rahmen von drei unterschiedlichen Projektbeschreibungen eingesetzt. Die Ausführungen lassen darauf schließen, dass der Begriff einmal sowohl als Messgröße, einmal als reines Schlagwort als auch in der Funktion einer Zielgröße verwendet wurde. Inwiefern sich diese Einsätze weiter charakterisieren lassen, ist in den nachfolgenden Beschreibungen der jeweiligen Maßnahmen nachzulesen. Im Zuge der Analyse wurde außerdem deutlich, dass in diesem Maßnahmenpaket die Finanzierung von immateriellen Fördergegenständen dominierte: Bei zwölf von insgesamt 14 Projekten wurde der Aufbau von Netzwerken, die Ausarbeitung von Studien (z.B.: Bestandserhebungen sowie darauf aufbauende Konzeptentwicklungen) oder die Initiierung von Qualitätsmanagementsystemen subventioniert. Zwei

Maßnahmen vereinen schließlich sowohl Konzepterstellungen als immaterielle Leistung als auch die Anschaffung von materiellen Gütern, womit sie als Synthese kodiert sind. Der Wirkungskreis – so wie es die obenstehende Grafik zeigt und bereits angesprochen wurde – ist mehrheitlich als gesamtregional zu kennzeichnen. Lediglich zwei Projekte, in deren Zuge vor allem die lokale Attraktivität bzw. Stärkung der lokalen Identität gefördert wurde, sind als kommunal kodiert. Zwar sind aufgrund ihres Zusammenspiels mit der Landesausstellung 2011 durchaus regionale Effekte nicht auszuschließen. Da sich die Fördertätigkeiten jedoch rein auf die kommunale Ebene beziehen und in den Anträgen die Stärkung der lokalen Identität besonders betont wurde, wurde diese Kodierung gewählt.

Bezüglich der in den Anträgen thematisierten Lebensqualitätsdimensionen lässt sich feststellen, dass insgesamt zwölf unterschiedliche Dimensionen zu kodieren sind. Mit sieben kodierten Dimensionen sticht hierbei jene Beschreibung zum Demographie-Check hervor (nähere Beschreibung s. nachfolgendes Teilkapitel) – sie stellt damit jene Maßnahmen dar, die inhaltlich die größte Vielfalt an angesprochenen Themen zeigt. Es folgt auch hier ein tabellarischer Überblick (Tabelle 27) zu den im Rahmen der Analyse kodierten Dimensionen aller Lebensqualitäts- und Diversifizierungsmaßnahmen:

Tabelle 27: *Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu den Maßnahmen „Umsetzung der LES“ (M 413) (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung)*

M 413	**Begriff LQ**		*Kodiert in (Anzahl) Projekten ↓*	
		Funktion des Begriffs	Keine Verwendung; Zielgröße; Messgröße; Schlagwort.	11 1 1 1
		Definition/Systematisierung/ Operationalisierung	Keine Rückschlüsse möglich; Subjektiver Ansatz.	13 1
	Charakterisierung der Maßnahmen	Fördergegenstand	Immateriell; Synthese zwischen materiell und immateriell.	12 3
		Wirkungskreis	Kommunal; Regional.	2 12
		Lebensqualitätsdimensionen:	Beispiele generalisierter Textteile	
		1. Bevölkerung	Studien zum Thema Bevölkerung – Formulierung eines Perspektivenpapiers,	1
		3. Bildung und Weiterbildung	Aufbau von Netzwerken im Bildungs- und Weiterbildungsbereich – Rolle der Bildung und Weiterbildung in der Region – Bildungsbeauftragte – Studien zum Thema Bildung und Konzeptentwicklungen – Bildungsinhalte (z.B.: Energie) und Arten der Wissensvermittlung;	7
		4. Arbeit und Wirtschaft	Studien zum Arbeitsmarkt und Wirtschaftssektor – Wertschöpfung – Konzeptentwicklungen – Förderung des Tourismus und touristischer Angebote – Ressourcenverbrauch und -art – Jugendliche in der Wirtschaft;	12
		5. Lebensstandard	Energiepreise;	1
		7. Wohnverhältnisse	Energieverbrauch privater Haushalte – Energieauszeichnung;	1
		10. soziale Beziehungen, soziales Verhalten und Einstellungen	Gesellschaftlicher Zusammenhalt – Analysen zu Einstellungen – Sensibilisierung der Bevölkerung – soziale Beziehungen – Kommunikationsverhalten;	8
		11. Freizeit und Kultur	Fertigung von Kulturgütern, um angeeignetes Wissen (z.B.: zum Thema Energie) darzustellen und regional zu präsentieren – Aufbau regionaler Identität durch Stärkung der regionalen Kultur (u.a. durch das Thema Energie) – Kultur- und Freizeit- und Erholungsangebote;	6
		12. Medien	Öffentlichkeitsarbeit – Nutzung unterschiedlicher Medien;	10
		13. Politik, politische Partizipation und Zivilengagement	Partizipation;	2
		14. Verkehr und Mobilität	Studien im Bereich Verkehr und Mobilität – Barrierefreiheit – Energieverbrauch im Bereich Mobilität – E-Mobilität und entsprechende Studien;	8
		15. Umwelt	Erneuerbare Energie, Energieeffizienz – Energieautarkie – Kooperationen und Koordination bei Umweltthemen – Energieauszeichnung – Energie als Bestandteil der regionalen Identität – Einstellungen und Visionen – Konzeptentwicklungen im Bereich Erneuerbare Energien – Produktion natürlicher Rohstoffe – Erlebbarkeit und Erholung;	8
		17. soziale Sicherheit	Allgemeine Barrierefreiheit (Verkehr und Mobilität, Reisen, Alltag, Medien etc.) inklusive Studien dazu.	1

Anhand der überblicksmäßigen Beschreibung der Maßnahmen dieser Kategorie wurde weiter oben bereits die Bedeutung ökologisch ausgerichteter Projekte deutlich. Sie wird mittels der Auflistung der in den Anträgen kodierten Lebensqualitätsdimensionen weiter hervorgehoben; das Thema Umwelt konnte in acht Anträgen kodiert werden. Weniger deutlich wurde anhand der Beschreibung der meisten Vorhaben dagegen die Bedeutung wirtschaftlicher Aspekte; in diesem Zusammenhang zeigt die Tabelle jedoch, dass der Großteil der über diese LEADER-Kategorie subventionierten Projekten (12 Vorhaben) neben gesellschaftlichen bzw. sozialpolitischen und ökologischen Zielen auch ökonomische Prioritäten (z.B.: Steigerung der regionalen Wertschöpfung) berücksichtigten bzw. die Umsetzung der Projekte darüber argumentiert wurde. Es kann außerdem festgestellt werden, dass im Vergleich zu den davor beschriebenen Maßnahmen, bei denen vor allem partizipatorische Prozesse gefördert wurden, verstärkt die Sensibilisierung der Bevölkerung bzw. bestimmter Branchen gegenüber wichtiger politischer Themen im Zentrum stand (z.B.: Barrierefreiheit, Umwelt und Nachhaltigkeit). Als Beispiel hierfür kann auch das im Folgenden detaillierter beschriebene Projekt zum Demographie-Check für die Region AC angeführt werden. Es handelt sich dabei um das erste Beispiel, in dem erstmals das Thema Lebensqualität aufgegriffen wurde.

Demographie-Check für die Region Auland Carnuntum

Die erste Maßnahmenbeschreibung, in deren Zuge der Begriff Lebensqualität verwendet wurde, behandelt den Demographie-Check für die Region AC. Die Umsetzung dieses Konzepts war für die gesamte LEADER-Region konzipiert. Der Zusammenhang mit einem der LES-Aktionsfelder wurde nicht angegeben.

Dem Förderantrag und den diesem beiliegenden Unterlagen nach handelte es sich bei diesem Vorhaben um eine Studie zu den Themen Arbeitsmarkt, regionale Wertschöpfung sowie dem Tourismus- und Freizeitangebot. Hintergrund war der demographische Wandel und dessen Wirkungen (z.B.: Überalterung, Abwanderung junger qualifizierter Arbeitskräfte), die bereits während der Förderperiode feststellbar waren (z.B.: in den Bereichen Gesundheit, Freizeitangebote, Bildung). Ziel war es, die Gesellschaft auf die Herausforderung dieses demographischen Wandels vorzubereiten und Strategien sowie Maßnahmen zur Abfederung oder Verhinderung unerwünschter Prozesse entwickeln zu können. Mit einer Fokussierung auf die Bereiche Wirtschaft und Tourismus sollten dabei zunächst regionale Betriebe und Unternehmen die Möglichkeit erhalten, gesellschaftliche Veränderungen positiv zu nutzen (z.B.: Angebotsabstimmung) und auf Wandlungsprozesse im Marktgeschehen oder der MitarbeiterInnenstruktur reagieren zu können. Während der Zusammenarbeit zwischen der LAG, der niederösterreichischen Wirtschaftsagentur ecoplus und einem Ingenieurbüro sowie den regionalen Wirtschaftskammern Bruck und Schwechat wurden dabei folgende Projektphasen und -inhalte konzipiert und realisiert:

Zu Beginn der Maßnahme standen die Basisaufbereitung des Themas sowie eine allgemeine Datenanalyse im Zentrum. Die Ergebnisse dazu sollten etwa über ExpertInnenvorträge in die Region getragen und die heimischen Betriebe und Unternehmen so für das Thema sensibilisiert werden. Ziel der im Anschluss durchgeführten Analyse war es, den regionalen Branchen- und Betriebsbesatz sowie deren Sensibilität gegenüber demographischen Veränderungen zu untersuchen. Darauf aufbauend sollten die möglichen Auswirkungen desselben (z.B.: Marktpotentiale, Kundenpotentiale, Produkt- und Dienstleistungsinnovationen) auf die einzelnen Betriebe und Branchen analysiert werden. Um das Thema schließlich abzurunden, sollten weitere Analysen, die die Auswirkungen der demographischen Veränderungen in anderen Bereichen aufzeigen, initiiert werden. Als Beispielbereiche wurden hierbei die Mobilität, die Aus- und Weiterbildung, die Infrastrukturausstattung oder die regionale Identität genannt. Auf der Grundlage dieser Resultate, jedenfalls jedoch auf jenen zum Branchen-Check sollte ein Perspektivenpapier erstellt werden, das als mittel- bis langfristiger Umsetzungsrahmen und als Basis strategischer Entscheidungen in der Zukunft dienen sollte.

Der Begriff Lebensqualität wurde im Zuge der Themenvorschläge für weiterführende Analysen genannt. Seine Funktion ist diesem Kontext nach vordergründig als Messgröße einzustufen. Er wurde außerdem mit dem Zusatz „psychosoziale Gesundheit“ näher präzisiert, was sich laut dem Öffentlichen Gesundheitsportal Österreichs von der Gesundheitsdefinition der Weltgesundheitsorganisation (WHO) ableitet. Demnach umfasst die psychosoziale Gesundheit das persönliche Wohlbefinden, die

Möglichkeit seine eigenen Fähigkeiten zu verwirklichen und die „ […] *Kompetenz, mit einem normalen Maß an Belastungen im Leben zurechtzukommen, produktiv zu sein und einen Beitrag für die Gesellschaft zu leisten“* (BMFG 2014, online). Eine Analyse zum Thema Lebensqualität unter dem Aspekt der psychosozialen Gesundheit impliziert demnach, dass vor allem subjektiv geprägte Komponenten von Individuen anhand qualitativer Erhebungsmethoden untersucht werden sollten. Die lebensqualitätskonzeptrelevanten Charakteristika „subjektiv“ sowie „individuell“ repräsentieren diese Einschätzung und finden demnach Eingang als Kodierung. Da im Kontext des Branchen-Checks jedoch keine Dokumente recherchiert werden konnten, die diese Rückschlüsse gestützt und weiter ausgeführt hätten, können keine Angaben bezüglich einer Systematisierung getroffen werden. Die im Folgenden dargestellte Dimensionierung zeigt deshalb die thematische Bandbreite des Projekts insgesamt. Im Rahmen der Maßnahmenbeschreibung – jedoch ohne Beachtung der Themen, die für abrundende Analysen vorgeschlagen wurden – konnten demnach folgende Inhalte kodiert werden (s. Tabelle 28):

Tabelle 28: *Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu dem Projekt „Demographie-Check“ (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung)*

Demographie - Check	**Begriff LQ**	Funktion des Begriffs	Messgröße
		Definition/Systematisierung/ Operationalisierung	„psychosoziale Gesundheit“ → subjektiv und individuell
	Charakterisierung der Maßnahmen	Fördergegenstand	Immateriell
		Wirkungskreis	Regional
		Lebensqualitätsdimensionen:	Beispiele generalisierter Textteile
		1. Bevölkerung	Basisdatenaufbereitung zur demographischen Entwicklung;
		3. Bildung und Weiterbildung	Sensibilisierung heimischer Branchen und Betriebe – Ausbildungsniveau in der Region;
		4. Arbeit und Wirtschaft	Branchen- und Betriebsbesatz – Chancen am Arbeitsmarkt – Wertschöpfung;
		11. Freizeit und Kultur	Freizeit- und Kulturangebote;
		12. Medien	Öffentlichkeitsarbeit, Informationsverbreitung via unterschiedlicher Medien.

Als immateriell ist die Maßnahme eingestuft, da vor allem Sensibilisierungsvorhaben und die Erarbeitung von Studien gefördert wurden. Da der Branchen- und Betriebscheck für das gesamte Gebiet durchgeführt und die Ergebnisse für alle Unternehmen einen Nutzen bringen sollten, ist der Wirkungskreis außerdem als regional anzugeben. Insgesamt lassen sich die Inhalte der Projektbeschreibung in fünf unterschiedliche Lebensqualitätsdimensionen einordnen, wobei der Fokus der Maßnahmenkonzeption eindeutig auf dem Thema „Arbeit und Wirtschaft“ lag. Ebenfalls fünf unterschiedliche Dimensionen lassen sich im nächsten Projekt „Barrierefreie Region“ kodieren. Der wesentliche Unterschied liegt jedoch darin, dass die Maßnahme nicht auf ökonomische, sondern primär auf sozialpolitische Aspekte ausgerichtet war.

Barrierefreie Region

Das nächste Projekt, das im allgemeinen Maßnahmenblock 413 realisiert wurde und den Begriff Lebensqualität einbezog, ist jenes mit dem Titel „Barrierefreie Region“. Es handelt sich hierbei um ein Folgeprojekt des gerade beschriebenen Demographie-Checks, in dessen Ergebnissen die Empfehlung ausgesprochen wurde, die Barrierefreiheit als regionalen Schwerpunkt zu verankern.

Als Hintergrund für die Maßnahme wurde angeführt, dass insgesamt 11% der Bevölkerung europaweit Menschen mit speziellen Bedürfnissen sind. Gemeint sind hiermit nicht nur permanente körperliche Beeinträchtigungen, sondern auch temporäre Umstände (z.B.: Gipsbein, Kinderwagen etc.) oder Personen fortgeschrittenen Alters. Um für alle Personen die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben gewährleisten zu können und gesellschaftspolitische wie auch gesetzliche Ansprüche zu erfüllen, initiierte die LAG deshalb eine verstärkte Auseinandersetzung mit dem Thema Barrierefreiheit. Ziel war

es, die Gemeinden und öffentliche Anlagen, Betriebe, touristische Einrichtungen und Vereine sowie die Bevölkerung selbst zu aktivieren und zu sensibilisieren. Durch die Vermittlung von Basisinformationen und der damit einhergehenden Bewusstseinsbildung sollte die gesamte Region auf ihre Barrierefreiheiten getestet werden. Fachberatungen und Weiterbildungen von regional wichtigen AkteurInnen sollten die Eigenkompetenz stärken und das Thema regionsweit verankern. Die Planung wirksamer Maßnahmen für mehr Barrierefreiheit im Gebiet sollte die Vorhaben weiter abrunden. Folgende Bestandteile wurden von den ProjektträgerInnen demnach unter dem Titel „Barrierefreie Region“ konzipiert:

- Gemeinde-Check: Barrierefrei?: Nach einer theoretischen Einführung zum Thema Barrierefreiheit sollten GemeindevertreterInnen sowie BürgerInnen in den Gemeinden der Region einen Rundgang absolvieren und bestehende Barrieren aufdecken. Neben öffentlichen Flächen wurde das Augenmerk auch auf öffentliche Gebäude (z.B.: Gemeindeämter, Arztpraxen, Banken oder Geschäfte etc.) gelegt. Ein zusammenfassender Bericht zu den jeweiligen Ergebnissen, die mit Verbesserungsvorschlägen ergänzt wurden, sollte künftig einen Handlungsrahmen bieten, um selbstständig Behebungen von Barrieren vorzunehmen.
- Abbau von Barrieren in touristischen Einrichtungen: Lag der Schwerpunkt des vorherigen Punktes auf der Erreichbarkeit und Zugänglichkeit von öffentlichen Flächen und Gebäuden, konzentrierte sich dieser Punkt auf touristische Einrichtungen (öffentlich zugängliche sowie Privatanlagen für den Tourismus) und insbesondere auf die Informationsweitergabe im Tourismussektor. Eine Bestandsaufnahme sollte wie auch beim Gemeinde-Check mit ExpertInnen (Fachbeirat) durchgeführt werden und Barrieren etwa bezüglich der Verständlichkeit und der Gestaltung von Informationsmaterialien aufzeigen.
- Barrierefreies Reisen: Der öffentliche Verkehr ist in der Region AC von grundlegender Bedeutung. Um das Angebot in jeder Situation möglichst einfach nutzen zu können, sollte auch hier ein Fachbeirat die Situation in der Region bewerten und davon ausgehend Verbesserungsvorschläge formulieren.
- Barrierefreies Internet: Unterschiedliche Lebenslagen beeinflussen nicht nur die Erreichbarkeit von öffentlichen Einrichtungen oder die Mobilität im Reiseverkehr, sondern auch das Nutzungsverhalten des Internets. Blinde Menschen stellen andere Ansprüche an Homepages als alte und ungeübte Leute oder erfahrene SurferInnen sowie High-tech-UserInnen. Für richtig programmierte und barrierefrei gestaltete Websites sollte im Zuge dieser Maßnahme ebenfalls ein Handlungs- und Umsetzungsrahmen erarbeitet werden.

Anhand der Beschreibung dieser einzelnen Bestandteile der Maßnahme wird deutlich, dass der Fördergegenstand immaterieller Natur ist. Die Bewusstseinsbildung und Wissensvermittlung wurde für die gesamte Region geplant, weshalb der Wirkungskreis des Projekts auch als solches anzugeben ist. Gegenüber den beiden anderen, detaillierter beschriebenen Beispielmaßnahmen, in denen der Begriff Lebensqualität verwendet wurde, wurde er hier in der Funktion eines Zielbegriffs einbezogen: *„Lebensqualität für alle sichern – neue Zielgruppen erreichen und neue Märkte erschließen“*, so das Motto des Vorhabens. Näher erläutert wurde der Begriff aber wiederum nicht; eine konkrete bzw. ausdrückliche Beschreibung des Zusammenhangs zwischen dem Slogan und der Maßnahme fehlt. Der Kontext der Verwendung impliziert jedoch, dass die Bedürfnisse aller Bevölkerungsgruppen (Menschen mit besonderen Bedürfnissen, alte Menschen, Menschen in besonderen Lebensumständen, etc.) erfüllt und der Zugang zum (alltäglichen) Leben ermöglicht werden sollte. Folgende Dimensionen konnten im Rahmen der Analyse kodiert werden (s. Tabelle 29):

Tabelle 29: *Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu dem Projekt „Barrierefreie Region“ (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung)*

Barrierefreiheit	**Begriff LQ**	Funktion des Begriffs	Messgröße
		Definition/Systematisierung/ Operationalisierung	„psychosoziale Gesundheit“; sonst keine Rückschlüsse möglich
	Charakterisierung der Maßnahmen	Fördergegenstand	Immateriell
		Wirkungskreis	Regional
		Lebensqualitätsdimensionen:	Beispiele generalisierter Textteile
		1. Bevölkerung	Basisdatenaufbereitung zur demographischen Entwicklung;
		3. Bildung und Weiterbildung	Sensibilisierung heimischer Branchen und Betriebe auf das Thema demographische Veränderungen – Untersuchungen zum Ausbildungsniveau in der Region, um Rückschlüsse etwa für den Wirtschaftssektor treffen zu können;
		4. Arbeit und Wirtschaft	Branchen- und Betriebsbesatz;
		11. Freizeit und Kultur	Analysen zu den Freizeit- und Kulturangeboten der Region im Kontext des Tourismussektors als wirtschaftlicher Faktor;
		12. Medien	Öffentlichkeitsarbeit, Informationsverbreitung via unterschiedlicher Medien.

Zu Beginn der Beschreibung wurde darauf hingewiesen, dass es sich bei dieser Maßnahme um ein Folgeprojekt des Demographie-Checks handelte. Dieser wurde näher erläutert, da der Begriff Lebensqualität im Kontext der psychosozialen Gesundheit in die Projektbeschreibung integriert wurde. Festzustellen war hier, dass zwar keine Systematisierung vorgenommen wurde, der Ausdruck Lebensqualität jedoch mit der Möglichkeit bzw. dem Wunsch in Verbindung gebracht wurde, jedes menschliche Bedürfnis uneingeschränkt nach seinen/ihren Wünschen zu erfüllen. Anhand der Beschreibung der Maßnahme „Barrierefreie Region“ lassen sich zu diesem Ziel einige Parallelen finden: Die Erlebbarkeit der gesamten Region und deren Institutionen, die Möglichkeit barrierefrei Reisen anzutreten oder Einschränkungen im Tourismus und im Internet zu vermeiden, können direkt auf das Konzept der psychosozialen Gesundheit nach der Definition des österreichischen Gesundheitsportals (s. Abschnitt davor) bezogen werden. Auch das Ziel der gerade beschriebenen Maßnahme, Lebensqualität zu sichern (z.B.: durch Abbau von Barrieren), neue Zielgruppen zu erreichen (z.B.: Menschen mit Beeinträchtigungen) und Märkte zu erschließen, kann als abgeleitete Zielsetzung des Branchen- und Betriebschecks der Region AC angesehen werden. Dies legt nahe, dass im Zuge des Demographie-Checks der Begriff Lebensqualität zwar als Messgröße verstanden, aufgrund der Projektergebnisse (u.a.: Thema Barrierefreiheit ist in der Region zu fördern) jedoch direkt in eine Zielsetzung mit einem konkreten Inhalt (der Barrierefreiheit) übersetzt wurde. Beiden Verwendungen gemeinsam ist jedenfalls die sozialpolitische Ausrichtung. In welchem Kontext die dritte Verwendung des Begriffs Lebensqualität stand, ist im Folgenden beschrieben.

Energie in den Schulköpfen

Die letzte Maßnahme, in deren Beschreibung der Begriff Lebensqualität verwendet wurde, ist jene mit dem Titel „Energie in den Schulköpfen“. Grundsätzlich wurde bereits erläutert, dass das Thema Erneuerbare Energie seit Jahren einen wichtigen Pfeiler der regionalen Wirtschaft und Energiepolitik sowie der regionalen Identität darstellte. Der Fokus entsprechender Maßnahmen lag jedoch vor allem auf der Errichtung von Anlagen und der Bereitstellung von Weiterbildungsangeboten auf universitärem Niveau. Ihr Einfluss und ihre Wirksamkeit beschränkten sich damit vorwiegend auf bestimmte Gemeindegebiete oder spezifische Themenbereiche und förderten nur begrenzt die breitenwirksame Bewusstseinsbildung einer gemeinsamen Energieregion. Das vorliegende Projekt zielte darauf ab, die Bevölkerung an dieses Thema heranzuführen und in dessen Bewusstsein zu verankern. Es setzte hierfür bei den Jungen der Region bzw. bei deren Ausbildung an.

Ziel der Maßnahme war es, das Thema Erneuerbare Energie, Energieeffizienz und Nachhaltigkeit zuerst bei rund 11.000 SchülerInnen in 41 Schulen durch eine Wissenssteigerung stärker zu verankern. Die Aus- und Weiterbildung des Lehrpersonals sowie die Kooperation mit regionalen Stakeholdern vor allem des Energiebereichs waren dabei wesentliche Voraussetzungen. Ein kreativer und spielerischer Zugang sollte das Interesse an dem Thema wecken und zur Erarbeitung alters- und schultypgerechter Ergebnisse führen. Diese sollten wiederum der gesamten Bevölkerung zugänglich gemacht werden, um auch hier zu einer Bewusstseinsbildung beizutragen, die Identität einer gemeinsamen Energieregion auszubauen und die gesamte Bevölkerung in den Prozess der Energiewende hin zur Autarkie einzubinden. Folgende vier Bausteine wurden hierfür je nach Schultypen konzipiert:

- Energie-Buch der Region: In den Volksschulen der Region wurden nach Workshops mit fachlichen Inputs zu bestimmten Energie- und Umweltthemen diese reflektiert und von den SchülerInnen in Form von Illustrationen und Kurzgeschichten in einem Energie- und Klimabuch der Region gesammelt. Eingebettet in eine konkrete Rahmengeschichte setzten sich die VolksschülerInnen (Alter zwischen 6 und 10 Jahren) mit Themen wie dem Klima- und Umweltschutz, der Erneuerbaren Energie, Nachhaltigkeit und Regionalität auseinander. Die Bücher selbst wurden danach unter anderem sowohl an die SchülerInnen verteilt als auch bei regionalen Veranstaltungen aufgelegt.
- Römisch I: In diesem Maßnahmenbaustein bildeten Vorträge zum Thema Energie (Treibstoffe, Wärme und Elektrizität) in den weiterführenden Schulen der Region den Auftakt. Sie sollten einen bewussten Umgang damit aufzeigen und das Interesse der Jugendlichen wecken. Im Rahmen eines Wettbewerbs, in dessen Zuge die energetischen Situationen der jeweiligen Schulen in den Bereichen Raumtemperatur, Stromverbrauch und Schulwege untersucht wurden, wurden Verbesserungsvorschläge zur Reduktion des Energieverbrauchs erarbeitet. Die Arbeiten der Schüler wurden abschließend von einer Jury beurteilt und prämiert.
- Damals in Hainburg: Dieser Baustein sollte nur in ausgewählten, an dem Vorhaben interessierten Schulformen angeboten werden. Ziel war es, die Bewusstseinsbildung in den Bereichen Umweltschutz, Energieformen und Energieeffizienz im Allgemeinen und im Bereich umweltverträgliche Nutzung der Wasserkraft im Speziellen zu fördern. Via Workshops, Vorträge und Exkursionen wurden diese Themen den Jugendlichen nähergebracht und durch Erfahrungsberichte von Zeitzeugen der Hainburger Besetzung ergänzt. Anhand der Ausarbeitung von individuellen Berichten (z.B.: auch in Form eines Theaterstücks oder Kurzfilmen) sollten die dabei gesammelten Eindrücke festgehalten werden.
- Was haltet ihr davon?: Das letzte Projektpaket war auf Polytechnische Lehrgänge zugeschnitten und erlaubte den SchülerInnen einen kreativen und handwerklich geprägten Zugang zum Thema Erneuerbare Energie, Umwelt und Nachhaltigkeit. Sie sollten in diesem Zusammenhang Ideen für Ausstellungsstücke entwickeln und umsetzen, um die Objekte im Anschluss in der Region ausstellen zu können. Eine breit angelegte Umweltbildungskampagne, die insbesondere die kommenden Generationen einband, konnte damit publikumswirksam präsentiert werden.

Das Thema Lebensqualität wurde im Rahmen der Projektbegründung und der Darlegung des Bezugs des Vorhabens zur LES der LAG aufgegriffen. Demnach heißt es:

„Die Arbeit für und mit Jugendlichen stellt hier einen neuen Meilenstein in der Tätigkeit der Leader-Region dar. Nämlich die Arbeit mit jenen, welche mittel- und langfristig in dieser Region leben werden. Konfrontiert mit der Möglichkeit […] *zu wissen, welche Möglichkeiten der/die Einzelne hat, um seinen Beitrag zu einer zukunftsfähigen, nachhaltigen und energiearmen Lebensweise mit dennoch hoher Lebensqualität zu leisten verbindet die Jugendlichen zusätzlich mit der Region“* (AE Nr. 28).

Präzisiert wurde diese Aussage, allen voran der Begriff Lebensqualität, in diesem Fall nicht. Bis auf die Einstufung seiner Funktion als Schlagwort, das einen guten, ausgefüllten und nachhaltigen Lebensstil repräsentiert, lässt diese fehlende Auseinandersetzung keine weitere Charakterisierung des Ausdrucks zu. Die Formulierung allein impliziert jedoch ein thematisch recht umfassendes Verständnis des Begriffs. Erneut kann der Beitrag der Maßnahme zur Steigerung der Lebensqualität nur über die von der Verwendung des Begriffs unabhängigen Projektbeschreibungen beurteilt werden. Eingebettet über einen generellen Überblick über die Untersuchungsergebnisse dieser Maßnahmen zeigt die nachstehende Tabelle (Tabelle 30) erneut, welche Themen im Rahmen des gesamten Projekts kodiert werden konnten:

Tabelle 30: *Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu dem Projekt „Energie in den Schulköpfen“ (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung)*

Energie in den Schulköpfen	**Begriff LQ**	Funktion des Begriffs	Schlagwort
		Definition/Systematisierung/ Operationalisierung	keine Rückschlüsse möglich
	Charakterisierung der Maßnahmen	Fördergegenstand	Immateriell
		Wirkungskreis	Regional
		Lebensqualitätsdimensionen:	Beispiele generalisierter Textteile
		3. Bildung und Weiterbildung	Energie als Bildungsthema – Bildungsformen und -zugang;
		10. soziale Beziehungen, soziales Verhalten und Einstellungen	regionale Identität – Bindung der Jugendlichen an die Region aufgrund Betonung einer lebenswerten Umgebung;
		11. Freizeit und Kultur	Produktion von Kulturgüter;
		12. Medien	Öffentlichkeitsarbeit – Informationsverbreitung via unterschiedlicher Medien;
		15. Umwelt	Energieeffizienz öffentlicher Gebäude – Umwelt- und Naturschutz sowie Erneuerbare Energiethemen als regionales Thema.

Neben der Systematisierung der Maßnahme anhand der unterschiedlichen Lebensqualitätsdimensionen (Tabelle 30) lässt sich feststellen, dass der Fördergegenstand – die Bewusstseinsbildung der Bevölkerung zum Thema Energie – rein als immateriell zu bezeichnen ist. Da außerdem die gesamte Region bzw. der Großteil der Schulen im LEADER-Gebiet eingebunden wurde, ist die Maßnahme als regional zu kodieren. Das Vorhaben, durch die Umsetzung dieses Projekts zur Stärkung bzw. zum Aufbau einer gemeinsamen Energieregion beizutragen, stützt diese Einschätzung. Wie die Verwendung des Begriffs Lebensqualität unter dem Ziel „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ in der Region AC in der Periode 2007-2013 aufbauend auf diesen Einzelergebnissen insgesamt zusammenzufassen ist, wird mitunter im Folgenden dargelegt.

4.5 Zusammenfassung

Das LEADER-Förderprogramm kann auf der Grundlage der im Kapitel zuvor (Kapitel 3) dargestellten Informationen als ein Instrument der europäischen Integration speziell im Bereich der Agrarpolitik angesehen werden. Die Verbesserung der Lebensbedingungen und der Lebensqualität innerhalb des gemeinschaftlichen Territoriums galten darüber hinaus seit der Gründung der heutigen Union als wesentliches Ziel in diesem Integrationsprozess. Seit der LEADER-Förderperiode 2000-2006 wurde das Thema Lebensqualität schließlich mit dem methodischen Ansatz kombiniert, jedoch im Rahmen der europäischen Vorgaben nicht definiert. Da dieser Umstand speziell im sozialwissenschaftlichen Kontext wiederkehrend für Kritik sorgt (s. Kap 1 sowie Kap. 4.1.1), wurde das Thema Lebensqualität und seine Bedeutung im LEADER-Förderprogramm im Rahmen dieser Arbeit ins Zentrum gestellt.

Konkret wurde im Zuge dieses vorliegenden Kapitels der gerade angesprochenen Empfehlung zunächst Folge geleistet und eine inhaltlich breit gefasste Lebensqualitätsdefinition festgelegt, welche – wie im politischen Bereich durchwegs üblich – aus dem Vergleich unterschiedlicher, bereits existierender Ansätze abgeleitet wurde. Inwiefern dieser Definitionsansatz im Rahmen dieser Arbeit gestaltet wurde, ist der Tabelle 18 zu entnehmen. Sie sollte jedenfalls als Vergleichs- und Referenzrahmen dienen, um den Ausdruck Lebensqualität im Kontext des LEADER-Förderinstruments vor allem inhaltlich zu bestimmen. Bevor die Ergebnisse der gerade beschriebenen Untersuchung, die auf diese Bestimmung abzielte, auf die Hauptfragestellung dieser Arbeit bezogen diskutiert wird, erscheint es sinnvoll, die Analyse zuvor nochmals zusammenzufassen. Die Beschreibung orientiert sich dabei zunächst an den unter dem Forschungsansatz formulierten Unterfragestellungen, die sowohl die Verwendung des Begriffs als auch die allgemeine Charakterisierung der Maßnahmen thematisieren (s. Kap. 4.1.1).

Insgesamt wurden auf der Grundlage der Projektliste der niederösterreichischen Landesregierung 39 Projekte anhand ihrer Förderanträge analysiert. Sie wurden entweder direkt dem Teilziel „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ untergeordnet (25 Maßnahmen mit dem Code M 32) oder trugen allgemein zur Lebensqualität und zur Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft ohne Zuordnung zu einer diesem Leitbild untergeordneten Lebensqualitätskategorie bei (14 Maßnahmen mit dem Code M 413). Zu erkennen war etwa, dass in den Anträgen nur selten ein Zusammenhang zwischen den Maßnahmeninhalten und dem Thema Lebensqualität angedeutet wurde.

4.5.1 Die Lebensqualität in den Lebensqualitätsmaßnahmen – selten verwendet und doch omnipräsent

Eine Durchsicht der Projektanträge ergab, dass der Begriff selbst von insgesamt 39 Anträgen lediglich in drei Maßnahmen aufgegriffen wurde. Auffällig war dabei, dass er allein im Zuge der Beschreibung allgemeiner Projekte des dritten Schwerpunkts (M 413) und nicht in den spezifischen Lebensqualitätsmaßnahmen (M 321 – Dienstleistungseinrichtungen, M 322 c – Dorferneuerung, M 323 a – Naturschutz) einbezogen wurde. Die Inhalte, wie sie in den drei vorangehenden Abschnitten (Kap. 4.4.5) angesprochen wurden, legen nahe, dass dem Begriff einmal sowohl die Funktion einer Messgröße, einmal eines Zielbegriffs als auch eines Schlagworts zukam. Folgende Aspekte lassen sich jeweils zusammenfassen:

- Lebensqualität als Messgröße im Projekt „Demographie-Check“: Zwar wurde der Ausdruck in diesem Zusammenhang nicht eindeutig und ausführlich definiert oder operationalisiert, er wurde im Gegensatz zu den beiden anderen Verwendungen jedoch mit dem Zusatz „psychosoziale Gesundheit“ präzisiert. Laut einer Definition des öffentlichen Gesundheitsportals Österreichs (s. Kap. 4.4.5 – Demographie-Check) weist diese Ergänzung auf ein sozialpolitisches Verständnis hin. Aufgrund fehlender Ausführungen konnte aber weder dessen inhaltliche Tiefe eruiert werden noch ob der Begriff als Messgröße einen einzelnen Indikator darstellen oder ein umfangreiches Konzept beschreiben sollte.
- Lebensqualität als Zieldimension im Projekt „Barrierefreie Region“: Die Projektbeschreibung beinhaltet weder eine Definition, eine Operationalisierung noch einen Zusatz wie im davor beschriebenen Beispiel. Eine Charakterisierung des Begriffs ausgehend von entsprechenden Angaben war demnach nicht möglich. Da das Projekt insgesamt jedoch die Sensibilisierung zum Thema Barrierefreiheit in mehreren Bereichen subventionierte, steht sein Gebrauch erneut in einem sozialpolitischen Kontext.
- Lebensqualität als Schlagwort im Projekt „Energie in den Schulköpfen“: Wie bereits die Kategorisierung impliziert, wurden keine näheren Details zu einem Verständnis oder etwa eine Definition zum Begriff Lebensqualität im Rahmen der Maßnahmenbeschreibung, in dem der Begriff vorkam, vorgestellt. Der Begriff wurde jedoch im Kontext des Themas „Umwelt“ gebraucht, womit seine ökologische Dimension angesprochen wurde.

Insgesamt wurde der Begriff im Rahmen der Maßnahmenkonzeptionen demnach nie konkret und ausführlich definiert oder systematisiert. Lediglich im Rahmen des Projekts „Demographie-Check“ konnten Rückschlüsse auf eine mögliche Interpretation bzw. Charakterisierung geschlossen werden (subjektiv und immateriell). Sie müsste jedoch durch weitere Angaben weiter gestützt und verifiziert werden. Insofern lassen sich Parallelen zum Gebrauch in der LES feststellen, in dessen Ausarbeitung der Begriff ebenfalls einbezogen wurde ohne ihm jedoch ein klar deklariertes Verständnis zuzuordnen. Wie die nachfolgende Zusammenfassung der Systematisierung der Lebensqualitätsmaßnahmen zeigt, hätte eine Definition jedenfalls sehr umfangreich ausfallen müssen.

4.5.3 Der Definitionsansatz der LEADER-Lebensqualität

Wie bereits zu Beginn dieses Teilkapitels (Kap. 4.5) dargelegt wurde, wurde mithilfe einer arbeitseigenen und breit gefassten Definition der Lebensqualität eine inhaltliche Einschätzung aller Maßnahmen einer Beispielregion, die im Kontext des Ziels „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ standen, vorgenommen. Das vorliegende Teilkapitel dient dazu, die Ergebnisse insgesamt zu präsentieren und die sich daraus ergebende Definition der LEADER-Lebensqualität zu diskutieren.

Diese Gegenüberstellung der arbeitseigenen Definition mit den Vorhabenkonzeptionen ergab, dass laut den jeweiligen Projektanträgen insgesamt 16 materielle Gegenstände subventioniert, zwölf immateriell ausgerichtete Vorhaben gefördert und elf Maßnahmen realisiert wurden, die beide Komponenten kombinierten. Zwar lässt sich ausgehend davon ein leichter Fokus auf Projekte, die die materielle Ausstattung der Region subventionierten, feststellen. Insgesamt können sie dennoch als recht ausgeglichen bezeichnet werden. Vergleicht man weiters die Ergebnisse der jeweiligen Maßnahmengruppen, fällt auf, dass alle immateriell kodierten Projekte lediglich der Maßnahmenkategorie M 413 untergeordnet waren. Insgesamt ist so eine Verschiebung von rein auf materielle Fördergegenstände ausgerichteten Projekten bei den ersten beiden Maßnahmenkategorien (M 321 a – Verkehrserschließung, M 321 c - Dienstleistungseinrichtung im Bereich Erneuerbare Energie), über eine Mischung aus immateriellen und materiellen Subventionsgegenständen im Bereich Dorferneuerung und Naturschutz (M 322 a, M 323) bis hin zu vorwiegend immateriell ausgerichteten Maßnahmen (M 413 – Umsetzung der LES allgemein) erkennbar. Dies legt nahe, dass sowohl unterschiedliche Bedürfnisstufen der Bevölkerung bzw. der Region als auch deren Einstellungen, Werte und Wünsche im Zuge der Projektkonzeptionen berücksichtigt wurden.

Werden diese Ergebnisse jenen der Wirkungsebenen der Maßnahmen gegenübergestellt, erscheinen die Unterschiede ausgeprägter. Wie auch anhand der nachfolgenden tabellarischen Zusammenschau ersichtlich ist, konnten die Projekte sowohl in jene mit einem vorwiegend kollektiven (10 Projekte), einem vorwiegend kommunalen (17 Projekte) und einem vorwiegend regionalen Nutzen (12 Projekte) unterteilt werden. Rein individuell ausgerichtete Projekte – jene Position, auf die der Großteil der heute bekannten Lebensqualitätskonzepte ausgerichtet ist (s. Kap. 2.2) – wurden im Rahmen dieser Maßnahmenkategorie keine umgesetzt. Anhand der Gegenüberstellung untereinander zeigt sich wiederum deutlich eine Verschiebung: Wurden die ersten zehn Projekte zur Verkehrsinfrastruktur (M 321 a) noch mit der Kodierung „kollektiv“ versehen, war der direkte Wirkungskreis der nachfolgenden Maßnahmen (M 321 c – Dienstleistungen im Bereich Erneuere Energie, M 322 a – Dorfentwicklung, M 323 a – Naturschutz) mit dem Prädikat „kommunal“ zu kodieren. Als „regional“ ist schließlich der Großteil der letzten Gruppe (M 413 – Umsetzung der LES) anzusehen. Im Gegensatz zu den vorwiegend auf individuelle Aspekte ausgerichteten Lebensqualitätskonzepten wurden unter dem gesamten LEADER-Ansatz demnach sowohl kollektive, kommunale als auch gesamtgesellschaftlich bzw. gesamtregionale Aspekte behandelt und über entsprechende Projekte beeinflusst.

Anhand der Systematisierung der Maßnahmen nach Lebensqualitätsdimensionen lässt sich außerdem resümieren, dass insgesamt ein sehr breit gefächertes Spektrum an Themen während der Projektkonzipierungen der Periode 2007-2013 berücksichtigt wurde. Von insgesamt 18 unterschiedlichen Dimensionen konnten 15 dieser Kategorien kodiert werden. Lediglich die Themen „Haushalt“, „Familie“ und „öffentliche Sicherheit“ wurden in keinem Projektantrag als Maßnahmengegenstand, die in den jeweiligen Kontexten besondere Beachtung fanden und ausführlicher bearbeitet werden mussten, einbezogen. Herausragend oft angesprochen wurde dagegen das Thema „Arbeit und Wirtschaft“. Anhand der Maßnahmenbeschreibungen ist zwar festzustellen, dass selten ein Projekt ausschließlich auf einen solchen Schwerpunkt hin konzipiert war (z.B.: Demographie-Check). Da bei dem Großteil der Vorhaben jedoch beispielsweise die Steigerung der Wertschöpfung als positiver Maßnahmeneffekt angegeben wurde, stellt dies jene Dimension dar, mit der mit 26 Einträgen am öftesten für eine Projektdurchführung geworben wurde.

Vielfach thematisiert wurde auch der Bereich „Verkehr und Mobilität“. Das Spektrum reichte hier von baulichen Maßnahmen bis hin zu Konzeptausarbeitungen, die auf eine ressourceneffizientere Mobilität abzielten. Mit insgesamt 18 Kodierungen wurde ein entsprechender inhaltlicher Bezug in etwa der Hälfte aller Vorhaben hergestellt.

Inhaltliche Übereinstimmungen zeigten die Projektanträge in 17 Fällen darüber hinaus mit der Dimension „Umwelt“. Kodiert wurde sie abgesehen von der Kategorie zur Verkehrserschließung (M 321 a) in allen Maßnahmenbündel. Oft wurde hier der Bestand der Umwelt und der natürlichen Ressourcen in Bezug auf Schutzmaßnahmen oder deren Gestaltung angesprochen. Als spezifische Schwerpunktsetzungen stand jedoch ebenfalls das Thema Erneuerbare Energien im Fokus von ausgewählten Projekten.

Wie die Tabelle im Anschluss (Tabelle 31) außerdem zeigt, wurde die Dimension „Freizeit und Kultur“ insgesamt 16 Mal kodiert. Bei vielen Vorhaben stellte sie dabei nicht nur einen thematischen Bereich dar, der durch die Umsetzung einer Maßnahme positiv beeinflusst werden sollte; die Erweiterung oder Sanierung des Kultur-, Erholungs- und Freizeitangebots stand oft selbst als zentrale Thematik im Vordergrund. Bei dreiviertel aller Dorferneuerungsmaßnahmen (M 322) konnte jedenfalls ein Bezug zu dieser Dimension hergestellt werden. Als ein wichtiger Aspekt sozialpolitischer Programme und Diskurse ergänzt sie die bislang vorwiegend ökonomischen und ökologischen Dimensionen der LEADER-Umsetzung zur Verbesserung der Lebensqualität. Welche Lebensqualitätsdimensionen darüber hinaus kodiert werden konnten, ist der nachstehenden Übersicht zu entnehmen:

Tabelle 31: *Überblick über die maßnahmenbezogenen Untersuchungsergebnisse (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung)*

Untersuchte Maßnahmen	**Charakterisierung der Maßnahmen**		*Kodiert in (Anzahl) Projekten ↓*	
		Fördergegenstand	Materiell	16
			Immateriell	12
			Synthese	11
		Wirkungskreis	Kollektiv	10
			Kommunal	17
			Regional	12
		Lebensqualitätsdimensionen	1. Bevölkerung	1
			2. Gesundheit	1
			3. Bildung und Weiterbildung	8
			4. Arbeit und Wirtschaft	26
			5. Lebensstandard	1
			6. Nahversorgung	2
			7. Wohnverhältnisse	3
			10. soziale Beziehungen, soziales Verhalten und Einstellungen	12
			11. Freizeit und Kultur	16
			12. Medien	15
			13. Politik, politische Partizipation und Zivilengagement	11
			14. Verkehr und Mobilität	18
			15. Umwelt	17
			17. soziale Sicherheit	1
			18. Religion	2

Anhand der gerade präsentierten Aufstellung auffällig ist außerdem die Anzahl der Kodierungen in der Dimension „Medien“. Trotz insgesamt 15 Treffern stand das Thema inhaltlich selbst zwar nie im Fokus einer Maßnahme (z.B.: im Gegensatz zum Thema Umwelt – Erneuerbare Energie). Da jedoch bei einer Vielzahl der Projekte auch die Kommunikation nach außen bezüglich der Prozess- und Ergebnispräsentation (z.B.: Art und Weise sowie Gestaltung der Öffentlichkeitsarbeit) eine wichtige Rolle einnahm, avancierte dieses Thema ebenfalls zu einem wichtigen Bestandteil der LEADER-Lebensqualitätsmaßnahmen.

Mit jeweils nur einer Kodierung sind auffallend selten dagegen die Dimensionen „Bevölkerung“, „Gesundheit“, „Lebensstandard und soziale Sicherheit“ in den Maßnahmenbeschreibungen angesprochen worden. Grund hierfür ist etwa, dass entsprechende Aspekte in den Anträgen zwar durchaus thematisiert wurden, sie aufgrund ihrer Kontexte jedoch anderen Themenfeldern zugeordnet wurden. Als ein Beispiel hierfür kann etwa die Barrierefreiheit genannt werden. Sie wurde in der arbeitseigenen Lebensqualitätsdefinition (s. Kap. 4.2.3) der Dimension „soziale Sicherheit“ zugeschrieben. Sofern in den Projekten jedoch die barrierefreie Ausstattung von Gesundheitseinrichtungen oder der barrierefreie Zugang zu Freizeitinfrastrukturen thematisiert wurden, wurden sie als Indikatoren für die Qualität bzw. die Zugänglichkeit der Gesundheits- oder Freizeiteinrichtungen verstanden und den entsprechenden Dimensionen zugeordnet.

Nachdem die Untersuchungsergebnisse aller im Zuge der Analyse berücksichtigten Projektanträgen im Rahmen dieses Abschnitts der arbeitseigenen Definition der Lebensqualität (Kap. 4.2.3) gegenübergestellt wurden, lässt sich insgesamt eine sehr breit gefasste Definition der LEADER-Lebensqualität präsentieren. Die Tabelle 31 fasst die einzelnen Aspekte, die dieser LEADER-Lebensqualität zugeordnet werden können, zusammen. Sichtbar ist hierdurch, wie auch bereits weiter oben angesprochen wurde, dass sie den Großteil der Lebensqualitätsdimensionen der arbeitseigenen Definition beinhaltet. Die im Rahmen der Periode 2007-2013 umgesetzten Projekte sprachen demnach eine breite Palette unterschiedlicher Themen an. Eine Differenzierung des Begriffs in lediglich drei unterschiedliche thematische Einheiten, wie es die Rahmenbedingungen der Europäischen Gemeinschaft vorgab, erscheint in diesem Kontext zu begrenzt. Welche Rückschlüsse und Empfehlungen sich hieraus für die politische Praxis, die den Begriff Lebensqualität in ihren Planungen, Programmen und Prioritätenformulierungen verwendet, ableiten lassen, wird im nächsten, diese Arbeit abschließenden Kapitel diskutiert. Bevor in diesem Zuge zunächst die wichtigsten Erkenntnisse und Ergebnisse dieser Arbeit zusammengefasst werden, sei die folgende Besonderheiten der im Rahmen dieses Kapitels abgeleiteten LEADER-Lebensqualität nochmals betont: Entgegen der weit verbreiteten Auffassung, dass Lebensqualitätskonzepte ihren Fokus vor allem auf individuelle Aspekte legen, klammerte die LEADER-Lebensqualität unter dem entsprechenden Ziel gerade diesen Aspekt aus. Zwar werden durch die einzelnen Maßnahmen individuelle Nutzengewinne nicht ausgeschlossen. Im Rahmen der Projektanträge hervorgehoben wurde jedoch jeweils lediglich der kollektive Wert der Projekte – von einzelnen Kollektiven bis hin zur gesamten Regionsbevölkerung.

5 Diskussion und Conclusio

„Die Qualität unserer Ziele bestimmt die Qualität unserer Zukunft“
(Schmidt o.D.).

Lebensqualität ist ein weit verbreiteter Begriff in unserer Gesellschaft. Kapitel 2 und Kapitel 3 haben exemplarisch gezeigt, welcher Wert dem Ausdruck in der Politik und im politiknahen Bereich zukommt und auf welche Weise er Verwendung finden kann.

Allzu oft wird auf einen Definitionsprozess allerdings verzichtet, was, wie zu Beginn des Kapitels 4 angesprochen wurde, im sozialwissenschaftlichen Bereich immer wieder für Kritik sorgt. Ausgehend von dieser Kritik, der Tatsache, dass im Rahmen des LEADER-Förderprogramms keine Interpretation vorgestellt wurde, und der Empfehlung, den Ausdruck im Falle seiner Funktionen als Ziel- oder Messgröße stets zu definieren, wurde dieses Thema im Rahmen dieser Arbeit aufgegriffen. So stellte das Thema Lebensqualität im Kontext der LEADER-Maßnahmenkategorie „Verbesserung der Lebensqualität“ den zentralen inhaltlichen Gegenstand der vorliegenden Arbeit dar. In diesem abschließenden Kapitel werden die wichtigsten Erkenntnisse nochmals zusammengefasst (Kap. 5.1) und auf die zentrale Fragestellung aus dem Kapitel 4.1.1 bezogen diskutiert (Kap 5.2).

5.1 Diskussion der wichtigsten Erkenntnisse

- Lebensqualität – ein Thema mit langer Geschichte, einer Grundidee und wechselnden Bezeichnungen

Die Idee, deren Inhalte in der Gegenwart vorwiegend unter der Bezeichnung „Lebensqualität“ diskutiert werden, wurde bereits vor Jahrtausenden vor allem in philosophischen Debatten (z.B.: Aristoteles) aufgegriffen. Unter Leitthemen wie „das Streben nach Glück“ oder „das gute Leben“ wurden unter wechselnden Bezeichnungen seit jeher Elemente benannt, die ein gutes und erfülltes Leben nach sich zogen bzw. als Bedingung für dieses angesehen werden. Da heutige Lebensqualitätsdebatten an diese Aspekte anknüpfen, sind sie bezüglich ihrer Intentionen mit jenen der historischen Auseinandersetzungen vergleichbar.

Im Mittelpunkt der Überlegungen stand früher ebenso wie heute zumeist der Mensch als Individuum. Ein gutes und erfülltes Leben desselben war und ist dabei in einem Spannungsfeld der Eigenverantwortlichkeit und externen Determinanten eingebettet. Bis auf jene Zeit, in der die Lehren der Religionen die Lebensgestaltung in Europa maßgeblich beeinflussten, wurde zur Gestaltung der externen Determinanten vor allem der Staat verantwortlich gemacht. Durch die Bereitstellung grundlegender materieller und immaterieller Infrastrukturen wurde Lebensqualität demnach seit jeher

auch als eine politisch relevante Angelegenheit angesehen. Bis das Thema Lebensqualität jedoch endgültig und beständig in die politische Agenda implementiert wurde, sollte es aus unterschiedlichen Gründen (z.B.: Begriffs- und Konzeptentwicklung, kriegerische Auseinandersetzung, Industrialisierung) noch einige Zeit dauern.

- Lebensqualität – eine Bezeichnung als Zeichen eines Paradigmenwechsels

Der Begriff „Lebensqualität" selbst ist im Gegensatz zu den Debatten um seinen Inhalt als vergleichsweise jung zu bezeichnen. Seine Etablierung setzte im politischen Bereich erst in den 60er Jahren des zwanzigsten Jahrhunderts ein, als zunächst vor allem amerikanische Wahlkämpfer dieses Thema aufgriffen. In Europa wurde die Idee der Lebensqualität zuerst 1972 in Deutschland und kurze Zeit später auch in anderen Staaten sowie von der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft dezidiert angesprochen und diskutiert.

Grund für die Implementation des Begriffs war, wie mitunter bereits in der Einleitung (s. Kap. 1) angesprochen wurde, eine Neuausrichtung der politischen Agenda. Die vorwiegend materiellen und ökonomischen, also quantitativ ausgerichteten Ziele wurden aufgrund steigender externer Kosten um sozialpolitische und ökologische und demnach primär qualitative Prioritäten erweitert. Die Verwendung des Ausdrucks Lebensqualität gilt als Zeichen eines Wertewandels, in dessen Zuge gesellschaftliche Veränderungen und das zunehmende Umweltbewusstsein zunächst durch eine aktivere Sozial- und Gesellschaftspolitik, später auch durch Umweltpolitik verstärkt berücksichtigt werden sollten. Ziele der Wohlfahrt ersetzten das lang bestehende Paradigma des Wohlstands bzw. ergänzten dieses. Mit der zunehmenden Komplexität und der Vielschichtigkeit der (möglichen) Lebensgestaltung sollte so ein politisch umfassender Ansatz garantiert werden.

- Lebensqualität – ein Begriff, viele verschiedene Interpretationen

Eine eindeutige und allgemein gültige Definition des Ausdrucks Lebensqualität wurde zur Zeit seiner Etablierung jedoch nicht vorgestellt. Grund hierfür war zu Beginn seine kontextbezogene Verwendung, die ein gewisses Verständnis bereits übermittelte und in Kombination mit seiner Bezeichnung als sich selbsterklärend angesehen wurde. In dem Zusammenhang wurde sein Inhalt auch nur selten von anderen Konzepten abgegrenzt, die inhaltliche Überschneidungen mit der Idee der Lebensqualität zeigten (z.B.: Lebensstandard und Wohlstand, Wohlfahrt und Lebenszufriedenheit). Sie wurden und werden auch heute noch oft synonym gebraucht. Dies ist kritisch zu hinterfragen, da sie aufgrund ihrer inhaltlichen Begrenzung im Vergleich zur Lebensqualität vorwiegend als deren Bestandteile anzusehen sind.

Um den Ausdruck Lebensqualität politisch dennoch handhabbar zu machen, wurden im Laufe der Zeit zunehmend Definitions-, Systematisierungs- und Operationalisierungsprozesse initiiert. Abgestimmt darauf, das Konzept der Lebensqualität erfassbar zu machen, entwickelte sich im Bereich der Sozialwissenschaften eigens die Strömung der Sozialindikatorenforschung. Sie lieferte sowohl in Amerika wie auch in Europa Beiträge und Ergebnisse, wobei aufgrund unterschiedlicher Wertvorstellungen und der fehlenden einheitlichen Definition verschiedene Konzeptansätze gewählt, bearbeitet und diskutiert wurden.

Zentrales Ziel der wissenschaftlichen Implementation war es, die Grundlagen für eine an der Qualität des Lebens ausgerichteten Politik zur Verfügung zu stellen: Um den erhöhten Informationsanforderungen gerecht zu werden, sollten kontinuierliche Erhebungen zum Niveau der Lebensqualität eine Reflexion gesellschaftlicher Strukturveränderungen und Modernisierungsprozesse zulassen und als Grundlage für politische Prioritätenformulierungen verwendet werden können. Als gesamtgesellschaftliche Informationssysteme angelegt, spielen entsprechende Berichte (bekannt als Sozialberichte) in diesem Zusammenhang damals wie heute eine wichtige Rolle.

Trotz unterschiedlicher Zugänge setzten sich einige Aspekte durch, die im Zuge von Lebensqualitätsdebatten heute diskutiert werden. Zunächst handelt es sich hierbei um die unterschiedlichen Positionen der Operationalisierungsansätze. Je nach Erhebungsmethode lassen sich objektive (sozialpolitisch relevant, da quantitativ ressourcenorientiert), subjektive (sozialpsychologisch relevant, da qualitativ werteorientiert) sowie die beiden Positionen kombinierende Ansätze unterscheiden. Allgemein konnte festgestellt werden, dass alle Operationalisierungen je nach ihrem Erkenntnisinteresse und Forschungsziel stets ihre Legitimation haben. Sie werden nie als richtig oder

falsch eingeschätzt. Ihr Inhalt sollte jedoch verständlich aufbereitet und allgemein zugänglich sein, um im wissenschaftlichen sowie politischen Kontext zweckmäßig und fachgemäß verwendet werden zu können.

Wie in der Einleitung (Kap. 1) ebenfalls angesprochen wurde, verifizierte der Diskurs zur theoretischen Einführung zum Thema Lebensqualität außerdem, dass sowohl im politischen sowie wissenschaftlichen Kontext Einigkeit darüber herrscht, dass Lebensqualität als eine multidimensionale Größe anzusehen ist, die viele Bereiche eines Menschenlebens tangiert. Die Betrachtung einiger Beispiele bestätigt, dass entsprechenden Konzepten materielle als auch immaterielle Faktoren zugeordnet werden (können), die vorwiegend die individuelle, weniger oft auch die gesamtgesellschaftliche Ebene betreffen. Objektiv erfassbare und teilweise ressourcenbezogene Komponenten wie Einkommen und Arbeit, Wohnsituationen, Familienbeziehung und allgemein soziale Kontakte, Gesundheit, die Ausstattung mit Gütern und Dienstleistungen oder der Umweltzustand können in Lebensqualitätskonzepten genauso eine Rolle spielen wie subjektive und wertebezogene Aspekte der Freiheit, Gleichheit oder Gerechtigkeit, die Zufriedenheit mit quantitativ erfassbaren Komponenten oder grundsätzlichen Gefühlszuständen und Überzeugungen etc. Die Systematisierungen bzw. Dimensionierungen der Lebensqualität sowie die damit verbundenen Inhalte oder zugeordneten Indikatoren sind je nach Verwendungszweck sehr verschieden und unterschiedlich umfangreich gestaltet.

- Lebensqualität – ein offenes und vielseitig verwendbares Konzept

Ein Überblick zur Vielfältigkeit von Konzeptualisierung der Lebensqualität konnte, wie gerade angesprochen wurde, im Rahmen der Diskussion einiger Beispiele in Kapitel 2 gezeigt werden. Anhand dieser Exempel wird bestätigt, dass Lebensqualität ein sehr offenes und anpassbares Konzept repräsentiert, das vielseitig und im Kontext eines guten Lebens stehend mit unterschiedlichen, an die jeweilige Ausgangssituation und/oder Zweck angepassten Inhalten einsetzbar ist. Im politischen Bezugsrahmen wird Lebensqualität als strategisches Ziel bzw. Zieldimension, als klar operationalisiertes Messkonzept oder als einzelner Indikator sowie als Schlagwort verwendet. Vor allem letzteres ist genauso wie ein nicht weiter differenziertes Lebensqualitätsziel aufgrund seiner angesprochenen definitorischen Offenheit – die wohlweislich auch als Grund für seine Popularität angesehen werden kann – kritisch zu hinterfragen. In diesen Fällen wird nur selten deutlich, worauf sich der Begriff Lebensqualität tatsächlich bezieht und welche Inhalte über den Ausdruck transportiert werden sollen. Diskussionen dazu laufen Gefahr, zu oberflächlich zu bleiben und die damit verbundene stärkere sozialpolitischere und ökologischere Ausrichtung zu verkennen. Die unterschiedliche Gestaltung der im Rahmen dieser Arbeit vorgestellten Beispiele zeigt jedenfalls deutlich, wie wichtig eine zugängliche Definition für das Verständnis des Begriffs Lebensqualität und für die Nachvollziehbarkeit seiner Verwendung ist.

- Lebensqualität – einige Spielregeln zur Verwendung und Definition des Konzepts

Der Vergleich und die Diskussion bestehender Entwürfe zur Lebensqualität, so wurde ebenfalls aus der Auseinandersetzung mit den theoretischen Grundlagen sowie jener mit den Beispielskonzepten erfahrbar, wird weithin als Grundlage für den Aufbau eines Verständnisses des Konzepts der Lebensqualität angesehen: Viele der in Kapitel 2 vorgestellten Exempel wurden aus Gegenüberstellungen der theoretischen Grundpositionen (objektiv, subjektiv, Synthese) und bereits etablierter Konzepte, jedoch abgestimmt auf ihren jeweiligen Verwendungszweck abgeleitet. Wertvolle Erkenntnisse brachte in diesen Definitionsprozessen außerdem die Diskussion anderer, politisch ebenfalls relevanter Bereiche (z.B.: Nachhaltigkeit, soziale Exklusion) sowie die Berücksichtigung politischer Prioritäten. Veränderten Wertehaltungen und erweiterten Zielsetzungen sollte so Rechnung getragen und diese in ein umfassenderes Verständnis des Begriffs Lebensqualität eingebettet werden; es eröffnete außerdem die Möglichkeit, bereits vorhandene Zielsysteme zu überprüfen und gegebenenfalls auf etwaige Schwachstellen reagieren zu können. Ausgehend von der Behandlung einiger unterschiedlicher Beispiele konnte für diese Arbeit jedenfalls resümiert werden, dass für eine deutliche Abgrenzung und Definition des Begriffs die Auseinandersetzung mit einigen Punkten, wie sie im Folgenden weiter angesprochen werden, zentral ist.

Sofern der Begriff demnach nicht nur als Schlagwort verwendet werden soll, ist es unumgänglich den Kontext seines Gebrauchs und seine Funktion (z.B.: politisches Ziel- oder wissenschaftliches Messkonzept, einzelne Zieldimension oder Lebensqualität als einzelner Indikator) zu benennen. Die

Wahl einer der theoretischen Grundpositionen (objektiv, subjektiv oder Synthese) konkretisiert darüber hinaus den gewählten Ansatz und kann bzw. sollte sowohl bei normativ ausgerichteten als auch bei deskriptiv orientierten Konzepten angegeben werden. Wesentlicher Vorteil ist, dass bereits aufgrund dieser Festlegung abschätzbar wird, auf welche Art und Weise die in weiterer Folge festgelegten Komponenten in einem Konzept berücksichtigt werden und ob dieses primär materiell ausgerichtet oder auch wertebezogen interpretiert wird bzw. wurde. Weiter bestimmt und konkretisiert wird diese erste Strukturierung anhand der Wahl bzw. der Benennung weiterer lebensqualitätsrelevanter Charakteristika wie beispielsweise „multidimensional", „materiell" und „immateriell", „individuell" oder „kollektiv". Absolut zentral bei einer Definition des Konzepts der Lebensqualität ist jedoch die Wahl der diesem Verständnis untergeordneten Dimensionen (einbezogene Lebensbereiche) und der dazugehörigen Inhalte bzw. Indikatoren, also der Systematisierung des Begriffs.

- Lebensqualität – eine Zieldimension der Europäischen Union

Durch den Vergleich der theoretischen Grundpositionen sowie bestehender Konzepte wurden auch die auf europäischer Ebene entwickelten und im Rahmen dieser Arbeit behandelten Lebensqualitätskonzepte abgeleitet. Vorrangig für die Förderung einer wissensbasierten Politikgestaltung projektiert, sind diese Konzeptentwürfe im Gegensatz zur Verwendung des Ausdrucks als allgemeiner Zielbegriff aber relativ neu.

Die Recherche im Zuge dieser Arbeit zeigt demnach, dass der Begriff selbst als Leitbild bereits Anfang der siebziger Jahre des vorigen Jahrhunderts in die gemeinschaftliche politische Agenda implementiert wurde, als der Ausdruck allgemein als neue Zieldimension in Europa Eingang und Verbreitung fand. Ebenso mit dem Vorsatz, den politischen Ansatz breiter zu gestalten und durch qualitative Inhalte zu ergänzen, wurde die Verbesserung der Lebensqualität schon damals als Grundsatz für die Tätigkeiten der Staats- und Regierungschefs der Mitgliedstaaten und damit auch für die fortschreitenden politische Integration benannt. Konkretisiert wurde der Ausdruck in diesem Zuge jedoch nicht; wie oft zu Beginn der Lebensqualitätsdiskurse auf allen Ebenen musste der Begriff für sich selbst sprechen und – sofern notwendig – von den handelnden Institutionen seinem Kontext entsprechend interpretiert werden. Zwar wurden über die Zeit einige Initiativen zur Erforschung und vor allem zur Definition des Konzepts angedacht. Tatsächlich initiiert wurden jedoch keine Vorhaben. Grund hierfür dürfte neben den bereits genannten Aspekten (kontextbezogener und deshalb selbsterklärender Begriff, Verwendung als allgemeine und nicht als konkrete Zieldimension) sein, dass die Diskussion gesellschaftspolitischer und später auch vermehrt ökologischer Inhalte im Zuge anderer, bereits etablierter Politikbereiche (z.B.: Sozialpolitik, Umweltpolitik) geführt wurden.

Die ersten beiden tatsächlichen Auseinandersetzungen mit dem Begriff erfolgten laut den Ergebnissen der im Zuge dieser Arbeit durchgeführten Literaturrecherche auf europäischer Ebene erst um die Wende zum einundzwanzigsten Jahrhundert. Im Rahmen eines Entwicklungs- und Forschungsprogramms der *Targeted Socio-Economic-Research Initiative* (TSER) wurde demnach im Jahr 2000 zunächst ein System sozialer Indikatoren präsentiert, das sich vordergründig auf jenes der Lebensqualität stützte.

Nur drei Jahre später (2003) wurde auf europäischer Ebene ein weiterer Ansatz zur Messung der Lebensqualität vorgestellt. Als Zeitreihenanalyse angelegt, konnten in dessen Zuge demnach bereits wiederholt Analysen durchgeführt und deren Ergebnisse veröffentlich werden. Beide Konzepte gründeten sich auf einem synthetischen Zugang von objektiven und subjektiven Erhebungskomponenten und beinhalten vor allem soziale und ökonomische, begrenzter auch ökologische Dimensionen. Die Resultate beider Studienreihen sollten als Grundlage für weitere politische Prioritätenformulierungen verwendet werden können.

Basierend auf den Ausführungen in dieser Arbeit lässt sich jedenfalls feststellen, dass Lebensqualität zwar schon seit der Themeneinführung in die Politik in den 1970er Jahren ein gemeinschaftliches Anliegen war, entsprechende und zugängliche Konzepte aber erst Jahrzehnte später entwickelt wurden. Die Union behandelte das Thema damit weniger intensiv bzw. erst wesentlich später als ihre einzelnen Mitgliedstaaten und andere internationale Institutionen, in denen in der Zwischenzeit eine Fülle an unterschiedlichen Konzepten ausgearbeitet wurde. Es lässt sich resümieren, dass dem Begriff auf europäischer Ebene, anstatt von Beginn an als systematisierte oder operationalisierte Zieldimension mit einer nachvollziehbaren Definition verwendet zu werden, über lange Zeit vor allem die Funktion eines Schlagworts mit normativen Grundzügen zukam.

- Lebensqualität – ein normativer und strategisch ausgerichteter Begriff im LEADER-Förderprogramm der Europäischen Union

Das LEADER-Förderprogramm ist, wie bereits in der Einleitung (Kap. 1) beschrieben wurde, ein seit 1991 erfolgreich umgesetztes Instrument der Regionalentwicklung der europäischen Union. Für die Erhaltung und Stärkung des ländlichen Raums konnten aufgrund unterschiedlicher Herausforderungen (z.B.: Strukturwandel im Agrarsektor, Diversifizierung der Wirtschaft im Allgemeinen, demographischer Wandel, fortschreitende Ausstattungsdefizite im ländlichen Raum etc.) über die Jahre durch entsprechende Subventionsmaßnahmen wertvolle strukturelle Aufwertungs- und Anpassungsprozesse gestartet werden. Wesentliches Ziel war es, auf der Grundlage der allgemeinen Prioritätenerklärungen der EU (z.B.: Stärkung des territorialen, sozialen und wirtschaftlichen Zusammenhalts, Vermeidung von Disparitäten, zunehmende europäische Integration) ausgleichend auf das Raumgefüge zu wirken und eine harmonische Entwicklung der ländlichen Räume innerhalb des europäischen Territoriums zu sichern. Über den Ansatz der endogenen Regionalentwicklung, also der Einführung des zu der Zeit seiner Lancierung ungewöhnlichen bottom-up-Ansatzes, konnte die Popularität der LEADER-Methode bis dato stetig ausgebaut werden. Die Durchsicht der programmabschließenden Bewertungen bestätigt, dass durch territoriale und gebietsbezogene, lokal initiierte und partnerschaftlich geleitete Maßnahmen neue und innovative, multisektorale und kooperative sowie vernetzte raumfördernde Maßnahmen subventioniert werden konnten.

Anhand des Vergleichs der unterschiedlichen Programmphasen ließ sich darüber hinaus feststellen, dass der methodische Ansatz, wie er im Satz zuvor angesprochen wurde, als fester Bestandteil der Initiative über die Zeit hinweg keine Änderungen erfuhr. Im Gegensatz dazu wurden sowohl die jeweiligen Ziele, durchführbaren Maßnahmen als auch die Programmumsetzungen stetig an die veränderten Rahmenbedingungen, Ausgangssituationen und Zielsetzungen der Union (z.B.: Unionserweiterung, Wertewandel, zunehmende Technologisierung oder die Wirtschaftskrise) angepasst. Bezüglich der jeweiligen Ziele und Maßnahmen war zu beobachten, dass zunächst die Einführung und Umsetzung des methodischen Ansatzes selbst im Zentrum stand. In den fortlaufenden Programmphasen konnte aufgrund der zunehmenden Etablierung der Methode dieser Ansatz jedoch vermehrt durch inhaltliche Prioritäten und Aktivitäten ersetzt werden.

Das Thema Lebensqualität trat diesbezüglich erstmals in der dritten LEADER-Programmphase zwischen 2000 und 2006 auf. Als mögliches Leitthema für die Umsetzung auf der regionalen Ebene wählbar, wurde der Begriff zumindest im Rahmen der allgemeinen europäischen Grundlagendokumente nicht definiert. Der Verständnisaufbau oblag somit den Nationalstaaten (z.B.: im Zuge der Festlegungen der staatlichen Rahmenbedingungen bzw. Adaptierung der gemeinschaftlichen Vorgaben) oder den für die Umsetzung verantwortlichen lokalen Aktionsgruppen (z.B.: bei der Konzeption der lokalen Entwicklungsstrategien). Eine Einschätzung, inwieweit der Begriff hier systematisiert oder gar operationalisiert wurde, kann ausgehend von der Durchsicht der europäischen Dokumente jedoch nicht getroffen werden und müsste beispielsweise mittels einer Analyse auf regionaler Ebene erforscht werden.

Ähnlich verhielt es sich auch im Rahmen der nächsten Programmphase zwischen 2007 und 2013, in der dem Ausdruck als Zielbegriff und Bezeichnung einer Maßnahmengruppe eine noch größere Rolle zukam: Obwohl, wie weiter oben angesprochen wurde, auf europäischer Ebene zu diesem Zeitpunkt bereits mehrere Konzepte zur Lebensqualität existierten und als Orientierungshilfe zur Verständnisaufbereitung verwendet werden hätten können, wurde das Ziel im Rahmen der europäischen Grundlagendokumente nicht definiert. Wie in der Einleitung bereits dargelegt, wurde es lediglich mit Maßnahmen zu den Themen Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung, Dorferneuerung und -entwicklung sowie Schutz des ländlichen Erbes weiter differenziert bzw. systematisiert. Inwiefern der Begriff bzw. das Ziel Lebensqualität unabhängig von diesen Kategorien jedoch verstanden werden konnte, wurde demnach nicht festgelegt. Eine mögliche Reflexion oblag wiederum den der europäischen Union untergeordneten Ebenen.

- Lebensqualität – eine Zieldimension ohne Definition im LEADER-Förderprogramm 2007-2013 auf nationaler Ebene

Die europäischen Vorgaben zur Umsetzung der LEADER-Methode wurden in der Programmperiode zwischen 2007-2013 auf nationalstaatlicher Ebene adaptiert und für die Anwendung auf lokaler Ebene konkretisiert. Das Ziel zur „Verbesserung der Lebensqualität" wurde in dem entsprechenden Dokument, dem österreichischen Programm zur Entwicklung der ländlichen Räume (PELR), demnach zwar mit umsetzungs- und abwicklungsspezifischen Details weiter präzisiert. Der Ausdruck selbst wurde jedoch im Rahmen dieser Beschreibung – abgesehen von der Betitelung der Maßnahmenkategorie – nicht aufgegriffen. Dies lässt sich sowohl bei den Ausführungen zum vierten und methodischen PELR-Schwerpunkts „LEADER" feststellen. Es trifft aber auch – da LEADER die Ziele und Maßnahmen der ersten drei inhaltlichen Schwerpunkte (Wettbewerbsfähigkeit, Umwelt und Landschaft, Lebensqualität und Diversifizierung) übernahm – auf den dritten Schwerpunkt (Lebensqualität und Diversifizierung) zu. Ein Verständnis, inwiefern sich die Lebensqualität damit mit LEADER-Maßnahmen verbessern ließe, wurde rein über die diesem Ziel untergeordneten Maßnahmen transportiert.

Im Gegensatz zu den europäischen Dokumenten ließ sich jedoch im einleitenden Abschnitt des PELR, in dem die Ausgangsituation der ländlichen Räume in Österreich und die Ergebnisse der sozioökonomischen Analyse diskutiert wurden, eine kurze Auseinandersetzung mit dem Thema finden. Konkret wurde hier konstatiert, dass Lebensqualität ein qualitatives Konzept mit vielen subjektiven Aspekten sei, das sich nur schwer über Indikatoren abbilden ließe. Im Folgenden werden außerdem zwei unterschiedliche Sichtweisen zum Begriff des österreichischen Wirtschaftsforschungsinstituts (WIFO) angeführt. In dem Sinn wird Lebensqualität zunächst mit kultureller Vielfalt und Vitalität sowie allgemein mit der Attraktivität der ländlichen Räume in Verbindung gebracht. Wegen fehlender, auf diesen Diskursen beruhenden Festlegungen, aber auch aufgrund der syntaktischen Ungenauigkeit zwischen den Begriffen Lebensqualität und Lebensstandard, kann hier jedoch nicht von einem Definitionsprozess oder einem spezifischen Verständnisaufbau gesprochen werden. Aufgrund der Tatsache, dass der Begriff außerdem in weiteren Kontexten zu unterschiedlichen Themen (z.B.: Bevölkerung, regionale Identitätsräume, Nahversorgung etc.) benutzt wurde, kommt der Verwendung des Ausdrucks im Rahmen des PELR primär die Funktion eines Schlagworts mit sowohl deskriptiven als auch normativen Aspekten zu. Es ist davon auszugehen, dass die Diskurse nur eingeschränkt für eine Reflexion auf der regionalen Ebene herangezogen werden konnten.

- Lebensqualität – ein Definitionszusatz auf nationaler Ebene

Die fehlende Definition des Begriffs Lebensqualität wurde in Österreich zu Beginn der Programmphase jedoch als Anlass für Handlungsbedarf gesehen. Konkret wurden hier die nicht vorhandenen Bestimmungen und Operationalisierungen zu einigen im Rahmen der ländlichen Entwicklungspolitik zentralen Ausdrücken (u.a. der Lebensqualität) im gemeinsamen Begleitungs- und Bewertungsrahmen der EU (CMEF) als Anstoß genommen. Um eine einheitliche Auslegung und Verwendung solcher Begriffe sowohl im Zuge der Umsetzung als auch der Bewertung zu ermöglichen, wurde auf nationaler Ebene ein Nachschlagewerk und Arbeitsbehelf mit entsprechenden Definitionen entworfen.

Eingeleitet wurde die Auseinandersetzung mit dem Thema Lebensqualität mit der Feststellung, dass es sich um ein multidimensionales Konzept handelt. Sein Inhalt ließe sich aus politischen Grundsatzerklärungen und einem plausiblen Allgemeinverständnis erschließen, womit die anfangs weit verbreitete Logik des sich selbsterklärenden Ausdrucks angesprochen wird. Der weitere Diskurs steht schließlich in einem gewissen Widerspruch zu dieser Feststellung: Aufgrund der Fülle der dem Konzept zuordenbaren Inhalte wurde für eine einheitliche Verwendung schließlich doch die Notwendigkeit gesehen, definitorische Festlegungen zu treffen. Die im Rahmen dieser Auseinandersetzung vorgestellte Interpretation des Begriffs Lebensqualität präsentiert sich als umfangreich und differenziert: Auf der Basis eines Bedürfniskonzepts – laut den Ansätzen der Sozialwissenschaften ein weit verbreiteter Ansatz – wurden dem Konzept materielle, persönliche, individuelle, soziale und ökologische Faktoren zugeschrieben, die sowohl objektiv erfassbar als auch subjektiv bewertbar sind. Der Multidimensionalität wurde so Rechnung getragen. Inwiefern dieses Verständnis im Rahmen der Umsetzung jedoch tatsächlich Beachtung fand, ist aufgrund des unverbindlichen Charakters dieses Dokuments in Frage zu stellen und wäre mittels einer entsprechenden Erhebung auf regionaler Ebene zu prüfen.

- Lebensqualität – die lokale Entwicklungsstrategie einer Beispielregion und die eingeschränkte Rolle der Lebensqualität darin

Im Zuge der Durchsicht einer lokalen Entwicklungsstrategie (LES) wurde deutlich, dass die strategischen Ausrichtungen der nationalen und europäischen Ebene adaptiert wurden. Neben der Förderung der wirtschaftlichen Situation im Allgemeinen, der Einkommenssituation der Bevölkerung sowie der Land- und ForstwirtschafterInnen im Speziellen, sollte neben der Stärkung eines vitalen und attraktiven ländlichen Raums demnach auch die Lebensqualität verbessert werden. In ihrer Gesamtheit eine strategische Ausrichtung repräsentierend, impliziert diese Formulierung dennoch eine Trennung zwischen den Bereichen Wirtschaft und Lebensqualität sowie ferner – wie die Formulierung vitaler und ländlicher Raum vermuten lässt – auch der Ökologie. Diese bilden damit eher ein System gleichwertiger Elemente anstatt als Determinanten (Wirtschaft, Ökologie) eines umfassenden Ansatzes (Lebensqualität) verstanden zu werden, wie es in vielen wissenschaftlichen und politischen Konzepten (z.B.: Definition des Arbeitsbehelfs vom Punkt davor oder der arbeitseigenen Definition, wie sie im Rahmen des vierten Kapitels vorgestellt wurde, gehandhabt wird. Inwiefern sich die jeweiligen Bereiche ergänzen oder überschneiden, wurde aufgrund einer fehlenden Definition dabei nicht weiter verdeutlicht. Das Thema Lebensqualität bekommt hierdurch jedoch eine vor allem auf soziale Aspekte begrenzte Konnotation.

Für die Umsetzung des LEADER-Förderprogramms der Periode 2007-2013 wurden in den Regionen sogenannte Aktionsfelder benannt. Sie grenzen im Rahmen der europäischen und nationalen Vorgaben die inhaltlichen und thematischen Bereiche der Umsetzung ab. Mit den Bereichen „Regionale Identität und Bildung“, „Wirtschaft und Mobilität“, „Natur, Umwelt, Energie und Kreislaufwirtschaft“, „Landschaft, Wein, Sonderkulturen und Kulturlandschaft“, „Tourismus und Kultur“ sowie „Dorferneuerung und Lokale Agenda 21“ wurden in der Beispielsregion damit sowohl ökonomische, ökologische als auch soziale und gesellschaftliche Aspekte thematisiert. Verglichen mit dem arbeitseigenen, breit gefassten Definitionsansatz des Begriffs Lebensqualität lassen sich in jedem dieser Aktionsfelder Überschneidungen feststellen. Tatsächlich verwendet wurde der Ausdruck jedoch lediglich im Kontext der beiden Themenfelder „Natur, Umwelt, Energie und Kreislaufwirtschaft“ sowie „Dorferneuerung und Lokale Agenda 21“. Im Gegensatz zur strategischen Ausrichtung wird der Begriff Lebensqualität damit neben dem sozialen auch mit dem ökologischen Bereich in Verbindung gesetzt. Dem Begriff selbst kommt in diesem Rahmen aber wiederum eher die Funktion eines Schlagwortes zu, dessen Ausrichtung sich dieses Mal auf die rein normative Seite konzentriert.

- Lebensqualität – eine der zentralen Maßnahmenkategorien der LEADER-Förderperiode 2007-2013?

Die europäischen Grundlagen inklusive ihrer strategischen Ausrichtung implizierten bereits, dass LEADER-Maßnahmen in den ländlichen Räumen vor allem für die Verbesserung der Lebensqualität und der stärkeren Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft, also zur Umsetzung des dritten inhaltlichen Schwerpunkts des PELR, eingesetzt werden sollten. Die Daten zu den bewilligten und abgerechneten Projekten der Beispielregion bestätigen, dass diese Prioritätenformulierung auf regionaler Ebene zwar Beachtung fand. Insgesamt spielten Vorhaben, die den wirtschaftlich ausgerichteten Zielen der Diversifizierung untergeordnet waren, in dem betrachteten Gebiet aber eine weitaus größere Rolle als Vorhaben zur Verbesserung der Lebensqualität. Ob die Gründe hierfür in der Struktur der Region selbst liegen oder, trotz der relativ rigiden Vorgaben an förderfähigen Maßnahmen, an der begrifflichen Schwammigkeit der Lebensqualität, kann auf der Grundlage der Untersuchungsmaterialen nicht erläutert werden und müsste bei den für die Umsetzung verantwortlichen AkteurInnen erfragt werden.

- Lebensqualität – eine konkrete Zielsetzung im Kontext der Themen „Arbeit und Wirtschaft“, „Verkehr und Mobilität“, „Freizeit und Kultur“ sowie „Umwelt“

Die Umsetzung der Maßnahmen des LEADER-Schwerpunkts war aufgrund der europäischen und nationalen Vorgaben, wie gerade angesprochen wurde, insgesamt in ein relativ strenges Korsett eingebettet. Das PELR zeichnet anhand der Beschreibung förderfähiger Maßnahmen konkrete Projektthemen vor, in deren Kontext die regionalen Vorhaben zu realisieren waren. Die Dokumentationen zur Umsetzung des Ziels „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ der Beispielregion spiegeln dieses enge Korsett wider. Es ließ sich darüber hinaus feststellen, dass Bezüge oder Zusammenhänge der Vorhaben zur bzw. mit der Lebensqualität bei der Konzeption dieser Maßnahmen nicht eigens hervorgehoben bzw. angesprochen wurden.

Die Vorhaben selbst wurden im Zuge der Untersuchung schließlich der arbeitseigenen Definition des Begriffs Lebensqualität, die von unterschiedlichen vor allem sozialwissenschaftlich geprägten Konzepten abgeleitet wurde, gegenübergestellt. Ziel war es, lebensqualitätsrelevante Themenbezüge herstellen zu können, um so auch – losgelöst von der politikeigenen Systematik und bezogen auf eine sozialwissenschaftlich orientierte Definition – die inhaltliche Ausrichtung der Projekte einschätzen zu können. Die in der Projektkategorie „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum" umgesetzten Vorhaben der Beispielregion standen in der Periode zwischen 2007-2013 demnach vorwiegend im Kontext der Themen „Arbeit und Wirtschaft", „Verkehr und Mobilität", „Freizeit und Kultur" sowie „Umwelt". Verglichen mit der politikeigenen Maßnahmensystematik (Verkehr, Energie, Dorferneuerung, Naturschutz) zeigen sie starke Analogien. Zur Subventionierung standen in diesem Zusammenhang vor allem materielle Fördergegenstände. Über die Einräumung von Partizipationsmöglichkeiten etwa im Zuge der Konzipierung oder Umsetzung von Projekten konnten jedoch auch immaterielle Aspekte gefördert werden. Den jeweiligen Beschreibungen der Maßnahmen nach wirkten die Vorhaben außerdem vor allem in einem kollektiven und im kommunalen Rahmen. Die Lebensqualität im ländlichen Raum konnte so nicht nur für einzelne Individuen, sondern auch für größere Gruppen verbessert werden. Inwiefern diese Projekte jedoch tatsächlich als Lebensqualitätsverbesserungen wahrgenommen bzw. ob diese Wirkungen generell mit dem Thema Lebensqualität von der lokalen Bevölkerung in Verbindung gebracht werden, kann hieraus nicht abgelesen werden. Eine speziell zugeschnittene Befragung könnte diese Frage klären, wobei auch die im Folgenden angesprochenen Projekte nicht außer Acht gelassen werden dürften.

- Lebensqualität – eine allgemeine Zielsetzung im Rahmen der Umsetzung der LES

Neben den gerade angesprochenen Vorhaben, die im Rahmen der starren Maßnahmenstruktur des Teilziels „Verbesserung der Lebensqualität" in der Beispielregion realisiert wurden, beinhaltete die Dokumentation der Projektkonzeptionen jedoch auch Anträge, die keiner konkreten Maßnahmen dieser Gruppe zugeordnet wurden. Sie wurden stattdessen als Vorhaben umgesetzt, die allgemein zum Ziel „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Verbesserung der Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft" beitragen sollten. Im Vergleich zu den vorher angesprochenen Projekten unterscheiden sich diese vor allem dadurch, dass vorwiegend immaterielle sowie gesamtregional wirksame Vorhaben realisiert und auch konkret angesprochene Bezüge zum Thema Lebensqualität feststellbar waren. Inhaltlich zeigen sie mit Bereichen wie „Arbeit und Wirtschaft", „Umwelt" sowie „Freizeit und Kultur" zunächst eine ähnliche Ausrichtung zu den oben angesprochenen Projekten. Insgesamt präsentierten sie sich aufgrund der Integration von Themen wie „Bildung und Weiterbildung", „soziale Beziehungen, soziales Verhalten und Einstellungen" oder der „sozialen Sicherheit" etwas differenzierter angelegt. Auf die Einbeziehung der Bevölkerung wurde auch bei diesen Vorhaben etwa bei im Zuge der Projektkonzeptionen sowie der Umsetzung großer Werter gelegt.

Der Begriff Lebensqualität selbst wurde von insgesamt vierzehn solcher Vorhaben schließlich im Rahmen von drei unterschiedlichen Projektkonzeptionen verwendet. Die jeweiligen Kontexte deuteten hierbei auf einen Gebrauch sowohl in der Funktion als Messgröße, als Zielgröße als auch als Schlagwort hin. Weiter ausdifferenziert wurden die jeweiligen Begriffe anhand konkreter Beschreibungen jedoch nicht. Allein bei jener Verwendung als Messgröße ließ ein sozialpsychologisch anmutender Zusatz weitere Schlussfolgerungen zu.

- Lebensqualität – eine mögliche Messgröße im Rahmen des Projekts „Demographie-Check"

In jenem Beispiel, in dem der Gebrauch des Begriffs Lebensqualität in der Funktion als Messgröße verortet wurde, lässt die in Zusammenhang gestellte Formulierung „psychosoziale Gesundheit" auf eine auf Individuen ausgerichtete und an immateriellen Komponenten (Fähigkeiten und Voraussetzungen am Leben teilzunehmen) orientierte Konzeption schließen. Ob es sich dabei um ein ganzes zu operationalisierendes Konzept handelt oder der Begriff einen einzigen Indikator repräsentiert, ist aufgrund fehlender Angaben jedoch nicht zu erkennen. Die Erklärung für diese fehlenden Angaben ist in der Rolle des Themas Lebensqualität im Rahmen dieses Projekts zu verorten. Die Subventionsmittel

wurden in diesem Beispiel für die Erarbeitung von Studien und darauf aufbauende Sensibilisierungsarbeiten in den Bereichen Wirtschaft und Tourismus aufgewendet. Die Lebensqualität unter dem Aspekt der psychosozialen Gesundheit wurde dagegen als Thema weiterführender Analysen vorgeschlagen. Eine zentrale inhaltliche Rolle kann ihr in diesem Projekt damit nicht zugeschrieben werden.

- Lebensqualität – ein Motto im Rahmen des Projekts „Barrierefreie Region“

In jenem Beispiel, in dem Lebensqualität als Zieldimension verwendet wurde, beschränkt sich der Begriffseinsatz auf die Formulierung des Leitspruches „Lebensqualität für alle sichern – neue Zielgruppen erreichen und neue Märkte erschließen“. Das Motto selbst weist auf eine Ausrichtung des Projekts auf ökonomische Aspekte hin. Tatsächlich wurde in dem Vorhaben jedoch das sozialpolitisch geprägte Thema der Barrierefreiheit thematisiert. Gefördert wurden in dem Zusammenhang vor allem die Sensibilisierung sowie die Kompetenzentwicklung und ferner auch die Ausarbeitung von Studien, um Barrieren für alle Menschen in den Bereichen öffentliche Infrastruktur, Tourismus, Reisen und Medien in der Region erkennen und abbauen zu können. Zwar wird dem Projekt ein wirtschaftlicher Nutzengewinn, wie es der Leitspruch impliziert, nicht abgesprochen, der Fokus wird jedoch auf einen sozialen Aspekt gelegt, womit die Maßnahme selbst als immateriell charakterisiert werden konnte. Aufgrund der mit dieser Verwendung zusammenhängenden Formulierungen ergibt sich jedoch eine gewisse Gegensätzlichkeit zwischen der Konnotation des Leitspruches und dem Projektinhalt selbst.

Wirkungsbezogen wurde das Projekt insofern ausgerichtet, dass die gesamte Region von den Aktivitäten profitieren sollte. Inhaltlich wurden sowohl Aspekte der Themen „Bevölkerung“, „Bildung und Weiterbildung“, „Arbeit und Wirtschaft“, „Freizeit und Kultur“ sowie „Medien“ angesprochen. Die Bevölkerung zeigte sich hierbei als Adressat, Bildungs- und Sensibilisierungsaktivitäten sowie Medienaktivitäten (Öffentlichkeitsarbeit) als Instrument und die restlichen Dimensionen als Sparten, wo konkrete Wirkungen erwartet wurden.

- Lebensqualität – ein Schlagwort im Rahmen des Projekts „Energie in den Schulköpfen“

Das dritte Vorhaben, in dem der Begriff in der Projektkonzeption aufgegriffen wurde, konzentrierte auf das Thema „Erneuerbare Energie“. Wiederum über Sensibilisierungs- und Bildungsmaßnahmen sollte so die Identität einer gemeinsamen Energieregion gestärkt werden. Das Vorhaben konnte insgesamt als regional wirksam und immateriell ausgerichtet eingestuft werden. Der Begriff selbst wurde im Zusammenhang mit einer zukunftsfähigen und nachhaltigen Lebensweise genannt, die dennoch eine hohe Lebensqualität ermöglichen sollte. Die Verwendung impliziert ein relativ umfassendes Verständnis in Bezug auf den Begriff; da er jedoch vor allem im Kontext einer nachhaltigen, umweltschonenden Lebensweise auftrifft, kann ihm eine ökologisch ausgerichtete Fokussierung zugesprochen werden. Inwiefern dies zu verifizieren wäre, konnte aufgrund nicht vorhandener Angaben bzw. Spezifizierungen aber nicht geklärt werden.

Das Projekt selbst steht allgemein im Kontext der Themen „Bildung und Weiterbildung“, „soziale Beziehungen, soziales Verhalten und Einstellungen“, „Freizeit und Kultur“ sowie der „Umwelt“. Als weiteres zentrales Thema kristallisierte sich aufgrund der umfangreich geplanten Öffentlichkeitsarbeit wiederum jenes der „Medien“ heraus.

- Lebensqualität – Maßnahmen mit ökonomischen Argumentationen

Insgesamt lässt sich aus der Betrachtung der unterschiedlichen Projektanträge schließen, dass nur selten ein direkter Bezug zum Thema Lebensqualität hergestellt wurde. Hier ist außerdem zwischen den im Zuge der vorgegebenen, relativ starren Maßnahmenstruktur umgesetzten Vorhaben und jenen, die von dieser Struktur losgelöst realisiert wurden, zu unterscheiden. Festzustellen war, dass im Falle von tatsächlichen Verwendungen des Begriffs die Lebensqualität simultan sowohl als Mess- als auch als Zielgröße verstanden wurde. Da sie jedoch nicht weiter definiert und systematisiert oder gar operationalisiert wurden, kommt ihnen die Konnotation eines Schlagwortes mit einer sowohl deskriptiven als auch normativen Ausrichtung zu. Eine Tradition zur Herstellung von direkten Zusammenhängen zwischen den Projekten, deren Inhalten und Wirkungen sowie dem Thema oder einer Definition des Begriffs im Rahmen der Projektkonzeption kristallisierte sich in dem Sinn nicht heraus. Es liegt der Schluss nahe, dass auch hier der Begriff als ein sich selbst erklärender und aus dem Kontext heraus interpretierbarer Ausdruck angesehen wurde.

Die Maßnahmen selbst, die dem Ziel Verbesserung der Lebensqualität zugeordnet wurden, zeigen insgesamt eine begrenzte Bandbreite an unterschiedlichen Themen. Als Schwerpunkte selbst konnten die lebensqualitätsrelevanten Dimensionen „Freizeit und Kultur", „Umwelt", „Verkehr und Mobilität" sowie ferner auch „Bildung und Weiterbildung" identifiziert werden. Auffällig war, dass – abgesehen von jenen wenigen Vorhaben, die grundsätzlich auf den Bereich „Arbeit und Wirtschaft" zugeschnitten waren – auch ökologisch oder sozial ausgerichtete Projekte häufig mittels ökonomischer Argumente begründet und legitimiert wurden. Im Rahmen des LEADER-Förderprogramms dürften solche Begründungen damit stärker verankert sein als sozialpolitische und ökologische Motive. Abgesehen davon spielten ebenfalls lebensqualitätsrelevante Bereiche wie „Gesundheit", „Lebensstandard" und „Nahversorgung", „Wohnverhältnisse" oder „Familie" sowie „öffentliche Sicherheit" eine untergeordnete Rolle. Entsprechende Projekte mit entsprechenden Inhalten hätten die Verbesserung der Lebensqualität noch differenzierter erscheinen lassen, wobei die Ergebnisse insgesamt bereits eine breit gefächerte Bandbreite unterschiedlicher Themen zeigte. Welche Rückschlüsse sich hieraus für weitere Implementationen des Begriffs als Zieldimension in politische Programme ergeben, wird im folgenden Teilkapitel ausgeführt nachdem auf ein weiteres im Zusammenhang mit Lebensqualität relevantes Projekt der Bespielregion angesprochen wurde.

- Lebensqualität – ein Ziel im Rahmen eines Kooperationsprojekts

Eine mögliche Abkehr von der gerade angesprochenen Tradition vorwiegend ökonomischer Projektargumentationen lässt jedoch ein weiteres, im Rahmen dieser Arbeit nicht näher behandeltes Projekt der Beispielregion anklingen. So fiel bei der Durchsicht der Projektdokumentationen ein weiteres Vorhaben auf, das den Titel „Marc Aurel Initiative für Gesundheit und Lebensqualität" trägt und über den Kooperationsschwerpunkt (M 421) abgerechnet wurde. Da im Rahmen dieser Arbeit jedoch nur Projekte analysiert wurden, die direkt dem Ziel „Verbesserung der Lebensqualität" untergeordnet waren, entsprach diese Eingliederung des Projekts in die zweite LEADER-Maßnahmengruppe nicht den vorab festgelegten Untersuchungsvoraussetzungen.

Grundsätzlich wurde die Maßnahme jedoch als Entwicklungsprojekt im Bereich der „mental health" konzipiert. Auf den ersten Blick zeigt es damit bereits Parallelen mit jener Maßnahme, in der der Begriff genau in diesem Zusammenhang als Messgröße verwendet wurde. Begründet wurde die Initiative mit den zunehmenden gesundheitspolitischen Herausforderungen in der Region (steigende Zahlen an Erkrankungen im Bereich der seelischen und psychischen Gesundheit). Ziel war es deshalb, eine Kulturveränderung herbeizuführen, in deren Zuge eine umfassende Gesundheitsförderung unterstützt werden sollte. Über Bewusstseinsbildungsprozesse, Imagearbeiten sowie Angebotsausweitungen sollte dieser Prozess eingeleitet werden. Mittels der Bezugnahme auf sowohl persönliche, soziale, wirtschaftliche und umweltbedingte Faktoren sollten so wichtige Gesundheitsdeterminanten angesprochen und bezüglich ihrer Wirkungen auf das Leben reflektiert werden.

Ausgehend davon liegt die Vermutung nahe, dass in der Strukturperiode 2007-2013 verglichen mit allen anderen untersuchten Projekten im Rahmen dieses Projekts dem Thema Lebensqualität die größte Rolle und das umfassendste Verständnis zukam. Es bestätigt, dass Lebensqualität in der Beispielregion ein wichtiges Thema darstellt(e), das auch weiterhin zu beachten, zu diskutieren und zu bearbeiten ist. Diese Einstellung gewinnt einmal mehr an Bedeutung, bedenkt man die Tatsache, dass das Thema Lebensqualität auch in der gerade laufenden Programmperiode 2014-2020 eine zentrale Priorität der Regionalpolitik darstellt. Inwiefern das Thema ausgehend von den Aktivitäten und Ergebnissen der gerade angesprochenen Initiative zur Gesundheit und Lebensqualität aber tatsächlich verstärkt Eingang fand bzw. findet, müsste mittels weiterführender Analysen erforscht werden.

- Lebensqualität – die Definition im Rahmen des LEADER-Ansatzes

Werden alle im Zuge der Untersuchung eruierten Ergebnisse zu den jeweiligen Charakteristika und der inhaltlichen Fächerung der einzelnen LEADER-Lebensqualitätsmaßnahmen kombiniert, ergibt sich insgesamt eine sehr breit gefasste Definition. Sie zeichnet sich dadurch aus, dass sowohl materielle wie auch immaterielle Aspekte thematisiert und unter dem Ziel „Verbesserung der Lebensqualität" subventioniert wurden. Die abgeleitete Definition kann damit als Syntheseansatz angesehen werden.

Bezüglich des Wirkungskreises der realisierten Maßnahmen ließen sich die Kategorien „kollektiv", „kommunal" und „regional" kodieren und fließen so in die LEADER-Lebensqualitätsdefinition mit ein. Außer Acht gelassen werden darf hierbei jedoch auch nicht die individuelle Seite: Denn auch wenn

diese nicht direkt und dezidiert angesprochen wurde, so zielen viele Maßnahmen über den kollektiven Ansatz darauf ab, die Lebensqualität der einzelnen BürgerInnen der Region zu verbessern.

Hinsichtlich der Lebensqualitätsdimensionen konnte ebenfalls ein breites Spektrum vieler unterschiedlicher Themen festgestellt werden. Besondere Schwerpunkte im Rahmen der Projektkonzeptionen wurden weiter oben bereits hervorgehoben (z.B.: „Arbeit und Wirtschaft", „Verkehr und Mobilität", „Umwelt" oder „Freizeit und Kultur"); die vollständige Liste aller Dimensionen kann in der Tabelle 31 eingesehen werden. Deutlich wird dadurch jedenfalls, dass eine inhaltliche Reduktion auf die drei ursprünglichen Themen (Dienstleistungen, Dorfentwicklung und -erneuerung, Naturschutz) kritisch zu hinterfragen ist; inhaltlich zu umfangreich präsentierten sich die untersuchten Projekte, um lediglich mittels drei unterschiedlicher Kategorien zusammengefasst zu werden. Wie diese ursprünglichen Kategorien bereits implizieren, konnte durch die Untersuchung jedoch Folgendes bestätigt werden: Die realisierten Vorhaben bezogen sich sowohl auf ökonomische, sozialpolitische als auch umweltorientierte Aspekte. Welche Konsequenzen sich aus diesen Ergebnissen für die Handhabe mit dem Begriff und entsprechenden Ziel- und Prioritätenformulierungen im politischen Bereich, allen voran der europäischen Integration ergeben, wird schließlich im nächsten Teilkapitel diskutiert.

5.2 Conclusio für einen bedachteren Umgang mit dem Thema Lebensqualität

Lebensqualität ist ein relevantes Thema in unserer Gesellschaft und ein in politischen Debatten und Programmen häufig gebrauchter Begriff. Der Ausdruck ist wohlklingend und lässt intuitiv einiges an Bedeutung mitschwingen. Welche Inhalte dabei genau angesprochen werden (sollen), kann von Verwendung zu Verwendung jedoch stark divergieren.

Wie im Zuge der Einleitung (Kap. 1) und der Erläuterung des Forschungsansatzes (Kap. 4.1) erläutert wurde, werden dem Begriff und dessen Verwendung etwa aufgrund dieses Faktums in wissenschaftlichen Diskursen (z.B.: Sozialwissenschaft, Medizin etc.) sowohl einige Vorteile (z.B.: Konzeptoffenheit, Anpassbarkeit etc.) als auch Nachteile (z.B.: zu große Interpretationsspielräume, Gefahr für Missverständnisse etc.) zugesprochen. Um den Ausdruck als durchgreifende und wirkungsvolle Zieldimension zu gebrauchen, wird aus diesem Grund auch die Festlegung einer Definition empfohlen. Fehlt ein solcher Diskurs, wird dessen Gebrauch kritisch hinterfragt: Sobald der Terminus eine Priorität repräsentiert, die unterschiedliche AkteurInnen anspricht und von diesen durch unterschiedliche Tätigkeiten aufgegriffen werden soll, fordern speziell SozialwissenschafterInnen eine nachvollziehbare Interpretation inklusive einer Operationalisierung, mindestens aber einer Systematisierung. Dies soll der Gefahr entgegenwirken, dass mangelndes Fachwissen und/oder Missverständnisse bzw. interpretatorische Unterschiede der Umsetzung der Idee des Lebensqualitätskonzepts, das vermehrt qualitative und immaterielle Aspekte in einen Diskurs einbinden soll, entgegenstehen. Diese Empfehlung kann ausgehend vom Erkenntnisgewinn in dieser Arbeit von der Autorin nur betont werden.

Grund für diese Beurteilung ist, dass die Untersuchungsergebnisse zum Thema Lebensqualität im auf europäischer Ebene initiierten LEADER-Förderprogramm der Periode 2007-2013 eine inhaltlich und auch charakterlich wesentlich komplexere Struktur des Begriffs feststellen ließen, als die ursprüngliche Gliederung der Europäischen Union (EU) zum Ziel „Verbesserung der Lebensqualität" (Dienstleistungen, Dorferneuerung und -entwicklung sowie Naturschutz) vermuten lässt. Eine diese ursprüngliche Systematik entweder ablösende oder auch ergänzende Interpretation des Ausdrucks Lebensqualität hätte – so lautet auch die Meinung eines im Zusammenhang mit dem LEADER-Programm stehenden Experten[44] – noch stärker das Potenzial, innovative und weitreichend wirksame

[44] Im Rahmen eines von der Autorin geführten Expertengesprächs kam es nach dessen Einschätzung bezüglich des begrifflichen Verständnisses zu einigen Schwierigkeiten: den handelnden Beteiligten fehlte meist das nötige Wissen und Verständnis zu solch einem vielfältigen, komplexen und offenen Begriff wie dem der Lebensqualität. Sofern der Ausdruck reflektiert wurde, blieb dies meist die Sichtweise einer Region. Es wurde schwierig das volle Potential, das das LEADER-Förderprogramm für die Verbesserung der Lebensqualität bot, auszuschöpfen. Es wurde vermutet, dass ausführlichere und klarere Festlegungen des Begriffs den Umgang damit wesentlich erleichtert und demnach zu einer breitenwirksameren Umsetzung dieses Ziels geführt hätten (Lechner 22.09.2014).

Ansätze in und für die Regionalpolitik zu entwickeln, fördern können. Die anhand der qualitativen Analyse eruierte Differenziertheit des LEADER-eigenen Konzepts der Lebensqualität (s. Kap. 4.5.2) unterstreicht, gepaart mit dieser Einschätzung, die Wichtigkeit eines Definitionsprozesses im Vorfeld eines solchen Programms. Welche Ansatzpunkte hierfür und vor allem im Kontext der Verwendung des Begriffs im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses von der Autorin nun konkret gesehen werden, wird deshalb im Folgenden weiter ausgeführt. Die Erläuterung orientiert sich in diesem Zusammenhang an der Struktur, die bereits während der gesamten Arbeit gewählt wurde: Demnach werden für jede territoriale Ebene, die bei der Umsetzung des LEADER-Förderprogramms tangiert werden, Ansatzpunkte aufgezeigt, inwiefern eine Definition der Lebensqualität in die Programmkonzeption sowie den Umsetzungsprozess integriert werden kann. Wie bisher üblich, startet die Erläuterung bei der maßstäblich kleinsten, der die LEADER-Initiative initiierenden Ebene, bei der EU.

- Die LEADER-Lebensqualität auf europäischer Ebene – die Bedeutung einer gemeinschaftlichen Definition

Bevor der Fokus konkret auf die LEADER-Programmebene gerichtet wird, gilt es einige Aspekte zum allgemeinen Umgang mit dem Thema Lebensqualität in der EU anzusprechen. So wird grundsätzlich die frühe Integration direkt nach der Einführung des Begriffs in nationale politische Agenden in den 1970er Jahren von der Autorin auf europäischer Ebene als sehr positiv bewertet: Auch die Union implizierte damit wie seine Mitgliedstaaten, dass Politik wesentlich umfangreicher anzulegen war, als sich rein auf ökonomische Zielsetzungen zu konzentrieren. Kritisch zu hinterfragen ist allerdings der weitere Umgang mit dem Begriff: Zwar wurde der Ausdruck sofort nach seinem Aufkommen aufgegriffen und verwendet. Entgegen nationalstaatlicher Bemühungen, dem Terminus das eine oder andere Verständnis zuzuordnen, etablierte sich auf der gemeinschaftlichen Ebene aber eine etwas andere Tradition: Anhand der im Zuge dieser Arbeit durchgeführten Recherchen konnte gezeigt werden (s. Kap. 2.3.2), dass sein Verwendungszweck sich lange Zeit meist auf den eines normativ ausgerichteten Schlagwortes beschränkte. Dieses Schlagwort wurde vor allem zu Beginn als Gegenpart zum Begriff Lebensstandard, einem materiell ausgerichteten Konzept, gesetzt. Dem Ausdruck Lebensqualität wurde damit primär eine sozialpolitische/immaterielle[45] Konnotation übertragen. Lebensqualitätsbezogene Definitions-, Systematisierungs- oder gar Operationalisierungsprozesse, die als wesentliche Voraussetzung für einen bedachten Umgang mit dem Begriff und seiner Wirksamkeit als durchgreifende Zielsetzung angesehen werden, wurden jedoch erst Jahrzehnte später (um die Jahrtausendwende) gestartet. Rückblickend betrachtet können hier die Ursprünge für die heute auf europäischer Ebene verbreitete Umgangsform mit dem Begriff Lebensqualität verortet werden: Ihr wird zwar eine wichtige Rolle als Ziel(- und Mess)dimension zugesprochen; der Empfehlung, den Ausdruck bei normativ ausgerichteten Zielformulierungen zu definieren, (sozial)wissenschaftlich aufzubereiten und nachvollziehbar darzustellen, stand jedoch lange Zeit die Auffassung gegenüber, dass Lebensqualität als kontextbezogen interpretierbar und selbsterklärend anzusehen ist.

Inspiriert durch den Vorschlag eines damaligen Mitglieds des Ausschusses für Entwicklung und Zusammenarbeit, der im Jahr 1994 die Idee zur Ausarbeitung einer Charta für die Verbesserung der Lebensqualität der BürgerInnen der EU vorbrachte (s. Kap. 2.3.2), setzt der erste Lösungsvorschlag aus diesem Grund auch an der grundsätzlichen Handhabe auf der gemeinschaftlichen Ebene an: Empfohlen wird ein neuerlicher Vorstoß, der zur Erarbeitung und Etablierung einer auf der gesamten europäischen Ebene gültigen und zu verwendenden bzw. verwendbaren Definition der Lebensqualität führt.

Sozialwissenschaftlich vorbildlich konzipierte Ansätze, auf die in einem solchen Prozess zurückgegriffen werden kann (z.B. für Reflexionen, Ausbau und Weiterverwendung etc.), gibt es, wie auch im Rahmen dieser Arbeit präsentiert wurden (Kap. 2.3.2), auf europäischer Ebene bereits mehrfach. Ihr Herleitungsprozess wurde fundiert und nachvollziehbar aufbereitet (z.B.: Vergleich der theoretischen Grundpositionen und bereits bestehender Konzepte, Abgrenzung zu anderen, oft synonym

[45] Die ökologische Komponente der Lebensqualität wurde im Rahmen dieses Statements bewusst außer Acht gelassen, kam diesem Aspekt in der Politik der 1960er und 1970er Jahre noch nicht die Bedeutung zu, die ihr etwa heute zugeschrieben werden muss und die gegenwärtig aber ebenfalls einen wesentlichen Bestandteil eines Lebensqualitätskonzepts darstellt.

verwendeten Begriffen, Abstimmung der Konzepte auf gemeinschaftliche Zielsetzungen etc.). Es konnten umfassende Reflexionsprozesse festgestellt werden, die im sozialwissenschaftlichen Bereich als wesentlich im Zuge einer Herleitung einer Definition und einer Operationalisierung angesehen werden. Die Autorin empfiehlt, diese Potenziale zu nutzen und hierbei folgende Aspekte speziell zu beachten:

Die Grundlagen einer gesamteuropäischen Definition der Lebensqualität, die in jedem politischen Kontext der gemeinschaftlichen Politik verwendet werden könnte, sollten über breit gefächerte Charakteristika wie multidimensional, individuell und gesamtgesellschaftlich etc., sowie über eine umfangreiche Systematisierung und Operationalisierung (immaterielle und materielle Komponenten, qualitative und quantitative Ausprägungen bzw. Indikatoren) verfügen. Sie soll damit alle Bereiche des Lebens europäischer BürgerInnen repräsentieren, ansprechen und abbilden. Eine Einbeziehung anderer, tagespolitisch wichtiger Konzepte (z.B.: Nachhaltigkeit, soziale Integration etc.) sollte in diesem Zusammenhang ebenfalls angedacht werden.

Die Definition müsste sowohl im Kontext fachlicher Diskurse und bei Prozessen von Zielformulierungen (z.B.: im Rahmen des europäischen Integrationsprozesses) verwendet werden als auch – um einen ganzheitlichen Ansatz zu garantieren – als theoretische Grundlage für entsprechende Erhebungen dienen können. Die Schlagwortfunktion des Begriffs Lebensqualität sollte durch solch ein Konzept vermieden werden können. Eine klare Abgrenzung zu ähnlichen und teilweise synonym verwendeten Termini (z.B.: Lebensstandard oder Wohlbefinden) stellt ebenfalls eine wesentliche Voraussetzung dar; dies könnte durch die Festlegung einer „hierarchischen“ Beziehung (Lebensqualität als übergeordnetes Konzept, Lebensstandard und Wohlbefinden als Bestandteile), die nachvollziehbar aufbereitet ist, erreicht werden. Der Vorteil wäre, dass die Verständlichkeit der Interpretation erhöht und deren Nachvollziehbarkeit gefördert werden könnte sowie die Wahrscheinlichkeit, einen differenzierten und sachgemäßen Umgang mit dem Konzept zu begünstigen, gesteigert werden würde.

Sicherzustellen wäre darüber hinaus, dass dieses Konzept der Lebensqualität kein starres System darstellt. Die Definition müsste dynamisch bleiben und auf veränderte Herausforderungen und Ansprüche sowohl der Bevölkerung als auch der Politik (z.B.: veränderte Prioritäten durch Anpassung der Charakteristika und der inhaltlichen Differenzierung etc.) reagieren können. Sie müsste für unterschiedliche Verwendungsmöglichkeiten (z.B.: formal, funktional, inhaltlich) kompatibel sein, was durch laufende Reflexionsprozesse der Aktualität der gesamten Definition garantiert werden müsste.

Die Abstimmung auf den jeweiligen Verwendungszweck spricht allerdings nicht nur die Ebene der unterschiedlichen Funktionen eines Lebensqualitätskonzepts an (z.B.: konkrete Ziel- oder Messgröße oder Indikator). Eine gesamteuropäische Definition des Begriffs müsste auch in ihrer inhaltlichen Gestaltung anpassbar sein. Konkret müsste es handelnden AkteurInnen möglich sein, Teile der Definition zu extrahieren, um sie dem jeweiligen Kontext entsprechend (z.B. Stichwort: medizinische Lebensqualität, naturräumliche Lebensqualität etc.) einsetzen zu können. Eine vorangehende Reflexion des „Ursprungkonzepts“ und eine Begründung der Extraktion bestimmter Inhalte sollten dabei als Bedingung für solch eine Weiterverwendung angesehen werden. Der Prozess und dessen Ergebnisse müssten im Anschluss daran klar kommuniziert bzw. dokumentiert werden. Nur ein insgesamt sehr umfassendes, dennoch handhabbar aufbereitetes Konzept könnte hierfür verwendet werden.

Um diesem letztgenannten Aspekt Rechnung zu tragen, könnte das System der Dimensionen und ihrer Indikatoren abgewandelt werden: Die Festlegung von Lebensqualitätsdimensionen würde neben der Bestimmung der diese Bereiche ergänzenden Charakteristika zunächst das Grundgerüst bilden. In operationalisierten Konzepten werden diese Dimensionen mit unterschiedlichen Indikatoren versehen. Bei einer umfassenden Definition der Lebensqualität kommt hier eine ganze Fülle unterschiedlicher Faktoren zum Einsatz. Um eine solche Interpretation allerdings handhabbarer zu gestalten, könnten sie in einem Zwischenschritt etwas einfacher und zugänglicher formuliert zusammengefasst werden. Es ergäbe sich eine zwischen Dimensionen und konkreten Ausprägungen zwischengeschaltete Ebene, die den Inhalt der den Dimensionen zugeordneten Faktoren zwar voll repräsentiert, aber nicht durch Detailliertheit unübersichtlich wird. Je nach Kontext der Verwendung des Konzepts könnte so die Wahl der „entnommenen“ Lebensqualitätsaspekte vereinfacht werden. Eine eigens ins Leben gerufene europäische Lebensqualitätskommission könnte in diesem Zusammenhang zunächst die Aufbereitung, Festlegung und laufende Reflexion einer solchen Definition übernehmen. Ihr würde außerdem die

Aufgabe zukommen, das Bewusstsein für die Existenz dieser Definition der Lebensqualität und deren Verwendbarkeit zu schaffen und durch geeignete Kommunikations- und Informationsprozesse deren Verbreitung und richtige Handhabe (Beratungstätigkeit) zu unterstützen.

Die Vorteile einer gesamteuropäischen Definition der Lebensqualität liegen mitunter darin, dass sie als gemeinsame und nachvollziehbare Verständnisgrundlage in allen Bereichen, in vielen unterschiedlichen Diskursen und von allen AkteurInnen (auch nationalstaatlich oder lokal) verwendet werden könnte. Sie könnte in ihrer Gesamtheit, zu Teilen oder auch nur ausschnittsweise als Nachschlagewerk verwendet werden. Als Input- und Ideenlieferant könnte sie so beispielsweise auch in vielen Diskursen eine wichtige Diskussionsgrundlage bieten. Sofern sie ganzheitlich, also in allen politischen Bereichen, eingesetzt werden würde, würde sie außerdem die Möglichkeit bieten zu überprüfen, inwiefern sich speziell lebensqualitätsbezogene Programme inhaltlich sowie auch wirkungstechnisch ergänzen und/oder (sinnvoll) überschneiden. Durch entsprechende Reflexionen würde so nicht nur die Effektivität und Effizienz aktueller, sondern auch zukünftiger Programm- und Politikkonzeptionen gesteigert werden. Der Abgleich oder die Bezugnahme entsprechender Ergebnisse zu einer ebenfalls auf dieser Systematik beruhenden Lebensqualitätserhebung würde diesbezüglich weitere Vorteile in Form von qualitativen Inputs schaffen. Sie könnten ebenfalls dazu beitragen, die gegenwärtige und zukünftige Politik zielgerichteter zu gestalten. Diese Art der Zielableitung und -überprüfung könnte außerdem als positives Beispiel in den Mitgliedstaaten kommuniziert werden. Auch hier ließen sich Synergieeffekte (z.B.: gemeinsames Verständnis, Vergleichbarkeiten der jeweiligen (lebensqualitätsrelevanten) Politiken und (Förder-) Programme sowie Strategien etc.) erreichen. Absolut entscheidend erscheint der Autorin hierbei einerseits jedoch die (nationalstaatlichen) Bereitschaften, sich weiter untereinander abzustimmen, sowie andererseits der Einsatz entsprechender Kommunikationsweisen und -strategien für die Verbreitung der Definition des Begriffs Lebensqualität.

Als ein Beispiel zur Integration der europäischen Definition der Lebensqualität in ein konkretes Programm kann im Rahmen dieser Arbeit das LEADER-Förderprogramm genannt werden. Entweder gesamtheitlich oder ausschnittsweise integriert, könnte seine Verwendung gewährleisten, dass das Ziel „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ bereits (vor)definiert wäre und somit handhabbarer und nachvollziehbarer gestaltet werden könnte. Dies würde bedeuten, dass qualitative und immaterielle Aspekte noch mehr in das Programm integriert werden könnten bzw. würden. Der Ansatz selbst könnte so – so die Meinung der Autorin – verstärkt an diesen Aspekten ausgerichtet werden und eine noch breiter gefächerte Wirkungspalette entfalten. Sollten nur einzelne Dimensionen oder Bestandteile der gesamteuropäischen Definition Einsatz in der LEADER-Initiative finden, so müsste sichergestellt werden, dass eine nachvollziehbare Abgrenzung zum grundlegenden, umfassenden Konzept Lebensqualität sowie zu den dieses Ziel ergänzenden Prioritäten inklusive entsprechender Begründungen vorläge. Es wäre auch darauf zu achten, dass die getroffene Auswahl der Dimensionen eine gewisse inhaltliche Breite sowie eine gewisse Offenheit widerspiegelt. Die AkteurInnen dürfen allerdings nicht in Gefahr geraten, sich in dieser Offenheit zu verlieren: Die Konzeptidee der Lebensqualität sollte wertvolle Inputs für die Umsetzung transportieren, ohne dabei zu starre inhaltliche Strukturen vorzugeben, die eine Umsetzung – so wie in der betrachteten Periode 2007-2013 – erneut in gewisse Schranken weisen würde.

Bei der Integration der gesamteuropäischen Lebensqualitätsinterpretation läge ein weiterer Vorteil darin, dass auch aus einer Fülle von quantitativen und qualitativen, auf materielle sowie immaterielle Aspekte ausgerichtete Indikatoren zurückgegriffen werden könnte. Da sie anregen könnten, vermehrt in qualitativen Größen und Nutzengewinne zu denken, wäre dies nicht nur für die laufende Bewertung und abschließenden Evaluierung, sondern auch – gemäß dem dieses Kapitel einleitenden Zitat des deutschen Managementtrainers Schmidt – für die Projektkonzeptionen von Bedeutung. Anzudenken wäre hierbei außerdem, inwiefern eine Abkehr von den vorgefertigten Maßnahmenkategorien und Öffnung der Strukturen dienlich für die Umsetzung vermehrt qualitativer Konzeptvorhaben wäre. Hierdurch könnte dem vorhandenen Ideenreichtum der nationalen und vor allem regionalen Ebenen Rechnung getragen werden, was wiederum der Akzeptanz gegenüber dem Ansatz zugutekommen würde.

Sofern auf der Grundlage der gesamteuropäischen Definition auch Lebensqualitätserhebungen durchgeführt werden würden, könnte außerdem reflektiert werden, inwieweit die

Lebensqualitätsmaßnahmen an den richtigen Themen ansetzen und wie die Umsetzung des LEADER-Ansatzes auf die Lebensqualität der europäischen BürgerInnen wirkt. Dies würde mitunter sowohl während der laufenden Programmphase als auch im Anschluss daran wertvolle Informationen liefern, wo die Stärken des Programms liegen und bei welchen Aspekten Verbesserungspotenziale gesehen werden.

Würde auf der europäischen Ebene dagegen auf die Festlegung einer gemeinschaftlichen Definition verzichtet werden, so wird von der Autorin die Empfehlung ausgesprochen, einen eigenen, programminternen Definitionsprozess im Vorfeld einer Förderperiode – sofern die Lebensqualität erneut eine wichtige Zieldimension darin darstellt – einzuleiten. Es wäre ebenfalls sicherzustellen, dass dieses Ziel handhabbarer und verständlicher aufbereitet werden würde. Der Ansicht der Autorin nach stellt eine vorhandene Definition eine wesentliche Voraussetzung dar, um die AkteurInnen der nationalen und vor allem der regionalen/lokalen Ebenen hinsichtlich der Bedeutung/Aktualität dieses Ziels, dessen Chancen und – sofern die umsetzungsspezifischen Rahmenbedingungen dies zulassen – breit gefächerten inhaltlichen Möglichkeiten zu sensibilisieren.

Im Rahmen eines solchen Definitionsprozesses wären dieselben Aspekte zu beachten, wie sie bereits weiter oben dargestellt wurden (Herleitung durch Vergleich bestehender Konzepte sowie Abstimmung mit programminternen (und gesamtpolitischen) Zielsetzungen, breiter Ansatz, zielgerichtete Auswahl von Lebensqualitätsdimensionen, repräsentative Differenzierung derselben inklusive der Zuordnung auch qualitativer Indikatoren etc.). Um einen effektiveren Einsatz des Ausdrucks zu fördern, müsste die Grundidee der Lebensqualität (offen, vielseitig, multidimensional, qualitativ und quantitativ, immateriell und materiell etc.) auf jeder Ebene reflektiert und adaptiert werden (Begriffsinterpretation, Darstellung und Zusammenhang mit dem damit verbundenen Ziel, Aufzeigen der Möglichkeiten und Rahmenbedingungen, Rahmen der Beobachtung und Bewertung durch Zuordnung von Indikatoren). Es müsste darauf geachtet werden, dass diese Definition nicht nur in Form von konkreten Maßnahmenbeschreibungen, wie es in der Periode 2007-2013 gehandhabt wurde, den untergeordneten nationalen und regionalen Ebenen vermittelt wird; vielmehr wäre eine textlich erläuternde Begründung hinsichtlich der Gestaltung der Definition mit einer gleichzeitigen Betonung besonders zu beachtender Kriterien des Konzepts sinnvoll. Dies würde gewährleisten, dass die Maßnahmen insgesamt ganzheitlicher von den handelnden AkteurInnen erfasst, beschrieben, umgesetzt und schlussendlich bewertet und verglichen werden könnten. Es ergäben sich damit ähnliche Vorteile, wie sie weiter oben im Kontext der gesamteuropäischen Definition der Lebensqualität (erste vorgeschlagene Möglichkeit) für die gesamte europäische Ebene bereits benannt wurden (z.B.: Aufbau und Sicherstellung eines gemeinsamen Verständnisses, Verständniserweiterung, qualitative Inputs, qualitative und quantitative Grundlagen für nachfolgende Prioritätenformulierungen oder Programmkonzeptionen etc.). Wie auch bei der ersten Möglichkeit seien auch im Rahmen dieses Vorschlags die Mitgliedstaaten anhand der allgemeinen, gemeinschaftlichen Rahmenbedingungen (z.B.: durch die dem Programm zugrundeliegende Verordnung) dazu aufgefordert, dieses programminterne Lebensqualitätsverständnis im Zuge deren Vorbereitung (Ausarbeitung des nationalen Programms der ländlichen Entwicklungspolitik) zu reflektieren und entsprechend der jeweiligen nationalen Ziele, Ausgangssituationen etc. zu adaptieren oder auch weiter zu konkretisieren.

Sollte auch programmintern wie in der LEADER-Periode 2007-2013 auf eine Definition der Lebensqualität verzichtet werden, könnte den Mitgliedstaaten anhand der gemeinschaftlichen Rahmenbedingungen die Festlegung einer nationalen, initiativenbezogenen Definition vorgeschrieben werden. Dies hätte zum Vorteil, dass zumindest in dem jeweiligen Nationalstaat auf ein gemeinsames Verständnis der Lebensqualität aufgebaut werden könnte, welches sich wiederum positiv auf die Umsetzung auf der regionalen/lokalen Ebene auswirken würde. Da hierbei jedoch vermehrt Problemfelder gesehen werden (z.B.: nationale Bereitschaft für solche Definitionsprozesse, Zuständigkeiten, Qualitätssicherung bzw. -unterschiede der unterschiedlichen Konzepte, Vergleichbarkeit zwischen den Nationalstaaten etc.), erscheint die Berücksichtigung einer der beiden zuvor vorgestellten Lösungsansätze vor allem im Kontext des europäischen Integrationsprozesses wesentlich empfehlenswerter.

- Die LEADER-Lebensqualität auf der nationalen Ebene – die Möglichkeiten der vermittelnden Ebene

Die Ausführungen zur Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums in Österreich (Kap. 3.3) haben gezeigt, dass dem Thema Lebensqualität auf nationalstaatlicher Ebene und speziell auch im Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums in der Periode 2007-2013 eine hohe Bedeutung und Aktualität zugesprochen wird bzw. wurde. Darüber hinaus wurde aber auch deutlich, dass die europäischen Vorgaben einige Verständnislücken bezüglich einer Begriffsinterpretation offen ließen. Grund für diese Einschätzung ist, dass sowohl im Rahmen der nationalen Rahmenbedingungen als auch in einem Zusatzdokument unterschiedliche Interpretationen diskutiert, aber erst nach einigem Zögern in Form einer unverbindlichen Definition konkretisiert wurden. Wie die Ausführungen im vorangehenden Abschnitt (Kap. 5.1) nahelegen, gibt es deshalb auch hier einige Ansatzpunkte, die Verbesserungspotenzial für den zukünftigen Umgang mit dem Thema bieten: Kurz zusammengefasst braucht es für eine Umsetzung im Sinne der ursprünglichen Lebensqualitätsidee (multidimensional, materiell und immateriell sowie quantitativ und qualitativ ausgerichtet) in einem Förderprogramm wie der LEADER-Initiative konkretere Ausführungen und verbindlichere Festlegungen zum Thema. Sofern die EU keine gemeinschaftliche Definition (programmintern oder für alle Bereiche verwendbar) bietet, die im Rahmen der nationalen Vorbereitungsphase zu reflektieren, zu adaptieren und gegebenenfalls zu konkretisieren (z.B.: Reduktion oder Ausweitung) wäre, könnten solche Ausführungen und Festlegungen – etwa durch folgende Vorschläge – sichergestellt werden.

Gesetzt den Fall, dass die EU anhand ihrer Vorgaben keine gesamteuropäische und(/oder) programminterne Definition der Lebensqualität zur Verfügung stellt, ein entsprechendes Ziel in der ländlichen Entwicklungspolitik jedoch verfolgt werden soll, müsste sich die staatliche Ebene die Aufgabe setzen, eine eigene verbindliche und nachvollziehbare Interpretation auszuarbeiten. Das nationale Programm der Politik zur Entwicklung der ländlichen Räume (in der Periode 2007-2013 kurz: PELR), das als rahmengebendes Dokument auf der lokalen Ebene wirkt, würde hier einen passenden Rahmen bieten.

Bei der Herleitung oder auch Übernahme einer bestehenden, nationalen Interpretation und der Festlegung einer programminternen Definition der Lebensqualität müssten jene Aspekte beachtet werde, wie sie bereits für das gesamteuropäische Konzept benannt wurden. Gemeint ist hierbei etwa, dass sie auf einer wissenschaftlichen Grundlage basierend bzw. nach sozialwissenschaftlichen Vorbild aufgearbeitet werden müsste. Sie sollte sich als multidimensional und breit gefasst (z.B.: materiell und immateriell, quantitativ und qualitativ, individuell und gesamtgesellschaftlich), jedoch von anderen, teilweise synonym verwendeten Begriffen abgegrenzt präsentieren und die qualitative Idee der Lebensqualität – auch in Form der inhaltlichen Differenzierung – betonen. Die Differenzierung selbst sollte der Ausgangslage angepasst sowie auf die jeweiligen, das Ziel „Verbesserung der Lebensqualität“ ergänzenden Prioritäten und mit der nationalen Ausgangslage abgestimmt sein. Sie müsste für die lokalen AkteurInnen einen gewissen Interpretationsspielraum und Einfallsreichtum begünstigen, darf sich – wie auch bereits bei der gesamteuropäischen Definition der Lebensqualität hingewiesen wurde – nicht in einer unbegrenzten Offenheit verlieren. Eine auf die nationalen Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken sowie auf die ergänzenden Zielsetzungen abgestimmte Interpretation könnte wiederum Möglichkeiten für die Umsetzung aufzeigen und eine Grundlage für Diskussionen (z.B.: umsetzungsorientiert wie auch bewertungsorientiert etc.) darstellen. Vernetzende Diskurse müssten auf ein einheitliches Verständnis zurückgreifen können, das gerade bei einem so offenen und wandelbaren Begriff wie der Lebensqualität von besonderer Bedeutung ist.

Die Ausführungen im Rahmen dieser Arbeit haben gezeigt, dass auch in Österreich das Potenzial vorhanden ist, sich einem solchen Prozess fachgerecht zu widmen (Kap. 2.3.3). Auch auf nationalstaatlicher Ebene gibt es vielversprechende Ansätze, auf die in einem solchen Vorhaben zurückgegriffen werden könnte und die sich zur Weiterverwendung eignen würden. Ziel müsste es auch hier sein, eine effizientere und effektivere, also breiter gefächerte Umsetzung des LEADER-Ziels „Verbesserung der Lebensqualität“ zu gewährleisten und der regionalen bzw. lokalen Ebene einen fachlichen Input zur Verfügung zu stellen.

Der dabei generierte Nutzengewinn würde jenem ähnlich sein, wie er bereits weiter oben diskutiert wurde. Bezogen auf die nationale und regionale Ebene wären so Aspekte wie beispielsweise eine

gemeinsame Verständnis- und fachgerechte Diskussionsgrundlage, die Gewährleistung einer einfacheren Vergleichbarkeit (quantitativ und qualitativ) sowie eine breit gefächerte Inputleistung zu nennen. Könnte auf eine bereits bestehende und mitunter weit verbreitete, nationale und auf das LEADER-Programm zugeschnittene Definition der Lebensqualität zurückgegriffen werden, ergäbe sich auch hier wiederum der Vorteil, dass sie sich in den Kontext von ebenfalls diese Grundlage verwendenden Programmen, Politiken oder Erhebungen setzen ließe. Dies ergäbe wiederum einen wertvollen Erkenntnisgewinn für weitere nationale sowohl programmbezogene als auch anderweitige politische Aktivitäten. Wie auch im Kontext der europäischen Ebene erläutert wurde, würden aber auch hier speziell entwickelten Kommunikations- sowie Informationsstrategien (u.a. Sensibilisierung zum Thema, die den qualitativen und immateriellen Ansatz betonen etc.) für die Verbreitung eines Lebensqualitätsverständnisses eine große Bedeutung einnehmen. Eine durch das PELR festgelegte und verbindliche Verantwortungsübertragung, einen Definitionsprozess den lokalen AkteurInnen als Teilnahmebedingungen am Programm vorzuschreiben, wird im Rahmen der in dieser Arbeit abgegeben Empfehlungen dagegen abgelehnt. Zu vielfältig wären deren Ergebnisse und zu unterschiedlich die dafür notwendigen Wissenshintergründe. Inwiefern eine vorgegebene und weiterzuverwendende Definition nun auf der lokalen Ebene wirken würde, wird im folgenden Abschnitt diskutiert.

- Die LEADER-Lebensqualität auf der regionalen/lokalen Ebene – Auftrag zur Förderung der Lebensqualität

Bislang wurden im Rahmen dieses Conclusios Verbesserungsvorschläge sowie -ansätze für die beiden die jeweilige LEADER-Programmphase vorbereitenden und rahmengebenden territorialen Ebenen (Europa und Österreich) thematisiert. Als effizienz- und effektivitätssteigernd wurde hierbei die Einleitung eines Definitions-, Systematisierungs- und Operationalisierungsprozesses empfohlen, der im Anschluss daran von der nächsten untergeordneten Ebene aufzugreifen und weiterzuentwickeln sei. Im Kontext der regionalen bzw. lokalen Ebene erscheint der Autorin ein vergleichbarer Vorschlag, eigene Definitionsprozesse von den LAG zu fordern, jedoch nicht sinnvoll zu sein.

Grund für diese Einschätzung ist, dass die regionale Ebene im Zusammenhang mit dem LEADER-Förderprogramm jene Ebene darstellt, auf der die nationalen und europäischen Vorgaben ihre Umsetzung finden. Im Vergleich zur nationalen und europäischen Ebene, die jeweils die grundlegenden Zielsetzungen entwerfen und die in diesem Kontext Rahmenbedingungen schaffen, sorgen die regionalen Aktionsgruppen stattdessen dafür, diese Prioritäten im Rahmen der vorgegebenen Bedingungen umzusetzen. Durch die Ausarbeitung einer Lokalen Entwicklungsstrategie (LES) adaptieren und präzisieren die lokalen AkteurInnen diese übergeordneten Ziele und Vorgaben und entwickeln auf die jeweiligen Ausgangslagen abgestimmte Vorgehensweise. In der LEADER-Periode 2007-2013 traf dies auch auf die Priorität „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ zu. Aufgrund des fehlenden nationalen oder europäischen Definitionsprozesses zum Begriff Lebensqualität überrascht es demnach nicht, dass der Ausdruck auf lokaler Ebene im Zuge der Vorbereitung und Umsetzung zwar Verwendung fand, dieser aber nicht, wie es wissenschaftliche Disziplinen (z.B.: Sozialwissenschaften/Sozialindikatorenforschung, Medizin etc.) fordern, bezüglich einer Interpretation ausführlich diskutiert wurde.

Der LEADER-Förderansatz zielt seit jeher auf die Umsetzung von innovativen und neuartigen Lösungsansätzen in der ländlichen Entwicklungspolitik ab. In der gerade angesprochenen Programmphase sollte dies trotz relativ rigider Förderstrukturen ebenfalls erreicht werden. Gepaart mit dem Fakt, dass es sich beim Begriff Lebensqualität um einen inhaltlich sehr schwammigen Terminus handelt, stellt sich demnach die Frage, ob oder inwieweit bei weniger rigiden Vorgaben und qualitativeren Inputs innovativere, neuartigere oder inhaltlich breiter gefächerte Ideen umgesetzt hätten werden können. Dass die Förderstruktur eines Programmansatzes wie die LEADER-Initiative auch im Angesicht seiner Verbreitung einer vorgebebenen Struktur bedarf, ist zwar nicht zu leugnen; Subventionsgelder müssen adäquat und fair aufgeteilt werden, inhaltliche Schwerunkte müssen übermittelt und ein abschließender Vergleichs- und Bewertungsprozess möglich sein. Die Autorin ist aber auch der Meinung, dass im Kontext eines qualitativ ausgerichteten Konzepts, wie es die Lebensqualität darstellt, auf ein Wechselspiel eines kreativ-offenen Ansatzes mit gewissen qualitativen Inputstrukturen gesondert geachtet werden muss, um alle damit einhergehenden Potenziale ausschöpfen zu können.

Grundsätzlich wird den Lokalen Aktionsgruppen (LAG) bzw. den regionalen AkteurInnen großes Potenzial zugesprochen, um eine Verbesserung der Lebensqualität durch entsprechende Aktivitäten in ihrem Wirkungsbereich zu erreichen. Als absolut zentral wird hierbei jedoch die Zurverfügungstellung einer begrifflich einheitlichen und ideenanregenden Basis, die dabei aber nicht zwingendermaßen in einen vorgegebenen Maßnahmenkatalog gezwängt wurde, angesehen. Die Ergebnisse der qualitativen Inhaltsanalyse lokaler Projektanträge haben gezeigt, dass inhaltlich eine breite Fächerung im Kontext des Themas Lebensqualität festgestellt werden kann. Weniger weit verbreitet ist die tatsächliche Verwendung des Begriffs selbst. Ob diese Erscheinung auf die vagen Festlegungen des PELR (inklusive Verzicht einer konkreten, weiterzuverwendenden und auf der lokalen Ebene zu reflektierenden Definition) zurückzuführen ist, müsste in einer weiterführenden Untersuchung erforscht werden. Als einer der Gründe für eine fehlende Bezugnahme zum Thema wird jedoch das mangelnde Kontextwissen sowie die fehlende Aufforderung für solch einen Diskurs verortet.

Wie zu Beginn dieser Arbeit zitiert wurde, ist der Begriff Lebensqualität zwar wohlbekannt, aber im Konkreten schwer zu erklären. Die Lokalen Aktionsgruppen sollten in ihrem die Umsetzung des LEADER-Ansatzes vorbereitenden Prozess nicht auch noch die Aufgabe übernehmen müssen, solche begrifflichen Unklarheiten auf eigene Faust klären zu müssen. Unterschiedlich interpretierbare Termini müssten von den übergeordneten Ebenen für eine sinnvolle Verwendung aufgearbeitet und definiert werden. Die Verwendung auf lokaler Ebene sollte nur mehr reflektiert und adaptiert, möglicherweise auch konkretisiert werden müssen. Eine Definition sollte den lokalen AkteurInnen (LAG sowie (mögliche) ProjektträgerInnen) als Diskussionsgrundlage mit einem einheitlichen Verständnis dienen und deren Kompetenzen stärken. Sie muss inhaltlich breit gefächerte Inputs liefern können und in konkrete Projektideen münden dürfen. Sie sollte in Netzwerkdiskursen sowie bei der Bewertung von Maßnahmen anwendbar sein. Sie sollte insgesamt eine effiziente und effektive Umsetzung der lokalen Entwicklungsstrategien fördern, die die ursprüngliche Idee der Lebensqualität mit ihren qualitativen Aspekten wiederspiegelt und regional wirksame Sensibilisierungsprozesse starten. Ob das Konzept dabei als ganzheitlicher Ansatz oder als ergänzendes Konzept zu den anderen programminternen Zielen (wie z.B.: Diversifizierung der Wirtschaft, Wettbewerbsfähigkeit der Land- und Forstwirtschaft wie in der Periode 2007-2013) verwendet wird, wäre dabei bereits im Vorfeld auf nationaler oder europäischer Ebene zu klären. Der Einschätzung der Autorin nach könnte so im Vergleich zur Periode 2007-2013 ein noch qualitativerer und wirkungsstärkerer Output des Programms erzielt werden.

Ein weiterer Vorteil einer gemeinsamen (ob nationalen oder europäischen) Definition liegt darüber hinaus darin, dass Vergleiche und der Austausch zwischen den unterschiedlichen am LEADER-Programm teilnehmenden Gruppen gefördert werden könnten. Es ist davon auszugehen, dass fehlende Interpretationen und Diskurse und/oder unterschiedlich Ergebnisse unterschiedlicher Definitionsprozesse zu solchen Interpretationen qualitativ hochwertige Debatten dagegen behindern. Zwar werden die rein quantitativ und materiell ausgerichteten Faktoren, die eine Beobachtung, Bewertung und Vergleichsbasis in der Periode 2007-2013 gewährleisteten, ebenfalls als wertvolle Größen angesehen. Der Wert von qualitativen Indikatoren wird scheinbar jedoch aufgrund des ihnen zugesprochenen, höheren Erfassungsaufwands unterschätzt oder negiert. Im Kontext der Integration einer qualitativen Größe wie jener der Lebensqualität ist diese Einstellung zu überdenken.

Abschließend festzuhalten ist, dass ein Reflexions- und Adaptionsprozess eines Begriffs wie jenem der Lebensqualität die lokal vorhandenen Ressourcen (z.B. finanzielle Mittel die für einen aufwändigen Definitionsprozess benötigt werden, zur Verfügung stehendes Fachwissen, Humankapital etc.) nicht übersteigen darf. Entsprechende Grundlagen – so kann nur nochmals betont werden – müssen dies sicherstellen. Die in der LES festzuhaltenden und verständlich aufzubereitenden Ergebnisse sind außerdem stärker in die Projektkonzeption einzubinden. Sofern jedoch auf keine gemeinsame Definition der Lebensqualität der nationalstaatlichen oder europäischen Ebene im Zuge des LES-Erstellungsprozesses zurückgegriffen werden kann, sollte sich eine Region selbst um den Wert einer Interpretation bewusst werden.

- Die LEADER-Lebensqualität in den Projektanträgen – ein Anreiz, konkrete und qualitative Bezüge zum Thema Lebensqualität herzustellen

Im Kontext der Umsetzung des LEADER-Ansatzes und dessen Programmzielen kann das dieses Kapitel einleitende Zitat folgendermaßen ergänzt werden: Die Qualität unserer Informationen und Grundlagen bestimmt die Qualität unserer Ziele, bestimmt die Qualität unserer Zukunft. Grammatikalisch nicht gänzlich korrekt, macht diese Aussage allerdings nochmals deutlich, wie wichtig fachgerechte Grundlagen auf der umsetzenden Ebene sind. Diese Grundlagen betreffen dabei nicht nur das Wissen bezüglich der eigenen LEADER-Region und ihrer Stärken und Schwächen, Chancen und Risiken. Darüber hinaus setzt die Realisierung wirkungsvoller Vorhaben mit einer breiten Palette positiver Effekte auch ein fundiertes Wissen zu den mit den regionalpolitisch in Verbindung stehenden Begriffen aller Beteiligten voraus. Auf der Grundlage der Analyseergebnisse, in dessen Zuge die seltene Verwendung des Begriffs bzw. entsprechende Bezüge festgestellt werden mussten, wird dies auf keiner Ebene so deutlich wie auf jener, die im Kontext der gezielten Projektumsetzung steht.

Diese Grundlagen wären vor allem im Prozess der Projektkonzeption zu reflektieren und auf die jeweiligen Ideen sowie Stärken und Schwächen zu beziehen. Im Zusammenhang mit der Ausarbeitung der Projektanträge ist deshalb abschließend die Empfehlung auszusprechen, vermehrt auf einen Diskurs zu setzen, der auch Bezüge zu den übergeordneten Zielen herstellt.

Die Ansätze der im Rahmen dieser Analyse betrachteten Beispielregion präsentierten sich aufgrund ihrer Differenziertheit bereits als sehr differenziert. Durch fundierte, nachvollziehbare und leicht zugängliche Informationen, gepaart mit verstärkt offenen Förderstrukturen, könnte eine noch breiter gefächerte und innovativere Umsetzung des LEADER Programms ermöglicht werden. Eine Sensibilisierung, dass im Rahmen der Projektkonzipierung und -realisierung nicht nur ökonomische, materielle Aspekte anzusprechen sind, steht damit in enger Verbindung. Eine Reflektion der lebensqualitätsrelevanten Details könnte hier Inputs liefern, neuartige Ideen fördern sowie einen Sensibilisierungsprozess in Gang setzen, der den Menschen in Förderregionen das Thema näherbringt.

- Die LEADER-Lebensqualität – im Spannungsverhältnis zwischen rigider Förderstrukturen und einer inhaltlich breit gefächerten Grundidee

Die vorliegende Arbeit hat gezeigt, dass der Begriff Lebensqualität und seine grundlegende Idee – das Streben nach Glück und einem erfüllten Leben – ein bedeutsames und aktuelles sowie ein sehr komplexes und vielgestaltetes Thema ist, das vor allem aufgrund seiner qualitative und immaterielle Aspekte an Popularität gewann. PolitikerInnen jeder territorialen Ebene nehmen sich seit einigen Jahrzehnten diesem Thema an und versuchen durch unterschiedliche Aktivitäten die Lebensqualität der Bevölkerung zu verbessern. Das LEADER-Förderprogramm der EU ist in diesem Kontext nur eines von vielen möglichen Beispielen.

Der ELER-Strukturfond und insbesondere die über diesen Fond abgewickelte LEADER-Initiative stellen einen wesentlichen Bestandteil des europäischen Integrationsprozesses dar; die AkteurInnen der lokalen Ebene tragen über diesen Rahmen wesentlich zur Umsetzung gemeinschaftlicher Ziele bei. Eindeutig definierte und klar formulierte Ziele bilden hier eine wichtige Grundvoraussetzung. Die Empfehlungen, die im vorliegenden Abschnitt ausgesprochen wurden, sind als ein Beitrag des immer wieder neu aufgerollten Sensibilisierungsprozesses gegenüber der Verwendung des Begriffs Lebensqualität als Zieldimension zu werten. Die Einleitung eines Definitionsprozesses im Vorfeld, in dessen Rahmen vor allem die qualitativen Aspekte des Konzepts stärker betont werden sollten, sowie die Abkehr von vorwiegend mit ökonomischen Argumenten begründeten Projektvorhaben wird hierbei als wesentlich angesehen. Nur jemand der sprichwörtlich weiß, wo der Schuh drückt und diese Stelle benennen kann, kann ein Stück weit dazu beitragen, die Lebensqualität zu verbessern. Eine gesamteuropäische Definition der Lebensqualität, die auch im Kontext des LEADER-Förderprogramms angewandt wird, kann vor allem in Hinblick auf die Umsetzung auf der regionalen Ebene ebenso wie insgesamt im Kontext der europäischen Integrationsprozesse Hilfe leisten. Jeder und Jede von uns wünscht sich ein gutes und erfülltes Leben. Das persönliche Glück kann jedoch nur gefördert werden, sofern man sich bewusst ist, wo und vor allem wie Veränderungen herbeigeführt werden können – das trifft nicht nur auf die individuelle, sondern auch auf die kollektive Lebensqualität zu.

6 Verzeichnisse

6.1 Literaturverzeichnis

Aachener Stiftung Kathy Beys (2015): Human Development Index. Lexikon der Nachhaltigkeit. Online verfügbar unter http://www.nachhaltigkeit.info/artikel/human_development_index_1867.htm, zuletzt aktualisiert am 06.05.2015, zuletzt geprüft am 20.07.2015.

AIDEL (1999): Der Mehrwert des LEADER-Ansatzes - ein Leitfaden für die Bewertung der besonderen Merkmale von LEADER. Innovation im ländlichen Raum. Europäische Beobachtungsstelle LEADER. Brüssel (Heft Nr. 4).

Aiginger, K. (2016): Eine neue Strategie für Europa: Dynamik durch soziale und ökologische Innovationen. Welfare, Wealth and Work - A new growth path for Europe; A European research consortium is working on the analytical foundations for a new socio-ecological growth model. Vertretung der EU-Kommission, WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Wien, 08.03.2016.

Amann, A.; Ehgartner, G.; Felder, D. (2010): Sozialprodukt des Alters. Über Produktivitätswahn, Alter und Lebensqualität. Wien: Böhlau.

Amt der NÖ Landesregierung, Gruppe Raumordnung, Umwelt und Verkehr (Hg.) (2007): Strategie Niederösterreich. Prozess. Ergebnisse. Nutzen. Stankt Pölten

Autonome Provinz Bozen - Südtirol (2017): CLLD: Regionalentwicklung auf lokaler Ebene. Online verfügbar unter http://www.interreg.net/de/455.asp, zuletzt aktualisiert am 07.04.2017, zuletzt geprüft am 29.11.2017.

Barcaccia, B.; Esposito, G.; Matarese, M.; Bertolaso, M.; Elvira, M.; Marinis, M. G. de (2013): Defining Quality of Life: A Wild-Goose Chase? In: *EJOP* 9 (1), S. 185–203. DOI: 10.5964/ejop.v9i1.484.

Bayer, K. (2015): Europas Zukunft heißt Lebensqualität: Eine nachhaltige europäische Wachstumsstrategie. ÖGfE Policy Brief. Wien.

Bellebaum, A. (Hg.) (1994): Lebensqualität. Ein Konzept für Praxis und Forschung. Opladen: Westdt. Verl.

Berger-Schmitt, R.; Noll, H.-H. (2000): Conceptual Framework and Structure of a European System of Social Indicators. Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement. Mannheim (EuReporting Working Paper, No. 9).

Bergheim, S.; Barth, V. (2011): Fortschrittsindex 2011 - Lebensqualität neu vermessen. Zentrum für gesellschaftlichen Fortschritt. Online verfügbar unter

http://fortschrittszentrum.de/dokumente/2011-12_Fortschrittsindex_2011.pdf, zuletzt geprüft am 20.07.2015.

Berghofer-Weichner, M. (1989): Begrüßungsansprache. In: H. Hamelmann und E. Ungeheuer (Hg.): Verhandlungen der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie. 106. Tagung vom 29. März bis 1. April 1989. Berlin, Heidelberg: Springer Verlag (Langenbecks Archiv für Chirurgie, Gegründet 1860 Kongreßorgan der Deutschen Gesellschaft für Chirurgie), S. 12–13.

Birnbacher, D. (1998): Der Streit um die Lebensqualität. In: J. Schummer (Hg.): Glück und Ethik. Würzburg: Königshausen und Neumann, S. 125–145.

BMFG (2014): Psychosoziale Gesundheit in der Schule. Bundesministerium für Gesundheit. Online verfügbar unter https://www.gesundheit.gv.at/leben/lebenswelt/schule/schulpsychologie/psychosoziale-gesundheit, zuletzt geprüft am 10.07.2017.

BMLFUW (2002): Österreichs Zukunft Nachhaltig Gestalten - Die Österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Wien. Online verfügbar unter https://www.nachhaltigkeit.at/assets/customer/Downloads/Strategie/strategie020709_de.pdf, zuletzt geprüft am 01.02.2016.

BMLFUW (2010): Österreichische Strategie Nachhaltige Entwicklung (ÖSTRAT) – ein Handlungsrahmen für Bund und Länder. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Wien.

BMLFUW (2015a): Leader als Erfolgsgeschichte. Abteilung II/2 - Koordination ländliche Entwicklung und Fischereifonds. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft. Online verfügbar unter http://www.bmlfuw.gv.at/land/laendl_entwicklung/le-07-13/leader/Leader_Erfolg.html, zuletzt aktualisiert am 20.03.2015, zuletzt geprüft am 16.07.2015.

BMLFUW (2015b): Österreichisches Programm für die Entwicklung des Ländlichen Raums 2007-2013. CCI 2007 AT 06 RPO 001, vom Fassung nach 10. Programmänderung. Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft.

Böhnke, P.; Kohler, U. (2008): Well-being and Inequality. Social Science Research Berlin (WZB). Berlin (WZB Discussion Papers, No. SP I 2008-201).

Christophersen, H. (1991): Vorwort von Vizepräsident Christophersen. In: Kom EG (Hg.): Leitfaden für Gemeinschaftsinitiativen (im Rahmen der Reform der Strukturfonds). 2. Ausg. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften, S. 7.

Czysz, A.; Joosten, A. (2015a): Agenda 2000. Euro-Informationen. Berlin. Online verfügbar unter http://www.eu-info.de/europa/agenda-2000/, zuletzt geprüft am 02.02.2015.

Czysz, A.; Joosten, A. (2015b): Gründungsverträge. … und ihre Entwicklung bis zur Einheitlichen Europäischen Akte. Euro-Informationen. Berlin. Online verfügbar unter http://www.eu-info.de/europa/eu-vertraege/eu-gruendungsvertrag/, zuletzt aktualisiert am o.D., zuletzt geprüft am 24.07.2015.

Czysz, A.; Joosten, A. (2015c): Vertrag von Amsterdam. Im Focus: Effiziens der Institutionen, Außenpolitik und Beschäftigung. Euro-Informationen. Berlin. Online verfügbar unter http://www.eu-info.de/europa/eu-vertraege/6334/, zuletzt aktualisiert am o.D., zuletzt geprüft am 24.07.2015.

Deutscher Naturschutzring (2010): Nachhaltigkeit. Berlin. Online verfügbar unter http://www.eu-koordination.de/archiv/index.php?page=40, zuletzt geprüft am 02.02.2015.

DGVN (Hg.) (2013): Bericht über die menschliche Entwicklung 2013. Der Aufstieg des Südens. Menschlicher Fortschritt in einer ungleichen Welt. Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen. Dt. Ausg. Bonn: UNO-Verl. (Bericht über die menschliche Entwicklung, 2013).

Die zwölf Mitgliedstaaten - Belgien, Dänemark, Deutschland, Irland, Griechenland, Spanien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Niederlade, Portugal, Vereinigtes Königreich (1992): Vertrag über die Europäische Union. In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen

Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 191 vom 29.7.1992. Luxemburg, S. 1–112.

Dijkers, M. (2007): “What's in a name?” The indiscriminate use of the “Quality of life” label, and the need to bring about clarity in conceptualizations. In: *International Journal of Nursing Studies* 44 (1), S. 153–155. DOI: 10.1016/j.ijnurstu.2006.07.016.

Doppler, A.; Doppelhofer, H.; Hofbauer, W.; Kern, G. (2015): Das ist Leader. Leaderregion Kraftspendedörfer Joglland. Strallegg. Online verfügbar unter http://www.kraftspendedoerfer.at/index.php/ideen/leader, zuletzt aktualisiert am o.D., zuletzt geprüft am 29.09.2017.

DVS (2017): Die Geschichte von LEADER. Deutsche Vernetzungsstelle Ländliche Räume (DVS) in der Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung (BLE). Bonn. Online verfügbar unter https://www.netzwerk-laendlicher-raum.de/de/regionen/leader/geschichte-von-leader/, zuletzt aktualisiert am o.D., zuletzt geprüft am 29.09.2017.

EC (1991): Community action to support local rural development initiatives - "LEADER". Pressemitteilung der Europäischen Kommission vom 11.12.1991 in der deutschen Fassung. Online verfügbar unter http://europa.eu/rapid/press-release_IP-91-1135_de.htm, zuletzt geprüft am 24.01.2015.

EC (1999): Ex-Post Evaluation of the Leader I Community Initiative 1989-1993. Final Report. European Commission. Brüssel.

EC (2003): Improving Human Potential & the Socio-economic Knowledge Base: Publications Area 3. CORDIS. Online verfügbar unter http://cordis.europa.eu/improving/socio-economic/area3.htm, zuletzt aktualisiert am 04.02.2015, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

EC (2015): The Fourth RTD Framework Programme - 1994-1998. CORDIS - Community Research and Development Inforamtion Service. Online verfügbar unter http://cordis.europa.eu/guidance/fp4_en.html, zuletzt aktualisiert am 10.02.2015, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

EC (2008): The EU rural development policy: facing the challenges. Hg. v. Directorate-General for Agriculture and Rural Development. European Communities. Brüssel.

Eckert, A. (2010): Aufklärung, Sklaverei und Abolition. In: Wolfgang Hardtwig (Hg.): Die Aufklarung und ihre Weltwirkung. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht (Geschichte und Gesellschaft. Sonderheft, 23), S. 243–262.

Eckey, H. F. (2005): Regionale Strukturpolitik. In: E.-H. Ritter (Hg.): Handwörterbuch der Raumordnung. 4., neu bearb. Aufl. Hannover: Verlag der ARL, S. 933–940.

Egle, U.T; Petrack, F.; Hardt, J.; Kahaly G. (2004): Lebensqualität und Krankheitsbewältigung bei endokriner Orbitopathie. In: M. Dietlein und H. Schicha (Hg.): Schilddrüse 2003. Zufallsbefund Schilddrüsenknoten Latente Schilddrüsenfunktionsstörungen. Berlin: De Gruyter, S. 351–356.

Ehrke, J. (2003): Die Strukturfonds der EU. Eine ökonomische Einschätzung vor dem Hintergrund ihrer historischen Entwicklung. Potsdam (Finanzwissenschaftliche Diskussionsbeiträge, No. 38).

Eisma (1974): Schriftliche Anfrage Nr. 566/73 an die Kommission der Europäischen Gemeinschaften. Betrifft: Studien auf Grund des Berichtes des Clubs von Rom. In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C39 vom 6.4.1974. Luxemburg, S. 14.

ENRD (2014): Lokale Entwicklung unter der Federführung der Bevölkerung (CLLD). European Network for Rural Development. Brüssel. Online verfügbar unter http://enrd.ec.europa.eu/enrd-static/themes/clld/de/clld_de.html, zuletzt geprüft am 15.08.2017.

Eppler, Erhard (1974): Maßstäbe für eine humane Gesellschaft. Lebensstandard oder Lebensqualität? Stuttgart: W. Kohlhammer (Urban-Taschenbücher, Reihe 80, Bd. 860).

EU (1972): Erklärung der Pariser Gipfelkonferenz (19. - 21. Oktober 1972). Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften. In: *Bulletin der Europäischen Gemeinschaften*, 1972 (Nr. 10), S. 15–24.

EU (2010): Einheitliche Europäische Akte. Online verfügbar unter http://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=URISERV:xy0027&from=DE, zuletzt aktualisiert am 20.06.2010, zuletzt geprüft am 24.07.2015.

EU (2015a): Agenda 2000: Eine stärkere und erweiterte Union. Online verfügbar unter http://europa.eu/legislation_summaries/enlargement/2004_and_2007_enlargement/l60001_de.htm, zuletzt geprüft am 30.01.2015.

EU (2015b): Politische Strategien für ein besseres Leben. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/archives/lisbon_treaty/glance/better_life/index_de.htm, zuletzt geprüft am 03.02.2015.

EU (2017): Die Geschichte der Europäischen Union - 1972. Europäische Union. Online verfügbar unter https://europa.eu/european-union/abouteuropa/legal_notices_de#urheberrechtshinweis, zuletzt aktualisiert am 18.09.2017, zuletzt geprüft am 18.09.2017.

EU (2018): Die 28 Mitgliedstaaten der EU. Brüssel. Online verfügbar unter https://europa.eu/european-union/about-eu/countries_de#tab-0-1, zuletzt aktualisiert am 02.02.2018, zuletzt geprüft am 02.02.2018.

EU Parl. (1972): Entschließung zur nächsten Gipfelkonferenz der Staats- bzw. Regierungschefs der Mitgliedsstaaten der Europäischen Gemeinschaften. In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 82 vom 26.07.1972. Luxemburg, S. 26–29.

EU Parl.; Rat EU (2013): Verordnung (EU) Nr. 1305/2013 über die Förderung der ländlichen Entwicklung durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER) und zur Aufhebung der VO(EG) Nr. 1698/2005. In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 347 vom 20.12.2013. Luxemburg, S. 487–548.

Eurofound (2012): Europäische Erhebung zur Lebensqualität (EQLS). European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Online verfügbar unter http://www.eurofound.europa.eu/de/surveys/european-quality-of-life-surveys-eqls, zuletzt aktualisiert am 16.11.2012, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

Fahey, T.; Nolan, B.; Whelan, C. T. (2003): Monitoring quality of life in Europe. Luxemburg: Office for Official Publications of the European Communities.

Farmer, K.; Mestel, R. (2012): Von der US-Immobilienkrise zur globalen Finanz- und Wirtschaftskrise. In: W. Lachmann, R. Haupt und K. Farmer (Hg.): Die Krise der Weltwirtschaft. Zurück zur Sozialen Marktwirtschaft und die ethischen Herausforderungen auf dem Weg dahin. Berlin: LIT Verlag (Marktwirtschaft und Ethik, 15), S. 23–55.

Fidlschuster, L. (o.D.): Leader in Österreich 2007-2013. Online verfügbar unter http://www.netzwerk-land.at/leader/leader-in-oesterreich, zuletzt aktualisiert am o.D., zuletzt geprüft am 31.07.2015.

Fischler, F. (2001): Die Bedeutung des ländlichen Raums in der EU. In: Agrarsoziale Gesellschaft (Hg.): Ländlicher Raum. Rundbrief der Agrarsozialen Gesellschaft, 2/2001. Göttingen, S. 1–5.

Flynn (1994): Antwort auf die Schriftliche Anfrage E-252/94 von Sotiris Kostopulos an die Kommission vom 24. Februar 1994 von Herr Flynn im Namen der Kommission vom 6. April 1994. In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 306/1-47 vom 31.10.1994. Luxemburg, S. 26.

Fuchs, M. (2011): Bildung für mehr Lebensqualität. In: R. Popp, M. Pausch und U. Reinhardt (Hg.): Zukunft. Bildung. Lebensqualität. Wien [u.a.]: Lit-Verlag (Schriftenreihe Zukunft:Lebensqualität, 3), S. 25–33.

Funk, F. C. v. (1883): Calvin und die Reformation in Genf. Online verfügbar unter http://www.kath-info.de/calvin.html, zuletzt aktualisiert am o.D., zuletzt geprüft am 20.07.2015.

Galbraith, J. K. (1964): Economics and the Quality of Life. In: *Science* 1964, 10.07.1964 (Vol. 145 no.), S. 117–123.

Galinsky, H. (1991): Americanisms, Briticisms, Canadianisms, New Zealandisms, and Anglicisms in contemporary German. In: V. Ivir und D. Kalogjera (Hg.): Languages in contact and contrast. Essays in contact linguistics. Berlin, New York: Mouton de Gruyter (Trends in linguistics. Studies and monographs, 54), S. 195–220.

Gasper, D. (2009): Understanding the Diversity of Conceptions of Well-Being and Quality of Life. Institute of Social Studies. Den Haag.

GD AGRI (1997): Entwicklung des ländlichen Raums. GAP 2000. Arbeitspapier. Europäische Kommission. Generaldirektion 0000000Landwirtschaft (GD VI).

GD AGRI (2013): Überblick über die Reform der GAP 2014-2020. Europäische Kommission. Brüssel (Informationen zur Zukunft der Agrarpolitik, Nr. 5).

GD Regionalpolitik (2016): Die Hauptinvestitionspolitik der EU. Brüssel. Online verfügbar unter http://ec.europa.eu/regional_policy/de/policy/what/investment-policy/, zuletzt geprüft am 14.08.2017.

Geier, M. (2012): Aufklärung. Das europäische Projekt. Reinbek: Rowohlt.

GESIS (2014a): Europäisches System Sozialer Indikatoren - Projekthistorie. Institut für Sozialwissenschaften. Leibniz. Online verfügbar unter http://www.gesis.org/soziale-indikatoren/produkte/european-system-of-social-indicators/projekthistorie/, zuletzt aktualisiert am 11.03.2014, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

GESIS (2014b): Publikationen. Institut für Sozialwissenschaften. Leibniz. Online verfügbar unter http://www.gesis.org/soziale-indikatoren/produkte/european-system-of-social-indicators/publikationen/, zuletzt aktualisiert am 11.03.2014, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

GESIS (2015): Europäisches System Sozialer Indikatoren - Einführung. Institut für Sozialwissenschaften. Leibniz. Online verfügbar unter http://www.gesis.org/soziale-indikatoren/produkte/european-system-of-social-indicators/einfuehrung/, zuletzt aktualisiert am 28.04.2015, zuletzt geprüft am 21.07.2015.

Gläser, Jochen; Laudel, Grit (2008): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Als Instrumente rekonstruierender Untersuchungen. 3. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften (Lehrbuch).

Glatzer, W. (2012): Lebensqualität. Eine über Wachstum und Wohlstand hinausgehende gesellschaftliche Leitidee. In: *Blätter der Wohlfahrt* (4), S. 123–129.

Griesser, F. (2009): Politik gegen "patria". Berlusconi und Dante : Dantes politische Theorien im Licht von Literatur, historischer Wirklichkeit und ideologischer Nachwirkung. München: Utz (Sprach- und Literaturwissenschaft, Bd. 28).

Gründerstaaten (1957): Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft. Online verfügbar unter http://www.europarl.europa.eu/brussels/website/media/Basis/Vertraege/Pdf/EWG-Vertrag.pdf, zuletzt aktualisiert am o.D., zuletzt geprüft am 24.07.2015.

Haken, R. (2011): Geschichte des EU-Förderprogramms LEADER und der LEADER-Methode. Präsentation im Zuge der 8. Sitzung des Gemischt Beratenden Ausschusses EU/Kroatien am 27. Januar 2011. Zagreb.

Haller, M.; Holm, K.; Müller, K. M.; Schulz, W.; Cyba, E. (1996): Der Soziale Survey 1993 im Überblick. In: M. Haller, K. Holm, K. M. Müller, W. Schulz und E. Cyba (Hg.): Österreich im Wandel. Werte, Lebensformen und Lebensqualität, 1986 bis 1993. Wien, München: Verlag für Geschichte und Politik; R. Oldenbourg, S. 13–30.

Haller, M.; Schulz, W. (2005): Der Soziale Survey als Instrument zur Erfassung des soziokulturellen Wandels in Österreich. In: W. Schulz, M. Haller und A. Grausgruber (Hg.): Österreich zur Jahrhundertwende. Gesellschaftliche Werthaltungen und Lebensqualität 1986-2004. 1. Aufl. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften, S. 11–32.

Hartwig, I. (2006): Struktur- und Regionalpolitik. In: W. Weidenfeld und W. Wessels (Hg.): Europa von A bis Z. Taschenbuch der europäischen Integration. 9. Aufl. Bonn, Berlin: Nomos; Institut für Internationale Politik, S. 341–348.

HDRO - Human Development Report Office (o.D.): Human Development Index (HDI) | Human Development Reports. Online verfügbar unter http://hdr.undp.org/en/content/human-development-index-hdi, zuletzt aktualisiert am o.D., zuletzt geprüft am 29.04.2016.

Hofbauer, R. (2011): Lebensqualität als alternative Zielformel und Erfolgskennzahl in modernen Gesellschaften? Beitrag in der Reihe der S:Z:D Arbeitspapiere Praxis der Robert-Jungk-Stiftung. Salzburg: JBZ-Verlag (Arbeitspapier Nr.10).

Hofer, B. (2006): Lebensqualität. vom Wohlfahrtsbegriff zum interdisziplinären Forschungsfeld. In: *Public Observer - Zeitschrift für sozialwissenschaftliche Analysen und Regionalforschung* 4. Jg./Nr. 26, 2006, S. 4–8.

Höffe, O. (2008): Lexikon der Ethik. 7., neubearbeitete und erw. Aufl. ; Originalausgabe. München: C.H. Beck (Beck'sche Reihe, 152).

Huschka, D.; Wagner, G. G. (2010): Sind Indikatoren zur Lebensqualität und zur Lebenszufriedenheit als politische Ziegrößen sinnvoll? Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung. Berlin (SOEPpapers on Multidisciplinary Panel Data Research, 275). Online verfügbar unter http://www.diw.de/documents/publikationen/73/diw_01.c.353268.de/diw_sp0275.pdf, zuletzt geprüft am 20.07.2015.

IFES (2003): Fragebogen Sozialer Survey 2003. Institut für empirische Sozialforschung. In: Aue-Gumpinger, T. (2012): Die Lebensqualität von Alleinerzieherinnen. Diplomarbeit an der Universität Wien. Wien.

ISSP (2010): General information. International Social Survey Programme. Online verfügbar unter http://www.issp.org/index.php, zuletzt aktualisiert am o.A., zuletzt geprüft am 21.07.2015.

Jenker, J. (2008): Pädagogische Hochschule Freiburg: Kurzdefinition und wissenschaftliche Praxis. Pädagogische Hochschule Freiburg. Freiburg. Online verfügbar unter https://www.ph-freiburg.de/quasus/einstiegstexte/datenauswertung/qual-inhaltsanalyse/kurzdefinition-und-wissenschaftliche-praxis.html, zuletzt aktualisiert am 05.01.2008, zuletzt geprüft am 09.09.2015.

Jessen, C. (1999): Agenda 2000: Das Reformpaket von Berlin, ein Erfolg für Gesamteuropa. In: Nomos Verlagsgesellschaft mbH (Hg.): Integration, Vol. 22, No. 3, 167-175.

Karl-Franzens-Universität Graz (o.D.): Sozialer Survey Österreich (SSÖ) 2016. Online verfügbar unter https://centrum-sozialforschung.uni-graz.at/de/bevoelkerungsumfragen/sozialer-survey-oesterreich-ssoe-2016/, zuletzt geprüft am 28.12.2017

Kanatschnig, D.; Fischbacher, C.; Schmutz, P. (1999): Regionalisierte Raumentwicklung. Möglichkeiten zur Umsetzung einer nachhaltigen Raumentwicklung auf regionaler Ebene. Wien: Österr. Inst. für Nachhaltige Entwicklung (Schriftenreihe des Österreichischen Instituts für Nachhaltige Entwicklung/Hrsg. Österreichisches Institut für Nachhaltige Entwicklung, Bd. 5).

Klampfl, D. (2011): Vorwort der Projektleitung. In: Referat für Lebensqualitätsindikatoren (Hg.): LQI 2010. LQI-Modell für die Stadt Graz - Erarbeitung von Grundlagen für eine standardisierte multifaktorielle Auswertung objektiver Daten. Hypothesenbildung und Versuchsanordnungen. Graz, S. 7–13.

Klein, M. (o.D.): Human Development Report. Hg. v. Springer Gabler Verlag. Online verfügbar unter http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Archiv/126528/human-development-report-v5.html, zuletzt geprüft am 20.07.2015.

Knecht, A. (2010): Lebensqualität produzieren. Ressourcentheorie und Machtanalyse des Wohlfahrtsstaats. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Kom EG (1974): Antwort auf die Schriftliche Anfrage Nr. 566/73. In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C39 vom 6.4.1974. Luxemburg, S. 14.

Kom EG (1987): Die Einheitliche Akte muß ein Erfolg werden. Eine neue Perspektive für Europa: Mitteilung der Kommission (Dok. KOM(87)100) an den Rat. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Bulletin der Europäischen Gemeinschaften. Beilage, 1987/01).

Kom EG (1988): Die Zukunft des ländlichen Raums. Mitteilung der Kommission, dem Rat und dem Europäischen Parlament am 29. Juli 1988 vorgelegt (KOM(88) 501 endg.). Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, Beilage 4/88).

Kom EG (1991a): Leitfaden für Gemeinschaftsinitiativen (im Rahmen der Reform der Strukturfonds). 2. Ausg. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften.

Kom EG (1991b): Mitteilung an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für integrierte Globalzuschüsse und Aufforderung zur Einreichung von Vorschlägen im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative zur ländlichen Entwicklung. In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 73 vom 19.3.1991. Luxemburg, S. 33–37.

Kom EG (1993a): Die Zukunft der Gemeinschaftsinitiativen im Rahmen der Strukturfonds. Mitteilung der Kommission. KOM(93) 282 endg. Brüssel.

Kom EG (1993b): Grünbuch über die europäische Sozialpolitik. Weichenstellung für die Europäische Union. Brüssel.

Kom EU (1994): Mitteilung an die Mitgliedstaaten über die Leitlinien für integrierte Globalzuschüsse bzw. Operationelle Programme, die Gegenstand von Zuschußanträgen der Mitgliedstaaten im Rahmen einer Gemeinschaftsinitiative sind ("LEADER II"). In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 180 vom 1.7.1994. Luxemburg, S. 48–59.

Kom EU (2000): Mitteilung der Kommission an die Mitgliedstaaten vom 14. April 2000 über die Leitlinien für die Gemeinschaftsinitiative für die Entwicklung des ländlichen Raums (LEADER +). In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 139 vom 18.5.2000. Luxemburg, S. 5–13.

Kom EU (2004): Vorschlag für eine Verordnung des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). KOM(2004)490 endgültig.

Kom EU (2006a): Der Leader-Ansatz. Ein grundlegender Leitfaden. Luxemburg: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Fact-sheet/DG AGRI).

Kom EU (2006b): Gemeinsamer Begleitungs- und Bewertungsrahmen (CMEF) für die Politik zur Entwicklung des ländlichen Raums.

Kom EU (2010): Europa 2020 - Eine Strategie für intelligentes, nachhaltiges und integratives Wachstum. KOM(2010) 2020 endgültig.

Kostopoulos, S. (1994): Schriftliche Anfrage E-252/94 von Sotiris Kostopoulos (PSE) an die Kommission vom 24. Februar 1994. In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. C 306/1-47 vom 31.10.1994. Luxemburg, S. 26.

Krupp, H.-J. (1978): Indikatoren, II: soziale. In: W. Albers und A. Zottmann (Hg.): Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft (HdWW). zugleich Neuaufl. des Handwörterbuchs der Sozialwissenschaften. Stuttgart [u.a.]: Gustav Fischer [u.a.] (Band 4), S. 119–132.

LAG AC (2007): Lokale Entwicklungsstrategie Römerland Carnuntum 2007-2013. Lokale Aktionsgruppe Auland Carnuntum. Bruck an der Leitha.

Lang, B. (1992): Die christliche Verheißung: Ewige Glückseligkeit nach dem Tod. In: A. Bellebaum (Hg.): Glück und Zufriedenheit. Ein Symposion. Opladen: Westdeutscher Verlag, S. 121–141.

Lechner, T. (22.09.2014): Lebensqualität im Rahmen des LEADER-Förderprogramms. Interview mit L. Fidlschuster. Wien. Notizen in schriftlicher Form.

Leitzmann, C. (2001): Ernährungskonzepte und Lebensqualität: die naturwissenschaftliche Sicht. In: G. Neumann, A. Wierlacher und R. Wild (Hg.): Essen und Lebensqualität. Natur- und kulturwissenschaftliche Perspektiven. Frankfurt/Main [u.a.]: Campus-Verl. (Kulturthema Essen, 3), S. 37–48.

Lindahl, L. (2015): The Swedish Level-of-Living Survey (LNU). Swedish Institute for Social Research. Online verfügbar unter http://www.sofi.su.se/english/research/three-research-departments/lnu-level-of-living, zuletzt aktualisiert am 19.02.2015, zuletzt geprüft am 20.07.2015.

Malik, K. (2014): Sustaining Human Progress. Reducing Vulnerabilities and Building Resilience. Human Development Report. United Nations Development Programme. Human Development Report Office. New York.

Manschwetus, U. (1995): Regionalmarketing. Marketing als Instrument der Wirtschaftsentwicklung. Wiesbaden: Deutscher Universitäts-Verlag.

Mayring, P. (2008): Qualitative Inhaltsanalyse. Grundlagen und Techniken. 10., neu ausgestattete Aufl., Dr. nach Typoskr. Weinheim: Beltz (Beltz Pädagogik). Online verfügbar unter http://deposit.d-nb.de/cgi-bin/dokserv?id=3109755&prov=M&dok_var=1&dok_ext=htm.

Mayring, P. (2010): Qualitative Inhaltsanalyse. In: Günter Mey (Hg.): Handbuch Qualitative Forschung in der Psychologie. 1. Aufl. Wiesbaden: VS, Verl. für Sozialwiss., S. 601–613.

Meadows, D. H. (1972): The Limits to growth. A report for the Club of Rome's project on the predicament of mankind. New York: Universe Books (Potomac Associates books).

Metis (2010): Ex-post evaluation of LEADER+. Contract N° 30-CE-0321257/00-26. Wien.

MLUL (2015): Neuordnung der EU-Förderung für den ländlichen Raum. Ministerium für Ländliche Entwicklung, Umwelt und Landwirtschaft. Potsdam. Online verfügbar unter http://www.eler.brandenburg.de/cms/detail.php/bb1.c.204753.de, zuletzt geprüft am 03.02.2015.

Mose, I. (1977): Eigenständige Regionalentwicklung - Chance für den peripheren ländlichen Raum? In: Geographische Zeitschrift. 77. Jahrg., H.3 (3.Quartal): Franz Steiner Verlag, S. 154–167.

Mose, I. (1998): Ländliche Räume in der Europäischen Union - Problemlagen und Entwicklungsperspektiven. In: K.-A. Boesler (Hg.): Europa zwischen Integration und Regionalismus. 51. Deutscher Geographentag Bonn, 6. bis 11. Oktober 1997 : Tagungsbericht und wissenschaftliche Abhandlungen. Stuttgart: F. Steiner (Europa in einer Welt im Wandel, 4), S. 154–170.

Mühlinghaus, S. (2002): Eigenständige Regionalentwicklung als Strategie für periphere ländliche Räume? Eine Untersuchung aus dem Schweizer Berggebiet. In: Geographica Helvetica. Jg. 57 2002/Heft 2. Zürich, S. 127–134.

Müller, J. B. (1997): Religion und Politik. Wechselwirkungen und Dissonanzen. Berlin: Duncker & Humblot (Beiträge zur politischen Wissenschaft, Bd. 95).

Nägele, F. (1996): Regionale Wirtschaftspolitik im kooperativen Bundesstaat. Ein Politikfeld im Prozess der deutschen Vereinigung. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH (urspr. Leske und Budrich).

Nagl, S. (2011): Vorwort des Bürgermeisters. In: Referat für Lebensqualitätsindikatoren (Hg.): LQI 2010. LQI-mOdell für die Stadt Graz - Erarbeitung von Grundlagen für eine standardisierte multifaktorielle Auswertung objektiver Daten. Hypothesenbildung und Versuchsanordnungen. Graz, S. 3.

National Archives of the US (o.D.): Engrossed copy of the Declaration of Independence (1776). Miscellaneous Papers of the Continental Congress, 1774-1789; Records of the Continental and Confederation Congresses and the Constitutional Convention. Record Group 360. Online verfügbar unter http://www.ourdocuments.gov/doc.php?flash=true&doc=2, zuletzt aktualisiert am o.A., zuletzt geprüft am 19.07.2015.

Neuböck, J. (2004): lisl - Lokales Indikatorensystem für dauerhafte Lebensqualität. Wegweiser für eine nachhaltige Gemeindeentwicklung. 2. Aufl. Unter Mitarbeit von G. Humer und J. Ruspeckhofer. Hg. v. Oö. Akademie für Umwelt und Natur. Linz.

Neuenschwander, E. (2012): Einführung. In: E. Neuenschwander (Hg.): Wissenschaft zwischen qualitas und quantitas. Zürich: Birkhauser, S. 1–32.

NÖ Landesregierung, Abteilung Landwirtschaftsförderung (2015): Auszahlungen Römerland Carnuntum 2007-2013. Liste der abgerechneten und ausbezahlten Projektanträge bis zum 30.10.2015. St. Pölten.

Noll, H.-H. (1997): Wohlstand, Lebensqualität und Wohlbefinden in den Ländern der Europäischen Union. In: S. Hradil und S. Immerfall (Hg.): Die westeuropäischen Gesellschaften im Vergleich. Opladen: Leske + Budrich, S. 431–473.

Noll, H.-H. (1999): Konzepte der Wohlfahrtsentwicklung: Lebensqualität und "neue" Wohlfahrtskonzepte. Paper der Querschnittsgruppe Arbeit & Ökologie, Wissenschaftszentrum. Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement. Mannheim (EU-Reporting Working Paper No. 3).

Noll, H.-H. (2003): Sozialindikatorenforschung und Sozialberichterstattung: Ziele, Ergebnisse und aktuelle Entwicklungen. In: B. Orth, T. Schwietring und J. Weiss (Hg.): Soziologische Forschung. Stand und Perspektiven: ein Handbuch. Opladen: Leske + Budrich, S. 449–466.

Nowlin, C. (2008): 50th Anniversary Review of John Kenneth Galbraith's, The Affluent Society (1958). in The Progressive Economics Forum. Online verfügbar unter http://www.progressive-economics.ca/2008/09/23/the-affluent-society/, zuletzt aktualisiert am 23.09.2008, zuletzt geprüft am 20.07.2015.

OECD (o.D.a): Better Life Index - Edition 2015. Datensatz über alle Dimensionen und Indikatoren für jedes Erhebungsland für das Jahr 2015. OECD.Stat. Online verfügbar unter http://stats.oecd.org/Index.aspx?DataSetCode=BLI, zuletzt aktualisiert am o.D., zuletzt geprüft am 03.05.2016.

OECD (o.D.b): Worum handelt es sich beim Better Life Index? Online verfügbar unter http://www.oecdbetterlifeindex.org/de/about/better-life-initiative/, zuletzt geprüft am 20.07.2015.

OECD (o.D.c): Ziel der Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (OECD). Online verfügbar unter http://www.oecd.org/berlin/dieoecd/, zuletzt aktualisiert am o.A., zuletzt geprüft am 20.07.2015.

OECD (2011): How's life? Measuring progress and well-being. Paris: OECD Publishing.

ÖIR (2003): Ex-post evaluation of the Community Initiative Leader II. Executive summary in der deutschen Zusammenfassung. Österreichisches Institut für Raumplanung. Wien.

ÖIR (2012): Synthesis of Mid-Term Evaluations of Rural Development Programmes 2007-2013. Final Report. Österreichisches Institut für Raumplanung. Wien.

Piepenschneider, M. (2005): Maastrichter Vertrag. In: W. W. Mickel, J. Bergmann und C. D. Grupp (Hg.): Handlexikon der Europäischen Union. 3., überarbeitete und erw. Aufl. Baden-Baden: Nomos.

Pigou, A. C. (1920): Teh economics of welfare. London: Macmillan.

Pongratz, H.; Kreil, M. (1991): Möglichkeiten der eigenständigen Regionalentwicklung. In: Zeitschrift für Agrargeschichte und Agrarsoziologie. Stuttgart (39 (1991), Heft 1), S. 91–111.

Popp, R.; Hofbauer, R.; Pausch, M. (2010): Lebensqualität - Made in Austria. Gesellschaftliche, ökonomische und politische Rahmenbedingungen des Glücks. Wien [u.a.]: Lit (Schriftenreihe Zukunft:Lebensqualität, Bd. 1).

Popp, R.; Hofbauer, R.; Pausch, M. (2012): Lebensqualität auf dem Prüfstand. Zu den gesellschaftlichen Bedingungen des Glücks. In: A. Findl-Ludescher, E. Langhammer und J. Panhofer (Hg.): Gutes Leben - für alle? Theologisch-kritische Perspektiven auf einen aktuellen Sehnsuchtsbegriff. Wien: Lit (Kommunikative Theologie - interdisziplinär Communicative theology - interdisciplinary studies, Bd. 16), S. 291–308.

Präsidialabteilung des Magistrats Graz (2014): LQI Umfrage 2013. Ergebnisse Graz Gesamt. Unter Mitarbeit von Statbaudirektion Graz, Stadtvermessung Wien. Referat für Statistik. Graz.

Quendler, E. (2011): Integrativer Ansatz für nachhaltiges, gutes Leben - ein Konzept. Wien: AWI - Bundesanstalt für Agrarwirtschaft (Agrarpolitisches Arbeitsheft, Nr. 38).

Quendler, E.; Loibl, E.; Ofner-Schröck, E.; Wagner, K. (2008): Lebensqualität. In: o.A. (Hg.): Begriffe und Indikatoren zu den Evaluierungsfragen des LE 07-13. Wien, S. 46–60. Online verfügbar unter https://gruenerbericht.at/cm4/jdownload/download/31-sonstige-unterlagen/350-begriffe-und-indikatoren-zu-den-evaluierungsfragen-des-le-07-13, zuletzt geprüft am 22.03.2017.

Quendler, T. (1999): Der ländliche Raum als Lebens- und Wirtschaftsraum. In: H. K. Wytrzens (Hg.): Funktionsfähigkeit des ländlichen Raumes: Dokumentation der 7. ÖGA-Jahrestagung an der Universität für Bodenkultur Wien, Donnerstag, 18. September 1997. Kiel: Wissenschaftsverlag Vauk (Jahrbuch der ÖAG, Band 7), S. 41–50.

Rat EG (1987): Einheitliche Europäische Akte. In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften Nr. L 169 vom 29.6.1987. Luxemburg, S. 1–28.

Rat EU (2005): Verordnung (EG) Nr. 1698/2005 des Rates über die Förderung der Entwicklung des ländlichen Raums durch den Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums (ELER). In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L 277 vom 21.10.2005. Luxemburg.

Rat EU (2006): Beschluss des Rates vom 20. Februar 2006 über strategische Leitlinien der Gemeinschaft für die Entwicklung des ländlichen Raums (Programmplanungszeitraum 2007 - 2013) (2006/144/EG). In: Amt für amtliche Veröffentlichungen der Europäischen Gemeinschaften (Hg.): Amtsblatt der Europäischen Union Nr. L 55 vom 25.2.2006. Luxemburg, S. 20–29.

Rattner, J.; Danzer, G. (2004): Aufklärung und Fortschrittsdenken in Deutschland 1750-1850. Von Kant und Lessing bis Heine und Feuerbach. Würzburg: Königshausen & Neumann.

Regionalentwicklung Vorarlberg (o.D.): SVL Verantwortliche Landesstelle. Alberschwende, o.D. Online verfügbar unter http://leader07-14.regio-v.at/leader/svl.html, zuletzt geprüft am 08.08.2017.

Schäfer, J. (2015): Artikel Thomas von Aquin. aus dem Ökumenischen Heiligenlexikon. Online verfügbar unter https://www.heiligenlexikon.de/BiographienT/Thomas_von_Aquin.htm, zuletzt aktualisiert am 12.01.2015, zuletzt geprüft am 18.07.2015.

Scheer, G. (2008): Regionalentwicklung und Netzwerke. In: S. Bauer-Wolf, H. Payer und G. Scheer (Hg.): Erfolgreich durch Netzwerkkompetenz. Handbuch für Regionalentwicklung. Wien, New York: Springer, S. 1–4.

Schindegger, F. (1994): Raumordnung und Regionalpolitik in Österreich. In: H. Schäffer (Hg.): Wirtschaftsrecht und europäische Regionen. Berlin: Duncker & Humblot (Schriften zum europäischen Recht, Bd. 18), S. 59–71.

Schleissheimer, B. (2003): Ethik heute. Eine Antwort auf die Frage nach dem guten Leben. Würzburg: Königshausen & Neumann.

Schmidt, J. (o.D.): Zitat von Josef Schmidt. Online verfügbar unter https://gutezitate.com/zitat/151252, zuletzt aktualisiert am o.D., zuletzt geprüft am 10.10.2017.

Schnürch, H.-G (1996): Lebensqualität - Versuch einer Begriffsbestimmung. In: H. Hepp, D. Berg und U. Hasbargen (Hg.): Gynäkologie und Geburtshilfe 1994. Berlin [etc.]: Springer-Verlag, S. 257–264.

Schremmer, C.; Mollay, U. (20112.): Entwicklungsstrategie Burgenland 2020.

Sinabell, F. (2012): WWWforEurope: Welfare, Wealth and Work – ein neuer Wachstumspfad für Europa. WIFO - Österreichisches Institut für Wirtschaftsforschung. Wien.

Sommermann, K. P. (1997): Staatsziele und Staatszielbestimmungen. Tübingen: Mohr Siebeck (Jus Publicum, 25).

SPD – Sozialdemokratische Partei Deutschlands (1972): Bundestagswahl 1972 - Wahlprogramm der SPD. Mit Willy Brandt für Frieden, Sicherheit und eine bessere Qualität des Lebens. Beschlossen vom Außerordentlichen Parteitag in Dortmund. Dortmund.

Staeck, N. (1996): Die europäische Strukturfondsförderung — Entwicklung und Funktionsweise. In: H. Heinelt (Hg.): Politiknetzwerke und europäische Strukturfondsförderung. Ein Vergleich zwischen EU-Mitgliedstaaten. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften; Imprint (Reihe Gesellschaftspolitik und Staatstätigkeit, 10), S. 33–57.

Steinhöfler, K. H. (1966): Gesellschaftsschädigungen und Wohlfahrtsökonomik. Volkswirtschaftliche Schreiften. Berlin: Duncker & Humblot (98).

Strahl, W.; Dax, T. (2011): Die Rolle von Leader im ländlichen Entwicklungsprogramm – Theorie und Praxis am Beispiel von Österreich. In: J. Hambrusch, M. Larcher und T. Oedl-Wieser (Hg.): Jahrbuch der Österreichischen Gesellschaft für Agrarökonomie (Bd. 20(1)), S. 23-32

Streitenberger, P. (2007): Die fünf Punkte des Calvinismus. Eine Antwort. Hünfeld: Christlicher Mediendienst.

Swoboda, H. (1973): Qualität des Lebens. Vom Wohlstand zum Wohlbefinden. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt.

Thiele, J. (Hg.) (2001): Das österreichische Zitatenlexikon. Graz, Wien, Köln: Styria.

Tömmel, I. (2008): Das politische System der EU. 3. vollständig überarbeitete und aktualisierte Auflage. München: Oldenbourg Wissenschaftsverlag (Lehr- und Handbücher der Politikwissenschaft).

Turner, G. (2008): A comparison of The Limits to Growth with 30 years of reality. In: *Global Environmental Change* 18 (3), S. 397–411. DOI: 10.1016/j.gloenvcha.2008.05.001.

UK Data Service (2006): European Quality of Life Survey 2003. im Auftrag der European Foundation for the Improvement of Living and Working Conditions. Essex. Online verfügbar unter http://nesstar.ukdataservice.ac.uk/webview/index.jsp?v=2&mode=documentation&submode=abstract&study=http://nesstar.ukdataservice.ac.uk:80/obj/fStudy/7316&top=yes, zuletzt aktualisiert am 28.02.2006, zuletzt geprüft am 29.04.2016.

Weerth, C., Winter, E. (o.D.): GAP. In: Springer Fachmedien Wiesbaden GmbH (Hg.): Gabler Wirtschaftslexikon. Online verfügbar unter http://wirtschaftslexikon.gabler.de/Definition/gap-gemeinsame-agrarpolitik.html?referenceKeywordName=Europ%C3%A4ischer+Ausgleichs-+und+Garantiefonds+f%C3%BCr+die+Landwirtschaft+%28EAGFL%29.

Zapf, W. (1972): Zur Messung der Lebensqualität. In: Zeitschrift für Soziologie, Jg. 1, Heft 4. Stuttgart: F. Enke Verlag, S. 353–376.

Zapf, W. (1984): Individuelle Wohlfahrt: Lebensbedingungen und wahrgenommene Lebensqualität. In: W. Glatzer, W. Zapf und R. Berger-Schmitt (Hg.): Lebensqualität in der Bundesrepublik. Objektive Lebensbedingungen und subjektives Wohlbefinden. Frankfurt [am Main], New York: Campus (Schriftenreihe/Sonderforschungsbereich 3 der Universitäten Frankfurt und Mannheim "Mikroanalytische Grundlagen der Gesellschaftspolitik", Bd. 10), S. 13–26.

6.2 Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Übersicht zum Konzept und Aufbau der Arbeit (Quelle: eigene Konzeption und eigene Darstellung)..... 4
Abbildung 2: Systematik der deutschen Lebensqualitäts- bzw. Wohlfahrtsforschung (Quelle: vgl. Zapf 1984, S. 25; eigene Darstellung). 17
Abbildung 3: Die sieben Merkmale des LEADER-Ansatzes (Quelle: Kom EU 2006a; eigene Darstellung)..... 39
Abbildung 4: Strukturierung der vierten Achse des PELR (Quelle: BMLFUW 2015b, S. 458; eigene Darstellung)..... 51
Abbildung 5: Strukturierung der dritten Achse des PELR (Quelle: BMLFUW 2015b, S. 412; eigene Darstellung)..... 54
Abbildung 6: Konzeptschema der Untersuchung (Quelle: Eigene Konzeption und eigene Darstellung, 2018)..... 69
Abbildung 7: Grundlegendes Ablaufmodell einer qualitativen Inhaltsanalyse nach Mayring (Quelle: Mayring 2008, S. 54; eigene Darstellung) 72
Abbildung 8: Prozessmodell induktiver Kategorienbildung nach Mayring (Quelle: Mayring 2008, S. 75; eigene Darstellung)..... 76
Abbildung 9: Prozessmodell der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse nach Mayring (Quelle: Mayring 2008, S. 84 und 89; eigene Darstellung) 81
Abbildung 10: Karte der LEADER-Region Auland Carnuntum in der Programmperiode 2007-2013 (Quelle: LAG AC 2007, S. 8) 84
Abbildung 11: Verteilung und Häufigkeiten der LEADER-Maßnahmen „Verkehrserschließung ländlicher Gebiete“ (M 321 a) (Quelle: eigene Berechnung und eigene Darstellung)..... 91
Abbildung 12: Verteilung und Häufigkeiten der LEADER-Maßnahmen „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung im Bereich Erneuerbare Energie“ (M 321 c) (Quelle: eigene Berechnung und eigene Darstellung)..... 93
Abbildung 13: Verteilung und Häufigkeiten der LEADER-Maßnahmen „Dorfentwicklung im Bereich Dienstleistungen zur Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung (M 322 a) (Quelle: eigene Berechnungen und eigene Darstellung)..... 94
Abbildung 14: Verteilung und Häufigkeit der LEADER-Maßnahmen „Naturschutz“ (M 323 a) (Quelle: eigene Berechnung und eigene Darstellung) 97
Abbildung 15: Verteilung und Häufigkeiten der LEADER-Maßnahmen „Umsetzung der LES" (M 413) (Quelle: eigene Berechnung und eigene Darstellung)..... 99

6.3 Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Der Human Development Index (HDI) im Überblick (Quelle: s. Fließtext; eigene Darstellung) 19
Tabelle 2: Der Better Life Index im Überblick (Quelle: OECD o.D.b; eigene Darstellung) 20
Tabelle 3: Das Soziale Indikatorensystem der EU im Überblick (Quelle: Berger-Schmitt und Noll 2000, S. 46ff; eigene Darstellung) 23
Tabelle 4: Die Europäische Erhebung zur Lebensqualität im Überblick (Quelle: Fahey et al. 2003; eigene Darstellung) 24
Tabelle 5: Sozialer Survey Österreich im Überblick (Quelle: Haller et al. 1996, S. 15; Haller und Schulz 2005, S. 46f; eigene Darstellung) 25
Tabelle 6: Handlungsfelder der ÖSTRAT (Quelle: BMLFUW 2010; eigene Darstellung) 26
Tabelle 7: ÖSTRAT im Überblick (Quelle: BMLFUW 2002, S. 16ff) 27
Tabelle 8: Die Studie der Regionalisierten Raumentwicklung im Überblick (Quelle: Kanatschnig et al. 1999; eigene Darstellung) 28
Tabelle 9: lisl im Überblick (Quelle: Neuböck 2004, S. 11ff; eigene Darstellung) 29
Tabelle 10: Projekt zur Entwicklung von Lebensqualitätsindikatoren in Graz im Überblick (Quelle: Präsidialabteilung des Magistrats Graz 2014; eigene Darstellung) 30
Tabelle 11: Übersicht zu den im Rahmen dieser Arbeit vorgestellten Beispielkonzepten zum Thema Lebensqualität (Quelle: s. jeweiligen Abschnitt; eigene Darstellung) 34
Tabelle 12: Inhalte der förderfähigen Maßnahmen im Rahmen der LEADER-Achse für die EU-Förderperiode 2007-2013 (Quelle: BMLFUW 2015b, S. 468ff; eigene Darstellung) 53
Tabelle 13: Ziele und Fördergegenstände der Maßnahme „Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung“ (M 321)) (Quelle: BMLFUW 2015b; eigene Darstellung) 55
Tabelle 14: Ziele und Fördergegenstände der Maßnahme „Dorferneuerung und -entwicklung“ (M322) (Quelle: BMLFUW 2015b, S. 432; eigene Darstellung) 55
Tabelle 15: Ziele und Fördergegenstände der Maßnahme „Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes“ (M 323) (Quelle: BMLFUW 2015b, S.434ff; eigene Darstellung) 56
Tabelle 16: Die LEADER-Programmphasen im Überblick (Quellen: s. Fußnoten; eigene Darstellung) 62
Tabelle 17: Übersicht zu den im Rahmen der nachfolgenden Untersuchung einzubindenden Lebensqualitätsbeispielen (s. auch Kapitel 2.3 sowie Tabelle 11; eigene Darstellung) 77
Tabelle 18: Arbeitseigene Definition der Lebensqualität (Quelle: eigene Ableitung und eigene Darstellung) 79
Tabelle 19: Aktionsfelder der LEADER-Region Auland Carnuntum (Quelle: LAG AC 2007, S. 25ff; eigene Darstellung) 87
Tabelle 20: Übersicht der LEADER-Umsetzung in der Maßnahmengruppe M 41 – Umsetzung der lokalen Entwicklungsstrategien (Quelle: NÖ Landesregierung 2015; eigene Berechnung und eigene Darstellung) 88
Tabelle 21: Übersicht der LEADER-Umsetzung in der Maßnahmenkategorie M 413 – Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum und Diversifizierung der ländlichen Wirtschaft (Quelle: NÖ Landesregierung 2015; eigene Berechnung und eigene Darstellung) 89
Tabelle 22: Übersicht der LEADER-Umsetzung in der Maßnahmen M 32 – Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum (Quelle: NÖ Landesregierung 2015; eigene Berechnung und eigene Darstellung) 90
Tabelle 23: Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu den Maßnahmen „Verkehrserschließung ländlicher Gebiete“ (M 321 a) (Quelle: eigene Auswertung) 92

Tabelle 24: Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu den Maßnahmen „Dienstleistungseinrichtungen im Bereich Erneuerbare Energie“ (M 321 c) (Quelle: eigene Auswertung) 93
Tabelle 25: Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu den Maßnahmen „Dorfentwicklung im Bereich Dienstleistungen zur Grundversorgung der ländlichen Wirtschaft und Bevölkerung“ (M 322 a) (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung) 96
Tabelle 26: Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu den Maßnahmen „Naturschutz“ (M 323 a) (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung) 98
Tabelle 27: Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu den Maßnahmen „Umsetzung der LES“ (M 413) (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung) 101
Tabelle 28: Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu dem Projekt „Demographie-Check“ (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung) 103
Tabelle 29: Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu dem Projekt „Barrierefreie Region“ (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung) 105
Tabelle 30: Übersicht zu den Untersuchungsergebnissen zu dem Projekt „Energie in den Schulköpfen“ (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung) 107
Tabelle 31: Überblick über die maßnahmenbezogenen Untersuchungsergebnisse (Quelle: eigene Auswertung und eigene Darstellung) 110
Tabelle 32: Übersicht zu den in die induktiv zusammenfassende Inhaltsanalyse einfließenden Beispielkonzepten der Lebensqualität (eigene Darstellung) 148
Tabelle 33: Übersicht zu den Entwicklungshintergründen der einzelnen Lebensqualitätsbeispielen (Quelle: siehe jeweils Kapitel 2.3; eigene Darstellung) 149
Tabelle 34: Übersicht zu den Auswertungseinheiten im Rahmen der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse (Quelle: NÖ Landesregierung 2015; eigene Darstellung) 188
Tabelle 35: Kodierleitfaden für die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse (Quelle: eigene Konzeption und eigene Darstellung) 191
Tabelle 36: Beispiel für einen ausgefüllten Untersuchungs- bzw. Ergebnisraster (Quelle: eigene Konzeption und eigene Darstellung) 193

6.4 Abkürzungsverzeichnis

AC	Auland Carnuntum
Art.	Artikel
BLI	Better Life Index
BMLFUW	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft
bzw.	beziehungsweise
CMEF	Gemeinsamer Begleitungs- und Bewertungsrahmen
EAGFL	Europäischer Ausrichtung- und Garantiefonds für die Landwirtschaft
EC	European Commission
ECU	European Currency Unit
EEA	Einheitliche Europäische Akte
EFRE	Europäischer Fonds für Regionale Entwicklung
EG	Europäische Gemeinschaft
ELER	Europäischer Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums
EQLS	Europäische Erhebung zur Lebensqualität
ESF	Europäischer Sozialfonds
etc.	et cetera
EU	Europäische Union
GAP	Gemeinsame Agrarpolitik
HDI	Human Development Index
Kap.	Kapitel
Kom EU/EG	Kommission der Europäischen Union/Kommission der Europäischen Gemeinschaft
LAG	Lokale Aktionsgruppe
LEADER	Liaison entre actions de développement de l'économie rurale
LES	Lokale Entwicklungsstrategie
LisI	Lokales Indikatorensystem für dauerhafte Lebensqualität
LQI	Lebensqualitätsindikatoren für die Lebensqualitätserhebung in der Stadt Graz
o.D.	ohne Datum
OECD	Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung
ÖSTRAT	Österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung
PELR	Österreichisches Programm für die Entwicklung des ländlichen Raums 2007-2013
Rat EG	Rat der Europäischen Gemeinschaft
Rat EU	Rat der Europäischen Union
s.	siehe
S.	Seite
SSÖ	Sozialer Survey Österreich
SRR	Studie zur Regionalisierten Raumentwicklung
TESSRWM	Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement
u.a.	unter anderem
UN	Vereinte Nationen
v.a.	vor allem
vgl.	vergleiche
z.B.	zum Beispiel

Anhang A Untersuchungsprotokoll zur induktiv zusammenfassenden Inhaltsanalyse

Die allgemeine Vorgehensweise bei einer qualitativen Inhaltsanalyse wurde im Zuge der Beschreibung des Forschungsansatzes bereits in Kapitel 4.1.2 dargestellt. Neben einem kurzen Überblick, welche Arten Philipp Mayring unterscheidet (zusammenfassende, explizierende und strukturierende Inhaltsanalyse), wurden darüber hinaus die zentralen Aspekte und Vorteile dieser Methodik (z.B.: an den Gegenstand anpassbar, systematisch, regel- und theoriegeleitet) dargelegt. Die Möglichkeit des ersten Einsatzes bietet sich im Zuge der Festlegung einer sehr breit gefassten Definition des Begriffs Lebensqualität, welche für den weiteren Verlauf der Arbeit als Vergleichs- und Referenzrahmen herangezogen wird. Die folgende Beschreibung dient dazu, die Ableitung der Definition von neun unterschiedlichen Lebensqualitätskonzepten, wie im Zuge des Kapitels 4.2.2 bereits umrissen wurde, mittels einer induktiv zusammenfassenden, qualitativen Inhaltsanalyse detailliert zu dokumentieren. Wie hierbei, angelehnt an das von Mayring (2008, 2010) vorgeschlagene Ablaufmodell (Abbildung 7 und Abbildung 8) vorgegangen wurde, ist deshalb im Folgenden beschrieben.

1 Auseinandersetzung mit den vorgegebenen Analyseschritten

Ausgehend von der Erläuterung der theoretischen Grundlagen zum Begriff Lebensqualität (s.Kap. 2.2) sowie einiger Beispiele zur Verwendung des Konzepts (s. Kap. 2.3) wurden in Kapitel 4.2.1 einige Aspekte genannt, die im Zuge eines Definitionsprozesses zu beachten sind (z.B.: Kontext der Verwendung, Ziel der Verwendung, Funktion, Systematisierung und Operationalisierung). Es wurde in diesem Zuge darüber hinaus bereits konstatiert, dass die zuerst genannten Aspekte ausgehend vom theoretischen Grundwissen und im Kontext dieser Arbeit ohne großen Aufwand festgelegt werden können. Die Bestimmung einer Systematisierung ist allerdings, da diese von den in Kapitel 2.3 vorgestellten Beispielen abgeleitet werden soll, aufwendiger. Gründe hierfür sind etwa, dass die Konzepte formal mitunter unterschiedlich aufbereitet vorliegen oder sie sich inhaltlich teilweise überschneiden, teilweise aber sehr differenzierte Sichtweisen zum Konzept Lebensqualität präsentieren. Da nun der Begriff im Rahmen dieser Arbeit sehr umfassend und breit gefasst verstanden werden soll, ist diese Vielfältigkeit für die Systematisierung zwar von Vorteil. Gleichzeitig führt dies aber auch zur Notwendigkeit, die jeweiligen Inhalte nach vorab festgelegten und nachvollziehbaren Regeln zusammenzuführen. Diese Forderung gewinnt zusätzlich an Bedeutung, da das Ergebnis im weiteren Verlauf dieser Arbeit als Untersuchungsinstrument verwendet wird. Die Anwendung einer qualitativen Inhaltsanalyse mit einer induktiven Vorgehensweise erscheint demnach als die geeignete Methodik. Die einzelnen Schritte dazu werden, angelehnt an jene Vorgehensweise wie sie Abbildung 7 und Abbildung 8 zeigen, im Folgenden erläutert.

(1) Festlegung des Ausgangsmaterials

Wie bereits angesprochen, dienen als Ausgangsmaterial jene Unterlagen, die die Systematisierung und Operationalisierung der einzelnen Lebensqualitätsbeispiele, wie sie im Kapitel 2.3 vorgestellt wurden, benennen. Es handelt sich hierbei um folgende Beispiele:

Tabelle 32: *Übersicht zu den in die induktiv zusammenfassende Inhaltsanalyse einfließenden Beispielkonzepten der Lebensqualität (eigene Darstellung)*

Ebene	Name des Konzepts	abgekürzt mit	Erscheinungs-/ Veröffentlichungs-jahr	Quelle
global	▫ Human Development Index	HDI	2010 -	Bergheim und Barth 2011, S. 17; HDRO - o.D., online
	▫ Better Life Index	BLI	2015	OECD o.D.a
europäisch	▫ Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement	TESSRWM	2000	Berger-Schmitt und Noll 2000
	▫ Europäische Erhebung zur Lebensqualität	EQLS	2012	UK Data Service 2006
national	▫ Sozialer Survey Österreich	SSÖ	2003	IFES 2003
	▫ Die Österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung	ÖSTRAT	2002	BMLFUW 2002
	▫ Studie zur Regionalisierten Raumentwicklung	SRRE	1999	Kanatschnig et al. 1999
lokal	▫ LisI		2004	Neuböck 2004
	▫ Lebensqualität in Graz	LQI	2013	Präsidialabteilung des Magistrats Graz 2014

(2) Analyse der Entstehungssituation

Auf eine ausführliche Beschreibung der jeweiligen Entstehungssituation der gerade genannten Konzepte wird an dieser Stelle verzichtet. Grund hierfür ist, dass die wichtigsten Informationen hierzu (z.B.: an der Entstehung des Materials beteiligte AkteurInnen, Handlungshintergründe, Entstehungssituationen) bereits im Zuge der Vorstellung der Beispiele beschrieben wurden. Sie sind demnach in Kapitel 2.3 nachzulesen und an dieser Stelle nur ausschnittsweise tabellarisch zusammengefasst.

Tabelle 33: *Übersicht zu den Entwicklungshintergründen der einzelnen Lebensqualitätsbeispielen (Quelle: siehe jeweils Kapitel 2.3; eigene Darstellung)*

LQ-Konzept	Verfasser/maßgebliche Institution	Entwicklungshintergrund
HDI	UN	Grundlagenerfassung für eine wissensbasierte Politik
BLI	OECD	Analyse der thematischen Prioritäten bezüglich der Lebensqualität durch Partizipation sowie Informationsmöglichkeit bezüglich politischer Prozesse und Entscheidungsfindungen
TESSRWM	Europäische Kommission; koordiniert vom Zentrum für Umfragen Methoden und Analysen (D)	Sozialberichterstattung als Grundlage für eine wissensbasierte Politik
EQLS	Europäische Stiftung zur Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen unter der Zusammenarbeit mit dem Wissenschaftszentrum Berlin für Sozialforschung	Datengrundlage für eine wissensbasierte Politik
SSÖ	Studie unter der Leitung von: Ass.-Prof. Mag. Dr. Alfred Grausgruber, o.Univ.Prof Max Haller o.Univ.-Prof. Wolfgang Schulz	Sozialberichterstattung mit internationalen Vergleichsmöglichkeiten
ÖSTRAT	Bundesministerium für Land- und Forstwirtschaft, Umwelt und Wasserwirtschaft	Formulierung strategischer Leitlinien als Orientierungs- und Handlungsrahmen für Politik und Verwaltung für eine nachhaltige Entwicklung in Österreich
SRRW	Abteilung für Politik- und Entwicklungsforschung Institut für Soziologie Abteilung für Empirische Sozialforschung	Entwurf einer umfassenderen Regionalentwicklungsstrategie, die die Lebensqualität mit dem Konzept der Nachhaltigkeit verbindet
Lisl	oberösterreichischen Akademie für Umwelt und Natur	Datengrundlage für eine wissensbasierte Politik und Beobachtung der Lebensqualität
LQI	Stadt Graz unter der Fachbegleitung der ARGE Gisdat - Rettensteiner	Datengrundlage für eine wissensbasierte Politik und Beobachtung der Lebensqualität

(3) Formale Charakteristika des Materials

In allen Fällen liegt das Ausgangsmaterial in einer protokollierten Form, jedoch unterschiedlich aufbereitet und ungleich umfangreich vor. Grund hierfür sind die unterschiedlichen Hintergründe der Veröffentlichung der einzelnen Lebensqualitätskonzepte (s. vorherigen Punkt bzw. Punkt 4). Von rein textlichen Ausführungen reicht die Bandbreite der formalen Formen deshalb über Aufzählungen und graphischer Aufbereitungen bis hin zu rein tabellarischen Darstellungen oder Fragebögen.

(4) Richtung der Analyse

Die Quellen, aus denen das Untersuchungsmaterial entnommen wird, verfolgen mit der Veröffentlichung ihrer Inhalte unterschiedliche Intentionen: Von der Erarbeitung von Vorschlägen, was unter dem Begriff Lebensqualität verstanden und wie er verwendet werden könne (z.B.: TESSRWM, ÖSTRAT, SRR), reichen die Absichten über die Offenlegung, mithilfe welcher Fragen Aussagen über die Lebensqualität getätigt wurden (z.B.: EQLS, SSÖ), bis hin zur Erläuterung und Ergebnisaufbereitung bereits erhobener Indizes (z.B.: HDI, BLI, Lisl, LQI). Ihre Gemeinsamkeit liegt demnach in der Bereitstellung von Informationen, welche Themen (Dimensionen) mit welchen Teilaspekten (Indikatoren) dem Begriff Lebensqualität zugeordnet werden können. Die Analyse zielt darauf ab, diese Informationen zu bündeln und darauf aufbauend das inhaltliche Verständnis zum Thema Lebensqualität für die arbeitseigene Definition weiter auszubauen. Das Ergebnis soll als eigene Systematik des Konzepts Lebensqualität im späteren Verlauf genutzt werden.

(5) Theoretische Differenzierung der Fragestellung

Die bisherige Literatur zum Thema Lebensqualität verweist deutlich auf die Tatsache, dass Lebensqualität ein offener und vielseitig verwendeter Begriff ohne konkrete Definition ist. Aus diesem Grund raten einige Autoren (s. Kap. 4.1.1), den Ausdruck vor jeder Verwendung zu operationalisieren, mindestens aber nachvollziehbar zu systematisieren. Anhand der an dieser Stelle beschriebenen Analyse soll deshalb in Anlehnung an mehreren konkreten Beispielen in Erfahrung gebracht werden, welche Inhalte und Charakteristika dem Thema Lebensqualität im Rahmen einer breit gefassten Definition zugeordnet werden können. Da die jeweiligen Inhalte in allen Bespielen anhand von unterschiedlich aufbereiteten Indikatoren weiter ausdifferenziert wurden, lässt sich ausgehend davon folgende zentrale Fragestellung für die Untersuchung ableiten:

Zu welchen Dimensionskategorien können die in den Beispielen enthaltenen Indikatoren zusammengefasst werden, um eine möglichst breit gefasste Systematisierung des Begriffs Lebensqualität zu erhalten und welche lebensqualitätsrelevanten Charakteristika ergeben sich daraus?

Konkret für die Analyse verwendet werden demnach vor allem jene Systematiken bzw. jene (Text-) Stellen, die Aufschluss darüber geben, welche Themenblöcke einem Konzept der Lebensqualität zugeordnet werden können. Da solche Themenblöcke in den Ausgangsmaterialien teilweise bereits vorhanden sind, handelt es sich bei der vorgenommenen Untersuchung vor allem eher um eine systematische Redefinition bzw. Neuordnung der einzelnen Kategorien sowie der darunter untergeordneten Indikatoren, denn um eine gänzlich neu hergeleitete Systematik. Warum hierfür eine qualitative Inhaltsanalyse eingesetzt werden soll, wird anhand der nachstehenden Erläuterung weiter verdeutlicht.

(6) Bestimmung der Analysetechnik und Festlegung des Ablaufmodells

Da, wie bereits angesprochen, die in den jeweiligen Beispielen enthaltenen Systematiken zu einem einzigen, repräsentativen Themenquerschnitt gebündelt und zusammengefasst werden sollen, ist die Vorgehensweise als zusammenfassend induktiv einzustufen. Als wesentlichen Vorteil dieser Methodik sieht Mayring, dass eine möglichst naturalistische und gegenstandsnahe Abbildung des Materials ohne Verzerrungen durch Vorannahmen des Forschers möglich ist (vgl. Mayring 2008, S. 75).

Grundsätzlich wird diese von Mayring vorgeschlagene Vorgehensweise, wie sie anhand der Abbildung 8 dargestellt wurde, in dieser Form auch auf das Untersuchungsmaterial angewandt. Die theoriegeleitete Fragestellung sowie das Thema der Analyse wurden weiter oben bereits erläutert. Da die Lebensqualitätsbeispiele jedoch, wie unter Punkt 3 „Formale Charakteristika des Materials“ dargelegt wurden, formal in unterschiedlichen Formen vorliegen und als Ergebnis sowohl die Dimensionen wie auch die diesen untergeordneten Indikatoren eruiert werden sollen, ist bezüglich der weiteren Vorgehensweise außerdem eine methodische Anpassung bzw. eine Zweiteilung der eigentlichen Untersuchung vorzunehmen. Welche Anpassungen hier genau gemeint sind, ist der weiterführenden Beschreibung zu entnehmen.

(7) Bestimmung der Auswertungskriterien

Der Logik der unter Punkt 5 vorgestellten Fragestellung folgend ist das Selektionskriterium wie folgt zu benennen: In die Analyse fließen all jene Stellen der Ausgangsmaterialien ein, die Indikatoren klar und deutlich umschreiben bzw. benennen und so einen Hinweis darauf geben, welche Themenaspekte einem Konzept der Lebensqualität zugeordnet werden können. Ist in den jeweiligen Beispielen bereits angegeben, unter welchen Themenblöcken (Dimensionen) diese Indikatoren untergeordnet wurden, fällt auch dieser Aspekt unter das Selektionskriterium. Sie sollen ebenso wie die Indikatoren während dieses ersten Untersuchungsschritts dem Material entnommen und gesammelt werden. Während des Analyseschritts werden sie als Vorschläge verwendet, um die „neu“ zu bildenden Kategorien zu benennen. Das Abstraktionsniveau dieser Kategorien soll, da sie teilweise bereits sehr pointiert vorliegen (z.B.: „Bildung“, „Gesundheit“ etc.), während der gesamten Untersuchung jenem des Ausgangspunkts entsprechen.

Bezüglich des Abstraktionsniveaus der Indikatoren muss zwischen den beiden Analyseschritten unterschieden werden: Bei der Entnahme aus dem Material (1. Untersuchungsschritt) sollen jene

Stellen, auf die das Selektionskriterium zutrifft, die textlich aber ausführlicher (z.B. als Satz) ausformuliert wurden, paraphrasiert werden. Das Niveau dieser Paraphrasen soll sich an jenen Indikatoren orientieren, die bereits in einer knappen Form vorliegen. Während der Kategoriendefinition (2. Untersuchungsschritt) soll das Abstraktionsniveau dieser Indikatoren/Paraphrasen jedoch weiter angehoben werden und die Inhalte auf eine nächst höhere Ebene generalisiert werden. Dies bringt den Vorteil, dass die sehr große Menge an teilweise sehr unterschiedlichen, teilweise ähnlichen, mitunter sogar gleichen Indikatoren auf eine überschaubare Anzahl unterschiedlicher Themenaspekte reduziert werden kann.

(8) Beschreibung der Anwendung der Analyseschritte

Nachdem die Auswertungskriterien festgelegt wurden, ist laut Mayring die eigentliche Analyse zu starten. Da im Rahmen dieser Untersuchung nun zwischen zwei unterschiedlichen Schritten differenziert wird, werden demnach zunächst unter der Anwendung des Selektionskriteriums die Ausgangsmaterialien durchgearbeitet. Wie im vorherigen Punkt angesprochen, werden die dabei erzielten „Treffer“ (ausgewiesene Indikatoren bzw. Sätze/Phrasen, die Indikatoren umschreiben) nicht bereits in Kategorien zusammengefasst. Sie werden vorerst auf ein gemeinsames Abstraktionsniveau übersetzt und wie auch die bereits vorhandenen Dimensionskategorien listenartig gesammelt. Wurden alle neun Lebensqualitätsbeispiele auf diese Weise auf ihren relevanten Informationsgehalt reduziert, ist dieses Zwischenergebnis anhand eines neuerlichen Materialdurchgangs zu kontrollieren. Nach etwaigen Anpassungen bzw. Änderungen (es wird kontrolliert, bis keine Änderungen mehr vorzunehmen sind) kann ein Katalog präsentiert werden, der sowohl die einheitlich aufbereiteten Indikatoren (insgesamt 920) sowie die – sofern sie auch in den Ausgangsmaterialien benannt wurden – jeweiligen Themenblöcke präsentiert (insgesamt 73 Bereiche). Um eine bessere Überschaubarkeit dieser Auflistung zu garantieren, wird hierbei noch zwischen den einzelnen Lebensqualitätsbeispielen unterschieden. Zudem ist jedem dieser Indikatoren ein bestimmter Code zugeordnet. Dieser soll nach Abschluss der gesamten Untersuchung die Nachvollziehbarkeit der Zuweisungen der Indikatoren zu den einzelnen Kategorien bzw. Dimensionen gewährleisten. Er setzt sich aus folgenden Informationen zusammen:

- Territoriale Ebene der Anwendung des Lebensqualitätskonzepts (anhand einer Buchstabenkombination angegeben):
  - „ww“ für global verwendete Konzepte der Lebensqualität
  - „eu“ für Lebensqualitätskonzepte der Europäischen Union
  - „oe“ für Ansätze auf österreichischer Ebene
  - „rl“ für auf regionaler oder lokaler Ebene eingesetzte Ansätze
- Nummer der Auswertungseinheit innerhalb einer territorialen Ebene (für eine bessere Lesbarkeit des Codes anhand einzelner Großbuchstaben – z.B. „A“, „B“ oder „C“ – angegeben), durch einen Punkt vom ersten Codeteil getrennt
- Nummer des Indikators innerhalb einer Auswertungseinheit (Zahlen), durch einen Punkt von den ersten Codeteilen getrennt

Damit ergeben sich folgende Konstellationen:

Globale Ebene		**Europäische Ebene**		**Österreichische Ebene**		**Lokale Ebene**	
Konzept	Code	Konzept	Code	Konzept	Code	Konzept	Code
HDI	ww.A.x	TESSRWM	eu.A.x	SSÖ	oe.A.x	LisI	rl.A.x
BLI	ww.B.x	EQLS	eu.B.x	ÖSTRAT	oe.B.x	LQI	rl.B.x
				SRR	oe.C.x		

Das Ergebnis dieses ersten Analyseschritts ist im nachfolgenden Kapitel dargestellt (s. Kap. 4.2.3).

Auf dieser Grundlage basierend folgt der zweite Untersuchungsabschnitt, der eigentliche Kategorienfindungsprozess. Hierfür werden alle Indikatoren ihren Inhalten entsprechend geordnet. Konkret bedeutet dies, dass zuerst all jene von den Ausgangsbeispielen übernommenen Kategorien mit derselben Themenbezeichnung (z.B.: „Bildung“) zusammengeführt werden, um eine erste Reduktion der Kategorien zu ermöglichen. Gleichzeitig wird bei diesem Schritt überprüft, ob all die dadurch

angesprochenen Indikatoren thematisch diesen Kategorien entsprechen, oder ob einzelne Indices umgeordnet werden müssen. Ist dieser Schritt erledigt, werden die Inhalte der restlichen Indikatoren durchgearbeitet und ihren jeweiligen Themenkomplexen entsprechend gegliedert. Diese Themenkomplexe werden dabei teilweise von bereits bestehenden Kategorien übernommen (z.B.: „Nahversorgung"), teilweise müssen neue Kategorien erstellt werden (z.B.: „Religion"). Nicht aussagekräftige Kategorienbezeichnungen (z.B.: „Teil A", „kollektiv wirtschaftsbezogene Qualitäten/Potentiale" etc.) werden entfernt. Treten Unsicherheiten bei der Zuordnung der Indices zu bestimmten Themenkomplexen auf, ist die konkrete Bedeutung der Dimensionsbezeichnung in einem allgemeinen Lexikon nachzuschlagen und nachzulesen. Ist dieser Schritt erledigt, wird die Durcharbeitung der Indikatoren und die Kategorienneuordnung solange wiederholt bzw. das Ergebnis kontrolliert, bis keine Änderungen bzw. Verschiebungen einzelner Indikatoren zu einer anderen/neuen Kategorie vorgenommen werden können.

Um schlussendlich die Menge an Indikatoren für das Endergebnis zu reduzieren, sollen diese in einem letzten Schritt – wie bereits im vorangehenden Punkt angekündigt – auf ein nächst höheres Abstraktionsniveau übersetzt werden. Konkret werden ihre Inhalte hierbei vereinfacht bzw. generalisiert, womit einmal mehr, einmal weniger Indikatoren zu einem Themenaspekt zusammengefasst werden. Als Ergebnis kann ein Katalog präsentiert werden, der alle möglichen Themenkomplexe bzw. Dimensionen (insgesamt 17 verschieden Kategorien) benennt, die einem breit gefassten Konzept der Lebensqualität zugeschrieben werden können. Weiter ausdifferenziert bzw. definiert werden diese Dimensionen nun anhand der ihnen untergeordneten Themenaspekte. Anhand der beispielhaften Nennung gewisser Indikatoren zu diesen Aspekten wird außerdem deutlich, dass jede dieser Dimensionen sowohl materielle und immaterielle als auch subjektive und objektive Komponenten umfasst, die die individuelle und die objektive Ebene ansprechen. Das Endergebnis, also der Katalog der Lebensqualitätsdimensionen mit ihren jeweiligen Themenaspekten ist im Kapitel 3 dieses Anhangs dargestellt, wobei im Anschluss an diese Aufstellung auch all jene Indikatoren benannt werden, die keiner dieser Dimensionen untergeordnet werden konnten (Anhang A-Kap. 3.19). Grund hierfür ist meist, dass die hierbei genannten Indices zu allgemein formuliert wurden und mehrere Themen gleichzeitig ansprechen. Darüber hinaus gibt es auch Kennzahlen, die bereits in die Kategorisierung aufgeschlüsselt einfließen (z.B. HDI) und so bei der Systematisierung außer Acht gelassen werden können.

2 Dimensionen und Indikatoren der ausgewählten Beispiele – die Auswertungseinheiten[46]

2.1 Lebensqualität im weltweiten Vergleich

2.1.1 Human Development Index

Dimensionen	Indikatoren	Code
▪ Gesundheit	▫ Lebenserwartung bei der Geburt	ww.A.01
▪ Bildung	▫ Tatsächliche Dauer des Schulbesuchs	ww.A.02
	▫ Voraussichtliche Dauer des Schulbesuchs	ww.A.03
▪ Lebensstandard	▫ Bruttonationaleinkommen	ww.A.04

[46] Für eine einheitliche und kompakte Darstellung wird in diesem Rahmen auf die jeweilige Quellenangabe verzichtet. Die Informationen dazu sind der Tabelle 32 zu entnehmen.

2.1.3 Better Life Index

Dimensionen	Indikatoren	Code
▪ Housing	▫ Dwellings without basic facilities	ww.B.01
	▫ Housing expenditure	ww.B.02
	▫ Rooms per person	ww.B.03
▪ Income	▫ Household net adjusted disposable income	ww.B.04
	▫ Household net financial wealth	ww.B.05
▪ Jobs	▫ Employment rate	ww.B.06
	▫ Job security	ww.B.07
	▫ Long-term unemployment rate	ww.B.08
	▫ Personal earnings	ww.B.09
▪ Community	▫ Quality of support network	ww.B.10
▪ Education	▫ Educational attainment	ww.B.11
	▫ Student skills	ww.B.12
	▫ Years in education	ww.B.13
▪ Environment	▫ Air pollution	ww.B.14
	▫ Water quality	ww.B.15
▪ Civil engagement	▫ Consultation on rule-making	ww.B.16
	▫ Voter turnout	ww.B.17
▪ Health	▫ Life expectancy	ww.B.18
	▫ Self-reported health	ww.B.19
▪ Life Satisfaction	▫ Life satisfaction	ww.B.20
▪ Safety	▫ Assault rate	ww.B.21
	▫ Homicide rate	ww.B.22
▪ Work-Life Balance	▫ Employees working very long hours	ww.B.23
	▫ Time devoted to leisure and personal care	ww.B.24

2.2 Lebensqualität als europäisches Thema

2.2.1 Towards a European System of Social Reporting and Welfare Measurement

Dimensionen	Indikatoren	Code
▪ Population	▫ population size and growth	eu.A.01
	▫ population structure (age, marital status)	eu.A.02
	▫ population density and agglomeration	eu.A.03
	▫ migration/foreigners	eu.A.04
▪ Households and Families	▫ equal opportunities/inequalities of women and men regarding engagement in housework and child care	eu.A.05
	▫ equal opportunities/inequalities of women and men regarding attitudes towards gender roles	eu.A.06
	▫ equal opportunities/inequalities of generations regarding availability of family relations	eu.A.07
	▫ existence and intensity of family relations	eu.A.08
	▫ care for old aged household members	eu.A.09
	▫ quality of relations between household members	eu.A.10
	▫ household performances in educating and caring for children	eu.A.11

	▫ structure of private households and families	eu.A.12
	▫ marriages and divorces	eu.A.13
	▫ attitudes towards marriage	eu.A.14
	▫ attitudes towards family and children	eu.A.15
▪ Housing	▫ age of housing stock	eu.A.16
	▫ level of supply with dwellings and housing space	eu.A.17
	▫ size of dwellings	eu.A.18
	▫ equipment of dwellings	eu.A.19
	▫ security	eu.A.20
	▫ housing costs	eu.A.21
	▫ quality of environs	eu.A.22
	▫ subjective perception and evaluation of housing conditions	eu.A.23
	▫ quality of environs	eu.A.24
	▫ regional disparities of housing conditions	eu.A.25
	▫ equal opportunities/inequalities regarding housing of disabled people	eu.A.26
	▫ equal opportunities/inequalities regarding housing of social strata	eu.A.27
	▫ social exclusion: homelessness, poor housing conditions	eu.A.28
	▫ area used for settlement	eu.A.29
▪ Transport	▫ access to transport	eu.A.30
	▫ travel speed	eu.A.31
	▫ costs of transport	eu.A.32
	▫ subjective perception and evaluation of transport conditions	eu.A.33
	▫ subjective perception and evaluation of noise pollution	eu.A.34
	▫ regional disparities of access to and quality of transport	eu.A.35
	▫ equal opportunities/inequalities regarding transport of disabled people	eu.A.36
	▫ social exclusion: no access to private and public transport	eu.A.37
	▫ quality of transport connections between European countries	eu.A.38
	▫ frequency of journeys in European countries	eu.A.39
	▫ traffic accidents	eu.A.40
	▫ pollution due to transport	eu.A.41
	▫ consumption of natural resources due to transport (energy, area)	eu.A.42
▪ Leisure, Media and Culture	▫ amount of leisure time	eu.A.43
	▫ availability of facilities and goods in the area of leisure, media and culture	eu.A.44
	▫ subjective perception and evaluation of leisure time	eu.A.45
	▫ subjective perception and evaluation of possibilities for recreational and cultural activities	eu.A.46
	▫ regional disparities in the availability of facilities and goods in the area of leisure, media and culture	eu.A.47
	▫ equal opportunities/inequalities of women and men regarding leisure time	eu.A.48
	▫ equal opportunities/inequalities of disabled people regarding access to media, recreational and cultural facilities	eu.A.49
	▫ exchange of cultural products between European countries	eu.A.50
	▫ leisure activities promoting health	eu.A.51
	▫ leisure activities promoting human knowledge	eu.A.52
	▫ consumption of paper	eu.A.53
	▫ subjective importance of leisure and culture	eu.A.54

▪ Social and Political Participation and Integration	▫ equal opportunities/inequalities regarding social and political participation and integration of women and men	eu.A.55
	▫ equal opportunities/inequalities regarding social and political participation and integration of generations	eu.A.56
	▫ equal opportunities/inequalities regarding social and political participation and integration of social strata	eu.A.57
	▫ equal opportunities/inequalities regarding social and political participation and integration of disabled people	eu.A.58
	▫ equal opportunities/inequalities regarding social and political participation and integration of citizenship groups	eu.A.59
	▫ social exclusion: social isolation	eu.A.60
	▫ availability of social relations (personal relations outside the family, informal networks, membership in associations)	eu.A.61
	▫ social and political activities and engagement (frequency of contacts, support in informal networks, volunteering, political engagement)	eu.A.62
	▫ quality of social relations (extent of trust, feelings of belonging, shared values, solidarity, conflicts, attitudes towards population groups, loneliness)	eu.A.63
	▫ trust in institutions: political institutions	eu.A.64
	▫ European Identity	eu.A.65
	▫ social relations and attitudes to nationals from European Countries	eu.A.66
	▫ commonalities between European Countries in basic values and attitudes	eu.A.67
	▫ social and political activities at the European level	eu.A.68
	▫ political orientation	eu.A.69
	▫ subjective importance of religion	eu.A.70
▪ Education and Vocational Training	▫ level of education and vocational training	eu.A.71
	▫ effectiveness of education	eu.A.72
	▫ subjective perception and evaluation of level of education and vocational training	eu.A.73
	▫ regional disparities of access to education and vocational training	eu.A.74
	▫ regional disparities of investment in education	eu.A.75
	▫ equal opportunities/inequalities regarding educational participation and qualification of women and men	eu.A.76
	▫ equal opportunities/inequalities regarding educational participation and qualification of social strata	eu.A.77
	▫ equal opportunities/inequalities regarding educational participation and qualification of disabled people	eu.A.78
	▫ equal opportunities/inequalities regarding educational participation and qualification of citizenship groups	eu.A.79
	▫ social exclusion: lack of completed education and vocational training	eu.A.80
	▫ trust in institutions: educational institutions	eu.A.81
	▫ exchange of pupils, students, apprentices	eu.A.82
	▫ teaching and dissemination of European languages	eu.A.83
	▫ access to educational institutions	eu.A.84
	▫ enrolment of young people in general education and vocational training	eu.A.85
	▫ participation in continuing training	eu.A.86
	▫ teachers, university personnel	eu.A.87
	▫ GDP spent on education	eu.A.88

	▫ subjective importance of education	eu.A.89
▪ Labour Market and Working Conditions	▫ labour market: opportunities and risks	eu.A.90
	▫ employment level	eu.A.91
	▫ working conditions	eu.A.92
	▫ mobility	eu.A.93
	▫ unemployment	eu.A.94
	▫ subjective perception and evaluation of personal employment situation	eu.A.95
	▫ regional disparities of employment opportunities and risks	eu.A.96
	▫ equal opportunities/inequalities regarding employment of women and men	eu.A.97
	▫ equal opportunities/inequalities regarding employment of generations	eu.A.98
	▫ equal opportunities/inequalities regarding employment of disabled people	eu.A.99
	▫ equal opportunities/inequalities regarding employment of citizenship groups	eu.A.100
	▫ social exclusion: long-term unemployment	eu.A.101
	▫ participation in the area of working life	eu.A.102
	▫ quality of social relations at the work place	eu.A.103
	▫ trust in institutions: trade unions	eu.A.104
	▫ exchange of working people between countries	eu.A.105
	▫ working accidents and occupational diseases	eu.A.106
	▫ participation in continuing training	eu.A.107
	▫ consumption of natural resources by economy	eu.A.108
	▫ environmental pollution by economy	eu.A.109
	▫ employment status	eu.A.110
	▫ occupational structure	eu.A.111
	▫ sector structure	eu.A.112
	▫ subjective importance of work and job characteristics	eu.A.113
▪ Income, Standard of Living, and Consumption Patterns	▫ income level and growth	eu.A.114
	▫ assets	eu.A.115
	▫ level of supply with private goods and services	eu.A.116
	▫ discretionary of income expenditure	eu.A.117
	▫ subjective perception and evaluation of financial situation and level of living	eu.A.118
	▫ inequality of income and standard of living	eu.A.119
	▫ subjective evaluations of inequality of income and standard of living	eu.A.120
	▫ regional disparities of income level and standard of living	eu.A.121
	▫ equal opportunities/inequalities regarding income and standard of living of women and men	eu.A.122
	▫ equal opportunities/inequalities regarding income and standard of living of generations	eu.A.123
	▫ equal opportunities/inequalities regarding income and standard of living of social strata	eu.A.124
	▫ equal opportunities/inequalities regarding income and standard of living of disabled people	eu.A.125
	▫ social exclusion: poverty	eu.A.126
	▫ healthy consumption patterns	eu.A.127
	▫ consumption of natural resources by private households (for example energy, water, materials)	eu.A.128

	▫ environmental pollution by private households (for example non-recyclable waste, ozone depleting substances)	eu.A.129
	▫ non-pollution consumption patterns (for example ecologically produced food, products made of recyclable materials)	eu.A.130
	▫ attitudes towards consumption habits	eu.A.131
	▫ subjective importance of income and wealth	eu.A.132
▪ Health	▫ state of health	eu.A.133
	▫ subjective perception and evaluation of the state of health	eu.A.134
	▫ regional disparities of the availability of health care facilities	eu.A.135
	▫ equal opportunities/inequalities between social strata in the area of health	eu.A.136
	▫ social exclusion: heavy health impairments	eu.A.137
	▫ trust in institutions: system of health care	eu.A.138
	▫ availability of health care facilities	eu.A.139
	▫ health expenditures	eu.A.140
	▫ health prevention measures	eu.A.141
	▫ measures of rehabilitation	eu.A.142
▪ Environment	▫ stock of natural resources (minerals, oil, wood, water, flora and fauna)	eu.A.143
	▫ state of the environment (quality of air, water, forests, soil)	eu.A.144
	▫ subjective perception and evaluation of the environment	eu.A.145
	▫ regional disparities in the state of environment	eu.A.146
	▫ health hazards (e.g. by pollution, accidents, noxious substances in the food)	eu.A.147
	▫ eco-efficiency: resource use per unit of product or service of per unit of GDP (energy efficiency, material efficiency)	eu.A.148
	▫ share of renewable energy sources	eu.A.149
	▫ pollution per unit of energy consumption	eu.A.150
	▫ public expenditures on environmental protection and research	eu.A.151
	▫ share of protected areas	eu.A.152
	▫ subjective importance of the environment	eu.A.153
▪ Social Security	▫ coverage of social security	eu.A.154
	▫ efficiency of social insurance	eu.A.155
	▫ equal opportunities/inequalities regarding social security of women and men	eu.A.156
	▫ equal opportunities/inequalities regarding social security of generations	eu.A.157
	▫ trust in institutions: social security institutions	eu.A.158
▪ Public Safety and Crime	▫ extent of criminality	eu.A.159
	▫ structure of offenders	eu.A.160
	▫ structure of victims	eu.A.161
	▫ protection and combat against crime	eu.A.162
	▫ subjective perception and evaluation of public safety	eu.A.163
	▫ regional disparities and evaluation of public safety	eu.A.164
	▫ regional disparities of the extent of criminality	eu.A.165
	▫ inequalities regarding public safety of women and men	eu.A.166
	▫ inequalities regarding public safety of generations	eu.A.167
	▫ inequalities regarding public safety of citizenship groups	eu.A.168
	▫ inequalities regarding public safety of races	eu.A.169
▪ Total Life Situation	▫ comprehensive welfare indices	eu.A.170
	▫ subjective perception and evaluation of the total living situation	eu.A.171
	▫ regional disparities in comprising welfare measures	eu.A.172

	▫ inequalities regarding comprehensive measures of quality of life of women and men	eu.A.173
	▫ inequalities regarding comprehensive measures of quality of life of generations	eu.A.174
	▫ inequalities regarding comprehensive measures of quality of life of social strata	eu.A.175
	▫ inequalities regarding comprehensive measures of quality of life of disabled people	eu.A.176
	▫ inequalities regarding comprehensive measures of quality of life of citizenship groups	eu.A.177
	▫ equal opportunities of generations regarding quality of life: public depts per capita	eu.A.178
	▫ social: exclusion: multiple deprivation	eu.A.179
	▫ social stratification	eu.A.180
	▫ materialism - postmaterialism	eu.A.181
	▫ equality	eu.A.182
	▫ freedom	eu.A.183
	▫ security	eu.A.184

2.2.2 EQLS

Dimensionen	Indikatoren	Code
▪ Household Grid	▫ Household size	eu.B.01
	▫ Gender of respondent	eu.B.02
	▫ Age of respondent	eu.B.03
	▫ Life situation (employment/unemployment/in education etc.)	eu.B.04
	▫ Gender of other household members	eu.B.05
	▫ Age of the other household members	eu.B.06
	▫ Life situation of the other household member (employment/unemployment/in education etc.)	eu.B.07
▪ Occupation	▫ Job situation (yes/no)	eu.B.08
	▫ Kind of employment	eu.B.09
	▫ Kind of employment contract	eu.B.10
	▫ Kind of current occupation	eu.B.11
	▫ Kind of last occupation	eu.B.12
	▫ labour market sector (public, private or other)	eu.B.13
	▫ average working hours per week	eu.B.14
	▫ additional paid job during the past four weeks	eu.B.15
	▫ working hours per week at the additional paid job	eu.B.16
	▫ last week's working flow	eu.B.17
	▫ preference of number of working hours per week	eu.B.18
	▫ partner's number of working hours per week	eu.B.19
	▫ preference of number of working hours per week of the partner	eu.B.20
	▫ working hours - family life/social life compatibility	eu.B.21
	▫ work - duties in the household compatibility	eu.B.22
	▫ work - family responsibilities compatibility	eu.B.23
	▫ influence of the family responsibilities at work	eu.B.24
	▫ flexitime	eu.B.25
	▫ possibility to accumulate hours for time off	eu.B.26
	▫ possibility to take off a day at short notice	eu.B.27

	▫ usability of having more control over starting and finishing time of work for a better work and private life-balance	eu.B.28
	▫ usability of changing the number of weekly working hours	eu.B.29
	▫ usability of the possibility to take a day off at short notice when needed	eu.B.30
	▫ usability of a better access to support services (e.g. child care, elderly or long term care)	eu.B.31
	▫ job security during the next 6 months	eu.B.32
	▫ possibility of getting a job for similar salary	eu.B.33
▪ Accommodation	▫ Number of rooms of the accommodation	eu.B.34
	▫ Kind of accommodation	eu.B.35
	▫ Problems with accommodation - shortage of space	eu.B.36
	▫ Problems with accommodation - rot in windows, doors of floors	eu.B.37
	▫ Problems with accommodation - damp or leaks in walls or roof	eu.B.38
	▫ Problems with accommodation - lack of indoor flushing toilet	eu.B.39
	▫ Problems with accommodation - lack of bath or shower	eu.B.40
	▫ Problems with accommodation - lack of place to sit outside	eu.B.41
	▫ accommodation security	eu.B.42
▪ Social Attitudes and Behaviour	▫ Frequency of attendances of religious services	eu.B.43
	▫ Frequency of private internet use	eu.B.44
	▫ Frequency of sports or physical exercises	eu.B.45
	▫ Frequency of social activities in a club, society or an association	eu.B.46
	▫ Frequency of unpaid work in the last 12 months for community and social services	eu.B.47
	▫ Frequency of unpaid work in the last 12 months for education, cultural, sports or professional associations	eu.B.48
	▫ Frequency of unpaid work in the last 12 months for social movements or charities	eu.B.49
	▫ Frequency of unpaid work in the last 12 months for political parties and/or trade unions	eu.B.50
	▫ Frequency of unpaid work in the last 12 months for other voluntary organisations	eu.B.51
	▫ Attendance at a meeting of a trade union, a political party or political action group over the last 12 months	eu.B.52
	▫ Attendance at a protest or demonstration over the last 12 months	eu.B.53
	▫ Activities like signing a petition (incl. An e-mail or online petition) over the last 12 months	eu.B.54
	▫ Contact with a politician or public official over the last 12 months	eu.B.55
	▫ Trust in people	eu.B.56
	▫ Assessment of the tensions between poor and rich people in the country	eu.B.57
	▫ Assessment of the tensions between management and workers in the country	eu.B.58
	▫ Assessment of the tensions between men and women in the country	eu.B.59
	▫ Assessment of the tensions between old people and young people	eu.B.60
	▫ Assessment of the tensions between different racial and ethnic groups in the country	eu.B.61

	▫ Assessment of the tensions between different religious groups in the country	eu.B.62
	▫ Assessment of the tension between groups with different sexual orientation	eu.B.63
	▫ Personal opinion: government's decision on immigration (yes - no)	eu.B.64
	▫ Personal opinion: grade of integration of the immigrants in the country	eu.B.65
	▫ Personal opinion: immigrants as a strain on the welfare system	eu.B.66
	▫ Personal opinion: grade of undermining the country's culture by immigrants	eu.B.67
	▫ Personal trust in the parliamentarian institution	eu.B.68
	▫ Personal trust in the legal system	eu.B.69
	▫ Personal trust in the press	eu.B.70
	▫ Personal trust in the police	eu.B.71
	▫ Personal trust in the government	eu.B.72
	▫ Personal trust in the local (municipal) authorities	eu.B.73
	▫ Personal optimisms about the future	eu.B.74
	▫ Personal agreement to the statement: I generally feel that what I do in life is worthwhile	eu.B.75
	▫ Personal agreement to the statement: I feel I am free to decide how to live my life	eu.B.76
	▫ Personal agreement to the statement: in my daily life, I seldom have time to do the things I really enjoy	eu.B.77
	▫ Personal agreement to the statement: I feel left out of society	eu.B.78
	▫ Personal agreement to the statement: life has become so complicated today that I almost can't find my way	eu.B.79
	▫ Personal agreement to the statement: I feel that the value of what I do is not recognised by others	eu.B.80
	▫ Personal agreement to the statement: some people look down on me because of my job situation or income	eu.B.81
	▫ Personal agreement to the statement: I feel close to people in the area where I live	eu.B.82
	▫ General life satisfaction	eu.B.83
▪ Social Indicators	▫ Marital status	eu.B.84
	▫ Number of Children	eu.B.85
	▫ Frequency of direct face-to-face contact with children (living outside the household)	eu.B.86
	▫ Frequency of direct face-to-face contact with mother or father (living outside the household)	eu.B.87
	▫ Frequency of direct face-to-face contact with any brother, sister or other relative (living outside the household)	eu.B.88
	▫ Frequency of direct face-to-face contact with any friend or neighbours (living outside the household)	eu.B.89
	▫ Frequency of contact by phone, the internet or by post with any children	eu.B.90
	▫ Frequency of contact by phone, the internet or by post with mother or father	eu.B.91
	▫ Frequency of contact by phone, the internet or by post with brother, sister or other relative	eu.B.92
	▫ Frequency of contact by phone, the internet or by post with friends or neighbours	eu.B.93

	▫ If you needed help around the house when ill/from whom would you get support?	eu.B.94
	▫ If you needed advice about a serious personal or family matter/from whom would you get support?	eu.B.95
	▫ If you needed help when looking for a job/from whom would you get support?	eu.B.96
	▫ If you were feeling a bit depressed and wanting someone to talk to/from whom would you get support?	eu.B.97
	▫ If you needed to urgently raise amount of currency to face an emergency/from whom would you get support?	eu.B.98
	▫ Frequency of activities outside of work: caring for children, grandchildren	eu.B.99
	▫ Frequency of activities outside of work: cooking and/or housework	eu.B.100
	▫ Frequency of activities outside of work: caring for elderly or disabled relatives	eu.B.101
	▫ Hours per week for caring for children, grandchildren	eu.B.102
	▫ Hours per week for cooking and/or housework	eu.B.103
	▫ Hours per week for caring for elderly or disabled relatives	eu.B.104
	▫ Assessment of the fairness of the share of housework	eu.B.105
	▫ Satisfaction with the amount of time spent with family members living in the same household or elsewhere	eu.B.106
	▫ Satisfaction with the amount of time spent on other social contacts	eu.B.107
	▫ Satisfaction with the amount of time spent for hobbies, interests	eu.B.108
	▫ Satisfaction with the amount of time spent on voluntary work	eu.B.109
	▫ Satisfaction with education	eu.B.110
	▫ Satisfaction with present job	eu.B.111
	▫ Satisfaction with present standard of living	eu.B.112
	▫ Satisfaction with accommodation	eu.B.113
	▫ Satisfaction with family life	eu.B.114
	▫ Satisfaction with health	eu.B.115
	▫ Satisfaction with social life	eu.B.116
	▫ Satisfaction with economic situation in the country	eu.B.117
	▫ Grade of happiness	eu.B.118
▪ Quality of Life	▫ Health status	eu.B.119
	▫ Chronic physical or mental health problems, illness or disability	eu.B.120
	▫ Limits in daily activities because of this physical or mental health problem, illness or disability	eu.B.121
	▫ Frequency of feeling over the last two weeks: cheerful and in good spirits	eu.B.122
	▫ Frequency of feeling over the last two weeks: felt calm and relaxed	eu.B.123
	▫ Frequency of feeling over the last two weeks: felt active and vigorous	eu.B.124
	▫ Frequency of feeling over the last two weeks: feeling fresh and rested	eu.B.125
	▫ Frequency of feeling over the last two weeks: life has been filled with things that interest me	eu.B.126
	▫ Frequency of feeling over the last two weeks: felt particularly tense	eu.B.127
	▫ Frequency of feeling over the last two weeks: felt lonely	eu.B.128

	▫ Frequency of feeling over the last two weeks: felt downhearted and depressed	eu.B.129
	▫ Factors which make it difficult to see a doctor or medical specialist (very difficult – not difficult at all): Distance to doctors office/hospital/medical centre	eu.B.130
	▫ Factors which make it difficult to see a doctor or medical specialist (very difficult – not difficult at all): delay in getting appointment	eu.B.131
	▫ Factors which make it difficult to see a doctor or medical specialist (very difficult – not difficult at all): waiting time to see doctor on day of appointment	eu.B.132
	▫ Factors which make it difficult to see a doctor or medical specialist (very difficult – not difficult at all): cost of seeing the doctor	eu.B.133
	▫ Factors which make it difficult to see a doctor or medical specialist (very difficult – not difficult at all): finding time because of work, care for children or others	eu.B.134
	▫ Highest level of education completed	eu.B.135
	▫ Preferred area to live	eu.B.136
	▫ Problems in the immediate neighbourhood: noise	eu.B.137
	▫ Problems in the immediate neighbourhood: air quality	eu.B.138
	▫ Problems in the immediate neighbourhood: quality of drinking water	eu.B.139
	▫ Problems in the immediate neighbourhood: crime, violence or vandalism	eu.B.140
	▫ Problems in the immediate neighbourhood: litter or rubbish on the street	eu.B.141
	▫ Problems in the immediate neighbourhood: traffic congestion	eu.B.142
	▫ Description of the access to postal services	eu.B.143
	▫ Description of the access to banking services	eu.B.144
	▫ Description of the access to public transport facilities	eu.B.145
	▫ Description of the access to cinema, theatre or cultural centre	eu.B.146
	▫ Description of the access to recreational or green areas	eu.B.147
	▫ Elapsed time to get to and get back from work/study	eu.B.148
	▫ Rating the quality of health services	eu.B.149
	▫ Rating the quality of education system	eu.B.150
	▫ Rating the quality of public transport	eu.B.151
	▫ Rating the quality of child care services	eu.B.152
	▫ Rating the quality of long term care services	eu.B.153
	▫ Rating the quality of social/municipal housing	eu.B.154
	▫ Rating the quality of state pension system	eu.B.155
	▫ Use of child care services in the last 12 months	eu.B.156
	▫ Use of long term care services in the last 12 months	eu.B.157
	▫ Difficulties to use childcare services (very difficult – not difficult at all): cost	eu.B.158
	▫ Difficulties to use childcare services (very difficult – not difficult at all): availability	eu.B.159
	▫ Difficulties to use childcare services (very difficult – not difficult at all): access	eu.B.160
	▫ Difficulties to use childcare services (very difficult – not difficult at all): quality of care	eu.B.161

	▫ Difficulties to use long term care services (very difficult – not difficult at all): cost	eu.B.162
	▫ Difficulties to use long term care services (very difficult – not difficult at all): availability	eu.B.163
	▫ Difficulties to use long term care services (very difficult – not difficult at all): access	eu.B.164
	▫ Difficulties to use long term care services (very difficult – not difficult at all): quality of care	eu.B.165
▪ Income and Outgoings	▫ Evaluation of the financial situation in comparison to most people in the country	eu.B.166
	▫ Households total monthly income – is the household able to make ends meet?	eu.B.167
	▫ Resources to afford keeping the home adequately warm	eu.B.168
	▫ Resources to afford paying a week annual holiday away from home	eu.B.169
	▫ Resources to afford replacing any worn-out furniture	eu.B.170
	▫ Resources to afford a meal with meat, chicken, fish every second day if it's wanted	eu.B.171
	▫ Resources to afford buying new, rather than second-hand clothes	eu.B.172
	▫ Resources to afford having friends or family for a drink or meal at least once a month	eu.B.173
	▫ Ability to pay for accommodation	eu.B.174
	▫ Ability to pay utility bills such as electricity, water, gas	eu.B.175
	▫ Payments related to consumer loans including credit card overdrafts	eu.B.176
	▫ Payments related to informal loans from friends or relatives not living in your household	eu.B.177
	▫ Receive of wages or salaries in the last 12 months	eu.B.178
	▫ Receive of income from self-employment or farming in the last 12 months	eu.B.179
	▫ Receive of pension in the last 12 months	eu.B.180
	▫ Receive of child benefit in the last 12 months	eu.B.181
	▫ Receive of unemployment, disability or any other social benefits in the last 12 months	eu.B.182
	▫ Receive of other income (e.g. from savings, property or stocks etc.) in the last 12 months	eu.B.183
	▫ Households total net monthly income	eu.B.184
	▫ Personnel net monthly income	eu.B.185
	▫ Financial situation of the household compared to 12 months ago	eu.B.186
	▫ Expectations for the financial situation of a household for the next 12 months	eu.B.187
▪ Citizenship	▫ Citizenship of the respondent	eu.B.188
▪ Derived Variables	▫ Highest level of education completed	eu.B.189
	▫ Household income	eu.B.190
	▫ Income	eu.B.191
	▫ Language of the interview	eu.B.192
	▫ Age of the respondent	eu.B.193
	▫ Age of the respondent x gender of the respondent	eu.B.194
	▫ Household size (incl. children)	eu.B.195
	▫ Household size No of members 18+	eu.B.196

	▫ Household structure	eu.B.197
	▫ Employment status: 7 categories	eu.B.198
	▫ Income quartiles based on equivalised income	eu.B.199
	▫ Rural or urban area	eu.B.200
	▫ Degree of urbanisation	eu.B.201
	▫ Social exclusion index	eu.B.202
	▫ WHO-5 Mental wellbeing index	eu.B.203
	▫ Deprivation index: number of items household cannot afford	eu.B.204
	▫ Work-life balance conflict	eu.B.205
	▫ Volunteering frequency	eu.B.206
	▫ Number of problems with accommodation	eu.B.207
	▫ At-risk of poverty based on EQLS data	eu.B.208
	▫ Number of adults in household	eu.B.209
	▫ Number of children in household	eu.B.210
	▫ Price level index	eu.B.211
	▫ Poverty thresholds by country	eu.B.212
	▫ Life expectancy – males, 2011	eu.B.213
	▫ Life expectancy – females, 2011	eu.B.214
	▫ Healthy life years – males, 2011	eu.B.215
	▫ Healthy life years – females, 2011	eu.B.216
	▫ Infant mortality, 2011	eu.B.217
	▫ Employment rate – total, 2011	eu.B.218
	▫ Employment rate – males, 2011	eu.B.219
	▫ Employment rate – females, 2011	eu.B.220
	▫ Unemployment rate, 2011	eu.B.221
	▫ Long-term unemployment rate, 2011	eu.B.222
	▫ Youth unemployment rate, 2011	eu.B.223
	▫ Persons with upper secondary education, 2011	eu.B.224
	▫ Expenditure on education as % of GDP, 2010	eu.B.225
	▫ Enforced lack of a personal car, 2011	eu.B.226
	▫ Corruption perceptions index, 2011	eu.B.227
	▫ Human development index, 2011	eu.B.228
	▫ Population density, 2011	eu.B.229
	▫ GDP per capita in PPS, 2011	eu.B.230
	▫ Gini coefficient, 2011	eu.B.231

2.3 Lebensqualität in Österreich

2.3.1 Soziale Survey Österreich

Dimensionen	Indikatoren	Code
▪ Teil A	▫ Höchster Schulabschluss	oe.A.01
	▫ Höchster Schulabschluss des Vaters	oe.A.02
	▫ Höchster Schulabschluss der Mutter	oe.A.03
	▫ Berufliche Stellung des Vaters zu unterschiedlichen Zeitpunkten	oe.A.04
	▫ Beruf des Vaters	oe.A.05

	▫ Berufliche Stellung der Mutter zu unterschiedlichen Zeitpunkten	oe.A.06
	▫ Beschäftigungsverhältnis der interviewten Person	oe.A.07
	▫ Berufliche Stellung der interviewten Person	oe.A.08
	▫ Art der Schule, die besucht wird	oe.A.09
	▫ Unterbrechung der beruflichen Tätigkeiten bzw. Erwerbstätigkeit (einmal/mehrmals/nie)	oe.A.10
	▫ Dauer der Unterbrechung der beruflichen Tätigkeiten	oe.A.11
	▫ Arbeitslosigkeit (ja/nein)	oe.A.12
	▫ Dauer der Arbeitslosigkeit	oe.A.13
	▫ Letzte berufliche Stellung der interviewten Person	oe.A.14
	▫ Wunsch nach einer Berufstätigkeit	oe.A.15
	▫ Gründe für Nicht-Berufstätigkeit	oe.A.16
▪ Teil B	▫ Beschreibung der beruflichen Tätigkeit im Hauptberuf	oe.A.17
	▫ Zufriedenheit mit dem Beruf	oe.A.18
	▫ Angabe der Branche/dem Betriebszweig	oe.A.19
	▫ Betriebsgröße per Anzahl der im Betrieb Angestellten	oe.A.20
	▫ Leitende Funktion im Beruf (ja/nein)	oe.A.21
	▫ Anzahl der Arbeitsstunden pro Woche	oe.A.22
	▫ Wunsch nach mehr oder weniger Arbeitsstunden pro Woche	oe.A.23
	▫ Erfüllung oder Nicht-Erfüllung folgender Faktoren: gute Verdienstmöglichkeiten	oe.A.24
	▫ Erfüllung oder Nicht-Erfüllung folgender Faktoren: gesunder Arbeitsplatz	oe.A.25
	▫ Erfüllung oder Nicht-Erfüllung folgender Faktoren: gute Aufstiegsmöglichkeiten	oe.A.26
	▫ Erfüllung oder Nicht-Erfüllung folgender Faktoren: anregende, abwechslungsreiche Tätigkeit	oe.A.27
	▫ Erfüllung oder Nicht-Erfüllung folgender Faktoren: Sicherheit vor Entlassung	oe.A.28
	▫ Erfüllung oder Nicht-Erfüllung folgender Faktoren: gutes Betriebsklima	oe.A.29
	▫ Erfüllung oder Nicht-Erfüllung folgender Faktoren: Möglichkeit der Mitbestimmung	oe.A.30
	▫ Erfüllung oder Nicht-Erfüllung folgender Faktoren: eigenverantwortliche Tätigkeit	oe.A.31
	▫ Erfüllung oder Nicht-Erfüllung folgender Faktoren: wenig Stress bei der Arbeit	oe.A.32
	▫ Erfüllung oder Nicht-Erfüllung folgender Faktoren: günstige Arbeitszeit	oe.A.33
	▫ Erfüllung oder Nicht-Erfüllung folgender Faktoren: Bedeutung des Berufes für die Allgemeinheit	oe.A.34
	▫ Erfüllung oder Nicht-Erfüllung folgender Faktoren: Möglichkeit zur Selbstentfaltung	oe.A.35
	▫ PC am Arbeitsplatz	oe.A.36
	▫ Art der ersten berufliche Stellung	oe.A.37
	▫ Jahr der ersten beruflichen Anstellung	oe.A.38
	▫ Art des Berufs während der ersten Anstellung	oe.A.39
	▫ Berufswechsel (ja/nein)	oe.A.40
	▫ Inanspruchnahme neuer Arten von Arbeitsverhältnissen	oe.A.41
	▫ Wichtigkeit der Arbeit im Leben	oe.A.42

	▫ Bestimmung von Faktoren, die die Höhe des Einkommens bestimmen sollten	oe.A.43
▪ Teil C	▫ Familienstand	oe.A.44
	▫ Zahl der jetzigen Ehe	oe.A.45
	▫ Zeitpunkt der letzten Eheschließung	oe.A.46
	▫ Gemeinsamer Haushalt mit dem Partner oder der Partnerin (ja/nein)	oe.A.47
	▫ Höchster Schulabschluss des Partners oder der Partnerin	oe.A.48
	▫ Derzeitige Tätigkeit des Partners oder der Partnerin	oe.A.49
	▫ Berufliche Stellung des Partners oder der Partnerin zu unterschiedlichen Zeitpunkten	oe.A.50
	▫ Art der beruflichen Tätigkeit des Partners oder der Partnerin	oe.A.51
	▫ Anzahl der Arbeitsstunden des Partners oder der Partnerin pro Woche	oe.A.52
	▫ Kinder (ja/nein)	oe.A.53
	▫ Anzahl der Kinder	oe.A.54
	▫ Nicht leibliche Kinder (ja/nein)	oe.A.55
	▫ Häufigkeit des persönlichen Kontakts	oe.A.56
	▫ Meinung über ideale Größe einer Familie (Anzahl an Familienmitgliedern)	oe.A.57
	▫ Anzahl der Geschwister der interviewten Person	oe.A.58
	▫ Stellung in der Geburtenreihenfolge der interviewten Person	oe.A.59
	▫ Meinung über den Zusammenhang zwischen Glück und Familie	oe.A.60
	▫ Zufriedenheit mit dem Familienleben	oe.A.61
	▫ Glück ohne Kinder (ja/nein)	oe.A.62
	▫ Zustimmung oder Ablehnung der folgenden Aussage: wenn es aus finanziellen Gründen nicht unbedingt notwendig ist, sollte eine Frau zu Hause bleiben	oe.A.63
	▫ Zustimmung oder Ablehnung der folgenden Aussage: sexuelle Treue ist eine wichtige Basis für die Ehe	oe.A.64
	▫ Zustimmung oder Ablehnung der folgenden Aussage: ich bin der Meinung, dass die gesellschaftliche Entwicklung dahin geht, dass sich die Ehe auflöst	oe.A.65
	▫ Zustimmung oder Ablehnung der folgenden Aussage: das Austragen eines Kindes durch eine andere Frau (Leihmutter) sollte verboten sein	oe.A.66
	▫ Meinung zum Thema Schwangerschaftsabbruch und möglicher Gründe des Schwangerschaftsabbruchs	oe.A.67
	▫ Werthaltung zum Thema Untreue	oe.A.68
	▫ Werthaltung zum Thema Homosexualität	oe.A.69
	▫ Werthaltung zum Thema Untreue als Grund für eine Trennung	oe.A.70
	▫ Zufriedenheit mit der Partnerschaft	oe.A.71
	▫ Anzahl der nicht im Haushalt lebenden Kinder	oe.A.72
	▫ zu den außerhalb des Haushalts lebenden Kindern	oe.A.73
▪ Teil D	▫ Glaubensbekenntnis	oe.A.74
	▫ Häufigkeit der Gottesdienstbesuche	oe.A.75
	▫ Einstellung zu Gott	oe.A.76
	▫ Lesegewohnheiten Bücher	oe.A.77
	▫ Lesegewohnheiten Tageszeitung	oe.A.78
	▫ Fernsehverhalten	oe.A.79

	▫ Einschätzung der Wichtigkeit des Lebensbereichs „Eigene Familie und Kinder“	oe.A.80
	▫ Einschätzung der Wichtigkeit des Lebensbereichs „Beruf und Arbeit“	oe.A.81
	▫ Einschätzung der Wichtigkeit des Lebensbereichs „Freizeit“	oe.A.82
	▫ Einschätzung der Wichtigkeit des Lebensbereichs „Freunde“	oe.A.83
	▫ Einschätzung der Wichtigkeit des Lebensbereichs „Verwandtschaft“	oe.A.84
	▫ Einschätzung der Wichtigkeit des Lebensbereichs „Religion und Kirche“	oe.A.85
	▫ Einschätzung der Wichtigkeit des Lebensbereichs „Politik und öffentliches Leben“	oe.A.86
	▫ Einschätzung der Wichtigkeit des Lebensbereichs „Partnerschaft“	oe.A.87
	▫ Zufriedenheit mit der Art der Freizeitgestaltung	oe.A.88
	▫ Zufriedenheit mit sozialen Kontakten	oe.A.89
	▫ Zufriedenheit mit der Wohnsituation	oe.A.90
	▫ Zufriedenheit mit dem Sexualleben	oe.A.91
	▫ Zufriedenheit mit der Gesamtlebenssituation	oe.A.92
▪ Teil E	▫ Einschränkungen durch Gesundheitsprobleme (ja/nein)	oe.A.93
	▫ Medikamentenkonsum (ja/nein)	oe.A.94
	▫ Beurteilung des Gesundheitszustandes	oe.A.95
	▫ Eischätzung der körperlichen Leistungsfähigkeit	oe.A.96
	▫ Häufigkeit: künstlerische Aktivitäten	oe.A.97
	▫ Häufigkeit: Besuch eines Theaters, Konzertbesuche usw.	oe.A.98
	▫ Häufigkeit: Kinobesuche	oe.A.99
	▫ Häufigkeit: leistungsorientierte Sportausübungen	oe.A.100
	▫ Häufigkeit: Besuchen von Sportveranstaltungen	oe.A.101
	▫ Häufigkeit: Handarbeiten und Basteln	oe.A.102
	▫ Häufigkeit: Lokalbesuche	oe.A.103
	▫ Häufigkeit: von Wander- oder Radfahren	oe.A.104
	▫ Anzahl nahestehender Personen	oe.A.105
	▫ Beurteilung des Glücklichkeitsgefühls im Leben	oe.A.106
	▫ Beurteilung des persönlichen Freiheitsgefühls	oe.A.107
	▫ Ausprägung des Wohlbefindens	oe.A.108
	▫ Angaben zu persönliche Gefühle, Erlebnisse und Stimmungslagen innerhalb der letzten 14 Tagen	oe.A.109
▪ Teil F	▫ Einschätzung politischer Einflussnahmemöglichkeiten	oe.A.110
	▫ Einschätzung zur Vielfalt politischer Vertretungen	oe.A.111
	▫ Einschätzung der persönlichen Chancen	oe.A.112
	▫ Einschätzung der Funktionsfähigkeit des Parlaments	oe.A.113
	▫ Einschätzung der Integration mancher Bevölkerungsteile	oe.A.114
	▫ Einschätzung Geschlechtergerechtigkeit	oe.A.115
	▫ Einschätzung Hörigkeit	oe.A.116
	▫ Ausprägung des politischen Interesses	oe.A.117
	▫ Mitgliedschaft Gewerkschaftsbund	oe.A.118
	▫ Mitgliedschaft in einer politischen Partei	oe.A.119
	▫ Mitgliedschaft in einem Verein	oe.A.120
	▫ Einschätzung zu staatlichen Aufgaben (auf jeden Fall – auf keinen Fall): Arbeitsplatzbereitstellung	oe.A.121

	▫ Einschätzung zu staatlichen Aufgaben (auf jeden Fall – auf keinen Fall): Preiskontrolle	oe.A.122
	▫ Einschätzung zu staatlichen Aufgaben (auf jeden Fall – auf keinen Fall): Sicherstellung der gesundheitlichen Versorgung von Kranken	oe.A.123
	▫ Einschätzung zu staatlichen Aufgaben (auf jeden Fall – auf keinen Fall): ausreichende Pensionen	oe.A.124
	▫ Einschätzung zu staatlichen Aufgaben (auf jeden Fall – auf keinen Fall): Unterstützung der Industrie	oe.A.125
	▫ Einschätzung zu staatlichen Aufgaben (auf jeden Fall – auf keinen Fall): Arbeitslosengeld	oe.A.126
	▫ Einschätzung zu staatlichen Aufgaben (auf jeden Fall – auf keinen Fall): Abbau von Einkommensunterschieden	oe.A.127
	▫ Einschätzung zu staatlichen Aufgaben (auf jeden Fall – auf keinen Fall): Garantie eines kostenlosen Hochschulzugangs	oe.A.128
	▫ Einschätzung zu staatlichen Aufgaben (auf jeden Fall – auf keinen Fall): Bereitstellung einer ausreichenden Zahl an Sicherheitskräften zur Gewährleistung der öffentlichen Sicherheit	oe.A.129
	▫ Einstellung zu Migranten	oe.A.130
	▫ Zufriedenheit über EU-Mitgliedschaft	oe.A.131
	▫ Einschätzung der Wirkung seit dem EU-Beitritt bezüglich der Vielfalt des Warenangebots	oe.A.132
	▫ Einschätzung der Wirkung seit dem EU-Beitritt bezüglich des allgemeinen Wohlstands	oe.A.133
	▫ Einschätzung der Wirkung seit dem EU-Beitritt bezüglich der Sicherung der Qualität der Lebensmittel	oe.A.134
	▫ Einschätzung der Wirkung seit dem EU-Beitritt bezüglich der sozialen Standards	oe.A.135
	▫ Einschätzung der Wirkung seit dem EU-Beitritt bezüglich der Preise von Gütern des täglichen Bedarfs	oe.A.136
	▫ Einschätzung der Wirkung seit dem EU-Beitritt bezüglich der Arbeitslosigkeit	oe.A.137
	▫ Einschätzung der Wirkung seit dem EU-Beitritt bezüglich der organisierten Kriminalität (Mafia, Drogenhandel)	oe.A.138
	▫ Einschätzung der Wirkung seit dem EU-Beitritt bezüglich der Bewältigung des Transitverkehrs	oe.A.139
	▫ Einschätzung und Meinung bezüglich der Macht des Staates	oe.A.140
▪ Teil G	▫ Einstellung zur Berufstätigkeit von Frauen mit Kindern	oe.A.141
	▫ Einstellung zur Wirkung berufstätiger Frauen auf ihre Kinder	oe.A.142
	▫ Einstellung zur Wirkung berufstätiger Frauen auf das Familienleben	oe.A.143
	▫ Annahme, dass Frauen auf jeden Fall Kinder wollen	oe.A.144
	▫ Einschätzung des Erfüllungsgrades einer Hausfrau	oe.A.145
	▫ Einstellung zur Wichtigkeit berufstätiger Frauen auf deren Unabhängigkeit	oe.A.146
	▫ Meinung zur Wichtigkeit des Doppeleinkommens eines Paares	oe.A.147
	▫ Meinung zur Aufgabenverteilung: Geldverdienen – Mann und Haushalt – Frau	oe.A.148
	▫ Einstellung zur Wichtigkeit der Arbeitsteilung im Haushalt	oe.A.149
	▫ Einstellung zur Rolle der Männer in der Erziehung	oe.A.150
	▫ Einstellung zum Arbeitsvolumen einer Frau, wenn sie verheiratet ist, aber keine Kinder hat	oe.A.151

	▫ Einstellung zur Höhe des Arbeitspensums einer Frau, wenn sie ein Kind hat, das zur Schule geht	oe.A.152
	▫ Einstellung zur Höhe des Arbeitspensums einer Frau, wenn das jüngste Kind zur Schule geht	oe.A.153
	▫ Einstellung zur Höhe des Arbeitspensums einer Frau, wenn die Kinder das Elternhaus verlassen haben	oe.A.154
	▫ Meinung zum Glück in der Ehe	oe.A.155
	▫ Werthaltung zur Ehe: schlechte Ehe ist besser als gar keine	oe.A.156
	▫ Werthaltung zur Ehe, wenn ein Kinderwunsch vorhanden ist	oe.A.157
	▫ Meinung zur Kindererziehung eines alleinerziehenden Elternteils im Verglich zu jener beider Elternteile	oe.A.158
	▫ Werthaltung bzgl. Eines zusammenlebenden Paars ohne Ehe	oe.A.159
	▫ Werthaltung zur Nützlichkeit des vor einer Ehe Zusammenlebens, wenn ein Heiratswunsch besteht	oe.A.160
	▫ Werthaltung zur Scheidung bei unlösbaren Eheproblemen	oe.A.161
	▫ Meinung zum Glück durch Kinder	oe.A.162
	▫ Meinung zur Erfüllung durch Kinder	oe.A.163
	▫ Meinung zur Möglichkeit des bezahlten Mutterschutzes	oe.A.164
	▫ Meinung bezüglich des Erhalts von Kinderbeihilfe, wenn beide Partner berufstätig sind	oe.A.165
	▫ Verfügung über und Verwaltung des gemeinsamen Einkommens	oe.A.166
	▫ Aufteilung der Arbeiten im Haushalt: Wäsche waschen	oe.A.167
	▫ Aufteilung der Arbeiten im Haushalt: kleine Reparaturen im Haus/in der Wohnung	oe.A.168
	▫ Aufteilung der Arbeiten im Haushalt: kranke Familienmitglieder betreuen	oe.A.169
	▫ Aufteilung der Arbeiten im Haushalt: Lebensmittel einkaufen	oe.A.170
	▫ Aufteilung der Arbeiten im Haushalt: Wohnung/Haus putzen	oe.A.171
	▫ Aufteilung der Arbeiten im Haushalt: Essen kochen	oe.A.172
	▫ Anzahl der Stunden für Haushaltsarbeiten	oe.A.173
	▫ Anzahl der Stunden für Haushaltsarbeiten des Partners	oe.A.174
	▫ Einschätzung der Arbeitsteilung im Haushalt	oe.A.175
	▫ Einschätzung bezüglich Einigkeit über Aufteilung des Arbeiten im Haushalt	oe.A.176
	▫ Entscheidungsträgerin oder Entscheidungsträger in der Kindererziehung	oe.A.177
	▫ Partner mit dem letztes Wort bei Entscheidung zur Nutzung der Freizeit	oe.A.178
	▫ Partner mit dem letztes Wort bei Kaufentscheidungen	oe.A.179
	▫ Vergleich der Einkommenshöhen zwischen den Partnern	oe.A.180
	▫ Grad der Zustimmung zu der Aussage: es gibt zu Hause so viel zu tun, dass mir die Zeit oft nicht reicht, alles zu erledigen	oe.A.181
	▫ Grad der Zustimmung zu der Aussage: mein Leben zu Hause ist selten stressig	oe.A.182
	▫ Grad der Zustimmung zu der Aussage: es gibt im Beruf so viel zu tun, dass mir die Zeit oft nicht reicht, alles zu erledigen	oe.A.183
	▫ Grad der Zustimmung zu der Aussage: mein Beruf ist selten stressig	oe.A.184
	▫ Häufigkeit folgender Aussagen: ich kam von der Arbeit zu müde nach Hause, um die anstehende Hausarbeit zu machen	oe.A.185

	▫ Häufigkeit folgender Aussagen: wegen der Zeit, die ich mit der Arbeit verbracht hatte, war es schwierig, meine familiären Verpflichtungen nachzukommen	oe.A.186
	▫ Häufigkeit folgender Aussagen: wegen der Hausarbeit, die ich zuvor gemacht hatte, kam ich müde zur Arbeit, um noch richtig arbeiten zu können	oe.A.187
	▫ Häufigkeit folgender Aussagen: wegen familiärer Verpflichtungen fand ich es schwierig, mich bei der Arbeit zu konzentrieren	oe.A.188
	▫ Empfundenes Glück im Leben	oe.A.189
	▫ Zufriedenheit mit der Familie	oe.A.190
	▫ Zufriedenheit mit dem Berufsleben	oe.A.191
	▫ Arbeitstätigkeit der Mutter während der Geburt und dem 15. Lebensjahr	oe.A.192
	▫ Arbeitspensum nach der Heirat und vor den Kindern	oe.A.193
	▫ Arbeitspensum bei mind. Einem Kind, das noch nicht zur Schule ging	oe.A.194
	▫ Arbeitspensum nachdem das jüngste Kind in die Schule ging	oe.A.195
	▫ Arbeitspensum nachdem die Kinder das Haus verließen	oe.A.196
	▫ Arbeitspensum des Partners nach der Heirat und vor den Kindern	oe.A.197
	▫ Arbeitspensum des Partners bei mind. Einem Kind, das noch nicht zur Schule ging	oe.A.198
	▫ Arbeitspensum des Partners nachdem das jüngste Kind in die Schule ging	oe.A.199
	▫ Arbeitspensum des Partners nachdem die Kinder das Haus verließen	oe.A.200
	▫ Meinung zu Frau und Beruf bei einem Partner aber keinem Kind	oe.A.201
	▫ Selbsteinschätzung zur Stellung in der Gesellschaft	oe.A.202
▪ Teil H	▫ Größe und Zusammensetzung des Haushalts	oe.A.203
	▫ Angabe der Nettoeinkommensgruppe der interviewten Person	oe.A.204
	▫ Zuordnung des Gesamt-Nettoeinkommens des gesamten Haushaltes in die zutreffende Nettoeinkommensgruppe	oe.A.205
	▫ Art des Bezugs finanzieller Unterstützung	oe.A.206
	▫ Zufriedenheit mit der finanziellen Situation	oe.A.207
	▫ Ausstattung des Haushaltes	oe.A.208
	▫ Art der Unterkunft	oe.A.209
	▫ Finanzielle Ressourcen für mindestens eine Woche Urlaub im Jahr	oe.A.210
	▫ Finanzielle Ressourcen für den regelmäßigen Konsum neuer Kleider	oe.A.211
	▫ Finanzielle Ressourcen für regelmäßige Gastronomiebesuche	oe.A.212
	▫ Einschätzung des eigenen Lebensstandards	oe.A.213
	▫ Einschätzung der eigenen finanziellen Lage	oe.A.214
	▫ Politische Ausrichtung nach Partei	oe.A.215
	▫ Teilnahme an der letzten Nationalratswahl	oe.A.216
	▫ Wahlverhalten bei der letzten Nationalratswahl	oe.A.217
	▫ Gründe für das Wahlverhalten bei der letzten Nationalratswahl	oe.A.218
	▫ Gründe für die Nicht-Teilnahme an der letzten Nationalratswahl	oe.A.219

2.3.2 Österreichische Strategie zur Nachhaltigen Entwicklung

Dimensionen	Indikatoren	Code
▪ Lebensqualität in Österreich	▫ Einkommensverteilung (oberstes/unterstes Quintil)	oe.B.01
	▫ Armutsgefährdung	oe.B.02
	▫ Persistenz der Armutsgefährdung	oe.B.03
	▫ Langzeitarbeitslosenquote	oe.B.04
	▫ Anteil der weiblichen und der männlichen Arbeitnehmer im (bezahlten und unbezahlten) Elternurlaub an der Gesamtzahl der betroffenen Eltern	oe.B.05
	▫ Bevölkerung in erwerbslosen Haushalten	oe.B.06
	▫ Eigene Gesundheitswahrnehmung, nach Einkommensniveau	oe.B.07
	▫ Beschäftigungszuwachs	oe.B.08
	▫ Lebenslanges Lernen (Erwachsenenbeteiligung an Aus- und Weiterbildung)	oe.B.09
	▫ Frühzeitige Schulabgänger, die an keiner Aus- oder Weiterbildung teilnehmen	oe.B.10
	▫ Berufliche Weiterbildung	oe.B.11
	▫ Erwerbspersonen und Erwerbsquoten nach Geschlecht	oe.B.12
	▫ Gesundheitsstatus der Bevölkerung	oe.B.13

2.3.3 Studie zur Regionalisierten Raumentwicklung

Dimensionen	Indikatoren	Code
▪ Individueller Übergangsbereich Natur/Gesellschaft	▫ Künstlerische Inspiration	oe.C.01
	▫ Schönheit, Ästhetik	oe.C.02
	▫ Garten, Balkon, Terrasse - privater Bereich im Freien	oe.C.03
	▫ Grünfläche, Park - öffentlicher Bereich im Freien	oe.C.04
	▫ Erholung, Erlebbarkeit und Beobachtung der Natur	oe.C.05
	▫ Bewegung und Sport in der Natur	oe.C.06
	▫ Grünes, Bundes, Vielfältiges	oe.C.07
	▫ Rhythmische Zeitabläufe (Tag, Nacht, Jahreszeit)	oe.C.08
	▫ Leben begreifen (beobachtbare Kreisläufe)	oe.C.09
▪ Individuell sozio-kulturell-bezogene Lebensqualitätsaspekte	▫ Kulturelles Angebot	oe.C.10
	▫ Geringer Mobilitätszwang (Nähe, gut ausgebauter ÖV)	oe.C.11
	▫ Sicherheit (im Straßenverkehr, geringe Kriminalität, gesundheitliche Sicherheit, politisch sichere Situation ...)	oe.C.12
	▫ Gute gesundheitliche Versorgung	oe.C.13
	▫ Versorgung mit sozialen Treffpunkten (Gasthaus, Café, Park, ...)	oe.C.14
	▫ Soziale Geborgenheit	oe.C.15
	▫ Freundeskreis, Familie (Nähe zu Freunden, Kontakt zur Familie, …)	oe.C.16
	▫ Austausch mit anderen Menschen (Alltagsgespräche, Diskussionen, …)	oe.C.17
	▫ Nachbarschaftshilfe, -kontakte	oe.C.18
	▫ Möglichkeit des Rückzugs in die Privatsphäre	oe.C.19
	▫ Zugang zu Informationen	oe.C.20
	▫ Möglichkeit der Mitgestaltung und -bestimmung (in der Gemeinde, Stadtplanung, …)	oe.C.21

	▫ Möglichkeit der Kinderbetreuung (privat od. öffentlich)	oe.C.22
	▫ Geringe Wohndichte	oe.C.23
	▫ Freiheitsgrade (Meinungsfreiheit, Möglichkeit eigene Werte zu finden und auszuleben, ...)	oe.C.24
	▫ Möglichkeit eigene Mentalität/Persönlichkeit auszuleben	oe.C.25
	▫ Kulturelle und handwerkliche Betätigung	oe.C.26
	▫ Entschleunigung - bewusster Umgang mit der Zeit	oe.C.27
▪ Übergangsbereich Wirtschaft/Gesellschaft	▫ Konsumorientierung (materiell und immateriell)	oe.C.28
	▫ Prestigedenken	oe.C.29
	▫ Bildungs- und Weiterbildungsangebot	oe.C.30
▪ Wirtschaftsbezogene Lebensqualitätsaspekte	▫ Einkommenssicherheit	oe.C.31
	▫ Berufliche Mobilität	oe.C.32
	▫ Aufstiegschancen	oe.C.33
	▫ Möglichkeit zur Selbstständigkeit	oe.C.34
	▫ Geschäftskontaktmöglichkeiten	oe.C.35
	▫ Zusatzverdienstmöglichkeiten (z.B.: wichtig für Bauern, für Frauen)	oe.C.36
	▫ Günstige Grundstückspreise und Mietpreise	oe.C.37
	▫ Geringe Lebenserhaltungskoten (Lebensmittelkosten, ÖV-Kosten, …)	oe.C.38
	▫ Versorgung mit Produkten und Dienstleistungen	oe.C.39
	▫ Dienstleistungsangebot (Banken, Friseur, Post, …)	oe.C.40
	▫ Wahlmöglichkeit bei Produkten und Dienstleistungen	oe.C.41
	▫ Sparmöglichkeiten bzw. Aufbaumöglichkeit von Vermögen, Besitz (zur Absicherung der Existenz der Familie bzw. nachfolgender Generationen)	oe.C.42
▪ Übergang Natur/Wirtschaft	▫ Gesundheit/Umweltqualität	oe.C.43
	▫ Verwendung natürlicher Materialien (z.B.: für Wohnungsbau, Energieversorgung usw.)	oe.C.44
	▫ Produktion von natürlichen Lebensmitteln	oe.C.45
▪ Naturbezogene Lebensqualität	▫ Qualität der Umweltmedien	oe.C.46
	▫ Landschaftsstruktur	oe.C.47
	▫ Gesundheit	oe.C.48
	▫ Ruhe	oe.C.49
▪ kollektiv Übergang Natur/Gesellschaft	▫ Topographie (z.B.: wichtig für Siedlungsmöglichkeiten und Bewirtschaftung	oe.C.50
▪ kollektive sozio-kulturell-bezogene Qualitäten/Potentiale	▫ Brauchtum/Geschichte/Kulturgut	oe.C.51
	▫ Mentalität	oe.C.52
	▫ Regionales Wissen (reg. Zusammenhänge, Kennen der reg. Persönlichkeiten/Akteure, …)	oe.C.53
	▫ Gesellschaftliche Wertorientierung	oe.C.54
	▫ Offenheit, Kreativität, Anpassungs- & Innovationsfähigkeit	oe.C.55
	▫ Regionale Kommunikation und Kooperation	oe.C.56
	▫ Kommunikationseinrichtungen, institutionalisierte Kooperation	oe.C.57
	▫ Soziodemographische Struktur, Altersaufbau der Bevölkerung	oe.C.58
	▫ Soziale Infrastruktur (Bildungseinrichtungen, Gesundheitswesen, …)	oe.C.59
	▫ Regionale Identifikation	oe.C.60
▪ Kollektiver Übergangsbereich Gesellschaft/Wirtschaft	▫ Regionale Fertigkeiten (Landbewirtschaftung, Verarbeitung von Lebensmitteln, Herstellung regionstypischer Produkte, handwerkliche Fähigkeiten, …)	oe.C.61

	▫ Ausbildungsstand der Bevölkerung	oe.C.62
▪ Kollektive wirtschaftsbezogene Qualitäten/Potenziale	▫ Günstige Grundstückspreise- oder Mietpreise für Unternehmen	oe.C.63
	▫ Arbeitskräfte/Arbeitsmarkt	oe.C.64
	▫ Kundenpotential	oe.C.65
	▫ Materielle Infrastruktur (Straßennetz, Energieversorgung, Verkehrsstruktur, Kommunikationstechnologien, Entsorgungsstrukturen)	oe.C.66
	▫ bestehende Wirtschaftsstruktur	oe.C.67
	▫ Branchenmix/Branchenvielfalt, angepasste Betriebsgrößen, überbetriebliche Zusammenarbeit	oe.C.68
	▫ Immaterielle Infrastrukturvorleistungen/Beratungs- und Informationsdienstleistungen	oe.C.69
	▫ Behördenverhalten, Abgaben- bzw. Steuersituation, Unternehmensförderungen	oe.C.70
	▫ Kapitalpotential	oe.C.71
▪ Kollektiver Übergangsbereich Natur/Wirtschaft	▫ Regionstypische Natur- und Kulturlandschaft (z.B.: wichtig für Tourismus)	oe.C.72
	▫ Rohstoffe	oe.C.73
	▫ Fruchtbarer Boden	oe.C.74
	▫ Topographie	oe.C.75
▪ Kollektive naturbezogene Qualitäten/Potentiale	▫ Klima, Mikroklima, Wetter	oe.C.76
	▫ Intakte Ökosysteme	oe.C.77
	▫ Regenerationsfähigkeit	oe.C.78
	▫ Vielfalt/Stabilität	oe.C.79
	▫ Artenvielfalt	oe.C.80
	▫ Pufferfunktion	oe.C.81
	▫ Wasser (Grund-, Quell- und Fließwasser)	oe.C.82

2.4 Stadt, Land, Region – Rolle der Lebensqualität auf großmaßstäblicher Ebene

2.4.1 Lisl

Dimensionen	Indikatoren	Code
▪ Umwelt und Natur	▫ Nitratgehalt des Trinkwassers (mg/l)	rl.A.01
	▫ Anteil Biobetriebe an den landwirtschaftlichen Betrieben sowie Flächenanteil (an landwirtschaftlich genutzter Fläche)	rl.A.02
	▫ Anzahl der bäuerlichen Betriebe (unterteilt in Haupterwerb bzw. Nebenerwerb)	rl.A.03
	▫ Anzahl m² Sonnenkollektor pro Einwohner	rl.A.04
	▫ Energiekennzahl bei öffentlichen Gebäuden in kWh pro m² und Jahr (laut Energiebuchhaltung)	rl.A.05
	▫ Durchschnittliche Energiekennzahl (Heizwärmebedarf) neu errichteter Wohneinheiten pro Jahr (laut Energieausweis)	rl.A.06
	▫ Anzahl der Projekte und Initiativen zur Förderung erneuerbarer Energieträger bzw. zur sparsamen, klimafreundlichen Energienutzung (Klimabündnisgemeinde, Art und Höhe der Förderungen durch die Gemeinde, Energiekonzept, Bewusstseinsbildungsmaßnahmen …)	rl.A.07
	▫ Prozentueller Anteil erneuerbarer Energieträger bzw. Abwärme zur Beheizung öffentlicher Gebäude	rl.A.08

	▫ Menge an Restabfall pro Einwohner und Jahr in kg	rl.A.09
	▫ Siedlungsdichte: Anzahl Einwohner pro km² bebauter Siedlungsfläche. Prozentueller Anteil der Baulandreserven an bebauter Siedlungsfläche	rl.A.10
	▫ Bodenflächen nach Nutzungskategorien in % der genutzten Gemeindefläche (Bauland, landwirtschaftliche Nutzfläche, forstwirtschaftliche Nutzfläche)	rl.A.11
	▫ Anzahl der an die öffentliche Kanalisation angeschlossenen Haushalte pro km Kanal	rl.A.12
	▫ Durchschnittliche Parzellengröße aller gewidmeten Einfamilien-, Doppel- und Reihenhäuser in m²	rl.A.13
	▫ Anzahl Laufmeter natürlicher und naturnaher Gewässerabschnitte zur gesamten Gewässerlänge […]	rl.A.14
	▫ Wiesenanteil der landwirtschaftlichen Nutzflächen (ein- und mehrschnittige Wiesen, Weiden, Almen, Streuwiesen)	rl.A.15
	▫ Leitindikatoren für das Auftreten und die Verteilung von naturnahen Landschaftselementen	rl.A.16
	▫ Deckungsgrad der Wasserversorgungs- und Abwassergebühren […]	rl.A.17
	▫ PKW-Dichte pro Einwohner (PKW pro 1000 Einwohner, Anzahl Haushalte mit mehr als 1 PKW)	rl.A.18
	▫ Erreichbarkeit des nächstgelegenen Regionalzentrums mit öffentlichem Verkehr; Anzahl der Verbindungen	rl.A.19
	▫ Anzahl Laufmeter Tempo 30-Zonen und Wohnstraßen am Straßennetz im Ortsgebiet	rl.A.20
▪ Arbeit und Wirtschaft	▫ Anteil kommunaler Ausgaben (Sachaufwand und Projekte) aufgeschlüsselt nach regionalen (eigener Bezirk und angrenzende Bezirke) bzw. überregionalen Auftragnehmern	rl.A.21
	▫ Anzahl landwirtschaftlicher Betriebe mit Zu-Erwerb aus Direktvermarktung, Dienstleistung (z.B.: Schneeräumung, Tourismus, Straßen- und Böschungspflege …)	rl.A.22
	▫ Anzahl Arbeitsplätze in der Gemeinde und prozentueller Anteil an der erwerbsfähigen Bevölkerung	rl.A.23
	▫ Arbeitslosenquote (insgesamt bzw. Frauenanteil) und prozentueller Anteil der Langzeitarbeitslosen	rl.A.24
	▫ Anzahl lokal vorhandener Arbeits- und Betriebsstätten, aufgeschlüsselt nach Branchen	rl.A.25
	▫ Anzahl Selbstständige und Freiberufler in Relation zu Personen im erwerbsfähigen Alter	rl.A.26
	▫ Anzahl Unternehmensgründungen pro Jahr	rl.A.27
	▫ Anzahl Insolvenzen und betroffene Anzahl Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter pro Jahr	rl.A.28
	▫ Kommunale Schulden je Einwohner (Pro-Kopf-Verschuldung)	rl.A.29
▪ Soziales Miteinander und Kultur	▫ Zahl derer, die laufend Sozialhilfe empfangen (ohne Heimbewohnerinnen und Heimbewohner) und in der Gemeinde wohnhaft sind sowie deren Anteil an der Bevölkerung	rl.A.30
	▫ Wanderungsbilanz und Wanderungsschätzung	rl.A.31
	▫ Geburtenbilanz sowie Geburtenentwicklung und Prognose	rl.A.32
	▫ Alterspyramide und Prognose	rl.A.33
	▫ Anzahl verschiedener kultureller Veranstaltungen (von Vereinen/örtlichen Initiativen/Gemeinde)	rl.A.34
	▫ Anzahl der im Ort angebotenen Bildungsveranstaltungen […]	rl.A.35
	▫ Anzahl der Aktionen und Initiativen zum Thema Gesundheit in der Gemeinde	rl.A.36

	▫ Anteil der aktiven Mitglieder in Sport- und Fitness(Turn)-Vereinen in der Gemeinde	rl.A.37
	▫ Anzahl an Einrichtungen, Aktivitäten, Partnerschaften und Veranstaltungen zur Unterstützung einer positiven Entwicklung für eine Welt	rl.A.38
▪ Bürgerbeteiligung	▫ Anzahl aktiver örtlicher Vereine und Initiativen	rl.A.39
	▫ Zahl der aktiven Mitgliedschaften bei örtlichen Vereinen/Initiativen in Relation zur Bevölkerungszahl	rl.A.40
	▫ Anzahl der in Projekten und Entwicklungsprozessen der Gemeinde ehrenamtlich mitwirkenden Personen (LA21, Leitbildentwicklung, Verkehrskonzept, Landschaftskonzept, Klimabündnis, Familienfreundliche Gemeinde, Gesunde Gemeinde …)	rl.A.41
	▫ Gemeindeausgaben (inkl. Förderungsanteil) für Bewusstseinsbildung, Bürgerbeteiligung, Moderation und Prozessbegleitung, Zukunftswerkstätten („soft skills“) bezogen auf die Gesamtausgaben	rl.A.42
	▫ Anteil der in Projekten und Entwicklungsprozessen der Gemeinde ehrenamtlich mitwirkenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen (12-25) - LA21, Leitbildentwicklung, Verkehrskonzept, Landschaftskonzept, Klimabündnis, Familienfreundliche Gemeinde, Gesunde Gemeinde…	rl.A.43
	▫ Anteil der Jugendlichen und jungen Erwachsenen (11-25) in örtlichen Vereinen	rl.A.44
	▫ Anteil Frauen im Gemeinderat	rl.A.45
	▫ Anzahl der Kinderbetreuungsplätze im Ort in Relation zur Anzahl der Kinder zwischen 2 und 10 Jahren sowie der zeitliche Betreuungsrahmen	rl.A.46
	▫ Anzahl Projekte und Veranstaltungen für Kinder und/oder Eltern	rl.A.47

2.4.2 Lebensqualität in Graz

Dimensionen	Indikatoren	Code
▪ Nahversorgung	▫ Möglichkeit Lebensmittel zu kaufen	rl.B.01
	▫ Qualität des Lebensmittelangebotes	rl.B.02
	▫ Einkaufsmöglichkeiten auf Bauernmärkten	rl.B.03
	▫ Erreichbarkeit von Nahversorgungseinrichtungen mit dem öffentlichen Verkehr	rl.B.04
	▫ Erreichbarkeit von Nahversorgungseinrichtungen zu Fuß	rl.B.05
	▫ Erreichbarkeit von Nahversorgungseinrichtungen mit dem Fahrrad	rl.B.06
	▫ Serviceangebot von Hauszustellungen	rl.B.07
	▫ Handlungsbedarf bei Nahversorgung	rl.B.08
	▫ Zufriedenheit bei Nahversorgung	rl.B.09
	▫ Wichtigkeit bei Nahversorgung	rl.B.10
▪ Gesundheits- und Serviceeinrichtungen	▫ Erreichbarkeit von praktischen Ärzten	rl.B.11
	▫ Erreichbarkeit von Fachärztinnen und Fachärzten	rl.B.12
	▫ Erreichbarkeit von Apotheken	rl.B.13
	▫ Möglichkeit zur Beratung/Betreuung bei Lebenskrisen	rl.B.14
	▫ Angebot an Einrichtungen für „Betreutes Wohnen“	rl.B.15
	▫ Möglichkeiten der mobilen Altenhilfe und Hauskrankenpflege	rl.B.16
	▫ Angebot an Pflege- und SeniorInnenwohnheimen	rl.B.17
	▫ Barrierefreie Ausstattung öffentlicher Einrichtungen	rl.B.18

	▫ Barrierefreie Ausstattungen von Wohnungen	rl.B.19
	▫ Handlungsbedarf bei Gesundheit und Serviceeinrichtungen	rl.B.20
	▫ Zufriedenheit bei Gesundheitsthemen und Serviceeinrichtungen	rl.B.21
	▫ Wichtigkeit bei Gesundheitsthemen und Serviceeinrichtungen	rl.B.22
▪ Lebenshaltungskosten	▫ Höhe der Kosten für Wohnraum (Miete, Grund- und Wohnungspreise)	rl.B.23
	▫ Höhe der Heizkosten	rl.B.24
	▫ Höhe der Stromkosten	rl.B.25
	▫ Höhe der Gemeindeabgaben (Müllabfuhr, Kanal, Wasser, etc.)	rl.B.26
	▫ Preisniveau beim täglichen Einkauf	rl.B.27
	▫ Preisniveau auf Bauernmärkten	rl.B.28
	▫ Höhe der Kosten für Gesundheitsvorsorge und Behandlung	rl.B.29
	▫ Handlungsbedarf bei Lebenshaltungskosten	rl.B.30
	▫ Zufriedenheit bei Lebenshaltungskosten	rl.B.31
	▫ Wichtigkeit bei Lebenshaltungskosten	rl.B.32
	▫ Höhe der Fahrpreise für Öffentliche Verkehrsmittel (Bus, Straßenbahn)	rl.B.33
▪ Wohnsituation	▫ Derzeitiger Wohnraum (Haus, Wohnung, Unterkunft)	rl.B.34
	▫ Handlungsbedarf bei der Wohnsituation	rl.B.35
	▫ Zufriedenheit bei der Wohnsituation	rl.B.36
	▫ Wichtigkeit bei der Wohnsituation	rl.B.37
▪ Umweltqualität	▫ Naturraum und Landschaft in der Umgebung	rl.B.38
	▫ Luftqualität (Schadstoffbelastung, etc.) im Wohnumfeld	rl.B.39
	▫ Lärmniveau im Wohnumfeld	rl.B.40
	▫ Trinkwasserqualität zuhause	rl.B.41
	▫ Erreichbarkeit von Naherholungsgebieten, Spiel- und Sportplätzen	rl.B.42
	▫ Gestaltung von Park- und Grünräumen	rl.B.43
	▫ Sauberkeit auf öffentlichen Straßen und Plätzen	rl.B.44
	▫ Sauberkeit von öffentlichen Parkanlagen und Grünräumen	rl.B.45
	▫ Handlungsbedarf Umweltqualität	rl.B.46
	▫ Zufriedenheit bei der Umweltqualität	rl.B.47
	▫ Wichtigkeit bei der Umweltqualität	rl.B.48
▪ Erholung und Freizeit	▫ Erreichbarkeit von Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten zu Fuß	rl.B.49
	▫ Erreichbarkeit von Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten mit dem Fahrrad	rl.B.50
	▫ Erreichbarkeit von Erholungs- und Freizeitmöglichkeiten mit dem öffentlichen Verkehr	rl.B.51
	▫ Angebot öffentlicher Sporteinrichtungen wie Schwimmbäder, Tennis-/Eislaufplätze, etc.	rl.B.52
	▫ Angebot kultureller Veranstaltungen wie Theater, Kino, Konzerte, etc.	rl.B.53
	▫ Angebot an Gastronomiebetrieben wie Cafes, Gasthäuser, etc.	rl.B.54
	▫ Allgemeine Aufenthaltsqualität im öffentlichen Raum und dessen Nutzbarkeit	rl.B.55
	▫ Angebot an Vereinen und deren Aktivitäten	rl.B.56
	▫ Angebot und Erreichbarkeit von Religions- und Glaubenseinrichtungen	rl.B.57
	▫ Angebot von Friedhöfen und Stätten zum Totengedenken	rl.B.58
	▫ Handlungsbedarf bei Erholungs- und Freizeit	rl.B.59
	▫ Zufriedenheit bei Erholung und Freizeit	rl.B.60

	▫ Wichtigkeit bei Erholung und Freizeit	rl.B.61
▪ Sicherheit im Wohnumfeld/Stadtteil	▫ Sicherheitsgefühl in der Nachbarschaft	rl.B.62
	▫ Nähe von Einsatzkräften (Rettung, Polizei, Feuerwehr)	rl.B.63
	▫ Qualität der Straßenbeleuchtung für FußgängerInnen	rl.B.64
	▫ Qualität der Straßenbeleuchtung für RadfahrerInnen	rl.B.65
	▫ Sicherheit im öffentlichen Raum (Straßen, Plätze etc.) bei Tageslicht	rl.B.66
	▫ Sicherheit im öffentlichen Raum (Straßen, Plätze etc.) bei Dunkelheit/Nacht	rl.B.67
	▫ Sicherheit für Fußgängerinnen und FußgängerInnen	rl.B.68
	▫ Sicherheit für Radfahrerinnen und RadfahrerInnen	rl.B.69
	▫ Handlungsbedarf bei der Sicherheit im Wohnumfeld/Stadtteil	rl.B.70
	▫ Zufriedenheit bei der Sicherheit im Wohnumfeld/Stadtteil	rl.B.71
	▫ Wichtigkeit bei der Sicherheit im Wohnumfeld/Stadtteil	rl.B.72
▪ Arbeitssituation und Arbeitsplatz	▫ Allgemeines Arbeitsplatzangebot	rl.B.73
	▫ Angebot an Lehrstellen für die Jugendlichen	rl.B.74
	▫ Maßnahmen zur Vermittlung von Arbeitsplätzen für Arbeitslose	rl.B.75
	▫ Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes zu Fuß	rl.B.76
	▫ Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes mit dem Fahrrad	rl.B.77
	▫ Erreichbarkeit des Arbeitsplatzes mit dem öffentlichen Verkehr (Bus, Bim, Bahn)	rl.B.78
	▫ Handlungsbedarf bei der Arbeitssituation und Arbeitsplatz	rl.B.79
	▫ Zufriedenheit bei Arbeitssituation und Arbeitsplatz	rl.B.80
	▫ Wichtigkeit bei der Arbeitssituation und Arbeitsplatz	rl.B.81
▪ Verkehrssituation im Wohnumfeld/Stadtteil	▫ Angebot an Parkplätzen im Wohnumfeld	rl.B.82
	▫ Angebot öffentlicher Verkehrsmittel (Bus, Straßenbahn)	rl.B.83
	▫ Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel in der Nacht (Nachtbusse)	rl.B.84
	▫ Verfügbarkeit öffentlicher Verkehrsmittel an Feiertagen und an Wochenenden	rl.B.85
	▫ Erreichbarkeit des Stadtzentrums zu Fuß	rl.B.86
	▫ Erreichbarkeit des Stadtzentrums mit dem Fahrrad	rl.B.87
	▫ Erreichbarkeit des Stadtzentrums mit öffentlichen Verkehrsmitteln	rl.B.88
	▫ Barrierefreie Ausführung von Gehsteigen, Wegen und Kreuzungen	rl.B.89
	▫ Handlungsbedarf bei der Verkehrssituation	rl.B.90
	▫ Zufriedenheit bei der Verkehrssituation	rl.B.91
	▫ Wichtigkeit bei der Verkehrssituation	rl.B.92
▪ Bildung und Kinderbetreuung im Wohnumfeld/Stadtteil	▫ Angebot und Erreichbarkeit an Kinderkrippen	rl.B.93
	▫ Angebot und Erreichbarkeit an Tagesmüttern und Tagesvätern	rl.B.94
	▫ Angebot und Erreichbarkeit von Kindergärten	rl.B.95
	▫ Angebot und Erreichbarkeit von Kindergärten zu Fuß	rl.B.96
	▫ Angebot und Erreichbarkeit von Horten und schulischer Nachmittagsbetreuung	rl.B.97
	▫ Angebot und Erreichbarkeit von Pflichtschulen (6 bis 10 Jahre)	rl.B.98
	▫ Angebot und Erreichbarkeit von Pflichtschulen (6 bis 10 Jahre) zu Fuß	rl.B.99
	▫ Angebot und Erreichbarkeit von Pflichtschulen (11 bis 15 Jahre)	rl.B.100
	▫ Angebot und Erreichbarkeit von Höheren Schulen (ab 15 Jahren)	rl.B.101
	▫ Möglichkeiten zur Erwachsenenbildung	rl.B.102

	▫ Handlungsbedarf bei Bildungs- und Kinderbetreuungseinrichtungen	rl.B.103
	▫ Zufriedenheit bei Bildungs- und Kinderbetreuung	rl.B.104
	▫ Wichtigkeit bei Bildungs- und Kinderbetreuung	rl.B.105
▪ Zusammenleben	▫ Persönlicher Kontakt/Vertrauensverhältnis zu ihren direkten Nachbarinnen und Nachbarn	rl.B.106
	▫ Hilfebereitschaft der unmittelbaren Nachbarinnen und Nachbarn	rl.B.107
	▫ Zusammenleben in der Nachbarschaft mit Menschen mit Beeinträchtigungen	rl.B.108
	▫ Zusammenleben in der Nachbarschaft mit Menschen unterschiedlicher Sprachen	rl.B.109
	▫ Zusammenleben in der Nachbarschaft mit Menschen verschiedener Kulturen	rl.B.110
	▫ Zusammenleben in der Nachbarschaft mit Menschen anderer Religionen	rl.B.111
	▫ Maßnahmen zur Integration von Bewohnerinnen und Bewohner verschiedener Kulturen	rl.B.112
	▫ Einbeziehungen der Bewohnerinnen und Bewohner zur Mitgestaltung des Wohnumfelds	rl.B.113
	▫ Handlungsbedarf beim Zusammenleben	rl.B.114
	▫ Zufriedenheit beim Zusammenleben	rl.B.115
	▫ Wichtigkeit beim Zusammenleben	rl.B.116

3 Aggregierte Dimensionen und Indikatoren für die arbeitseigene Definition der Lebensqualität

3.1 Bevölkerung

Indikatoren
▪ Bevölkerungsgröße (z.B.: Veränderung und Wachstum, Bevölkerungsdichte und -agglomeration etc.) (eu.A.01, eu.A.03, eu.B.229)
▪ Bevölkerungsstruktur (eu.A.02, eu.B.193, oe.C.58)
▪ Wanderbewegungen (eu.A.04, rl.A.31)
▪ Staatsbürgerschaft (eu.B.188)
▪ Spannungen (z.B.: nach Gruppen, Beurteilungen und Einschätzungen etc.) (eu.B.57, eu.B.58, eu.B.59, eu.B.60, eu.B.61, eu.B.62, eu.B.63)
▪ Ökonomische Situation (z.B.: Schulden pro Kopf etc.) (eu.A.178)
▪ Multiple Deprivation (eu.A.179)
▪ Soziale Schichtung (eu.A.180)

3.2 Gesundheit

Indikatoren
▪ Lebenserwartung (ww.A.01, ww.B.18, eu.B.213, eu.B.214, rl.A.33) ▪ Geburten (rl.A.32) ▪ Gesundheitszustand und körperliche Leistungsfähigkeit (z.B.: Zustand, Art der Probleme/Krankheiten/Behinderungen, Beurteilung des Zustands, Zufriedenheit, gesunde Jahre, soziale Exklusion, Gemütslagen etc.) (ww.B.19, eu.A.133, eu.A.134, eu.B.115, eu.B.119, eu.B.120, eu.B.121, eu.B.121, eu.B.122, eu.B.123, eu.B.124, eu.B.125, eu.B.126, eu.B.127, eu.B.128, eu.B.129, eu.B.215, eu.B.216, oe.A.93, oe.A.95, oe.A.96, oe.B.07, oe.B.13, eu.A.136a, eu.A.137) ▪ Gesundheitsfürsorgeinstitutionen und -maßnahmen (z.B.: Angebot, Zugang, Probleme, Vertrauen, Medikamentenkonsum, Qualität, Handlungsbedarf, Zufriedenheit etc.) (eu.A.135, eu.A.136b, eu.A.138, eu.A.139, eu.A.141, eu.B.130, eu.B.131, eu.B.132, eu.B.133, eu.B.134, eu.B.149, oe.A.94, oe.C.13, rl.B.11, rl.B.12, rl.B.13, rl.B.14, rl.B.20, rl.B.21) ▪ Kosten und Ausgaben im Bereich „Gesundheit“ (eu.A.136c, eu.A.127, eu.A.140, rl.B.29) ▪ Rehabilitationsmaßnahmen (eu.A.142) ▪ Hilfe im Krankheitsfall (eu.B.94) ▪ Kindersterblichkeit (eu.B.217) ▪ Aktionen und Initiativen zum Thema „Gesundheit“ (z.B.: Anzahl, Wichtigkeit etc.) (rl.A.36, rl.B.22) ▪ Sport- und Fitness-/Turnvereine (z.B.: Anteil aktiver Mitglieder etc.) (rl.A.37)

3.3 Bildung und Weiterbildung

Indikatoren
▪ Bildungs- und Ausbildungsniveau (z.B.: Dauer des Schulbesuchs, höchste abgeschlossene Bildungsebene, Zahl der Abschlüsse im Sekundarbereich, Zahl der abgeschlossenen Berufsausbildungen, Wirksamkeit, Einschätzung des Niveaus, regionale Unterschiede, Ausbildungsabbruch, soziale Ausgrenzung etc.) (ww.A.02, ww.A.03, ww.B.11, ww.B.13, eu.A.71, eu.A.72, eu.A.73, eu.A.74, eu.A.80, eu.B.135, eu.B.189, eu.B.224, oe.A.01, oe.A.02, oe.A.03, oe.A.48, oe.B.11,oe.C.62) ▪ Schülerleistungen (z.B.: durchschnittliche Ergebnisse bestimmter Altersgruppen) (ww.B.12) ▪ Kosten und Ausgaben im Bereich „Bildung und Weiterbildung“ (z.B.: regionale Unterschiede, Bildungsausgaben gemessen am BIP etc.) (eu.A.75, eu.A.88, eu.B.225) ▪ Bildungs-, Ausbildungs- und Weiterbildungsinstitutionen (z.B.: Zugang, Angebot, Erreichbarkeit, Qualität, Chancengleichheit unterschiedlicher Gruppen, Vertrauen, Handlungsbedarf, Zufriedenheit, Wichtigkeit etc.) (eu.A.78, eu.A.77, eu.A.78, eu.A.79, eu.A.81, eu.A.84, eu.B.150, oe.A.09, oe.C.30, rl.A.35 rl.B.98, rl.B.99, rl.B.100, rl.B.101, rl.B.102, rl.B.103a, rl.B.104a, rl.B.105a) ▪ Schüler, Studenten, Lehrlinge, Teilnehmer an Weiterbildungsmaßnahmen (z.B.: Anzahl, Austausch, Anmeldezahlen etc.) (eu.A.82, eu.A.85, eu.A.86, oe.B.09, oe.B.11) ▪ Unterrichtsfächer (z.B.: Unterricht und Verbreitung europäischer Sprachen) (eu.A.83) ▪ Personal (z.B.: Anzahl aktiver Lehrer, Universitätspersonal) (eu.A..87) ▪ Thema „Bildung und Weiterbildung“ allgemein (z.B.: Wichtigkeit, Zufriedenheit, Handlungsbedarf etc.) (eu.A.89, eu.B.110) ▪ Organisierte Kinderbetreuung (z.B.: Angebot und Erreichbarkeit, Inanspruchnahme, Zugang, Schwierigkeiten, Qualität, Handlungsbedarf, Zufriedenheit, Wichtigkeit etc.) (eu.B.152, eu.B.156, eu.B.158, eu.B.159, eu.B.160, eu.B.161, oe.C.22a, rl.A.46, rl.A.47a, rl.B.93, rl.B.94, rl.B.95, rl.B.96, rl.B.97, rl.B.103b, rl.B.104b, rl.B.105b)

3.4 Arbeit und Wirtschaft

Indikatoren

- Beschäftigung (z.B.: Sektorstruktur, Situation, Art, Stellung, Vertragsart, Quote, Arbeitszeiten, Arbeitsstatus, Berufsstruktur, Niveau, Mutterschutz, Wahrnehmung und Bewertung, Zufriedenheit, Austausch von ArbeiterInnen zwischen europäischen Ländern, Hilfeleistung bei der Jobsuche etc.) (ww.B.06, ww.B.23, eu.A.91, eu.A.95, eu.A.105, eu.A.111, eu.A.112, eu.B.08, eu.B.09, eu.B.10, eu.B.11, eu.B.12, eu.B.96, eu.B.111eu.B.198, eu.B.218, eu.B.219, eu.B.220, oe.A.04, oe.A.05, oe.A.06, oe.A.07, oe.A.08, oe.A.10, oe.A.11, oe.A.13, oe.A.15, oe.A.16, oe.A.17, oe.A.18, oe.A.21, oe.A.34, oe.A.37, oe.A.38, oe.A.39, oe.A.40, oe.A.41, oe.A.42, oe.A.49, oe.A.50, oe.A.51, oe.A.81, oe.A.191, oe.A.192, oe.A.193, oe.A.194, oe.A.195, oe.A.196, oe.A.197, oe.A.198, oe.A.199, oe.A.200, oe.A.201, oe.B.05, oe.B.08, oe.B.12)
- Selbstständigkeit (z.B.: Möglichkeit zur Selbstständigkeit, Anzahl Selbstständiger etc.) (oe.C.34, rl.A.26)
- Arbeitsmarkt (z.B.: Arbeitsplatzsicherheit, Chancen und Risiken, Mobilität, regionale Unterschiede, Chancengleichheit/Ungleichheiten unterschiedlicher Gruppen, Lehrstellen etc.) (ww.B.07, eu.A.90, eu.A.93, eu.A.96, eu.A.97, eu.A.98, eu.A.99, eu.A.99, eu.A.100, eu.B.13, eu.B.32, eu.B.33, oe.A.19, oe.A.28, oe.C.64, rl.B.73, rl.B.74)
- Betriebe (z.B.: Betriebsgröße, Anzahl der im Betrieb Angestellten) (oe.A.20)
- Arbeitslosigkeit (z.B.: Dauer, Arbeitslosenrate, Langzeitarbeitslosigkeit, Jungendarbeitslosigkeit, Maßnahmen, soziale Ausgrenzung etc.) (ww.B.08, eu.A.94, eu.A.101, eu.B.221, eu.B.222, eu.B.223, oe.A.12, oe.A.13, oe.B.04, rl.A.24, rl.B.75)
- Arbeitsentgelt (ww.B.09)
- Arbeitsbedingungen (z.B.: Erreichbarkeit, Arbeitsstunden, Teilnahme am Arbeitsleben, Qualität der sozialen Beziehungen am Arbeitsplatz, Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten, Wichtigkeit der Arbeits- und Jobeigenschaften, Veränderungswünsche, Wahrnehmung und Bewertung etc.) (eu.A.92, eu.A.102, eu.A.103, eu.A.106, eu.A.113, eu.B.14, eu.B.17, eu.B.18, eu.B.19, eu.B.20, eu.B.25, eu.B.26, eu.B.27, eu.B.31, oe.A.22, oe.A.23, oe.A.24, oe.A.25, oe.A.26, oe.A.27, oe.A.29, oe.A.30, oe.A.31, oe.A.32, oe.A.33, oe.A.35, oe.A.36, oe.A.52, oe.A.184, oe.C.32, oe.C.33, rl.B.76, rl.B.77, rl.B.78, rl.B.79, rl.B.80, rl.B.81)
- Auswirkungen des Arbeitslebens auf das gesamte Leben (z.B.: Vereinbarkeit Arbeitsstunden – Familienleben/soziales Leben, Arbeit – Haushaltsarbeiten, Arbeit – familiäre Pflichten, Einflüsse, Einstellungen und Wertehaltungen, work-life-balance etc.) (eu.B.21, eu.B.22, eu.B.23, eu.B.24, eu.B.28, eu.B.29, eu.B.30, eu.B.205, oe.A.141, oe.A.142, oe.A.143, oe.A.146, oe.A.151, oe.A.152, oe.A.153, oe.A.154, oe.A.186)
- Gewerkschaften (z.B.: Vertrauen in Gewerkschaften) (eu.A.104)
- Ressourcenverbrauch (eu.A.108, oe.C.44)
- Umweltverschmutzung durch die Wirtschaft (eu.A.109)
- Zusatzverdienst (z.B.: Inanspruchnahme von Zusatzverdienstmöglichkeiten, Arbeitsstunden etc.) (eu.B.15, eu.B.16, oe.C.36)
- Grundstücks- und Mietpreise (oe.C.63)
- Wirtschaftsklima (z.B.: Offenheit, Kreativität, Anpassungs- und Innovationsfähigkeit, Kooperations- und Austauschmöglichkeiten, Geschäftskontaktmöglichkeiten, regionales Wissen über regionale Zusammenhänge und Akteure, Kommunikationseinrichtungen, institutionalisierte Kooperation, immaterielle Infrastrukturvorleistungen, Beratungs- und Informationsdienstleistungen, Behördenverhalten, Abgaben- bzw. Steuersituation, Unternehmensförderungen, Unternehmensgründungen, Insolvenzen etc.) (oe.C.35, oe.C.53, oe.C.55, oe.C.56, oe.C.57, oe.C.69, oe.C.70, rl.A.27, rl.A.28)
- Regionale Fertigkeiten (z.B.: Landbewirtschaftung, Verarbeitung von Lebensmitteln, Herstellung regionstypischer Produkte, handwerkliche Fähigkeiten etc.) (oe.C.61)
- Kundenpotential (oe.C.65)
- Materielle Infrastruktur (z.B.: Straßennetz, Energieversorgung, Verkehrsstruktur, Kommunikationstechnologien, Entsorgungsstrukturen etc.) (oe.C.66)
- Wirtschaftsstruktur (z.B.: bestehende Struktur, Arbeitsplätze, Branchenmix und Branchenvielfalt, Betriebsgrößen, Zusammenarbeit etc.) (oe.C.67, oe.C.68, rl.A.22, rl.A.23, rl.A.25)
- Kapitalpotential (oe.C.71)

3.5 Lebensstandard

Indikatoren
▪ Einkommen und finanzielle Situation (z.B.: Bruttonationaleinkommen, Individual(netto)einkommen, Haushalts(netto)einkommen, Einkommenslevel, Einkommenswachstum, Einkommensverbrauch, Wahrnehmung und Bewertung, Ungleichheiten u.a.a. unterschiedlicher Gruppen, regionale Unterschiede, Wichtigkeit, Art der Einkommensquelle, Einkommenssicherheit, Meinungen und Erwartungen, finanzielle Situation im Land/Region, Zufriedenheit mit finanziellen Situation des Landes/der Region etc.) (ww.A.04, ww.B.04, eu.B.114, eu.A.117, eu.A.118a, eu.A.119a, eu.120a, eu.A.121a, eu.A.122a, eu.A.123a, eu.A.124a, eu.A.125a, eu.A.132a, eu.B.117, eu.B.166, eu.B.167, eu.B.178, eu.B.179, eu.B.180, eu.B.181, eu.B.182, eu.B.183, eu.B.184, eu.B.185, eu.B.187, eu.B.190, eu.B.191, eu.B.199, eu.B.230, oe.A.43, oe.A.147, oe.A.166, oe.A.180, oe.A.204, oe.A.205, oe.A.207, oe.A.214, oe.B.01, oe.C.31)
▪ Finanzvermögen (ww.B.05, eu.A.115, oe.C.42)
▪ Lebensstandard (z.B.: Niveau, Wahrnehmung und Bewertung, Ungleichheiten unterschiedlicher Gruppen, regionale Unterschiede, Wichtigkeit, Zufriedenheit, Materialismus - Postmaterialismus etc.) (eu.A.116, eu.A.118b, eu.A.119b, eu.A.120b, eu.A.121b, eu.A.122b, eu.A.123b, eu.A.124b, eu.A.125b, eu.A.132b, eu.A.181, eu.B.112, eu.B.226, oe.A.213)
▪ Konsumgewohn- und –möglichkeiten/Lebenserhaltungskosten (z.B.: Konsumorientierung (materiell und immateriell), Verbrauch natürlicher Ressourcen, nicht verschmutzende Konsumgewohnheiten, Umweltverschmutzung, Handlungsbedarf Lebenserhaltungskosten, Zufriedenheit Lebenserhaltungskosten, Wichtigkeit des Themas Lebenserhaltungskosten Einstellung zu Konsumgewohnheiten, Möglichkeit zur Finanzierung eines Urlaubes/ausrangiertes Mobiliars/Fleisch/neuer Kleider/Restaurantbesuch etc.) (eu.A.128a, eu.A.129a, eu.A.130a, eu.A.131, eu.B.169, eu.B.170, eu.B.171, eu.B.172, eu.B.173, oe.A.210, oe.A.211, oe.A.212, oe.C.28, oe.C.38, rl.B.30, rl.B.31, rl.B.32)
▪ Lebens(haltungs)kosten (z.B.: Zahlungsfähigkeit der Heizkosten, der anfallenden Kosten für die Unterkunft, anfallende Rechnungen etc.) (eu.B.168, eu.B.174, eu.B.175)
▪ Informelle und formelle Darlehen (z.B.: Ausgaben für Konsumentenkredite und Kreditkartenüberziehungen, Ansprechpartner etc.) (eu.B.98, eu.B.176, eu.B.177)
▪ Preislevelindex (eu.B.211)
▪ Ginikoeffizient (eu.B.231)

3.6 Wohnverhältnisse

Indikatoren
▪ Ausstattung (z.B.: Niveau) (ww.B.01, eu.A.19,)
▪ Kosten (z.B.: allgemein, Grundstücks- und Mietpreise, Heizkosten, Stromkosten, Gemeindeabgaben etc.) (ww.B.02, eu.A.21,oe.C.37, rl.B.23, rl.B.24, rl.B.25, rl.B.26)
▪ Größe (z.B.: Räume pro Person, Probleme etc.) (ww.B.03, eu.A.18, eu.B.34, eu.B.36)
▪ Gebäude (z.B.: Alter des Wohnbestands etc.) (eu.A.16,)
▪ Unterkunft allgemein (z.B.: Angebot an Wohnraum, Art, Angebot, ChancengleichheitenUngleichheiten, regionale Unterschiede, Sicherheit, Zufriedenheit, Handlungsbedarf, allgemeine Bedingungen/Probleme, soziale Ausgrenzung, kommunaler Wohnbau etc.) (eu.A.17, eu.A.20, eu.A.23, eu.A.25, eu.A.26, eu.A.27, eu.A.28, eu.B.35, eu.B.37, eu.B.38, eu.B.39, eu.B.40, eu.B.41, eu.B.42, eu.B.113, eu.B.154, eu.B.207, oe.A.90, oe.A.209, oe.C.19, rl.B.34, rl.B.35, rl.B.36, rl.B.37)
▪ Umgebung (z.B.: Ausstattung, Qualität, Wahrnehmung, bevorzugte Wohngegend, Probleme in der Nachbarschaft wie Lärm/Luftqualität/Trinkwasser/öffentliche Sicherheit/Verschmutzung/Verkehr, Grünräume, Straßen und Plätze, Sicherheitsgefühl etc.) (eu.A.22, eu.A.24, eu.B.136, eu.B.137, eu.B.138, eu.B.139, eu.B.140, eu.B.141, eu.B.142, rl.B.38, rl.B.40, rl.B.42b, rl.B.44, rl.B.62a, rl.B.64, rl.B.65, rl.B.108a, rl.B.109a, rl.B.110a, rl.B.111a)
▪ Siedlungsraum (z.B.: Größe, Urbanisierungsgrad, Wohndichte etc.) (eu.A.29, eu.B.200, eu.B.201, oe.C.23)

3.7 Nahversorgung

Indikatoren
▪ Nahversorgungseinrichtungen (z.B.: Angebot, Auswahl, Zugang, Erreichbarkeit etc.) (eu.B.143, eu.B.144, oe.C.39, oe.C.40, oe.C.41, rl.B.01, rl.B.03, rl.B.04, rl.B.05, rl.B.06)
▪ Lebensmittel (z.B.: Qualität etc.) (rl.B.02)
▪ Spezielle Dienstleistungen im Bereich Nahversorgung (z.B.: Hauszustellungen etc.) (rl.B.07)
▪ Preisniveau (rl.B.27, rl.B.28)
▪ Nahversorgung allgemein (z.B.: Handlungsbedarf, Zufriedenheit und Wichtigkeit etc.) (rl.B.08, rl.B.09, rl.B.10)

3.8 Verkehr und Mobilität

Indikatoren
▪ Verkehrsbedingungen (z.B.: Zugang zum IV/ÖV, Angebot, Qualität, Handlungsbedarf, Zufriedenheit, Wahrnehmung und Bewertung, regionale Unterschiede, Barrierefreiheit, Chancengleichheiten/Ungleichheiten unterschiedlicher Gruppen, soziale Ausgrenzung etc.) (eu.A.30, eu.A.33, eu.A.35, eu.A.36, eu.A.37, eu.A.38, eu.B.145, eu.B.151, oe.C.11, rl.A.19, rl.A20, rl.B.68, rl.B.69, rl.B.82, rl.B.83, rl.B.84, rl.B.85, rl.B.86, rl.B.87, rl.B.88, rl.B.89, rl.B.90, rl.B.91, rl.B.92)
▪ Reisegeschwindigkeit und Zeitverbrauch (eu.A.31, eu.B.148)
▪ Transitverkehr (oe.A.139)
▪ PKW-Dichte (rl.A.18)
▪ Reisehäufigkeiten (eu.A.39)
▪ Kosten und Ausgaben (z.B.: Mobilitätskosten, Fahrpreise der ÖV etc.) (eu.A.32, rl.B.33)
▪ Auswirkungen des Verkehrs (z.B.: Lärm, Unfälle, Verschmutzung etc.) (eu.A.34, eu.A.40, eu.A.41)
▪ Ressourceneinsatz (z.B.: Verbrauch von Ressourcen im Bereich Verkehr wie Energie, Boden etc.) (eu.A.42)

3.9 Freizeit und Kultur

Indikatoren
▪ Faktor Zeit (z.B.: Zeit für Freizeitaktivitäten, Menge an Freizeit, Zufriedenheit etc.) (ww.B.24, eu.A.43, eu.B.108)
▪ Einrichtungen und Waren im Bereich Freizeit und Kultur (z.B.: Angebot, Zugang, Verfügbarkeit, Erreichbarkeit, Wahrnehmung und Bewertung, regionale Unterschiede, Austausch kultureller Produkte etc.) (eu.A.44a, eu.A.46, eu.A.47a, eu.A.50, eu.A.52, eu.B.146, eu.B.147, rl.B.42c, rl.B.49, rl.B.50, rl.B.51, rl.B.52, rl.B.53, rl.B.54, rl.B.54, rl.B.55, rl.B.56a)
▪ Vereine (z.B.: Angebot, Anzahl, Mitglieder etc.) (oe.A.120, rl.A.39, rl.A.40, rl.A.44, rl.B.56)
▪ Wertehaltungen im Bereich Freizeit und Kultur (z.B.: Wahrnehmung und Bewertung, Zufriedenheit, Handlungsbedarf, Chancengleichheiten/Ungleichheiten unterschiedlicher Gruppen) (eu.A.45a, eu.A.48a, eu.A.49, eu.A.54, oe.A.82, oe.A.88, rl.B.59, rl.B.60, rl.B.61)
▪ Verhalten (z.B.: Häufigkeiten, Zeitaufwände, Art der Aktivitäten [u.a.a. gesundheitsfördernde Aktivitäten] Lesegewohnheiten, Fernsehverhalten, künstlerische Aktivitäten, Theaterbesuch, Konzertbesuch, Kinobesuch, Sportveranstaltungen, Handarbeiten und Basteln, Lokalbesuche, Wander- und Radfahren, (leistungsorientierte) Sportübungen, Entscheidungen bezüglich der Freizeit etc.) (eu.A.51, eu.B.45, eu.B.46, eu.B.101, eu.B.104, oe.A.97, oe.A.98, oe.A.99, oe.A.100, oe.A.101, oe.A.102, oe.A.103, oe.A.104, oe.A.178)

3.10 Medien

Indikatoren
▪ Einrichtungen und Waren im Bereich Medien (z.B.: Verfügbarkeit, subjektive Wahrnehmung und Bewertung, Vertrauen in Medien, regionale Unterschiede, Chancengleichheit/Ungleichheiten von Frauen und Männern sowie benachteiligten Menschen etc.) (eu.A.44b, eu.A.45b, eu.A.47b, eu.A.48b, eu.B.70)
▪ Konsum von Medien/Medienverhalten (z.B.: Papierkonsum, Internet, Bücher, Tageszeitung, Fernsehverhalten etc.) (eu.A.53, eu.B.44, oe.A.77, oe.A.78, oe.A.79)

3.11 Haushalt

Indikatoren
▪ Zusammensetzung des Haushalts (z.B.: Haushaltsstruktur, Haushaltsgröße etc.) (eu.A.12a, eu.B.01, eu.B.02, eu.B.03, eu.B.05, eu.B.06, eu.B.195, eu.B.196, eu.B.197, eu.B.209, eu.B.210, oe.A.47, oe.A.203)
▪ Hausarbeit (z.B.: Häufigkeit, Stundenanzahl, Aufteilung, Einstellungen, Wahrnehmungen und Bewertungen, Auswirkungen Arbeitsleben auf die Hausarbeit, Chancengleichheit/Ungleichheit bei der Verpflichtung in der Hausarbeit etc.) (eu.A.05a, eu.B.100, eu.B.103, eu.B.105, oe.A.145, oe.A.149, oe.A.167, oe.A.168, oe.A.169, oe.A.170, oe.A.171, oe.A.172, oe.A.173, oe.A.174, oe.A.175, oe.A.176, oe.A.181, oe.A.182, oe.A.183, oe.A.185, oe.A.187)
▪ Sorge und Betreuung von Haushaltsmitgliedern (z.B.: Kinder- und Jugendfürsorge, Altenbetreuung etc.) eu.A.05b, eu.A.09, eu.A.11)
▪ Beziehungen zu den Haushaltsmitgliedern (z.B.: Qualität etc.) (eu.A.10)

3.12 Familie

Indikatoren
▪ Familienbeziehungen und Verhalten (z.B.: Existenz und Intensität, Kontakthäufigkeit, Zufriedenheit, Chancengleichheiten/Ungleichheiten bezüglich der Verfügbarkeit unterschiedlicher Generationen etc.) (eu.A.07, eu.A.08, eu.B.86, eu.B.87, eu.B.88, eu.B.90, eu.B.91, eu.B.92, eu.B.106, eu.B.114, oe.A.56, oe.B.84)
▪ Zusammensetzung der Familie (z.B.: Größe, Struktur, Einstellungen etc.) (eu.A.12b, oe.A.57, oe.A.58, oe.A.59)
▪ Partnerschaft und Ehe (z.B.: Familienstand, Anzahl Ehen, Dauer der Ehe, Einstellung zum Thema Ehe, Treue etc.) (eu.A.13, eu.A.14, eu.B.84, oe.A.44, oe.A.45, oe.A.64, oe.A.65, oe.A.71, oe.A.87, eu.A.155, oe.A.156, oe.A.157, oe.A.159, oe.A.160, oe.A.161)
▪ Kinder (z.B.: Einstellung, Anzahl, leibliche Kinder/nicht-leibliche Kinder etc.) (eu.A.15, eu.B.85, oe.A.53, oe.A.54, oe.A.55, oe.A.62, oe.A.72, oe.A.73, oe.A.144, oe.A.162, oe.A.163)
▪ Bedeutung der Familie im Leben eines Menschen (z.B.: Meinung über Zusammenhang zwischen Glück und Familie, Zufriedenheit, Auswirkungen auf andere Bereiche etc.) (oe.A.60, oe.A.61, oe.A.80, oe.A.188, oe.A.190)
▪ Private Kinderbetreuung (z.B.: Möglichkeit, Häufigkeit, Stundenaufwände, Verantwortlichkeiten, Einstellungen, Mutterschutz, finanzielle Unterstützung, etc.) (eu.B.99, eu.B.102, oe.A.150, oe.A.158, oe.A.164, oe.A.165, oe.A.177, oe.C.22b, oe.A.47b)

3.13 Soziale Beziehungen, soziales Verhalten und Einstellungen

Indikatoren
▪ Sozialer Zusammenhalt (z.B.: soziale Beziehungen, Anzahl, Intensität, Qualität der Beziehungen/Qualität des Zusammenhalts, Vertrauen, soziale Integration, Chancengleichheiten/Ungleichheiten, Zufriedenheit, Wahrnehmung und Bewertung, Wichtigkeit sozialer Beziehungen, soziale Isolation, gemeinsame Identitäten etc.) (ww.B.10, eu.A.55a, eu.A.56a, eu.A.57a, eu.A.58a, eu.A.59a, eu.A.60, eu.A.61, eu.A.63, eu.A.65, eu.B.56, eu.B.78, eu.B.82, eu.B.83, oe.A.89 eu.B.93, eu.B.95, eu.B.97, eu.B.107, eu.B.116, oe.A.83, oe.A.105, oe.C.15, oe.C.16, oe.C.17, oe.C.18, oe.C.60, rl.B.106, rl.B.107, rl.B.108b, rl.B.109b, rl.B.110b, rl.B.11b, rl.B.114, rl.B.115, rl.B.116)
▪ Immigration und Migration (z.B.: Einstellungen, Maßnahmen zur Integration etc,) (eu.A.66, eu.B.65, eu.B.66, eu.B.67, oe.A.114, oe.A.130, rl.B.112)
▪ Freiwilligenarbeit, nicht-politische Partizipation und soziale Aktivitäten (z.B.: Zeitaufwand, Häufigkeit etc.) (eu.A.62a, eu.A.68a, eu.B.47, eu.B.48, eu.B.49, eu.B.49, eu.B.51, eu.B.109, eu.B.206, rl.B.113)
▪ Lebenszufriedenheit (z.B.: Wahrnehmung und Bewertung, Maßnahmen zur Verbesserung der Zufriedenheit und der Lebensqualität etc.) (ww.B.20, eu.A.171, eu.A.173, eu.A.174, eu.A.175, eu.A.176, eu.A.177, eu.B.83, eu.B.118, eu.B.203, oe.A.92, oe.A.106, oe.A.108, oe.A.189)
▪ Grundwerte (z.B.: Gleichheit, Freiheit, Sicherheit etc.) (eu.A.182, eu.A.183, eu.A.184, eu.A.67)
▪ Einstellungen und Gefühle (z.B.: Zukunftsoptimismus, Minderwertigkeitsgefühle, Entscheidungsfreiheiten, persönliche Chancen, Geschlechtergerechtigkeit und -rollen, Treue/Untreue, Homosexualität, Leihmutterschaft und Abtreibung, Stellung in der Gesellschaft etc.) (eu.A.06, eu.B.74, eu.B.75, eu.B.76, eu.B.77, eu.B.79, eu.B.80, eu.B.81, oe.A.63, oe.A.66, oe.A.67, oe.A.68, oe.A.69, oe.A.70, oe.A.91, oe.A.107, oe.A.109, oe.A.112, oe.A.115, oe.A.148, oe.A.202, oe.C.24, oe.C.25, oe.C.52, oe.C.54, oe.A.131)
▪ Entschleunigung/bewusster Umgang mit der Zeit (oe.C.27)
▪ Brauchtum/Geschichte/Kulturgut (oe.C.51)

3.14 Politik und politisches Engagement

Indikatoren
▪ Partizipation und Verhalten (z.B.: Art, Angebot, Zugang, Häufigkeiten, Teilnahme, Kontakt mit politischen VertreterInnen, Chancengleichheiten/Ungleichheiten, politische Orientierung, Einstellungen, Wahrnehmung und Bewertungen etc.) (ww.B.16, ww.B.17, eu.A.62a, eu.A.55a, eu.A.56a, eu.A.57a, eu.A.58a, eu.A.59a, eu.A.68a, eu.A.69, eu.B.50, eu.B.52, eu.B.53, eu.B.54, eu.B.55, oe.a.86, oe.A.110, oe.A.111, oe.A.116, oe.A.117, oe.A.118, oe.A.119, oe.A.215, oe.A.216, oe.A.217, oe.A.218, oe.C.21, rl.A.41, rl.A.43, rl.A.45)
▪ Kosten und Ausgaben (z.B.: Anteil kommunaler Ausgaben für Sachaufwände oder Projekte etc.) (eu.A.21, rl.A.42)
▪ Schulden (z.B.: kommunale Schulen) (rl.A.29)
▪ EU (z.B.: Wirkungen durch den Beitritt, Einschätzungen, Einstellungen etc.) (oe.A132, oe.A.133, oe.A.134, oe.A.135, oe.A.136, oe.A.137)
▪ Politische Institutionen (z.B.: Vertrauen, Wahrnehmung und Bewertung etc.) (eu.A.64, eu.B.68, eu.B.72, eu.B.73, oe.A.113)
▪ Politische Entscheidungen (z.B.: Meinungen zu Regierungsentscheidungen, Einstellungen etc.) (eu.B.64, oe.A.121, oe.A.122, oe.A.123, oe.A.124, oe.A.125, oe.A.126, oe.A.127, oe.A.128, oe.A.129, oe.A.140)
▪ Korruption (z.B.: Korruptionswahrnehmungsindex etc.) (eu.B.227)

3.15 Religion

Indikatoren
▪ Religions- und Glaubenseinrichtungen (z.B.: Angebot, Erreichbarkeit, Art etc.) (rl.B.57, rl.B.58)
▪ Glaubensbekenntnis (eu.A.70)
▪ Rolle der Religion im Leben (z.B.: Einstellung zu Gott, Wichtigkeit etc.) (eu.A.70, oe.A.76, oe.A.85)
▪ Verhalten (z.B.: Teilnahmehäufigkeit religiöser Veranstaltungen etc.) (eu.B.43, oe.A.75)

3.16 Umwelt

Indikatoren
▪ Luft (z.B.: Luftverschmutzung, Luftqualität, Wahrnehmung und Bewertung, regionale Unterschiede etc.) (ww.B.14, eu.A.144a eu.A.145a, eu.A.146a, eu.A.153a, oe.C.46a, rl.B.39)
▪ Wasser (z.B.: Bestand, Wasserverschmutzung, Wasserqualität, Wahrnehmung und Bewertung, regionale Unterschiede, Laufmeter natürlicher und naturnaher Gewässerabschnitte, Wasserversorgung, Deckungsgrad der Wasserversorgungs- und Abwassergebühren, Abwasser etc.) (ww.B.15, eu.A.144b, eu.A.145b, eu.A.146b, eu.A.153b, oe.C.46b, oe.C.82, rl.A.01,rl.A.12, rl.A.14, rl.A.17, rl.B.41)
▪ Wald (z.B.: Bestand, Qualität, Wahrnehmung und Bewertung, regionale Unterschiede etc.) (eu.A.144c, eu.A.145c, eu.A.146c, eu.A.153c)
▪ Boden (z.B.: Qualität, Wahrnehmung und Bewertung, regionale Unterschiede, oberflächennahe Bodennutzung wie Bauland (Parzellengröße)/land- und forstwirtschaftliche Nutzflächen etc.) (eu.A.144d, eu.A.145d, eu.A.146d, eu.A.153d, oe.C.46c, oe.C.74, rl.A.10, rl.A.11, rl.A.13, rl.A.15)
▪ Natürliche Ressourcen (z.B.: Bestand, Eco-Leistungsfähigkeit etc.) (eu.A.143, eu.A.153e, oe.C.73)
▪ Gesundheitsrisiken (eu.A.147)
▪ Energiegewinnung (z.B.: Anteil erneuerbarer Energiequellen, Verschmutzung pro Energieverbrauchseinheit, Sonnenkollektoren, Energiekennzahl, Projekte und Initiativen zur Förderung erneuerbarer Energieträger und zur sparsamen Energienutzung etc.) (eu.A.149, eu.A.150, rl.A.04, rl.A.05, rl.A.06, rl.A.07, rl.A.08)
▪ Umweltschutz (z.B.: öffentliche Ausgaben für den Schutz und Forschung, Anteil geschützter Flächen etc.) (eu.A.151, eu.A.152)
▪ Wirkung auf den Menschen (z.B.: etc.) ()
▪ Grünflächen zur Regeneration des Menschen (z.B.: Künstlerische Inspiration, Schönheit, Ästhetik, Erholung, Erlebbarkeit und Beobachtung der Natur, Bewegung und Sport, Gesundheit, Rhythmische Zeitabläufe, privater Bereich im Freien, öffentlicher Bereich im Freien, Erreichbarkeit von Naherholungsgebieten, Spiel- und Sportplätzen, Gestaltung von Park- und Grünräumen, Gestaltung und Qualität etc.) (oe.C.01, oe.C.02, oe.C.03, oe.C.04, oe.C.05, oe.C.06, oe.C.07, oe.C.08, oe.C.09, oe.C.43, oe.C.48, oe.C.49, rl.B.42a, rl.B.43, rl.B.45)
▪ Topographie (oe.C.50, oe.C.75)
▪ Produktionsfunktion (z.B.: Produktion natürlicher Lebensmittel, bäuerliche Betriebe, Biobetriebe etc.) (oe.C.45, rl.A.02, rl.A.03)
▪ Landschaftsstruktur (z.B.: regionstypische Natur- und Kulturlandschaft, Landschaftselemente etc.) (oe.C.47, oe.C.72, rl.A.16)
▪ Klima und Wetter (oe.C.76)
▪ Ökosystem (z.B.: Intakte Strukturen, Regenerationsfähigkeit, Vielfalt, Stabilität, Artenvielfalt, Pufferfunktion etc.) (oe.C.77, oe.C.78, oe.C.79, oe.C.80, oe.C.81)
▪ Abfälle (z.B.: Menge etc.) (rl.A.09)
▪ Handlungsbedarf bei der Umweltqualität (rl.B.46)
▪ Zufriedenheit bei der Umweltqualität (rl.B.47)
▪ Wichtigkeit der Umweltqualität (rl.B.48)

3.17 Soziale Sicherheit

Indikatoren
▪ Armut (z.B.: soziale Exklusion etc.) (eu.A.126
▪ Sozialversicherung allgemein (z.B.: Deckung, Leistungsfähigkeit, Vertrauen in Sozialversicherungseinrichtungen, Chancengleichheiten/Ungleichheiten, Wahrnehmung und Bewertung, regionale Unterschiede etc.) (eu.A.154, eu.A.155, eu.A.156, eu.A.157, eu.A.158, eu.A.170, eu.A.172)
▪ Altersversorgung (z.B.: Inanspruchnahme, Art der Versorgung, Pensionssystem, Altenbetreuung und Langzeitbetreuung, Wahrnehmung und Bewertung, Schwierigkeiten etc.) (eu.B.153, eu.B.155, eu.B.157, eu.B.162, eu.B.163, eu.B.164, eu.B.165, rl.B.15, rl.B.16, rl.B.17)
▪ Barrierefreiheit (z.B.: öffentliche Gebäude, Wohnhäuser etc.) (rl.B.18, rl.B.19)
▪ Einsatzkräfte (z.B.: Nähe etc.) (rl.B.63)

3.18 Öffentliche Sicherheit

Indikatoren
▪ Sicherheit im öffentlichen Raum (z.B.: Kriminalität, Wahrnehmung und Bewertung, Handlungsbedarf, Zufriedenheit, Wichtigkeit des Themas, Veränderungen und politische Einflüsse, regionale Unterschiede etc.) (ww.B.21, ww.B.22, eu.A.159, eu.A.160, eu.A.161, eu.A.163, eu.A.164, eu.A.165, eu.A.166, eu.A.167, eu.A.168, oe.A.138, rl.B.62b, rl.B.66, rl.B.67, rl.B.70, rl.B.71, rl.B.72)
▪ Institutionen (z.B.: Vertrauen ins Rechtssystem und Polizei, Schutz und Kampf gegen das Verbrechen etc.) (eu.A.162, eu.A.169, eu.B.69, eu.B.71)

3.19 Nicht zuordenbare Indikatoren

Indikatoren
▪ Sicherheit (im Straßenverkehr, geringe Kriminalität, gesundheitliche Sicherheit, politisch sichere Situation …) (oe.C.12)
▪ Interviewsprache (eu.B.192)
▪ Alter x Geschlecht des Interviewten (eu.B.194)
▪ Deprivationsindex (eu.B.204)
▪ HDI (eu.B.228)
▪ Soziale Infrastruktur (Bildungseinrichtungen, Gesundheitswesen, …) (oe.C.59)
▪ Lebenssituation (Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Ausbildung etc.) (eu.B.04)
▪ Lebenssituation der anderen Haushaltsmitglieder (Beschäftigung, Arbeitslosigkeit, Ausbildung etc.) (eu.B.07)

Anhang B Untersuchungsprotokoll zur inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse

Die qualitative Inhaltsanalyse nach Mayring wurde in dieser Arbeit bereits im Zuge des Forschungsansatzes vorgestellt (s. Kap. 4.1.2) und im Kontext der Ableitung einer arbeitseigenen Definition zum Begriff Lebensqualität angewandt (s. Kap. 4.2 bzw. Anhang A). Für die Beantwortung der zentralen Fragestellung (Definitionsansatz für die LEADER-Lebensqualität) soll die Inhaltsanalyse, wie sie im Folgenden dokumentiert wird, erneut Anwendung finden.

1 Auseinandersetzung mit den vorgegebenen Analyseschritten

Wie auch bei der induktiv zusammenfassenden Inhaltsanalyse (s. Kap. 4.2.2) wurde ein Überblick zum Ziel und zur Vorgehensweise der inhaltlich strukturierenden Untersuchungsform bereits in der Arbeit selbst dargestellt (s. Kap. 4.3.2 sowie Abbildung 9). Die nachfolgende Erläuterung ist als detaillierte Dokumentation zu der Auseinandersetzung mit diesen vorgegebenen Analyseschritten zu verstehen. Wie auch bereits bei der zusammenfassenden Inhaltsanalyse startet die Untersuchung hierbei mit den allgemeinen Analyseschritten, wie sie in Abbildung 7 dargestellt wurden, um sie in weiterer Folge mit den speziell der inhaltlich strukturierenden Analyse zugeschriebenen Untersuchungsschritten zu ergänzen. In Punkt 7 ist so etwa der Kodierleitfaden dargestellt. Die Erläuterung beginnt mit der Festlegung des Ausgangsmaterials.

(1) Festlegung des Ausgangsmaterials

Als Grundlage für die Bestimmung des Ausgangsmaterials dient eine Liste der niederösterreichischen Landesregierung der Abteilung Landwirtschaftsförderung, die am 2.11.2015 erstellt wurde und nach diesem Stand alle bewilligten und abgerechneten Projekte der LEADER-Region AC in der Förderperiode 2007-2013 (inklusive abgerechnete Kosten sowie Förderbeträge) in allen Kategorien anführt. Da sich die Analyse auf den Begriff Lebensqualität konzentriert, sind die Unterlagen zu den einzelnen lebensqualitätsverbessernden Vorhaben der Kategorie M 413 einzubeziehen. Konkret gemeint sind demnach die Förderanträge, die von den einzelnen FörderwerberInnen bei der bewilligenden Stelle eingereicht wurden und als Kopie bei der LAG vorliegen (insgesamt 39). Die folgende Liste zeigt, zu welchen Vorhaben die jeweiligen Dokumente gesammelt wurden. Die alphabetische Reihung wurde von der ursprünglichen Liste der niederösterreichischen Landesregierung übernommen. Um die Beschreibung der Ergebnisse nachvollziehbar zu gestalten, wird jedem Vorhaben eine Nummer zugeordnet. Aus Datenschutzgründen wurden die vollständigen Bezeichnungen der ersten Maßnahmengruppe (M 321 a) anonymisiert. Da Die Vorhaben aus den anderen Gruppen als öffentliche Projekte einzustufen sind, ist dieser Schritt in diesem Zusammenhang nicht notwendig.

Tabelle 34: *Übersicht zu den Auswertungseinheiten im Rahmen der inhaltlich strukturierenden Inhaltsanalyse (Quelle: NÖ Landesregierung 2015; eigene Darstellung)*

M 321 a – Verkehrserschließung ländlicher Gebiete	**Quellcode**
▪ Ber**********	1
▪ Bio********	2
▪ Brü******	3
▪ Gro********-*******	4
▪ Mar***** **********	5
▪ Mit**********	6
▪ Puh****	7
▪ Sat****	8
▪ Vie**********	9
▪ Wei****	10
M 321 c – Dienstleistungseinrichtungen zur Grundversorgung: Erneuerbare Energie	
▪ Biomasse Nahwärme	11
▪ Biomasse NW – Schwadorf	12
M 322 a – Dorfentwicklung – Dienstleistung zur Grundversorgung für die ländliche Wirtschaft und Bevölkerung	
▪ Bepflanzungskonzept und Bepflanzung der öffentlichen Grünräume Bad Deutsch Altenburg	13
▪ Kurpark Revitalisierung	14
▪ Erreichung eines multifunktionalen Spielplatzes	15
▪ Neugestaltung Kirchenplatz Margarethen am Moos	16
▪ Umsetzung des Orientierungsleitsystems Göttlesbrunn-Arbesthal	17
▪ Spielplatz Göttlesbrunn	18
▪ Neugestaltung rund um die Kirche Arbesthal innerhalb des Friedhofbereiches	19
▪ Amtsgebäude Umbau Höflein	20
▪ Feuerwehrhaus Rohrau Energieeffizienzprojekt	21
▪ Neugestaltung Kirchenplatz in Hollern	22
▪ RohrAupfad	23
▪ Sanierung der Nebenflächen Ortsdurchfahrt Petronell-Carnuntum	24
M 323 a – Naturschutz	
▪ Erhaltungsmaßnahmen und Ertüchtigung der Infrastruktur im Naturpark	25
M 413 – Umsetzung lokaler Entwicklungsstrategien für die Lebensqualität und Diversifizierung – sonstige Maßnahmen	
▪ Aufbau Bildungsplattform für Gemeinden und Regionalentwicklung	26
▪ Demographie-Check	27
▪ Energie in den Schulköpfen	28
▪ Energie sichtbar machen	29
▪ EWW – Energie in Wirtschaft und Weiterbildung	30
▪ Feldversuch – Energiefrüchte	31
▪ Folgeprojekt: Demographie-Check: Barrierefreie Region	32
▪ Junges Römerland Carnuntum	33
▪ Konzept E-Mobilität im Rahmen der NÖ Landesausstellung 2011	34
▪ Qualifizierung Tourismus – Qualitätspartner der Landesausstellung 2011	35
▪ Qualifizierung Wirtschaft	36
▪ Regionales Energiekonzept	37
▪ Weinerlebnis in Göttlesbrunn-Arbeshtal	38
▪ Weinerlebnisweg Höflein	39

Wie anhand dieser Liste ersichtlich wird, werden auch jene Projekte in die Analyse integriert, die nicht explizit einer Lebensqualitätsmaßnahme zugeordnet wurden, jedoch als sonstige Maßnahme zur Verbesserung der Lebensqualität und der ländlichen Wirtschaft einen Beitrag leisteten. Da sie ebenfalls zum Ziel „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ beitrugen, wäre eine Analyse ohne ihre Einbeziehung als unvollständig und nicht repräsentativ einzuschätzen. Festzuhalten ist außerdem, dass zu manchen Vorhaben nicht nur die Projektanträge selbst für die Analyse verwendet werden können. Manche Projektanträge verfügen über zusätzliche Beschreibungen, die die Ergebnisse weiter stützen bzw. präzisieren sollen.

(2) Analyse der Entstehungssituation

Die Teilnahme am LEADER-Förderprogramm war freiwillig. Die Gründung der LAG AC kann jedoch als Ausgangsbasis für die im Zuge dieser Initiative realisierten Vorhaben angesehen werden. Das heißt, das zu untersuchende Material entstand im Kontext der Umsetzung des Förderprogramms bzw. speziell der Umsetzung des LEADER-Maßnahmenpakets „Verbesserung der Lebensqualität“ in der eben genannten Region. Die zu untersuchenden Unterlagen beschreiben die Projekte, die zur Verbesserung der Lebensqualität beitragen sollten und geben damit etwa Aufschluss über die wesentlichen Ziele und Hintergründe, die Maßnahmenbestandteile und sonstige Details inklusive Kosten und Finanzierungen. Die AutorInnen der Anträge divergieren dabei je nach Vorhaben. Es handelte sich entweder um die LAG selbst, private Personen oder VertreterInnen von Kommunen. Auf die Nennung der jeweiligen AutorInnen wird aus datenschutzrechtlichen Gründen verzichtet.

Eingereicht wurden die Dokumente nach einer ersten Auswahlrunde der LAG bei der Schwerpunktverantwortlichen Landesstelle, dem Land Niederösterreich. Diese hatte das Vorhaben hinsichtlich der Förderungsvoraussetzungen zu prüfen und die Entscheidung bezüglich der Subventionen zu treffen. Bei den zu untersuchenden Dokumenten handelt es sich, wie bereits beschrieben wurde, nur um Vorhaben, die in der zweiten Auswahlrunde bei der Schwerpunktverantwortlichen Landesstelle positiv beschieden und deren Vorhaben in Folge dessen realisiert wurden. Die jeweiligen konkreten Ausgangssituationen, die dazu führten, um Fördergelder anzusuchen, können an dieser Stelle nicht wiedergegeben werden, da dies den Rahmen sprengen würden. Da im Zuge der Ergebnisaufbereitung zur Untersuchung jedoch beispielhaft Vorhaben vorgestellt wurden (s. Kap. 4.4), werden in diesem Zuge auch die entsprechenden Entstehungssituationen angesprochen.

(3) Formale Charakteristika des Materials

In allen Fällen liegt das zu untersuchende Material mindestens in Form des standardisierten Förderantragsformulars des Agrarmarkts Austria vor. In Bezug auf die Detailliertheit der Beschreibung der Vorhaben divergiert der Inhalt von Projekt zu Projekt. Die wesentlichen Ziele und Eigenschaften des Projekts sind dennoch bei jedem Antrag deutlich zu erkennen.

(4) Richtung der Analyse

Grundsätzliches Ziel der Analyse ist es, die wesentlichen Inhalte und Eigenschaften des Begriffs Lebensqualität im Rahmen der LEADER-Umsetzung der Periode 2007-2013 anhand der realisierten Projekte aufzuarbeiten und zu eruieren. Die zu untersuchenden Projektanträge und deren Zusatzmaterialien stehen deshalb im Kontext des LEADER-Ziels „Verbesserung der Lebensqualität im ländlichen Raum“ und den damit verbundenen Projektkategorien.

(5) Theoretische Differenzierung der Fragestellung

Die Fragestellung, die die Untersuchung leiten wird, richtet sich grundsätzlich nach jener, die als zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit benannt wurde (Kap. 4.1.1). Da sie aus den bis dahin gesammelten Erkenntnissen bezüglich der theoretischen Hintergründe zum Konzept Lebensqualität sowie der LEADER-Initiative abgeleitet wurde, ist sie – wie von Mayring gefordert – als theoriegeleitet zu bezeichnen. Um die Untersuchung jedoch greifbarer und verständlicher zu gestalten, wurden ihr

weitere Unterfragen zugeordnet. Ausgehend von den unterschiedlichen Konzepten der Lebensqualität bzw. deren Definitionen orientieren sie sich an den einzelnen Aspekten, die in einem Definitionsprozess festgelegt werden müssen. Im Zuge der Untersuchung soll das Material demnach nach folgenden Gesichtspunkten hin untersucht werden:

- Welche Funktion übernimmt der Begriff Lebensqualität in dem zu untersuchenden Material?
- Welche Rückschlüsse lässt das Material auf eine mögliche Operationalisierung zu?
- Welche Charakteristika können dem Begriff ausgehend von der Verwendung in den relevanten Dokumenten und der Projektumsetzung zugeordnet werden?
- Zu welchen Lebensbereichen der arbeitseigenen Lebensqualitätsdefinition lassen sich die realisierten Projekte im Rahmen der LEADER-Umsetzung zuordnen?

(6) Bestimmung der Analysetechnik und Festlegung des Ablaufmodells

Ausgehend von den gerade genannten Fragen soll im Zuge der Untersuchung das Auswertungsmaterial nach bestimmten Ordnungsgesichtspunkten durchgearbeitet werden. Eine strukturierte Beschreibung des erhobenen Materials, die sich an der arbeitseigenen Definition des Ausdrucks Lebensqualität orientiert und damit erste Kategorien vorgibt (z.B.: objektiver oder subjektiver Zugang, Dimensionen der Lebensqualität etc.), soll dadurch gewährleistet und die Beantwortung der Hauptfragestellung ermöglicht werden. Da die Interpretationsform in diesem Sinn der Logik einer Klassifizierung folgt, richtet sich die methodische Vorgehensweise nach jener der strukturierenden Inhaltsanalyse. Die konkreten Arbeitsschritte sowie deren Adaption wurden in Kapitel 4.3.2 bereits thematisiert.

(7) Bestimmung der Auswertungskriterien

Unter die Bestimmung der Auswertungskriterien fällt zunächst die Festlegung der Analyseeinheiten. Insgesamt stellt Mayring drei solcher Einheiten vor: die Kodiereinheit (kleinster Materialbestandteil, der ausgewertet werden darf bzw. minimalster Textteil, der unter eine Kategorie fällt), die Kontexteinheit (größter Textbestandteil, der unter eine Kategorie fällt) sowie die Auswertungseinheit (Reihenfolge der auszuwertenden Textteile). Im Anschluss daran gilt es, die inhaltlichen Hauptkategorien sowie deren Ausprägungen festzulegen. Die Hauptkategorien orientieren sich dabei zunächst nach den Aspekten, die unter Punkt 5 anhand der Fragestellung aufgeworfen wurden, und zentrale Bestandteile der arbeitseigenen Definition der Lebensqualität darstellen (s. Kap. 4.2.3 bzw. Tabelle 18). Zusammengefasst lässt sich feststellen, dass als Hauptkategorie demnach sowohl die Funktion des Begriffs Lebensqualität, die theoretische Grundposition, die Charakteristik des Materialismus, die Zielgruppe als auch die Dimensionen der Lebensqualität während der Untersuchung analysiert werden. Inwiefern diese Aspekte nun weiter definiert bzw. die Kategorien weiter unterschieden werden, ist – wie auch die Analyseeinheiten - zwecks einer komprimierten Darstellung anhand der Zusammenschau des endgültigen Kodierleitfadens (inklusive der Angabe der Zuordnungsregeln) in der folgenden Tabelle festgehalten. Im Vorfeld festzuhalten ist außerdem, dass im Rahmen dieser Untersuchung zwar mehrere Kategorien unterschieden werden. Im Gegensatz zu anderen Analysen soll jedoch, da es sich hierbei um unterschiedliche Charakteristika zum Konzept Lebensqualität handelt, zu jeder Kategorie die jeweilige Ausprägung eruiert werden.

Tabelle 35: *Kodierleitfaden für die inhaltlich strukturierende Inhaltsanalyse (Quelle: eigene Konzeption und eigene Darstellung)*

Analyseeinheiten	
Kodiereinheit: Proposition Kontexteinheit: Projektanträge inklusive etwaiger Zusatzdokumente. Auswertungseinheit: Die Reihenfolge orientiert sich an der Liste, wie sie unter Punkt 1 „Bestimmung des Auswertungsmaterials“ festgehalten wurde (alphabetische Reihenfolge, Maßnahmenkategorie nach Maßnahmenkategorie). Je ein Beispiel stellt eine Auswertungseinheit dar.	
Kategorie 1: Funktion des Begriffs im Untersuchungsmaterial	
Im Rahmen der arbeitseigenen Definition wurde die Funktion als Vergleichs- und Referenzrahmen angegeben. In der vorliegenden Untersuchung soll überprüft werden, ob und inwiefern der Begriff in den jeweiligen Förderanträgen integriert wurde (z.B.: als Wiederholung zur Betonung des Ziels Verbesserung der Lebensqualität oder als Messgröße etc.). Die vordefinierten Hauptkategorien leiten sich dabei von jenen Funktionen ab, die in den Beispielen der Lebensqualitätskonzepte in Kapitel 2 festgestellt werden konnten.	
Kategoriennummer und -bezeichnung	Definition
1.0 – keine Angaben	Trifft zu, wenn der Ausdruck abgesehen von seiner Verwendung im Maßnahmentitel nicht auftritt
1.1 – Zielgröße	Trifft zu, wenn im Fließtext der Begriff im Kontext einer Zielformulierung vorzufinden ist
1.2 – Messgröße	Trifft zu, wenn bei der Beschreibung der Maßnahmen der Ausdruck Eingang findet und direkt im Kontext einer (beabsichtigten/durchgeführten) Messung steht
Kategorie 2: Theoretische Grundposition	
Die theoretischen Grundpositionen (objektiv/subjektiv/Syntheseansatz) von Lebensqualitätskonzepten geben an, ob sie als rein objektiv zu erfassende Ansätze angesehen werden oder ob eine subjektive Sichtweise im Vordergrund steht bzw. neben der objektiven Position auch eine subjektive Perspektive integriert wird bzw. wurde. In der vorliegenden Untersuchung soll dies zur Bestimmung der Charakteristika des Begriffs im Rahmen des LEADER-Förderprogramms ebenfalls erhoben werden. Als Bedingung für eine entsprechende Kodierung wird jedoch die direkte und explizite Verwendung des Begriffs im Rahmen der Projektkonzeptionen angesehen. Sofern der Ausdruck nicht aufgegriffen wird, gilt es die Kategorie „keine Angaben“ zu kodieren.	
Kategoriennummer und -bezeichnung	Definition
2.0 – keine Angaben	s. oben
2.1 – objektiv	Verwendung des Begriffs lässt sich als ressourcenorientiert bezeichnen, die theoretisch beobachtbar und messbar ist
2.2 – subjektiv	Anhand der Projektbeschreibung wird deutlich, dass eine individuelle Sicht auf die Lebensqualität eine Rolle spielt und damit Beachtung findet.
2.3 – Synthese	Die Ausführungen der einzelnen Auswertungseinheiten weisen sowohl eine objektive als auch eine subjektive Perspektive auf.
Kategorie 3: Materiell oder immateriell	
Anhand der Ausführungen in Kapitel 2 wurde deutlich, dass bereits bei frühen Ansätzen aus der Geschichte (z.B.: aus Griechenland), die heute mit dem Konzept der Lebensqualität vergleichbar sind, darüber diskutiert wurde, ob materielle oder immaterielle Werte im Zentrum des Diskurses stehen. Dies soll auch im Rahmen dieser Untersuchung analysiert werden. In dem Sinn ist zu jedem Projekt zu eruieren, ob das Objekt der Förderung vor allem materiellen Nutzen brachte/bringt oder ob der Mehrwert immaterieller Natur ist. Im Gegensatz zu den beiden vorherigen Kategorien steht also nicht der Begriff selbst und seine Verwendung im Fokus, sondern der Fördergegenstand unter dem Ziel „Verbesserung der Lebensqualität“.	
Kategoriennummer und -bezeichnung	Definition
3.0 – keine Angaben	Die Projektbeschreibungen und etwaigen Zusatzdokumente lassen auf der Grundlage ihrer Ausführungen keine Rückschlüsse zu dieser Kategorie zu.

3.1 – materiell	Diese Unterkategorie trifft zu, wenn das Förderobjekt als materielles Gut (greifbar/gegenständlich) oder eine materielle Investition (Investitionen in das Sachanlagevermögen wie z.B. Grundstücke, Gebäude, Maschinen und das Vorratsvermögen wie z.B. Rohstoffe, Halb- und Fertigfabrikate) anzusehen ist.
3.2 – immateriell	Handelt es sich bei einem Förderobjekt um ein immaterielles Gut oder eine immaterielle Investition (Investitionen im Forschungs-, Entwicklungs- und Ausbildungsbereich), so ist diese Unterkategorie auszuwählen.
3.3 – Synthese	3.1 und 3.2 treffen gleichzeitig zu

Kategorie 4: Charakteristik der Adressaten

Die jeweiligen Lebensqualitätsansätze, die im Zuge der Beispielbeschreibung vorgestellt wurden, unterscheiden sich auch hinsichtlich ihrer Zielgruppen. Der Großteil der Ansätze stellt etwa die individuelle Lebensqualität in ihr Zentrum. Gesellschaftspolitische Ansätze scheinen dagegen weniger verbreitet zu sein. Da dies immer wieder für Kritik sorgte, soll auch dieser Aspekt Gegenstand der Untersuchung sein, wobei die Unterkategorien folgendermaßen definiert werden:

Kategoriennummer und -bezeichnung	Definition
4.0 – keine Angaben	Die Projektbeschreibungen und etwaigen Zusatzdokumente lassen auf der Grundlage ihrer Ausführungen keine Rückschlüsse zu dieser Kategorie zu.
4.1 – individuell	Als Adressaten und Nutznießer von Projekten werden in dieser Unterkategorie einerseits das einzelne Individuum sowie andererseits all jene Personen angesehen, die mit diesem Individuum in einer direkten Verbindung (familiär oder betrieblich) stehen.
4.2 – kollektiv	Im Gegensatz zu den Beispielen fungiert diese Unterkategorie als Zwischenkategorie zwischen individuell und gesellschaftlich. Sie trifft zu, sofern nicht nur eines oder mehrere Individuen (s. 4.1) als Nutznießer des Vorhabens zu bezeichnen sind, sondern mehrere Individuen, die jedoch nicht in direkter Verbindungen (familiär oder betrieblich) zueinander stehen.
4.3 – gesellschaftlich	Als gesellschaftlich sind all jene Projekte einzustufen, die in der gesamten Region zum Tragen kommen und demnach die gesamte Bevölkerung, die durch die LAG abgedeckt wird, betreffen.

Kategorie 5: Dimensionen der Lebensqualität

Als Unterkategorien werden hier all jene Dimensionen der Lebensqualität definiert, die im Zuge der zusammenfassenden Inhaltsanalyse aus den Beispielsmaterialien abgeleitet wurden (s. Tabelle 18). Auch sie werden mit einer fortlaufenden Nummer versehen.

Als Definition sowie als Ankerbeispiele fungieren des Weiteren die einzelnen, unter diesen Dimensionen zusammengefassten thematischen Aspekte bzw. Indikatoren. Da sie anhand der Liste bereits in Anhang A vorgestellt wurden, wird auf eine Wiederholung an dieser Stelle verzichtet.

(8) Beschreibung der Anwendung der Analyseschritte

Wie bereits angesprochen wurde, wird für jede einzelne Auswertungseinheit jede Kategorie, wie sie in der Tabelle zuvor dargestellt wurden, eruiert. Eine Auswertungseinheit wird in dem Sinn zunächst speziell auf den Begriff Lebensqualität hin kontrolliert. Fand dieser tatsächlich Verwendung, werden seine Funktion und seine Ausprägungen bestimmt (Kategorie 1 und 2 laut dem Kodierleitfaden). Sollte der Ausdruck nicht expliziert vorkommen, steht allein die Charakterisierung der Maßnahme selbst im Zentrum des Interesses (Kategorie 3, 4 und 5). Die Ergebnisse sind jeweils in einem eigenen Ergebnisraster (s. Tabelle 36) für jede Auswertungseinheit festzuhalten.

Sofern Änderungen am Kodierleitfaden vorgenommen werden müssen, werden diese Änderungen für den restlichen Materialdurchgang angewandt. Das Material wird solang mit dem „aktuellen“ Kodierleitfaden „abgeglichen“ bis keine Änderungen mehr vorgenommen werden können. Die Ergebnisse selbst sind zunächst pro Maßnahmenbündel darzustellen (Kap. 4.4) und erst im Anschluss kumulativ zu diskutieren (Kap. 4.5.2).

Tabelle 36: *Beispiel für einen ausgefüllten Untersuchungs- bzw. Ergebnisraster (Quelle: eigene Konzeption und eigene Darstellung)*

Auswertungseinheit Nr. 1 – **Ber*******																	
Kategorie:			1.0	1.1	1.2	1.3	2.0	2.1	2.2	2.3	3.1	3.2	3.3	4.1	4.2	4.3	4.4
Kodierung:			x				x						x		x		
5.1	5.2	5.3	5.4	5.5	5.6	5.7	5.8	5.9	5.10	5.11	5.12	5.13	5.14	5.15	5.16	5.17	5.18
			x				x										

Paraphrasen:	Generalisierung/Reduktion:
Ausbau eines bestehenden Schotterweges zur Staubfreimachung und zum Schutz der Schottertrageschicht	Verkehrsbedingungen (5.14 – Verkehr und Mobilität)
Weg zur Sicherung des Arbeitsplatzes in der Landwirtschaft durch Gewährleistung einer zeitgemäßen und ganzjährigen Bewirtschaftung der landwirtschaftlichen Grundstücke	Arbeitsplatzsicherheit; Erreichbarkeit der Arbeitsstätte; materielle Infrastruktur (5.4 – Arbeit und Wirtschaft)

Sonstige Notizen:			
Gemeinde:	Höf****	Förderwerber:	Juristische Person/Personengemeinschaft (s)
Bezug zur LES:	3. Natur, Umwelt, Energie und Kreislaufwirtschaft. Sicherung einer funktionierenden und nachhaltigen Wirtschaft; Erhaltung der attraktiven Landschaft auch für zukünftige Generationen; Erhaltung und Verbesserung des ländlichen Erbes.		
Projektdetails:	lfm: 380	ha: 8	Mitglieder: 21	davon L-/Fw: 10